

STUDIA **H**ISTORICA
Academiae Scientiarum Hungaricae

LORÁNT TILKOVSKY

DIE SOZIALDEMOKRATISCHE
PARTEI UND DIE FRAGE
DER DEUTSCHEN
NATIONALITÄT IN UNGARN
1919—1945

DIE SOZIALDEMOKRATISCHE
PARTEI UND DIE FRAGE
DER DEUTSCHEN
NATIONALITÄT IN UNGARN
1919-1945

1945



VERLAG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI

BERLIN

//

STUDIA HISTORICA

ACADEMIAE SCIENTIARUM HUNGARICAE

194

Herausgegeben von

F. MUCSI

192 970

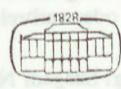
DIE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI UND DIE FRAGE DER DEUTSCHEN NATIONALITÄT IN UNGARN

1919-1945

Einleitung	7
Die Ausgliederung der Tschechen (1919-1921)	12
Die ersten Erfolge und Niederlagen (1922-1924)	19
Die Auswirkungen der Entschiedenheitsbeschlüsse zur Zurückdrängung des sozialdemokratischen Einflusses innerhalb der deutschen Minderheit (1924-1926)	28
Der Kampf der ungarischen Sozialisten und Sozialdemokraten um den Volkskongress in der Muttersprache (1927)	32
Die wachsende Rolle der Partei in der Bewegung der deutschen Minderheit (1927-1929)	42
Revision-Nationalitätenpolitik-Demokratie (1929-1931)	49
Die ungarndeutschen Sozialdemokraten und die Zeit der Vordringens des Nationalismus in Deutschland (1931-1933)	59
Die Wirkung des Scheiterns der deutschen und der österreichischen sozialdemokratischen Partei auf die Nationalitätenpolitik der Sozialdemokratischen Partei Ungarns (1933-1935)	67
Die Aktivitäten der Sozialdemokratischen Partei Ungarns und ihres Deutschen Landesorgans zur Einschränkung der Fortsetzung der Nationalitätenpolitik in den von Deutschen bewohnten Gebieten (1935-1938)	76
Das Aufstreben gegen die Durchsetzung des Volksgruppenprinzips in der ungarischen Nationalitätenpolitik (1938-1939)	87
Die Reaktion auf Hitlers Umwidlungspolitik und die nationalitätenpolitischen Folgen der revisionistischen Gebietsforderungen (1939-1941)	95
Das Dilemma von Abwehr oder Initiative in der Nationalitätenpolitik der Partei (1941-1943)	106
Detours mit der Frage des Volkskongresses, Fortsetzung der Nationalitätenpolitik in die Zeit nach dem Krieg (1943-1945)	119
Personenregister	125
Ortsregister	129

© Loránt Tilkovszky, 1991
© Johann Tilk, 1991 (deutsche Übersetzung)

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.



AKADÉMIAI KIADÓ · BUDAPEST 1991

MTA
KIK



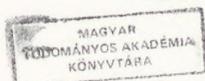
507898

Übersetzt aus dem Ungarischen von

JOHANNA TILL

Deutsche Bearbeitung von

ULRICH SCHNEIDER



ISBN 963 05 5818 1

© Loránt Tilkovszky, 1991

© Johanna Till, 1991 (deutsche Übersetzung)

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Gesamtherstellung: Szegedi Nyomda, Szeged

Printed in Hungary



INHALT

Einleitung	7
Die Reorganisierung der Tätigkeit des Deutschen Landeskomitees (1919—1922)	12
Die ersten Erfolge und Niederlagen (1922—1924)	19
Die Bestrebungen der Bethlen-Regierung zur Zurückdrängung des sozialdemokratischen Einflusses innerhalb der deutschen Minderheit (1924—1926)	28
Der Kampf der ungarndeutschen Nationalisten und Sozialisten um den Volksschulunterricht in der Muttersprache (1927—1928)	35
Die wachsende Rolle der Parteipresse bei der Beeinflussung der deutschen Minderheit (1928—1929)	43
Revision—Nationalitätenpolitik—Demokratie (1929—1931)	50
Die ungarndeutschen Sozialdemokraten und die Volksdeutschen zur Zeit des Vordringens des Nazismus in Deutschland (1931—1933)	59
Die Wirkung des Schicksals der deutschen und der österreichischen sozialdemokratischen Partei auf die Nationalitätenpolitik der Sozialdemokratischen Partei Ungarns (1933—1935)	67
Die Aktivitäten der Sozialdemokratischen Partei Ungarns und ihres Deutschen Landeskomitees zur Einschränkung der Erstarkung der Nationalsozialisten in den von Deutschen bewohnten Gebieten (1935—1938)	76
Das Auftreten gegen die Durchsetzung des Volksgruppenprinzips in der ungarischen Nationalitätenpolitik (1938—1939)	87
Die Reaktion auf Hitlers Umsiedlungsplan und die nationalitätenpolitischen Folgen der revisionistischen Gebietszunahme (1939—1941)	95
Das Dilemma von Abwarten oder Initiative in der Nationalitätenpolitik der Partei (1941—1943)	108
Debatte mit der Presse des Volksbundes. Vorbereitung der Nationalitätenpolitik für die Zeit nach dem Krieg (1943—1944)	119
Personenregister	135
Ortsregister	139

EINLEITUNG

Aus den Arbeiten, die sich mit der Einstellung der Sozialdemokratie zur nationalen und Nationalitätenfrage in Ungarn von der Jahrhundertwende an bis zum Ersten Weltkrieg bzw. mit der Nationalitätenpolitik der Sozialdemokratischen Partei Ungarns bis 1919 beschäftigen¹, wird ersichtlich, wie die Partei der ungarischen Arbeiterklasse, die anhand ihrer Mitgliedschaft deutlich die Zusammensetzung der Bevölkerung des Landes aus zahlreichen Nationalitäten widerspiegelte, den sich daraus ergebenden Konsequenzen Rechnung trug, indem sie entsprechend dem auf dem Parteitag im Jahre 1906 angenommenen veränderten Organisationsstatut ein deutsches, serbisches, slowakisches und rumänisches Landesorganisationskomitee bildete. Diese riefen die Delegierten der nichtungarischen Organisationen von Zeit zu Zeit zu Landeskonferenzen zusammen und sorgten dafür, daß die Mitglieder der Partei, deren Muttersprache nicht das Ungarische war, in ihrer Muttersprache Parteischulung erhielten und sich weiterbilden konnten. Sie kümmerten sich auch darum, daß die Partei Redner sowie Propaganda- und Agitationsmaterial zu den verschiedenen Nationalitäten in Ungarn schickte, die die Ideen der Partei und ihre Zielsetzungen in der jeweiligen Muttersprache vorstellten.

Diese Beachtung und Anwendung der Muttersprache der Nationalitäten aus praktischen Erwägungen, wonach — besonders bei den Wahlen — mehr oder weniger alle Parteien strebten, war aber bei weitem nicht gleichbedeutend mit einer tieferen Beachtung der Nationalitätenproblematik. Die besonderen Ansprüche und Forderungen der Nationalitäten konnten so von den bürgerlich-nationalistischen Nationalitätenparteien für sich in Anspruch genommen werden, gegenüber deren immer stärker hervortretenden auseinanderstrebenden Tendenzen die Sozialdemokratie, die die grundlegende Frage der gesellschaftlichen Umgestaltung zu Recht in den Vordergrund stellte, sich jedoch die Lösung der Probleme in Abhängigkeit dazu zu vereinfacht vorstellte, eine zusammenhaltende Kraft sein wollte. Die bürgerlich-nationalistischen Nationalitätenparteien hatten jedoch einerseits die nichtungarischen Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Ungarns in den letzten Jahren des Weltkriegs in großem Maße unter ihren Einfluß

¹ György I. Kalmár: Szociáldemokrácia, nemzeti és nemzetiségi kérdés Magyarországon, 1901—1914 (Sozialdemokratie, nationale und Nationalitätenfrage in Ungarn, 1900—1914). Akadémiai Kiadó, Budapest 1976; János Kende: A Magyarországi Szociáldemokrata Párt nemzetiségi politikája, 1903—1919 (Die Nationalitätenpolitik der Sozialdemokratischen Partei Ungarns, 1903—1919). Akadémiai Kiadó, Budapest 1973.

gebracht, und andererseits lähmte auch die mißtrauische Antipathie des ungarischen Nationalismus die Tätigkeit der Partei unter den Nationalitäten.

Infolge des Zusammenbruchs im Weltkrieg traf der Auseinanderfall der Österreichisch-Ungarischen Monarchie und der beginnende Zerfallsprozeß Ungarns — abgesehen von einer gewissen Kenntnis einiger sich mit nationalen und Nationalitätenfragen beschäftigenden Arbeiten der österreichischen Sozialisten — die Sozialdemokratie in Ungarn auch theoretisch ziemlich unvorbereitet, die doch schließlich den Gedanken der nationalen Selbstbestimmung akzeptiert und ihr im Rahmen der bis dahin existierenden wirtschaftlichen und politischen (staatlichen) Einheit unter deren Selbstverwaltungsformen Raum hatte gewähren wollen. Und so unterstützte die Sozialdemokratie die Versuche der Regierungen der bürgerlich-demokratischen Revolution, durch Autonomie der Nationalitäten die territoriale Integrität des Landes zu bewahren. Die bürgerlich-nationalistischen Nationalitätenbewegungen wollten aber eine nach der anderen zu den benachbarten neuen oder größer gewordenen Staatsgebilden (Tschechoslowakei, Jugoslawien bzw. Rumänien) gehören, die den Nationalitäten die Befreiung aus der Lage einer Minderheit ermöglichten. Zugleich versprachen sie denen, die in der Lage einer Minderheit verblieben (Zipser und Siebenbürger Sachsen, Schwaben im Banat und in der Batschka) bzw. aus ihrer bisherigen Stellung als herrschendes Volk nun in das Schicksal einer Minderheit geraten waren (Ungarn), die Wahrung der Minderheitenrechte. Diese Länder, die eine wichtige Rolle in den Plänen zur Friedensregelung der Sieger, der Ententemächte, erhielten, besetzten die von ihnen beanspruchten Gebiete auch bald militärisch. Einzig das von Österreich beanspruchte, von Deutschen bewohnte westungarische Gebiet, das als Burgenland einverleibt werden sollte, blieb unter ungarischer Oberhoheit. Dort wurde auch mit dem Ausbau der Autonomie der deutschen Nationalitäten begonnen, bei dem auch die während der ungarischen Räterepublik mit den Kommunisten in der Sozialistischen Partei Ungarns vereinigte Sozialdemokratie eine wichtige Rolle spielte.² Doch wie in der ungarischen Geschichtsschreibung zu Recht betont wird, beruhte die Nationalitätenpolitik der Räterepublik nicht auf dem Prinzip des Schutzes der territorialen Integrität, sondern anhand ihrer wurde, mit der Möglichkeit der Ausbreitung der sozialistischen Revolution rechnend, perspektivisch eine föderative Lösung verfolgt.³

In der konterrevolutionären Zeit nach dem Sturz der Räterepublik, im sogenannten Trianon-Ungarn — ganz bis zum Beginn der revisionistischen Gebietsvergrößerungen zwischen 1938 und 1941 —, stellte das Deutschtum die einzige bedeutende nationale Minderheit dar: Mit einem Anteil von 6,9% (551 211 Personen) übertrafen die Deutschen weit den Anteil der übrigen Nationalitätenbevölkerung (Slowaken 1,8%, Kroaten 0,5%, Rumänen 0,3%, Serben 0,2%). Infolge des sich in Trianon-Ungarn beschleunigenden Assimilierungsprozesses sank der

² Béla Bellér: A Magyar Népköztársaság és a Tanácsköztársaság nemzetiségi kultúrpolitikája (Die Nationalitätenkulturpolitik der Ungarischen Volksrepublik und der Räterepublik). Történelmi Szemle 1969, Nr. 1—2.

³ László Kővágó: A Magyarországi Tanácsköztársaság és a nemzeti kérdés (Die Ungarische Räterepublik und die nationale Frage). Kossuth Könyvkiadó, Budapest 1979.

1920 noch 6,9% ausmachende Anteil der Deutschen bis zur Volkszählung im Jahr 1930 auf 5,5% (478 630 Personen). Während 1920 21,3% (117 838 Personen) des Ungarndeutschtums in Städten wohnten, lag dieser Anteil 1930 nur noch bei 17% (81 530 Personen). Der Anteil des in Dörfern lebenden Deutschtums war innerhalb der gesamten ungarndeutschen Bevölkerung von ehemals 78,7% auf 83% angewachsen.

Die territoriale Verteilung der deutschen Bevölkerung in Trianon-Ungarn war folgende: In Westtransdanubien (in den Komitaten Sopron, Moson und Vas) lebten 11,2% der Ungarndeutschen, in Nordtransdanubien (in den Komitaten Veszprém, Fejér, Komárom-Esztergom und zum Teil im Komitat Pest) sowie in der Umgebung von Budapest 39,6%, in Südosttransdanubien (in den Komitaten Tolna, Baranya und Somogy) 35,3%, im Donau-Theiß-Zwischenstromland, im südlichen Teil des Komitats Pest und im Komitat Bács-Bodrog 6,2%, während 7,7% in den übrigen Teilen des Landes verstreut waren.

Hinsichtlich der Gesellschaftsstruktur war der agrarische Charakter des Ungarndeutschtums sehr auffällig. Nach der Beschäftigungsstatistik aus dem Jahr 1930 fanden 55,4% der Erwerbstätigen des Ungarndeutschtums im Sektor der sog. Urproduktion (Agrarwirtschaft) ihr Auskommen, was den Landesanteil von 50,79% überstieg. 22,3% waren in der Industrie beschäftigt und 1,7% im Bergbau. Im Handel und in Kreditinstituten waren 3,4% und im Verkehr 1,4% angestellt. 3,1% hatten im öffentlichen Dienst eine Anstellung gefunden bzw. gingen einer freien Beschäftigung nach. Beim Militär waren 0,3% angestellt. In der Kategorie „Pensionär, Kapitaleigner“ werden in der Statistik 5% angeführt. 1,9% waren ohne nähere Bestimmung Saisonarbeiter, 4,4% städtische Hausangestellte und 1,1% gingen einer anderen Beschäftigung nach.

1,27% der mit der Urproduktion beschäftigten Erwerbstätigen der deutschen Bevölkerung verfügten über einen Grundbesitz von mehr als 50 Katastraljoch (Kj) (das entspricht 57,546 Hektar), 44,12% hatten einen bäuerlichen Besitz von 5 bis 50 Kj und 24,25% einen Besitz von weniger als 5 Kj. Eine Bodenpacht über 50 Kj hatten 0,2%, zwischen 5 bis 50 Kj 0,8% und unter 5 Kj 0,34%. Anteilbauern waren 0,26%, Landarbeiter 23,1%, Gesinde 4,75% und andere 0,8%.

Diese Zahlen deuten darauf hin, daß der Anteil der Deutschen mit einem Grundbesitz von 5 bis 50 Kj (44,12%) Landesanteil in dieser Kategorie von 30,85% um einiges überstieg, dafür war der 24,25 prozentige Anteil der weniger als 5 Kj Boden besitzenden Deutschen niedriger als der Landesanteil in dieser Kategorie mit 24,48%, ebenso wie die Anteile der Anteilbauern, Landarbeiter und des Gesindes von 0,26%, 23,1 bzw. 4,75% niedriger lagen als die entsprechenden Landesanteile von 0,87%, 27,2 und 10,62%. Die Lage der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen der deutschen Bevölkerung war also günstiger als die der übrigen Bevölkerung. Diesbezüglich kam dem deutschen Erbsystem, das die Besitzverkleinerung verhinderte, eine entscheidende Rolle zu. Zugleich bildete aber auch die insgesamt 64 783 Personen umfassende Schicht der Armen an der deutschen Bevölkerung — wenn sie auch unter dem Landesanteil von 65,6% lag — mit ihrem Anteil von 52,8% die Mehrheit in der Gesellschaftsstruktur der Ungarndeutschen. An dieser Stelle sollte aber — aufgrund der Besitzstatistik aus dem Jahr 1935 — beachtet

werden, daß die 1,6% bzw. 3,7% der in deutschen Händen befindlichen, ertragreichen Obst- und Weinkulturen, die den Durchschnitt in Ungarn von 1,0 bzw. 1,9% deutlich übertrafen, die tatsächliche Lage der zahlreichen Kleinbesitzer in dieser Schicht günstig beeinflussen konnten.

27,65% (61 198 Personen) der Erwerbstätigen innerhalb der deutschen Bevölkerung waren — ebenfalls nach der Beschäftigungsstatistik von 1930 — Arbeiter. Im Bergbau und im Hüttenwesen arbeiteten 3 606 deutsche Arbeiter, was 1,62% der deutschen erwerbstätigen Bevölkerung und 11,5% der in diesen Industriebranchen im ganzen Land Beschäftigten waren. Der hohe Anteil der deutschen Bergleute und Metallarbeiter in Ungarn läßt sich damit erklären, daß sich ein großer Teil der Kohlegruben Ungarns in den deutschen Siedlungsgebieten oder in deren Nähe befand. In der Industrie — ohne Bergbau und Hüttenwesen — belief sich der Anteil der deutschen Arbeiterschaft auf 5,5%, im Handel auf 3,1% und im Verkehr auf 2,9%.

Während nur 2,56% der erwerbstätigen deutschen Bevölkerung zur Bourgeoisie gehörten, lag ihr Anteil am Kleinbürgertum bei 14,33%. Einen bedeutenden Teil davon machten die Handwerker aus, die vor allem in den Berufen Weber, Barbier-Friseur, Steinmetz, Bäcker, Zimmermann, Tischler stark vertreten waren.

Die Zahl der deutschen Intellektuellen, die in den verschiedenen Hauptbeschäftigungsgruppen der Statistik des Jahres 1930 angegeben sind, lagen bei nur 4 364 Personen, was 1,97% der deutschen Erwerbstätigen ausmachte und deutlich unter dem Landesanteil von 3,2% blieb. Bei der Volkszählung von 1920 machte dieser Anteil noch 4,8% aus. Die Abnahme deutet darauf hin, daß sich diejenigen, die eine intellektuelle Laufbahn einschlugen, in starkem Maße assimilierten und sich als Ungarn bekannten. Das äußerte sich in Beamtenberufen ebenso wie in freien Berufen.

Hinsichtlich der konfessionellen Zuordnung waren 81,95% der ungarndeutschen Bevölkerung römisch-katholischen, 14,18% evangelischen und 1,5% reformierten Glaubens. 2,36% gehörten anderen Bekenntnissen an.

1920 konnten 64,7% der Ungarndeutschen Ungarisch sprechen, im Jahre 1930 waren es bereits 70,5%.

Die Sozialdemokratische Partei Ungarns leistete, indem sie von ihren früheren Nationalitätenkomitees das Deutsche Landeskomitee aufrechterhielt, mit ihrer Leitung eine wichtige Arbeit im Interesse der Nationalitätenrechte der Ungarndeutschen, wobei sie sich gleichermaßen gegen die ungarischen Chauvinisten und die deutschen nationalistischen Radikalen wandte. Diese Tätigkeit war vor allem in der Zeit von großer Bedeutung, als die volksdeutsche Richtung bereits die Unterstützung Nazideutschlands genoß und — infolge der Zugeständnisse durch die Regierungen des konterrevolutionären Systems — immer mehr zum Instrument seines Einflusses in Ungarn wurde. Als die „Erfolge“ der Revision die Bevölkerung des Landes nicht nur um neue Massen deutscher Nationalität — vor allem Siebenbürger Sachsen und Schwaben aus der Batschka — (bis Ende 1941 betrug die Zahl der Ungarndeutschen 720 291, 4,9% der gesamten Landesbevölkerung), sondern auch um Angehörige der slowakischen (1,8%), ruthenischen (3,8%), rumänischen (7,5%) und südslawischen (3,0%) Nationalität vergrößerten und sich

der Anteil aller Nationalitäten an der gesamten Landesbevölkerung von ehemals 7,1% auf 22,5% erhöhte, wollte sich die Partei mit ihnen allen beschäftigen. So versuchte sie, indem sie dementsprechend ihr Deutsches Landeskomitee in das Komitee der Nationalen Minderheiten umgestaltete, sich nicht nur in den schweren Jahren des Zweiten Weltkrieges zu bewähren, sondern sich auch auf die demokratische Regelung der Nationalitätenfrage nach dem Krieg vorzubereiten. Aber in bezug auf das politische Gewicht kam der deutschen Nationalitätenfrage auch weiterhin die größte Rolle zu. Mit der Aufarbeitung des Themas „Die Sozialdemokratische Partei und die Frage der deutschen Nationalität in Ungarn 1919—1945“ wollen wir einerseits das von den nationalitätenpolitischen Richtungen der konterrevolutionären Zeit skizzierte Bild⁴ in dieser wichtigen Beziehung bereichern, andererseits aber auch einen Beitrag zur Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Ungarns in dieser Zeit erbringen⁵.

⁴ *Loránt Tilkovszky*: Nationalitätenpolitische Richtungen in Ungarn in der gegenrevolutionären Epoche (1919—1945). *Studia Historica Academiae Scientiarum Hungaricae* 123. Akadémiai Kiadó, Budapest 1975.

⁵ *István Pintér*: A szociáldemokrata párt története, 1933—1944 (Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei, 1933—1944). Kossuth Könyvkiadó, Budapest 1980.

DIE REORGANISIERUNG DER TÄTIGKEIT DES DEUTSCHEN LANDESKOMITEES (1919—1922)

Als die auch mit inneren Schwierigkeiten kämpfende Räterepublik durch die äußere militärische Intervention gestürzt worden war und bis zur endgültigen Machtübernahme der Konterrevolution die Gewerkschaftsregierung des Ministerpräsidenten Gyula Peidl einige Tage dem Land vorstand⁶, vertraten die Sozialdemokraten die Meinung, sie können zur Nationalitätenpolitik der bürgerlich-demokratischen Republik zurückkehren und unter der Leitung eines Nationalitätenministeriums — mit Viktor Knaller an seiner Spitze — in einer von den kommunistischen „Übertreibungen und Verzerrungen“ gereinigten Form und im Zeichen des Schutzes der territorialen Integrität die nationalitätenpolitischen Errungenschaften der beiden Revolutionen — nicht zuletzt die zurückgewonnenen Rechte der Muttersprache im Volksschulunterricht — im wesentlichen bewahren. Darüber hinaus waren sie der Meinung, die Autonomie der deutschen Nationalität als die einzig verbliebene Möglichkeit des für das Ausland gedachten Beweises dafür, daß die Nationalitäten auch im staatlichen Rahmen Ungarns mit der weitestgehenden Durchsetzung ihrer Rechte rechnen können, weiter auszubauen.⁷

Die Konterrevolution jedoch, die die Gewerkschaftsregierung hinwegfegte und auch die Sozialdemokratie für die Räterepublik verantwortlich machte, versuchte auch sie vollkommen aus der Nationalitätenpolitik auszuschließen. Als nach dem außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Ungarns vom 24. August 1919 das Deutsche Landeskomitee — nunmehr von den früheren Nationalitätenkomitees der Partei, entsprechend den veränderten Nationalitätenverhältnissen allein — am 28. September neugegründet wurde, erstreckte sich der allgemeine Angriff der Konterrevolution sofort sowohl auf die Tätigkeit zur Organisation der Partei unter den Deutschen als auch auf den Vertrieb der deutschsprachigen Tageszeitung der Partei, der „Volksstimme“ (die der „Népszava“ entsprach). Damals gab es — das Burgenland nicht eingerechnet — etwa 180 deutschsprachige sozialdemokratische Parteiorganisationen in Ungarn. Den Kontakt zu ihnen konnte das Deutsche Landeskomitee nur über Vertrauensleute halten. Die Durchführung von Versammlungen und Beratungen erwies sich inmitten

⁶ Béla Kirschner: A „szakszervezeti kormány“ hat napja, 1919 (Die sechs Tage der „Gewerkschaftsregierung“, 1919). Kossuth Könyvkiadó, Budapest 1968.

⁷ Volksstimme, 5. August 1919, Die Autonomie der Deutschen; Lebenslauf von Knaller siehe: Árpád Szakasits (Hrsg.): Szociáldemokraták a parlamentben (Sozialdemokraten im Parlament). Népszava kiadás, Budapest 1922, S. 97.

des Wütens des weißen Terrors als unmöglich.⁸ Die Verbreiter der „Volksstimme“ wurden von den Konterrevolutionären zusammengeschlagen, interniert und polizeilicher Aufsicht unterstellt. Die Zeitung selbst wurde von ihnen, obwohl sie bereits zensiert erschien, beschlagnahmt, wo immer sie sie fanden. Die Leserbasis der „Volksstimme“ war an sich schon deshalb äußerst eingengt, da die von Deutschen bewohnten Gebiete in Oberungarn, Siebenbürgen und im Süden besetzt worden waren. Die Genossen mit ungarischer Muttersprache waren ebenfalls zur Unterstützung der Zeitung aufgefordert, indem als wichtiges Argument auch angeführt wurde, daß dies gegenwärtig die einzige in einer fremden Sprache in Ungarn erscheinende Zeitung ist, von der das Ausland seitens der Arbeiterklasse über die Verhältnisse der Konterrevolution unterrichtet werden kann.⁹

An die Spitze des Ministeriums für Nationalitätenangelegenheiten kam der christlich-sozialistische Konterrevolutionär deutscher Abstammung Jakob Bleyer, der jeden sozialdemokratischen Einfluß von den mit Deutschen besiedelten Gebieten des Landes, vor allem vom Burgenland fernhalten wollte und sie zum politischen Jagdgebiet der christlichen Sozialisten machte. In der deutschen christlich-sozialistischen Presse Ungarns, in der „Neuen Post“ von Johannes Huber, wurde offen verkündet, das Schicksal der Sozialdemokratischen Partei wird die Auflösung sein, die örtlichen Organisationen sollen also nicht versuchen, ihre Tätigkeit neu zu organisieren. In der „Volkstimme“ wurde auf die Absicht dieses Gerüchtes hingewiesen, indem in ihr zu lesen war, daß das Deutsche Landeskomitee der Partei (ihr Sekretär war Viktor Knaller), sobald sich die Lage etwas normalisiert hat, seine Tätigkeit auch landesweit aufnehmen wird.¹⁰ Die Kraft der Partei wurde zunächst darauf konzentriert, die Delegierten der deutschen Parteiorganisationen aus Budapest und Umgebung im Oktober 1919 zu einer Bezirkskonferenz zur Besprechung der politischen Lage zusammenzurufen.¹¹

Im Gegenzug gegen die klerikale antisozialdemokratische Hetzkampagne der christlichen Sozialisten enthüllte die „Volksstimme“, wie jene ihre Netze nach den Arbeitermassen auswerfen und die Nationalitäten in ihr Lager, in das Lager der bürgerlichen Politik, der sie in Wirklichkeit ihre Unterdrückung als Nationalität zu verdanken haben, locken würden. In der Zeitung wurde auch darauf aufmerksam gemacht, daß es gerade die Sozialdemokratische Partei Ungarns gewesen ist, die sich auch für die Rechte der Nationalitäten eingesetzt hat und versichert, daß sie dies auch in der Zukunft tun wird.¹²

Die Konterrevolution, die auch die Nationalitätenpolitik der Revolutionen scharf verurteilte, ja beschimpfte, konnte aber trotzdem nicht zur Nationalitätenpolitik vor 1918 zurückkehren. Durch den Erlaß relativ gefälliger Verordnungen —

⁸ Volksstimme, 16. Dezember 1922, Bericht des Landeskomitees der deutschsprechenden Sozialdemokraten Ungarns von August 1919 bis Ende November 1922.

⁹ Ebd., 24. Oktober 1919, Die „Volksstimme“.

¹⁰ Ebd., 2. November 1919, Aufruf des Deutschen Sekretariats an die deutschen Parteiorganisationen.

¹¹ Ebd., 11. Oktober 1919, Parteinachrichten.

¹² Ebd., 19. Oktober 1919, Die Deutschen Ungarns.

so anhand der Verordnung über die Gleichberechtigung der nationalen Minderheiten — versuchte sie den Eindruck zu erwecken, daß sie bereit wäre, deren Rechte tatsächlich zu verwirklichen.¹³ Diese Verordnung nutzte sie im Kreis der Nationalitätenbevölkerung im Verlauf der Wahlpropaganda zu den ersten Wahlen zur Nationalversammlung aus.¹⁴

Das Deutsche Landeskomitee der Sozialdemokratischen Partei Ungarns rief die Delegierten der deutschsprachigen sozialdemokratischen Parteiorganisationen für den 30. November erneut zu einer Bezirkskonferenz zusammen, um mit ihnen über die notwendigen Vorbereitungen in den Wahlbezirken zu sprechen, die nahe der Hauptstadt lagen und eine deutsche Bevölkerung hatten.¹⁵ Sozialdemokratische Kandidaten wurden Viktor Knaller im Wahlbezirk Soroksár, Róbert Paulus im Wahlbezirk Pomáz und Péter Günther im Wahlbezirk Bia.¹⁶ Im Januar des Jahres 1920 hielt die Partei in Soroksár, Pestszentlőrinc, Dunaharaszti, Vecsés, Pomáz, Solymár, Bia, Budaörs und Törökbálint Wahlversammlungen ab, auf denen die Kandidaten ihre Programmreden in deutscher Sprache hielten. Auch die „Volksstimme“ berichtete über den Erfolg dieser Wahlversammlungen.¹⁷ Anderenorts genehmigten die Behörden aber keine Versammlungen, obgleich der Aufruf des Deutschen Landeskomitees an die deutschsprachigen sozialdemokratischen Parteiorganisationen in der „Volksstimme“ mehrmals veröffentlicht worden war: Sie sollen ihre Tätigkeit aufnehmen, niemand hat das Recht, sie daran zu hindern.¹⁸

Auf der einen Seite des Flugblattes, das die Sozialdemokratische Partei zu den Parlamentswahlen vom 25. Januar 1920 in deutscher Sprache herausgegeben hatte, konnte eine Botschaft an die Wähler gefunden werden: In ihr sprach sich die Partei für ein demokratisches Ungarn aus und setzte sich für die Interessen der Arbeiter ein, indem sie auch selbst den Kampf gegen das Wiederaufleben des Bolschewismus für wichtig hielt. Zugleich protestierte sie gegen die der ungarischen Nation bei den Friedensverhandlungen drohende furchtbare Ungerechtigkeit. Auf der anderen Seite des Flugblattes konnte gelesen werden, „was ... die Sozialdemokratische Partei Ungarns von der neuen Nationalversammlung fordert.“ Kein einziger Punkt enthielt aber Forderungen, die im Zusammenhang mit den Rechten und Bedürfnissen der Nationalitäten standen.¹⁹

¹³ Béla Bellér: *Az ellenforradalom nemzetiiségi politikájának kialakulása* (Die Entstehung der Nationalitätenpolitik der Konterrevolution). Akadémiai Kiadó, Budapest 1975.

¹⁴ Volksstimme, 20. November 1919, Gleichberechtigung der nationalen Minoritäten. (Bekanntmachung der auf den 21. August 1919 datierten, aber erst am 20. November veröffentlichten Verordnung Nr. 4044/1919 des Ministerpräsidiums, ohne Hinzufügung eines Kommentars)

¹⁵ Ebd., 25. November 1919, Parteinachrichten.

¹⁶ Ebd., 6. u. 10. Januar 1920.

¹⁷ Ebd., 13. Januar 1920.

¹⁸ Ebd., 4. u. 8. Januar 1920, An die sozialdemokratischen Parteiorganisationen.

¹⁹ Párttörténeti Intézet (Institut für Parteigeschichte, im weiteren: PI), Flugblattsammlung (im weiteren: FBS), III/2/1920/5715. Eine Botschaft an sämtliche Wähler Ungarns! — Was fordert die Ungarländische Sozialdemokratische Partei von der neuen Nationalversammlung?

Trotzdem hat sich die Partei aus Protest gegen die ihre freie Tätigkeit einschränkenden Umstände am 15. Januar entschlossen, den Wahlen fernzubleiben.²⁰ In den Wahlbezirken mit vielen Deutschen, Soroksár, Pomáz und Bia, wurden somit statt der Sozialdemokraten Knaller, Paulus, Günther die christlichen Sozialisten Matthias Frühwirth, Heinrich Schiessl und Anton Eberhardt, Mitglieder der zur Partei der Christlichen Nationalen Einheit gehörenden Deutsch-Christlichen Wirtschaftspartei, Abgeordnete. Dieser Partei gelang es ebenso, weitere sechs deutsche Abgeordnete (unter ihnen vier aus den später Österreich angeschlossenen westungarischen Gebieten) in die Nationalversammlung zu entsenden; das prominenteste Mitglied der Partei, Bleyer, Minister für Nationalitätenangelegenheiten, wurde Abgeordneter von Szentgotthárd. Nach ihrem Wahlerfolg änderte die Partei ihren Namen in Deutsch-Christliche Integritätspartei um, um auch schon damit ihren Standpunkt hinsichtlich des Schutzes der territorialen Unversehrtheit des Landes zum Ausdruck zu bringen. Zu diesen Wahlen war auch eine Deutsche Bauern- und Bürgerpartei angetreten, doch ohne jeden Erfolg, und sie löste sich auch nach den Wahlen in aller Stille auf. Ihre Anhänger traten in Bleyers Lager über, und ihr Führer, Guido Gündisch, übernahm bald, nachdem er sich mit Bleyer verständigt hatte, den zweiten Führungsposten in der deutschen nationalistischen Bewegung in Ungarn.²¹

Der Weg der Passivität hatte auch in den vom Deutschen Landeskomitee vertretenen und betreuten Gebieten nachteilige Konsequenzen. Außer von den zwanzig Versammlungen, die in zwölf deutschen Gemeinden vor allem im Verlauf der den Wahlen vorausgegangenen und dann abgebrochenen Agitation abgehalten worden waren, kann von keinem anderen ähnlichen nennenswerten Ereignis im Jahr 1920 berichtet werden. In den vereinzelt beim Deutschen Sekretariat eingetroffenen Briefen wurde eine trostlose Lage wiedergegeben: Die örtlichen Parteiführer fristeten ihr Dasein im Gefängnis oder im Internierungslager und die verängstigten Mitglieder konnten sich höchstens illegal treffen. Überall beherrschten die deutschen christlichen Sozialisten das Terrain.²² Bei einer Sammlung zur Unterstützung der Angehörigen der im Gefängnis oder im Internierungslager eingesperrten Parteimitglieder erzielte das Deutsche Landeskomitee im Verlauf des Jahres ein Ergebnis von 68 000 Kronen.²³

Vom 1. März 1920 an konnte die „Volksstimme“ nur noch als Wochenzeitung erscheinen; seitens der bürgerlichen Zeitung „Neues Politisches Volksblatt“ wurde versucht, die Abonnenten der „Volksstimme“ abzuwerben.²⁴ Der ansonsten sehr populäre „Volksstimme-Kalender“ für das Jahr 1920 konnte nicht erschei-

²⁰ Volksstimme, 16. Januar 1920; *András Fehér: A Magyarországi Szociáldemokrata Párt és az ellenforradalmi rendszer, 1919 augusztus—1921* (Die Sozialdemokratische Partei Ungarns und das konterrevolutionäre System. August 1919—1921). Akadémiai Kiadó, Budapest 1969, S. 78—92.

²¹ *Béla Bellér: Az ellenforradalom nemzetiségi politikájának kialakulása...*, S. 128—130.

²² PI Archiv, Fond 658, Bündel 7, Posten 3, Franz Gerstners Briefe in Deutsch aus Leányvár an Viktor Knaller, 3. Mai 1920.

²³ Volksstimme, 16. Dezember 1922, Bericht des Landeskomitees.

²⁴ Ebd., 13. März 1920.

nen, da bei einem barbarischen Überfall auf die Redaktion und die Druckerei im Dezember des Vorjahres die Setzerei zerstört worden war.²⁵ Außer den Sprechstunden des Deutschen Sekretariats, die zweimal wöchentlich stattfanden,²⁶ und der dabei gleichzeitig möglichen Ausleihe deutscher Bücher²⁷ gibt es insgesamt nur Nachrichten darüber, daß der Deutsche Arbeiterbildungsverein „Vorwärts“ im Oktober in den Räumlichkeiten der Backindustrie-Fachgruppe in der Dohány-Straße einen Unterhaltungsnachmittag veranstaltete²⁸ und im November einen deutschen Sprachkurs für die zu dem Fachrat gehörenden Fachvereinigungen organisierte, zu dem sich die Interessenten im Deutschen Sekretariat der Partei anmelden konnten.²⁹

Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Trianon (4. Juni 1920) deuteten viele Leute in der erregten Stimmung, die das ganze Land erfaßt hatte, allein die reine Existenz der verbliebenen Nationalitäten als Möglichkeit einer weiteren Verstümmelung des Landes oder dessen völligen Auflösung und forderten ihre Assimilierung. Sie wandten sich in aufgebrachter Leidenschaft selbst gegen die Nationalitätenpolitik von Bleyer, und die diente doch der Bestrebung der ungarischen Regierung, trotz der Friedensverträge von Saint Germain und Trianon Österreich auch weiterhin die von Deutschen bewohnten westungarischen Gebiete nicht zu überlassen, die es sich unter dem Namen Burgenland einverleiben wollte. Bleyer war bereits im Dezember des Jahres 1920 gezwungen gewesen, sich von seinem Ministerium zu trennen, das seither von dem jeweiligen Außenminister geleitet wurde. Als dann das Burgenland sodann im November 1921 dennoch an Österreich übergeben wurde und infolge der Volksabstimmung in Sopron die Stadt und ihre unmittelbare Umgebung im Dezember unter der Oberhoheit des ungarischen Staates verbleiben konnte, war die ganze Frage abgeschlossen. Im Februar 1922 wurde das Ministerium für Nationalitätenangelegenheiten aufgelöst.³⁰

Die Sozialdemokratische Partei Ungarns vertrat von Anfang an den richtigen Standpunkt, daß das Schicksal des gesamten westungarischen Gebietes durch eine Volksabstimmung entschieden werden soll, das heißt, das Recht auf nationale Selbstbestimmung der interessierten Bevölkerung sollte geltend gemacht werden.³¹ Als es, auf Sopron und Umgebung beschränkt, zu einer derartigen Volksabstimmung kam, forderte die Sozialdemokratische Partei Ungarns gemeinsam mit den anderen ungarischen Parteien die Bevölkerung zur Stellungnahme für die Zugehörigkeit zu Ungarn auf und gab ihren dortigen Parteimitgliedern die entsprechenden Instruktionen.³²

Bei der Erwägung des Umstandes jedoch, daß nach der Loslösung des deutschen Volksblocks im Burgenland nur noch die deutsche Bevölkerung in Un-

²⁵ Ebd., 23. Januar 1920.

²⁶ Ebd., 6. November 1920.

²⁷ Ebd., 6. November 1920.

²⁸ Ebd., 23. Oktober 1920.

²⁹ Ebd., 20. November 1920.

³⁰ *Béla Bellér: Az ellenforradalom nemzetiségi politikájának kialakulása...*, S. 134—143.

³¹ *Volksstimme*, 17. Februar 1920, Westungarn.

³² Ebd., 10. Dezember 1921, *Die ungarländische Sozialdemokratie und Westungarn*.

garn verblieb, die aufgrund ihrer zentralen Wohnlage und ihrer verstreuten Ansiedlung bereits seit langem starken Assimilationseinflüssen ausgesetzt war und deren Magyarisierung sich innerhalb der neuen Grenzen vermutlich beschleunigt, wurde innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Ungarns bereits im Sommer des Jahres 1921 die Frage aufgeworfen, ob es sinnvoll wäre, das Deutsche Landeskomitee aufrechtzuerhalten und die deutschsprachige Parteiagitation weiterzuführen. In der „Volksstimme“ wurde das Stellen dieser Frage entschieden kritisiert, der zufolge die Bedeutung der deutschsprachigen Parteiagitation unterschätzt wird. Auch nach der Übergabe des Burgenlandes waren etwa eine halbe Million Deutsche in Ungarn verblieben. In der Zeitung ist darauf verwiesen worden, daß es sehr wichtig ist, wenn in erster Linie die deutschsprechenden Industrie- und Landarbeiter, aber darüber hinaus auch die Kleinbauern und Handwerker der von Deutschen bewohnten Dörfer für die Parteiorganisationen der Sozialdemokratie geworben werden, denn ansonsten wirft die Reaktion ihre Netze nach ihnen aus. Es muß ermöglicht werden, daß die Deutschen am Leben der Sozialdemokratischen Partei in ihrer Muttersprache teilnehmen können. Es stimmt zwar, daß von den in Ungarn verbliebenen Deutschen ein bedeutender Teil der Männer auch Ungarisch kann, doch ein großer Teil der Frauen versteht nur die deutsche Muttersprache, und dem muß auch die sozialdemokratische Frauenbewegung Rechnung tragen. Man muß sich auch mit der deutschen Jugend beschäftigen, damit auch ein Deutsch sprechender Nachwuchs für die Partei erzogen werden kann. Es müssen Versammlungen und Beratungen in Deutsch abgehalten sowie politische und wissenschaftliche Vorträge wie auch Kurse in Deutsch organisiert werden. In Budapest und Umgebung ist dies einfacher, doch auch im übrigen Land kann die Verhinderung der Organisationsfreiheit der Partei nicht ewig anhalten. Es muß im Interesse der einzigen deutschen Parteizeitung, der jetzt nur wöchentlich erscheinenden „Volksstimme“, agitiert werden, war in der Zeitung zu lesen.³³

In Hinsicht auf die schwierigen Umstände und die ungünstige Atmosphäre konnte es als ein gutes Ergebnis betrachtet werden, daß das Deutsche Landeskomitee im Verlaufe des Jahres 1921 dennoch an 42 Orten 60 Versammlungen abgehalten hat. Unter den Briefen, die beim Deutschen Sekretariat eingingen, waren schon nicht mehr nur solche zu finden, in denen über Repressalien für das Verhalten während der Räterepublik, die Verfolgung der Mitgliedschaft und vor allem ihrer Führer berichtet wurde (wie z. B. in der Gemeinde Mór)³⁴, sondern auch solche, in denen zu lesen war, daß man sich in einzelnen Gemeinden auf die Gründung neuer deutschsprachiger Parteiorganisationen vorbereitet (so z. B. in der Gemeine Dunabogdány).³⁵

Was die Lage der Volksstimme anbetraf, so bereitete ihr das Erscheinen der Wochenzeitung „Sonntagsblatt“ der Bleyerschen deutsch-nationalistischen Richtung ab Oktober 1921 weitere Schwierigkeiten. Diese Zeitung beanspruchte das

³³ Ebd., 20. August 1921, Zur Parteiarbeit.

³⁴ PI Archiv, Fond 658, Bündel 7, Posten 3, Franz Hohers Brief in Deutsch an Viktor Knaller, 20. Februar 1921.

³⁵ Ebd., Der Brief des Maurers Josef Heppert in Deutsch an Viktor Knaller, 20. Mai 1921.

ausschließliche Recht auf die Führung des ungarndeutschen „Volkstums“ im konterrevolutionären, nicht nur antikommunistischen, sondern auch antiliberalen und demokratiefeindlichen, stark sozialdemokratiefeindlichen, antisemitischen, deutsch-nationalistischen Geist.³⁶ In der Zeitung wurde die rücksichtslos angegriffene Sozialdemokratie zur Vertretung der Rechte und Forderungen der deutschen Nationalität schon deshalb für ungeeignet gehalten, weil die Sozialdemokratische Partei Ungarns die natürlichen Assimilationsprozesse, die auch in der Arbeiterbewegung vor sich gingen, nicht als schädlich verurteilte und die Bedeutung der Bewahrung der Muttersprache ebenso wie ihres ungehinderten Gebrauchs nicht als völkische Differenzierung, sondern als Instrument der sozialistischen Bildung betrachtete. In dieser Hinsicht übernahmen auch solche Sozialdemokraten eine herausragende Rolle in der deutschsprachigen Organisations- und Aufklärungsarbeit, die nicht zu dem von Bleyer und seinem Kreis antisemitisch gedeuteten deutschen Volkstum gehörten, wie zum Beispiel Mór Rothenstein, der Chefredakteur der Volksstimme.

³⁶ Béla Bellér: Az ellenforradalom nemzetiségi politikájának kialakulása..., S. 188—190.

DIE ERSTEN ERFOLGE UND NIEDERLAGEN (1922—1924)

Auf den Bethlen-Peyer-Pakt gestützt, beschloß die Sozialdemokratische Partei Ungarns, an den für Mai 1922 ausgeschriebenen zweiten Wahlen zur Nationalversammlung teilzunehmen. Schon im Februar hielten ihre Vertreter in den deutschen Gemeinden Reden und Volksversammlungen zum Thema „Die Wahlrechtsreform und die Nationalitäten“.³⁷ Am 5. März bildete die Bezirksberatung der deutschen Sozialdemokraten aus Budapest und Umgebung den Auftakt zur unmittelbaren Wahlorganisierung: Viktor Knaller rief deren Teilnehmer auf, mit den ungarischen Sozialdemokraten gemeinsam, Schulter an Schulter zu kämpfen. Franz Kittel hob die sich im organisatorischen Ausbau der Partei verbergende Kraft hervor und Mór Rothenstein machte auf die wichtige Rolle der deutschsprachigen Parteipresse, der Volksstimme, im Wahlkampf aufmerksam.³⁸ Der deutsche Gesandte in Budapest, der die Vorbereitungen zu den Wahlen verfolgte und sich um Bleyer und seine Anhänger, die bei der vorigen Wahl so gut abgeschnitten hatten, aufgrund der Abtrennung des Burgenlandes und infolge des Vorherrschens der nationalitätenfeindlichen Stimmung wesentlich veränderten Lage Sorgen machte, schätzte die Chancen der deutschen Sozialdemokraten als gering ein.³⁹ Das Deutsche Landeskomitee, das in jener Zeit Kontakte zu deutschen Sozialdemokraten in 80 Gemeinden unterhielt, organisierte den Großteil der 101 Volksversammlungen in jenem Jahr im Rahmen des Wahlkampfes. Selbst auch die Berichte der Volksstimme stellten eine große Unterstützung in diesen Auseinandersetzungen dar.⁴⁰ In der Zeitung wurde der Aufruf des Deutschen Landeskomitees veröffentlicht, infolge dessen die deutschsprechenden Sozialdemokraten mit Spenden von 20, 50 und 100 Kronen zum Wahlfond der Partei beitrugen.⁴¹ Die Partei ließ Flugblätter und Plakate in Deutsch drucken. Zugleich informierte sie im Zusammenhang mit der Wahl über Wissenswertes in der Muttersprache der Bevölkerung.⁴²

³⁷ Volksstimme, 4. Februar 1922.

³⁸ Ebd., 11. März 1922.

³⁹ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (im weiteren: PA AA), Pol. Abt. II. Ung. Politik 5, Bd. 2, Bericht des Gesandten Fürstenberg, 16. März 1922.

⁴⁰ Volksstimme, 6. Mai 1922.

⁴¹ Ebd., 15. April 1922.

⁴² Magyar Munkásmozgalmi Múzeum (Museum der Ungarischen Arbeiterbewegung), Plakatsammlung; PI Archiv, FBS, III/2/1922/2587; zu den im Museum der Ungarischen Arbeiterbewegung und in der Sammlung der Ervin-Szabó-Bibliothek (Szabó Ervin Könyvtár) befindlichen Flugblättern in deutscher Sprache siehe *Frau Gábor: A szociáldemokrata és szakszervezeti röp-*

In Trianon-Ungarn gab es fünfzehn Wahlbezirke, in denen die Stimmen der deutschen Bevölkerung entscheidend sein konnten, und in zehn dieser Wahlbezirke stellte die Sozialdemokratische Partei einen Kandidaten. Es war ein bedeutender Erfolg, daß vier von ihnen auch gewählt wurden (drei in Wahlbezirken mit offener Wahl und einer in einem städtischen Bezirk): In Soroksár wurde Viktor Knaller, der deutsche Sekretär der Parteizentrale, in Tatabánya Lajos Kabók, in Dorog Károly Peyer und in Sopron Ede Hébelt gewählt. Bei vier von 24 sozialdemokratischen Abgeordneten, die nach der Wahl in die Nationalversammlung gelangten, hatte die Tätigkeit des Deutschen Landeskomitees im Wahlkampf zum Erfolg beigetragen. In fünf weiteren Wahlbezirken, die in bezug auf die deutsche Minderheit bedeutsam waren, unterlagen die sozialdemokratischen Kandidaten nur wegen des Terrors, allerdings mit einer sehr beachtlichen Anzahl an Wählerstimmen: in Törökbálint war es Josef Riesz, in Pomáz Béla Gonda, in Nagymaros Árpád Szakasits, in Pilisvörösvár Sándor Rády und im Wahlbezirk Sopron und Umgebung Franz Kittel. Als positive Erscheinung konnte festgestellt werden, daß die sozialdemokratischen Kandidaten in den Wahlbezirken Pilisvörösvár und Nagymaros auch die Unterstützung der kleinen Landwirte genossen.⁴³ Dies gelang aber in dem zu Recht für wichtig gehaltenen Wahlbezirk Bonyhád nicht, doch verdient diesbezüglich bereits der Umstand erwähnt zu werden, daß die Sozialdemokraten in Tolna und Baranya nach zweieinhalb Jahren das erste Mal wieder öffentliche Versammlungen abhalten durften.⁴⁴ In einzelnen Wahlbezirken, so zum Beispiel in Hegyeshalom, wo die Sozialdemokratische Partei Ungarns keinen eigenen Kandidaten aufstellte, hätten die ansässigen Sozialdemokraten gern den jeweiligen Kandidaten der bürgerlichen Opposition unterstützt, doch sprach sich das Deutsche Sekretariat dagegen aus, weil es ihrerseits keine Garantie dafür gegeben sah, daß sie im Falle ihrer Wahl die Interessen der Arbeiter im Parlament vertreten würden.⁴⁵

Die deutsche Gesandtschaft in Budapest wurde durch den Erfolg der Sozialdemokraten in den Wahlbezirken mit deutschem Charakter überrascht. Sie stellte dazu in einem Bericht resigniert fest, daß der einzige Abgeordnete in der neuen Nationalversammlung, der als wirklicher Deutscher angesehen werden kann, gerade ein Sozialdemokrat, ein weltanschaulicher Gegner ist: der in Kronstadt geborene Viktor Knaller, siebenbürgisch-sächsischer Abstammung. Von den in der Regierungspartei und in den Parteien der Opposition vertretenen zahlreichen Abgeordneten mit deutschem Namen und deutscher Abstammung kann aber, wurde in der Gesandtschaft angenommen, keine solche Vertretung der

lapok és plakátok bibliográfiája, 1919—1944 (Bibliographie der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Flugblätter und Plakate, 1919—1944). (Manuskri.) Budapest 1968, Bd. I. S. 53 und 87.

⁴³ *Lajos Serfőző*: A Magyarországi Szociáldemokrata Párt a parlamentben, 1922—1926 (Die Sozialdemokratische Partei Ungarns im Parlament, 1922—1926). Akadémiai Kiadó, Budapest 1967, S. 70.

⁴⁴ PI Archiv, Fond 658, Bündel 7, Posten 3, Franz Hunths Brief in Deutsch aus Nagymányok an Viktor Knaller, 8. Juni 1922.

⁴⁵ Ebd., Johann Petrovits' Brief in Deutsch aus Hegyeshalom an Viktor Knaller, 23. Mai 1922; Knallers Antwort, 25. Mai 1922.

Interessen des deutschen Volkstums erwartet werden, wie sie Bleyer und seine Anhänger hätten verwirklichen können. Nur waren weder Bleyer noch Gündisch, noch ein einziges Mitglied ihrer Partei in das Parlament gewählt worden.⁴⁶

Nach der erfolgreichen Wahl teilte das Deutsche Landeskomitee die von Deutschen bewohnten Gebiete Ungarns für die Organisation der Partei in Bezirke ein und wollte im Verlauf des Monats Juli in jedem Bezirk die weiteren Aufgaben auf einer Konferenz diskutieren.⁴⁷ An der Bezirkskonferenz von Budapest und Umgebung am 2. Juli nahmen 102 Delegierte deutscher Muttersprache aus 34 Gemeinden teil; am 9. Juli erschienen zu der Bezirkskonferenz von Tolna—Baranya in Bonyhád 141 Delegierte aus 51 Gemeinden; am 16. Juli fand in Sopron die Bezirkskonferenz für Westungarn mit 120 Teilnehmern statt.⁴⁸ Die Referenten des Deutschen Landeskomitees auf diesen Konferenzen waren Knaller und Kittel. Anhand der Wahlergebnisse war seitens der Partei gefolgert worden, daß von den 500 000 Deutschen im Land mindestens 100 000 Industrie- und Landarbeiter, Handwerker, Händler und kleine Landwirte mit der Sozialdemokratischen Partei sympathisierten. Damit war die Hoffnung verbunden, die „Volksstimme“ wird aufgrund dessen eine entsprechende Basis finden. Zur nächsten zu bewältigenden Aufgabe wurde erklärt, die Sozialdemokraten sollen nunmehr versuchen, auch in die Gemeindevertretungen hineinzugelangen. Vor allem auf der Konferenz in Sopron wurde viel über die nachträgliche Belästigung der sozialdemokratischen Wähler gesprochen und über die Verletzung des Rechts auf die Muttersprache. Die Parlamentsfraktion der Partei wurde aufgefordert, sie solle die Verletzungen zur Sprache in der Nationalversammlung bringen.⁴⁹

Der Deutsche Gesandte in Budapest fand die lebhaftete Betätigung der ungarndeutschen Sozialdemokraten in ihrer Organisation beunruhigend, über die er dem Auswärtigen Amt in Berlin im Zusammenhang mit den erwähnten Bezirkskonferenzen einen ausführlichen Bericht schickte. Er beschuldigte die ungarische Regierung, daß sie gegenüber den Aktivitäten der Sozialdemokratischen Partei, die sie in der Bevölkerung deutscher Nationalität durchführt, weitgehend nachsichtig ist, während sie die Bleyersche nationalistische Bewegung unterdrückt.⁵⁰ Dies war zwar bei weitem nicht so, doch verfehlte die Beschwerde dennoch ihre Wirkung nicht: In den Wahlbezirken Sopron, Soroksár und Dorog wurde den sozialdemokratischen Abgeordneten im Herbst nicht erlaubt, ihren Rechenschaftsbericht zu halten.⁵¹ Die Verbreiter der Volksstimme wurden auch weiterhin, und zwar stärker als bisher verfolgt, da die Bethlen-Regierung die Organisation der Landarbeiter verhindern wollte, kamen doch die Leser der Zeitung in erster Linie aus ihren Reihen. Anstatt der erhofften Verbesserung trat eine bedeutende Ver-

⁴⁶ PA AA, Pol. Abt. II, Ung. Politik 5, Bd. 2, Kieps Bericht vom 3. Juni 1922.

⁴⁷ Volksstimme, 8. Juli 1922, Die Organisation der Partei in den deutschsprachigen Gebieten Ungarns.

⁴⁸ Népszava, 4., 10. und 18. Juli 1922.

⁴⁹ Volksstimme, 8., 15. und 22. Juli 1922.

⁵⁰ PA AA, pol. Abt. II, Ung. Politik 5, Bd. 3. Fürstenbergs Bericht, 20. Juli 1922.

⁵¹ Volksstimme, 16. Dezember 1922, Bericht des Landeskomitees.

schlechterung der Lage der „Volksstimme“ ein, ab Mitte November 1922 erschien sie nur noch monatlich.⁵²

In der konterrevolutionären Zeit konnte der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Ungarns — abgesehen von dem außerordentlichen Parteitag im Jahr 1919 — erstmals im Dezember des Jahres 1922 abgehalten werden. Im Rahmen dieses XXI. Parteitages wurde am 26. Dezember die Landeskonferenz der deutschsprechenden Sozialdemokraten durchgeführt, auf der ebenfalls die Lage seit dem Monat August des Jahres 1919 erörtert wurde. Aus den 80 Gemeinden, zu deren Sozialdemokraten deutscher Nationalität das Deutsche Landeskomitee zu der Zeit Kontakt hatte, konnten insgesamt 92 Delegierte aus nur 28 Gemeinden wegen der Schwierigkeiten, die die Unkosten für sie darstellten, anreisen. In der Diskussion über den von Viktor Knaller vorgelegten Bericht fand der von Mór Rothenstein besonders nachdrücklich vertretene Standpunkt ungeteilte Zustimmung, demzufolge die Arbeit unter den Menschen mit deutscher Muttersprache auch in Trianon-Ungarn aufrechterhalten und nicht nur im Zusammenhang mit den Wahlen, sondern kontinuierlich durchgeführt werden muß. Die zum Parteitag der ungarischen Sozialdemokraten entsandten Vertreter der österreichischen und deutschen Schwesternparteien waren auch auf der Landeskonferenz der Sozialdemokraten Ungarns mit deutscher Muttersprache zugegen. Der Vertreter der deutschen Partei, Adolf Braun, unterschied in seiner Wortmeldung die Idee der deutschen Nationalisten von der deutschen Volksgemeinschaft und die auch von den Sozialdemokraten anerkannte Vorstellung von der deutschen Kulturgemeinschaft. Die Sozialdemokraten mit deutscher Muttersprache seien, führte er aus, überall in der Welt stolz darauf, daß sie die Werke der großen Vorkämpfer des Sozialismus (Marx, Engels, Lassalle) im Original studieren können.⁵³

Auf der Landeskonferenz wurde ein Beschluß darüber verabschiedet, daß es im Interesse der Förderung der deutschsprachigen Agitation und Organisierung notwendig ist, in den Siedlungen mit deutscher Mehrheit deutschsprachige Parteiorganisationen zu gründen. In den Gemeinden, in denen die deutsche Bevölkerung in der Minderheit ist, soll ein Vertrauensmann gewählt werden, der die Verbindung zum Deutschen Landeskomitee unterhält. Die Delegierten der deutschsprachigen Parteiorganisationen bzw. die deutschen Vertrauensleute sollen Bezirkskonferenzen abhalten. In jedem Jahr soll auch eine Landeskonferenz abgehalten werden, auf der, wie auch jetzt, das siebenköpfige Deutsche Landeskomitee und die dreiköpfige Kontrollkommission neugewählt werden sollen. An den Sitzungen des Deutschen Landeskomitees soll der Chefredakteur der deutschen zentralen Parteipresse, der „Volksstimme“, mit beratender Stimme teilnehmen.⁵⁴ Das damalige, monatliche Erscheinen des Blattes wurde als Übergangsstadium betrach-

⁵² Protokoll der am 24., 25., 26. und 27. Dezember 1922 in Budapest stattgefundenen XXI. Parteiversammlung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns. Budapest 1923, S. 71, 113.

⁵³ Népszava, 29. Dezember 1922, Volksstimme, 20. Januar 1923, Die deutsche Landeskonferenz.

⁵⁴ PI Archiv, Fond 658, Bündel I, Posten 39, Regulativ für die Organisationen der deutschsprechenden Sozialdemokraten in Ungarn.

tet, mit dem sich nicht zufrieden gegeben werden darf, es muß alles unternommen werden, damit die Volksstimme wieder als Wochenzeitung erscheinen kann.

Die unter organisatorischen Gesichtspunkten bereits im Jahre 1922 gebildeten drei deutschen Bezirke entsprachen den drei Selbstbestimmungsgebieten, die in den Jahren der Revolutionen geplant gewesen waren. Ein Bezirk entsprach dem damaligen „Mittelgau“ mit dem Zentrum Budapest. Im Jahr 1923 stand das Deutsche Landeskomitee dort bereits mit 33 Gemeinden in Verbindung. Der Bezirk Tolna—Baranya (mit dem Zentrum Bonyhád) war mit der „Schwäbischen Türkei“ identisch. Dort bestanden Verbindungen zu 48 Gemeinden im Komitat Tolna, aber nur zu 13 im Komitat Baranya. Der Bezirk Westungarn (mit dem Zentrum Sopron), der frühere „Gau Westungarn“, war im Kontaktnetz der deutschsprechenden Sozialdemokraten im Jahr 1923 mit 8 Gemeinden im Komitat Moson, mit 4 Gemeinden im Komitat Sopron und mit 2 Gemeinden im Komitat Vas vertreten. In allen drei Bezirken wurde sodann ein Deutsches Bezirkssekretariat geschaffen. Auch in anderen Gebieten des Landes hatte das Deutsche Landeskomitee Beziehungen: im Komitat Arad zu zwei Gemeinden, im Komitat Borsod ebenfalls zu zwei, im Komitat Esztergom zu sieben, im Komitat Komárom zu acht, im Komitat Fejér zu vier und im Komitat Nógrád zu drei Gemeinden. Landesweit gab es aber nur in insgesamt 17 von den 134 Gemeinden eine regelmäßig tätige, getrennte deutsche Parteiorganisation, ansonsten wurden in den gemischtsprachigen Gemeinden mit den Ungarn gemeinsame Parteiorganisationen gebildet und über Vertrauensmänner der Kontakt zum Deutschen Landeskomitee bzw. zum Deutschen Landessekretariat aufrechtgehalten.⁵⁵

In bezug auf die Tagesordnungen der Bezirksberatungen der ungarndeutschen Sozialdemokraten nahm die im Juni veröffentlichte Verordnung der Bethlen-Regierung (Nr. 4 800/1923 des Ministerpräsidiums) über die Durchführung der im Friedensvertrag von Trianon übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich des Schutzes der Minderheiten einen sehr wichtigen Platz ein. Diese Verordnung wurde von der „Volksstimme“ Mitte Juli in vollem Wortlaut veröffentlicht, damit sich die Interessierten in der deutschsprachigen Presse der Partei über ihre Rechte informieren konnten.⁵⁶ In dem Kommentar der Zeitung über die Verordnung wurden bereits die Umstände der Erlassung dieser Minderheitenverordnung beleuchtet. Knaller erweiterte diesen Kommentar auf den Bezirkskonferenzen zu einem, die Zeit seit 1867 aufzeigenden, umfassenden Bild der Geschichte der Nationalitätenfrage in Ungarn, indem er besonders die positiven Initiativen der bürgerlich-demokratischen Revolution hervorhob. Er erinnerte daran, daß auch die erste — bereits erwähnte — Nationalitätenverordnung des konterrevolutionären Systems (die von der Friedrich-Regierung erlassene Verordnung Nr. 4 044/1919 des Ministerpräsidiums) über die Gleichberechtigung der nationalen Minderheiten nicht umgesetzt worden war. Zugleich wünschte sich Knaller, daß das Schicksal dieser neuen Nationalitätenverordnung nicht gleiche Sabotierung sein

⁵⁵ „Volksstimme“, 19. April 1924, Tätigkeitsbericht des Deutschen Landeskomitees der Sozialdemokratischen Partei Ungarns vom 1. Januar bis Dezember 1923.

⁵⁶ Ebd., 14. Juli 1923, Die Rechte der nationalen Minderheiten.

möge. Er betonte, daß die Sozialdemokratische Partei Ungarns die Nationalitätenfrage nicht so wie die Nationalisten auffasse, doch im Kampf für die Demokratie verliere sie auch die Bedeutung der Rechte der Nationalitäten nicht aus den Augen. Deren restlose Durchsetzung werde die Demokratie dann von selbst mit sich bringen. Bis dahin, wurde — auf seinen Vorschlag hin — auf den Bezirkskonferenzen entschlossen erklärt, muß die Regierung zur Durchführung der Verordnung aufgerufen werden, was die Sozialdemokraten kontrollieren wollen. Gleichzeitig forderten sie die freie Organisation für die Sozialdemokraten und die Freiheit der Agitation in der Muttersprache der Nationalitäten, was noch immer auf Schwierigkeiten stieß. Die Redner auf der Konferenz des Bezirkes der Westungarn brachten auch den vernachlässigten Zustand der deutschen kulturellen Institutionen in Sopron zur Sprache.⁵⁷

Auf den deutschen Bezirkskonferenzen wurde auch der Wunsch vorgebracht, die Partei soll sich auch auf Volksversammlungen mit der Nationalitätenverordnung der Regierung und der sich bald daran anschließenden Verordnung des Ministeriums für Kultus und Unterricht über die Nationalitätenschulen, die in der „Volksstimme“ ebenfalls bekanntgemacht worden waren,⁵⁸ befassen. Gegenstand der Tagesordnungen der meisten im Verlauf des Jahres in 26 Gemeinden abgehaltenen 48 deutschen Volksversammlungen war neben der Auseinandersetzung mit der politischen und wirtschaftlichen Lage die Minderheitenfrage. Die Versammlung in Mosonmagyaróvár ließ der Oberstuhlrichter auflösen, weil Knaller in seiner Rede die ungarische Regierung und Behörden beleidigende Parallelen zur Behandlung der Minderheitenfrage in einzelnen anderen Ländern zog.⁵⁹

Es gibt Beispiele dafür, daß die Sozialdemokratische Partei Ungarns bei der Durchsetzung des Rechts auf die Muttersprache auch Wünsche in bezug auf Gebrauch der Muttersprache in den Kirchen aufgenommen hatte. Károly Peyer, der Abgeordnete des Wahlbezirks Dorog, setzte sich im November 1923 in seinem Brief an Fürstprimas Csernoch für den Wunsch der deutschen Katholiken der Gemeinde Dág ein, deren Einwohner Deutsche und Slowaken waren. (Laut Antwort würde die Zulassung des Gottesdienstes in deutscher Sprache die slowakische Bevölkerung verletzen, deshalb soll das Ungarische beibehalten werden, mit dem sich letztendlich beide Seiten eher abfinden.)⁶⁰

In der „Volksstimme“ wurde von Zeit zu Zeit über die berechtigten Beschwerden der ungarndeutschen Bevölkerung berichtet: so über die verzweifelte Lage der Landarbeiter in der Gemeinde Lippó im Komitat Baranya⁶¹ oder über die Beschwerden der deutschen Kleinbauern in der Umgebung von Sopron. Diese

⁵⁷ Ebd., 18. August, 15. September, 20. Oktober 1923, Die deutschsprechenden Sozialdemokraten für ein demokratisches Ungarn.

⁵⁸ Ebd., 15. September 1923, Der Minoritätenschutz in Ungarn.

⁵⁹ Ebd., 15. September 1923.

⁶⁰ Primási Levéltár (Esztergom), Csernoch János hercegprímás iratai (Primatialarchiv [Esztergom], Schriften des Fürstprimas János Csernoch), 3914/1923.

⁶¹ Volksstimme, 17. November 1923.

sprach ihr Abgeordneter Ede Hébelt auch in der Nationalversammlung an.⁶² Die Parlamentsfraktion der Partei beschäftigte sich einmal auch gesondert eingehender mit der schlechten Lage des Deutschtums in Sopron und Umgebung, aufgrund deren die dortige Bevölkerung die Zugehörigkeit zu Österreich als vorteilhafter ansehen würde. In diesem Zusammenhang wies Hébelt auf der Fraktionssitzung darauf hin, daß das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationalitäten zur Loslösung berechtige. Doch Sándor Propper und István Farkas ermahnten ihren Abgeordnetenkollegen dazu, daß er dies im Parlament nicht ansprechen, sondern sich auf die Hervorhebung der großen Anziehungskraft der demokratischen Verhältnisse in Österreich beschränken soll, wobei er zugleich betonen soll, die Nationalitäten, so auch die Deutschen in der Umgebung von Sopron, lebten neben einer echten Demokratie ohne Loslösungsbestrebungen, zufrieden in Ungarn.⁶³

Als die Bilanz des Jahres 1923 gezogen wurde, wertete das Deutsche Landeskomitee als ein Positivum, daß das im vorangegangenen Jahr von Ede Hébelt geleitete deutsche Seminar, als das Forum der deutschsprachigen Parteischulung, diesmal unter Leitung von Franz Kittel und Viktor Knaller in der Herbst-Wintersaison in Budapest wieder begonnen hat, und so zu einer regelmäßigen Institution geworden ist. In kommunalpolitischer und örtlich-kultureller Hinsicht kann als bedeutsam hervorgehoben werden, daß es den deutschen Sozialdemokraten in mehreren Orten gelungen war, in die Gemeindevertretungen (Törökbálint, Békásmegyér, Solymár, Dunabogdány, Vecsés, Csolnok) bzw. in die Schulräte (Felsőgalla, Törökbálint) zu gelangen. Bei den Wahlen in der Hauptstadt traten die Genossen mit deutscher Muttersprache auf den Aufruf des Deutschen Landeskomitees hin gegen die reaktionäre Wolff-Csilléry-Partei an.⁶⁴ Mit Genugtuung wurde darüber berichtet, daß die sozialdemokratische Genossenschaftsbewegung auch in den von Deutschen bewohnten Gebieten bestimmte Fortschritte vorweisen konnte: In Törökbálint und Nagymaros war die Arbeiter-Konsumgenossenschaft gegründet worden. (In Sopron war dies bereits 1920 geschehen.)⁶⁵

In den letzten Februartagen des Jahres 1924 verhandelte die Nationalversammlung den Gesetzesentwurf der Bethlen-Regierung über den Gebrauch der Minderheitensprachen in öffentlichen Ämtern. Auf der gemeinsamen Sitzung der Leitung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns und der Parlamentsfraktion der Partei wurde auf Vorschlag von Illés Mónus beschlossen, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten diesem Gesetzesentwurf nicht zustimmen werden.⁶⁶ In der Parlamentsdebatte machten Viktor Knaller und Mór Rothenstein, die die Meinung der Partei darlegten und über deren Reden auch die „Volksstimme“ berichtete,

⁶² Ebd., 18. August 1923, Die Nationalitätenfrage und die Soproner Kleinbauern. Aus der Rede des Abgeordneten Dr. Eduard Hébelt.

⁶³ PI Archiv, Fond 658, Bündel 3, Posten 1, Protokoll der Sitzung der Parlamentsfraktion der SPU am 18. Dezember 1923.

⁶⁴ Volksstimme, 19. Mai 1923.

⁶⁵ Ebd., 19. April 1924, Tätigkeitsbericht.

⁶⁶ PI Archiv, Fond 658, Bündel 3, Posten 1, Gemeinsame Sitzung der Parlamentsfraktion und der Parteileitung der SPU am 26. Februar 1924.

darauf aufmerksam, daß die Regierung nicht in der Lage sei, eine Veränderung in der Nationalitätenpolitik herbeizuführen, die das Land infolge des sich Fortsehens der Nationalitäten in eine Katastrophe getrieben habe. Sie betriebe nur eine Schaufensterpolitik, die den gesteckten Zielen nicht entspricht und dazu untauglich, die losgelösten Nationalitäten zurückzugewinnen und auch die Lage der in den Nachbarländern zur Minderheit gewordenen Ungarn — auf der Basis der Gegenseitigkeit — wirklich zu lindern. Die Lösung der Nationalitätenfrage könne nur ein demokratisches Ungarn verwirklichen.⁶⁷

Anläßlich des XXII. Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Ungarns im April 1924 beschäftigten sich Knaller und Kittel auf der Landeskonferenz der Sozialdemokraten mit deutscher Muttersprache — auf der diesmal der Vertreter der Deutschen Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei, Anton Schäfer, als Gast anwesend war — in ihren Reden mit der Nationalitätenfrage im oben erwähnten Sinn. In seiner Rede über die Kommunalpolitik der Partei machte Josef Riesz darauf aufmerksam, wie wichtig es sei, daß die Sozialdemokraten — vor allem in Hinsicht auf die beginnenden Kämpfe um die Einführung der in der Schulverordnung für Minderheiten vorgeschriebenen Schultypen — in die Schulräte gelangen. In seiner Wortmeldung sprach Rothenstein über die Anstrengungen, die im Interesse der Rettung der deutschen Parteipresse, der „Volksstimme“, zu unternehmen sind.⁶⁸

Auf den Landeskonferenzen der deutschsprachigen Sozialdemokraten gab es selbstverständlich auch immer bestimmte Informationen über den an den gleichen Tagen stattfindenden Parteitag. Auf der gerade stattfindenden Konferenz sprach Kittel vor den 116 deutschen Delegierten aus 32 Gemeinden in scharf verurteilendem Ton über das Auftreten der linken Sozialdemokraten auf dem Parteitag gegen die Parteileitung, das seiner Ansicht nach zu einem Bruch geführt habe und wogegen auch in den deutschen Gebieten mit der größten Entschiedenheit aufzutreten werden müsse.⁶⁹

Nach dieser, unter Anwesenheit von nicht weniger als zehn Detektiven abgehaltenen Landeskonferenz, beschäftigte sich das Deutsche Landeskomitee in vielen Volksversammlungen mit der Nationalitätenfrage. Dabei nutzte es die heftigen Debatten aus, die um die Festlegung des den deutschen Interessen am meisten entsprechenden Volksschultyps geführt wurden.⁷⁰ In der Juninummer der „Volksstimme“ des Jahres 1924 wurde der Aufruf des Deutschen Landeskomitees veröffentlicht: Sie, die Ungarndeutschen, sollen auf ihren Rechten bestehen und von den Schulräten die Einberufung und von jedem Einfluß freie Abhaltung der laut Verordnung zur Stellungnahme berufenen Elternkonferenzen fordern und ihre Beschwerden unverzüglich dem Deutschen Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei Ungarns melden.⁷¹

⁶⁷ Volksstimme, 15. März 1924, Die Rechte der nationalen Minderheiten in der Nationalversammlung. Die Reden der Abgeordneten Viktor Knaller und Mór Rothenstein.

⁶⁸ Népszava, 23. April 1924, Landeskonferenz der deutschsprechenden Genossen; Volksstimme, 17. Mai 1924, Die deutsche Landeskonferenz.

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ Ebd., 17. Mai 1924.

⁷¹ Ebd., 21. Juni 1924, Die Schule der nationalen Minderheiten.

Dies aber war den Behörden zuviel: Sie verboten fortan die Behandlung der Nationalitätenfrage auf den Volksversammlungen der Sozialdemokraten. Im allgemeinen wurde die Genehmigung von Versammlungen eingeschränkt: Die Sozialdemokratische Partei durfte nur in solchen Wahlbezirken Volksversammlungen durchführen, in denen sie über eine Parteiorganisation verfügte. Wo sie nur vermittels Vertrauensmänner vertreten war, durfte sie nur kleinere Beratungen abhalten. Dementsprechend konnte das Deutsche Landeskomitee im Verlauf des Jahres 1924 in 31 Gemeinden von 12 Wahlbezirken insgesamt 49 öffentliche Volksversammlungen abhalten und in 6 Wahlbezirken nur Beratungen, neun an der Zahl, organisieren.⁷² Zwischen diesen Beratungen in den Wahlbezirken und denen, die unter parteiorganisatorischen Gesichtspunkten in den drei deutschen Bezirken, die in den vorangegangenen Jahren etabliert worden waren, im Oktober abgehalten wurden, lassen sich Unterschiede aufzeigen. Deren wichtigstes Thema war die deutsche Parteipresse. Die auf eine fünfzigjährige Vergangenheit zurückblickende „Volksstimme“ war nämlich gezwungen, ihr Erscheinen mit der Ausgabe vom 21. Juni 1924 einzustellen. Die deutschstämmige, jedoch stark magyarierte Industriearbeiterschaft (zum Teil auch die Handwerkerschaft) las schon eher die ungarische „Népszava“. Die deutsche Agrarbevölkerung dagegen — abgesehen von der in der Organisierung stark behinderten Schicht der Landarbeiter — erreichte die deutschsprachige bürgerliche Presse erfolgreicher.⁷³

⁷² Der Bericht der Leitung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns und der Parlamentsfraktion der Partei zu der am 25. Dezember 1925 und an den darauffolgenden Tagen abzuhaltenden Parteiversammlung. Budapest 1925, S. 76—77: Die Bewegung der deutschsprechenden Arbeiter.

⁷³ A Magyarországi Szociáldemokrata Párt 1925. december 25., 26. és 27. napjain Budapesten megtartott XXIII. pártgyűlésének jegyzőkönyve (Protokoll der am 25., 26. und 27. Dezember 1925 in Budapest abgehaltenen Parteiversammlung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns). Budapest 1926, S. 82.

DIE BESTREBUNGEN DER BETHLEN-REGIERUNG
ZUR ZURÜCKDRÄNGUNG DES SOZIALDEMOKRATISCHEN
EINFLUSSES INNERHALB DER DEUTSCHEN MINDERHEIT
(1924—1926)

Die innerhalb der deutschen Minderheit geleistete Arbeit der Sozialdemokratischen Partei Ungarns wurde großteils durch die Gründung des Ungarländisch-Deutschen Volksbildungsvereins im August des Jahres 1924 gefährdet. Die Bethlen-Regierung wollte dem sich damals bereits wiederholt in die Angelegenheiten der deutschen Minderheit in Ungarn einmischenden Deutschland mit der Zulassung des Vereins beweisen, daß sie ihre Versprechen in bezug auf die Befriedigung der muttersprachlich-kulturellen Bedürfnisse, vor allem in Hinsicht auf die Schulangelegenheiten ernst nahm.⁷⁴ Zugleich wollte die Regierung den Verein, indem sie die Unterstützung der zentralen und örtlichen Behörden sowie der Kirchen in Aussicht stellte, als Instrument zur Zurückdrängung des innerhalb der deutschen Nationalität registrierten sozialdemokratischen Einflusses benutzen. Der Verein begann die Gründung seiner Ortsgruppen in den von Deutschen bewohnten Gemeinden, und im Zusammenhang mit der Organisierung der Schulangelegenheiten entriß er den deutschsprechenden Sozialdemokraten bald großteils die Vertretung der Ansprüche und Beschwerden der deutschen Nationalität. Diese hatten einige Zeit lang diesbezüglich sehr erfolgreich agitiert, wurden jedoch gerade deshalb der Auslösung von Störungen bezichtigt und vom Verein in ihrer Tätigkeit auf jeden Fall behindert. Auf die Nachricht hin, daß der Ministerpräsident die Obergespäne der Komitate mit deutscher Bevölkerung für den 7. März 1925 zu einer Beratung und die Abgeordneten solcher Wahlbezirke — unter Auslassung der sozialdemokratischen Abgeordneten — zur Besprechung des Herangehens an die Nationalitätenfrage zusammengerufen hatte, drängte Knaller als entsprechendes Gegengewicht dazu darauf, daß das Exekutivkomitee der Parlamentsfraktion der Partei die in den Wahlbezirken mit deutscher Bevölkerung gewählten vier sozialdemokratischen Abgeordneten zu einer Beratung mit einem ähnlichen Thema zusammenruft.⁷⁵

Die Regierung unternahm alles, damit sich dieser Volksbildungsverein in „zuverlässigen“ Händen befindet, doch war sie auf den Druck der deutschen Regierung und Presse gezwungen, in der Leitung des Vereins der deutsch-nationalistischen Richtung Schlüsselpositionen zu sichern. Diese stützte sich (mehr oder we-

⁷⁴ *Loránt Tilkovszky: Németország és a magyarországi német kisebbség, 1921—1924* (Deutschland und die deutsche Minderheit in Ungarn, 1921—1924). Századok 1978, Nr. 1, S. 3—46.

⁷⁵ PI Archiv, Fond 658, Bündel 3, Posten 13, Viktor Knallers Brief an das Exekutivkomitee der Parlamentsfraktion der SPU, 6. März 1925.

niger) auf Hilfe von außen. Der anerkannte Anführer dieser Richtung war in jener Zeit der zum geschäftsführenden Vizevorsitzenden des Vereins gewählte Bleyer, der ehemalige Minister für Nationalitätenangelegenheiten. Der ungarische Nationalismus, der in Trianon-Ungarn das Verhalten der Behörden und der gesellschaftlichen Organe in großem Maße bestimmte, stellte auch der Organisierung und dem Wirken des Vereins zahlreiche Hindernisse in den Weg, obwohl er als weniger schädlich galt als die Organisierung der Sozialdemokraten.

Das Deutsche Landeskomitee wandte sich gegen den dieser Parteipolitik konsequent fernstehenden konservativen, rechten, stark klerikalen und ausgesprochen sozialdemokratiefeindlichen Verein. Dies bedeutete jedoch nicht, daß die deutschsprechenden Sozialdemokraten nicht in jedem konkreten Fall die berechtigten Nationalitätenansprüche — in den Schulangelegenheiten und bezüglich des Gebrauchs der Muttersprache — unterstützten, selbst dann noch, wenn sie damit scheinbar eine Einheitsfront mit dem Volksbildungsverein bildeten. Dieser Umstand führte jedenfalls einerseits dazu, daß sich der Verein der Beschuldigung der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten aussetzte, und andererseits dazu, daß die Sozialdemokraten der Beteiligung an „pangermanischen Bestrebungen“ bezichtigt wurden.⁷⁶

In dieser kritischen Lage war es für das Deutsche Landeskomitee besonders überraschend, daß József Büchler, der den Entwurf des neuen Organisationsstatuts ausgearbeitet hatte, bei der Vorbereitung der Reform des Organisationsstatuts der Sozialdemokratischen Partei Ungarns, die Passagen über die Arbeit unter den Nationalitäten als überflüssig erachtete und vorschlug, sie ganz wegzulassen. Dies begründete er damit, daß die Nationalitäten — von denen seiner Ansicht nach nur eine einzige, die deutsche, in Ungarn verblieben war — in der Partei keine Sonderrechte genießen dürften. Die Erhaltung des Deutschen Sekretariats und der deutschen Parteipresse sei übrigens ja auch einfach nur eine Geldfrage.⁷⁷ In der theoretischen Zeitschrift der Partei, „Szocializmus“, protestierte als erster der Sekretär des Deutschen Landeskomitees, Viktor Knaller, in der Diskussion um den Entwurf gegen Büchlers Vorschlag, demzufolge die Arbeit der Partei unter den Nationalitäten gerade dann zum Tode verurteilt und eingestellt würde, wo sich die Regierung ziemlich intensiv mit der Nationalitätenfrage beschäftigt und die Tätigkeit des sozialdemokratiefeindlichen Volksbildungsvereins durch aktive Arbeit unter den Deutschen ausgeglichen werden muß. Knaller berief sich auf die Erfolge der Anstrengungen des Deutschen Landeskomitees, die auch in den Ergebnissen der Wahlen zur Nationalversammlung im Jahr 1922 zum Ausdruck kamen. Sollte diese Arbeit eingestellt werden, schrieb er, wird die Partei ihre deutschen Wähler und die errungenen Mandate verlieren.⁷⁸

Adolf Redlinger, Mitglied der Kontrollkommission der Sozialdemokraten

⁷⁶ Béla Bellér: Az ellenforradalmi rendszer nemzetiségi politikájának kiépülése, 1923—1929 (Der Ausbau der Nationalitätenpolitik des konterrevolutionären Systems, 1923—1929). Századok 1973, Nr. 3.

⁷⁷ József Büchler: A pártszervezeti szabályzat módosítása (Die Modifizierung des Parteistatuts). Szocializmus 1924, Nr. 12, S. 489.

⁷⁸ Szocializmus 1925, Nr. 4, S. 166—167.

deutscher Muttersprache, sprach sich ebenfalls gegen die Weglassung der Passage über die Arbeit unter den Nationalitäten aus. Die Veränderung der Verhältnisse nach 1918 mache zwar bestimmte Veränderungen notwendig, doch bleiben dem Deutschen Landeskomitee noch immer genügend Aufgaben, schrieb er. Außer den Deutschen dürfen die slowakische und andere kleinere Nationalitäten nicht vergessen werden. Die Partei kann sich nicht den chauvinistischen Standpunkt zu eigen machen, wonach es in Ungarn keine Nationalitätenfrage gibt. Auch bisher hat es der Partei zur Ehre gereicht, daß sie sich mit den Nationalitäten beschäftigte, was keinesfalls zu ihrem Schaden gewesen ist. Die Parteimitglieder deutscher Muttersprache genießen keine Sonderrechte, die für die anderen Parteimitglieder und für die ganze Partei von Nachteil sind, zugleich zeugt ihr Verhalten aber von einer außerordentlichen Pflichterfüllung. Das Deutsche Sekretariat der Partei bereitet keine Mehrausgaben, denn es besteht ja nur aus einer einzigen Person. Und es wäre vielleicht nicht zum finanziellen Bankrott und zur Einstellung der Zeitung gekommen, wenn das Landeskomitee ein entsprechendes Mitspracherecht in bezug auf die Angelegenheiten des Blattes gehabt hätte.⁷⁹

Zu dieser Frage äußerte sich auch Josef Rák (Rack), Parteisekretär von Tö-rökbálint und zugleich Mitglied der Kontrollkommission. Er erklärte den Vorschlag von Büchler für ausgesprochen schädlich. Er dient nicht der Rechtsgleichheit in der Partei, sondern stellt eine Entrechtung für die Genossen nichtungarischer Muttersprache dar. Die Beschäftigung mit den Nationalitäten ist für die Sozialdemokratische Partei eine moralische Pflicht. Das Streichen der fraglichen Passage im Organisationsstatut zerstört die mühsame Arbeit vieler Jahre.⁸⁰

Diese Frage stand auch im Mittelpunkt der vom Deutschen Landeskomitee für den 30. August 1925 einberufenen Konferenz. Knaller und Kittel wandten sich energisch gegen die in der Partei laut werdende Ansicht, derzufolge das dafür zuständige Komitee die Bedeutung der Arbeit unter den Nationalitäten nicht verstehend, als überflüssiger Ballast betrachtet wurde. Sie wiesen darauf hin, daß es in 140 Gemeinden sozialdemokratische Parteiorganisationen gebe, in denen der Großteil der Einwohner Deutsche sind. Sie berichteten über die Anstrengungen zur Wiederbelebung der „Volksstimme“. Seitdem die Zeitung nicht mehr erscheint, hat sich die Aufrechterhaltung der Kontakte erschwert, und die deutschsprachige Regierungspresse konnte an Boden gewinnen. Der sich in der Debatte zu Wort meldende Johann Reichel wollte in der vom Deutschen Landeskomitee geleiteten Arbeit die Gesichtspunkte der Agitation unter den Landarbeitern zur Geltung gebracht haben. Adolf Pohl schlug vor, die Gewerkschaften sollten entsprechend des Anteils ihrer deutschsprechenden Mitglieder — die Kulturarbeit des Deutschen Landeskomitees finanziell unterstützen. Mehrere Delegierte richteten Fragen in bezug auf die Angelegenheit der deutschen Schulen an das Komitee.⁸¹

Über das neue Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Ungarns sollte auf dem für Dezember 1925 einberufenen XXIII. Parteitag entschieden wer-

⁷⁹ Ebd., Nr. 5, S. 204—206.

⁸⁰ Ebd., Nr. 7, S. 285.

⁸¹ Népszava, 2. September 1925.

den. Die sich auf die Arbeit unter den Nationalitäten beziehenden elf Punkte umfassende Passage (Paragraph 52) blieb letztendlich, um die zwei Punkte über die Parteisteuer auf neun Punkte gekürzt, eher mit stilistischen als inhaltlichen Veränderungen erhalten.⁸²

In dem Bericht der Parteileitung, der der Partei unterbreitet wurde, beschäftigte man sich unter anderem auch mit der Einstellung der „Volksstimme“ und begründete dies — ziemlich einseitig — ausschließlich damit, daß die Abonnenten die Zeitung wegen der Belästigung durch die Behörden abbestellten. Doch wird anhand der Diskussionen, die im Deutschen Landeskomitee über diese Frage geführt worden waren, ersichtlich, daß die Zeitung auch nicht attraktiv genug war. Sie hielt im Wettbewerb mit den populärer geschriebenen, auch mit Bilderbeilagen versehenen, besser redigierten bürgerlichen, ebenfalls deutschsprachigen Presseerzeugnissen nicht stand. Außer dem Deutschen Landeskomitee unterbreitete auch die Parteiorganisation von Soroksár den Vorschlag, die „Volksstimme“ erneut herauszugeben, wobei hervorgehoben wurde, daß aufgrund der Behinderung der Parteiversammlungen die Bedeutung der deutschen Parteipresse in der Propaganda und Agitation unter den Deutschen zunimmt. Andreas Gyurnik aus Soroksár, Mitglied des Deutschen Landeskomitees, bat in seiner Wortmeldung auf dem Parteitag um die Hilfe der ungarischen Genossen, da die deutschsprechenden Parteimitglieder die deutsche Zeitung aus eigener finanzieller Kraft nicht erneut herausgeben und erhalten könnten. Die Anträge leitete der Parteitag an die Parteiführung weiter.⁸³

Auf der Landeskonferenz des Deutschen Landeskomitees, die anlässlich des Parteitages am 26. Dezember 1925 stattfand und auf der auch der von der Sozialdemokratischen Partei Österreichs erschienene Wilhelm Ellenbogen begrüßt wurde, legte Knaller den Bericht des Komitees vor. Laut Bericht war es den Deutschen in jenem Jahr gelungen, 26 öffentliche Volksversammlungen abzuhalten, zu 15 hatten sie die dazu notwendige behördliche Genehmigung nicht erhalten. Mehrfach hielten sie anstelle von Versammlungen Beratungen in kleinem Kreis ab. Um besser Kontakt halten zu können, wurde — auf Vorschlag von Kittel — der Beschluß gefaßt, neben den bereits vorhandenen drei deutschen Bezirkssekretariaten noch zwei weitere (in Moson und Elek) einzurichten, die vom Budapestener Deutschen Landessekretariat geleitet werden sollten. In Hinsicht auf die Wiederherstellung des Kontaktes zu den Sozialdemokraten im verstreut lebenden und arbeitenden Deutschtum wurde (auf Vorschlag von Gyurnik) in der Angelegenheit der deutschen Parteipresse ebenfalls beschlossen, daß die neue Parteileitung die Entscheidung fällen muß.⁸⁴

⁸² A Magyarországi Szociáldemokrata Párt szervezeti szabályzata (Das Statut der Sozialdemokratischen Partei Ungarns). Budapest 1926, S. 15—16.

⁸³ A Magyarországi Szociáldemokrata Párt 1925. december 25., 26. és 27. napján Budapesten megtartott XXIII. pártgyűlésének jegyzőkönyve (Protokoll der am 25., 26. und 27. Dezember 1925 in Budapest abgehaltenen Parteiversammlung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns). S. 82, 98, 243—244.

⁸⁴ PI Archiv, Fond 658, Bündel 1, Posten 40, Landeskonferenz der deutschsprechenden Genossen, 26. Dezember 1925.

Die politische Lage erläuterte Géza Malasits auf der Landesberatung der Sozialdemokraten deutscher Muttersprache. In seinen Ausführungen beschäftigte er sich mit dem Verhältnis zwischen der Regierung und den Rassenschützern und maß ihrem Zusammenspiel im Kampf gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung eine größere Bedeutung als den zwischen ihnen bestehenden Gegensätzen bei. Die Rassenschützer machten viel Aufsehen, hatten aber keine Massen hinter sich, und wie er sagte, kommen „...zur Fahnenweihefeier des kleinsten Arbeitervereins ... mehr Leute als zum Getue der Rassenschützer im Land“. Malasits betonte, daß die — übrigens ebenfalls häufig behinderten — Rechenschaftsberichte der sozialdemokratischen Abgeordneten an ihre Wähler wichtig seien, da diese die richtige Information in politischen Fragen garantieren.⁸⁵ Der erhalten gebliebene Entwurf in Deutsch von Knallers Rechenschaftsbericht in Soroksár am 13. Dezember 1925 vermittelt ein Bild, in der die Forderung nach der Durchführung der Nationalitätenverordnungen und des Vorbringens der Beschwerden der Nationalitäten — so zum Beispiel die Behandlung der deutschsprechenden Levente, der Jungmannen der staatlichen Jugendorganisation — eine wichtige Rolle spielten. („Unsere Ansicht in dieser Hinsicht ist ganz offen: Wir müssen diese Institution beliebt machen, doch kann dies keinesfalls mit Schlägen und Geldstrafen erreicht werden.“)⁸⁶

Entsprechend der Beschlüsse der Landeskonferenz vom Dezember 1925 wurde im darauffolgenden Jahr mit der Organisation der deutschen Bezirkssekretariate in Moson und Elek begonnen. Dies ging in Moson auch erfolgreich vor sich, und dort wurde im Verlauf des Jahres ebenso eine Bezirkskonferenz wie in den deutschen Bezirken Budapest-Umgebung, im Komitat Tolna-Baranya und in Sopron abgehalten. Die Gründung des Bezirkssekretariats Elek aber wurde von den Behörden nicht genehmigt, und dort konnten die deutschsprechenden Sozialdemokraten keinerlei Versammlungen und Zusammenkünfte abhalten.⁸⁷ In den deutschen Dörfern in der Umgebung der Hauptstadt beobachten die Behörden auch die Organisation des Volksbildungsvereins argwöhnisch, doch als dort der Aufschwung der sozialdemokratischen organisatorischen Tätigkeit wahrgenommen wurde, erhielten Bleyer und Gündisch eine direkte Aufforderung von Bethlen, die Sozialdemokraten zurückzudrängen, was die Deutsche Gesandtschaft in Budapest mit Zufriedenheit zur Kenntnis nahm.⁸⁸

Die überall vorkommende Verletzung der Organisierungsfreiheit der Sozialdemokratischen Partei Ungarns war vor allem in Hinsicht auf die Vorbereitung zu den bevorstehenden Parlamentswahlen besorgniserregend. Schon die Vor-

⁸⁵ Népszava, 30. September 1925.

⁸⁶ PI Archiv, Fond 658, Bündel 3, Posten 13, Skizze von Viktor Knallers Rechenschaftsbericht, Soroksár, 13. Dezember 1925.

⁸⁷ A Magyar Szociáldemokrata Párt vezetőségenek és a párt parlamenti csoportjának évi jelentése az 1926. október 31-én és a rákövetkező napokon tartandó pártgyűléséhez (Jahresbericht der Leitung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns und der Parlamentsgruppe der Partei für die am 31. Oktober 1926 und an den folgenden Tagen stattfindende Parteiversammlung). Budapest 1926, S. 44—45, Bewegung der deutschsprechenden Genossen.

⁸⁸ PA AA Geheimakten 1920—1936. Pol. 6. 78/3, Bericht der Budapester deutschen Gesandtschaft vom 1. Februar 1926.

zeichen waren sehr schlecht. Als es im September des Jahres 1926 im Wahlbezirk Pilisvörösvár — durch den Tod des Abgeordneten der Regierungspartei — zu Zwischenwahlen kam, wurde dem Kandidaten der deutschen Sozialdemokraten die Teilnahme unmöglich gemacht, und ein katholischer Priester aus der Regierungspartei, Miklós Weicher, erhielt das Mandat, nachdem auch der Kandidat der Bleyerschen deutschen Nationalisten, Johann Faul-Farkas, der Chefredakteur des „Sonntagsblattes“, zum Rücktritt gezwungen war. Bereits anhand dieses Ereignisses wurde offenbar, daß Bethlen einen Zweifrontenkampf gegen die ungarndeutschen Nationalisten und die Sozialdemokraten führen wollte, um seine eigene Nationalitätenpolitik durchzusetzen. Dabei ließ er zugleich keinen Zweifel aufkommen, hinsichtlich der Letzteren konsequenter zu sein. Bezeichnenderweise waren Bleyer und seine Anhänger — nachdem es ihnen nicht gelungen war, in diesem Wahlbezirk einen Kandidaten antreten zu lassen — bereit, den Kandidaten der Regierungspartei, Weicher, zu unterstützen. Als am 25. Oktober Ministerpräsident Bethlen persönlich in Pilisvörösvár zur feierlichen Mandatsübergabe erschien, gab er vor einer Abordnung der deutschen Wähler Weichers — in Wirklichkeit jedoch an das sich als Patron in die Angelegenheiten der Ungarndeutschen einmischende Deutschland adressiert — eine wohlklingende Deklaration über sein aufrichtiges Bestreben und seine Entschlossenheit zur völlig zufriedenstellenden Regelung der Nationalitätenfrage ab, und erklärte, die Sozialdemokratie habe ihre Basis innerhalb der ungarndeutschen Bevölkerung verloren.⁸⁹

Auf der Landeskonferenz der Sozialdemokraten deutscher Muttersprache am 31. Oktober 1926, die anlässlich des XXIV. Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Ungarns stattfand, reagierte Knaller sofort auf diese Erklärung Bethlens und vertrat die Meinung, der Ministerpräsident werde bei den bevorstehenden Wahlen die entsprechende Antwort erhalten. Doch alle Anwesenden waren vom Fehlen der deutschen Parteipresse beunruhigt, und es schien unbedingt erforderlich, dieses sich in die Länge ziehende Problem noch vor den Wahlen zu lösen.⁹⁰ István Farkas konnte aber in seinem Schlußwort hinsichtlich des auf dem Parteitag in dieser Angelegenheit erneut eingereichten dringlichen Antrags der Deutschen Landeskonferenz kein zuversichtliches Versprechen abgeben.⁹¹

Bei den Wahlen vom 8. bis 10. Dezember 1926 ging die Sozialdemokratische Partei Ungarns sowohl im allgemeinen als auch in den deutschen Wahlbezirken überstürzt und ohne die notwendigen Vorbereitungen vor. Bei diesen Wahlen stellte sie Kandidaten in 13 Wahlbezirken mit deutscher Bevölkerung auf, und alle 13 Wahlbezirke waren Bezirke mit offener Wahl. Außer den deutschsprachigen Flugblättern und Plakaten, auf denen man die Kandidaten hochleben ließ,⁹²

⁸⁹ Ebd., Bericht des Gesandten Schoen, 27. Oktober 1926.

⁹⁰ Népszava, 3. November 1926, Landeskonferenz der deutschsprechenden Genossen.

⁹¹ A Magyarországi Szociáldemokrata Párt 1926. október 31., november 1. és 2. napján Budápesten megtartott XXIV. pártgyűlésének jegyzőkönyve (Protokoll der am 31. Oktober, 1. und 2. November 1926 in Budapest abgehaltenen XXIV. Parteiversammlung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns). Budapest 1927, S. 103 und 167.

⁹² PI Archiv, FBS, III/2/1926/6487, (Werbefied für den sozialdemokratischen Abgeordneten-kandidaten nach der Melodie von „Es blühen Rosen...“). Magyar Munkásmozgalmi Múzeum, Plakatsammlung.

erschien die „Volksstimme“ in einmaliger Ausgabe und wurde anhand von 33 000 Exemplaren in der Wahlkampfagitation benutzt. In den Wahlbezirken Pomáz, Ipolyszalka, Soprons Umgebung, Ráckeve und Baja konnten die sozialdemokratischen Kandidaten in der Atmosphäre des behördlichen Terrors nicht einmal die notwendigen Unterschriften in erforderlicher Zahl zusammenbringen. In den übrigen Wahlbezirken (Bonyhád, Pilisvörösvár, Soroksár, Törökbálint, Bia, Dorog, Tatabánya, Sopron) unterlagen die sozialdemokratischen Kandidaten im Wahlkampf ausnahmslos.⁹³ Die zumeist deutschstämmigen Kandidaten der Regierungspartei beziehungsweise der Christlichen Wirtschafts- und Sozialpartei, die die Regierung unterstützte, errangen die Mandate in den Wahlbezirken mit großer deutscher Bevölkerung. Und während es auf diese Weise gelungen war, den „Deutschen Sekretär“ der Sozialdemokratischen Partei Ungarns, Viktor Knaller, aus dem Parlament zu verdrängen, gelangte Jakob Bleyer, Führer der ungarndeutschen Nationalisten, erneut hinein. Seine Wahlkampfkosten waren aus einem Geheimfond des deutschen Außenministeriums bezahlt worden. Zugleich war er durch die Anwesenheit der in den Wahlbezirk Villány entsandten Berichterstatter der großen reichsdeutschen Zeitungen und natürlich auch durch die besondere Aufmerksamkeit der Deutschen Gesandtschaft in Budapest vor dem Terror der Behörden geschützt, der gegenüber den Sozialdemokraten ungehindert durchgesetzt werden konnte.⁹⁴

⁹³ A Magyarországi Szociáldemokrata Párt vezetőségének és a párt parlamenti csoportjának évi jelentése az 1928. január 6-án és a rákövetkező napokon tartandó pártgyűléshez (Jahresbericht der Leitung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns und der Parlamentsgruppe der Partei für die am 6. Januar 1928 und an den folgenden Tagen stattfindende Parteiversammlung). Budapest 1928, S. 60—61, Bewegung der deutschsprechenden Genossen.

⁹⁴ Loránt Tilkovszky: Németország és a magyar nemzetiségpolitika, 1924—1929 (Deutschland und die ungarische Nationalitätenpolitik, 1924—1929). Történelmi Szemle 1980, Nr. 1, S. 52—89.

DER KAMPF DER UNGARNDÉUTSCHEN NATIONALISTEN
UND SOZIALISTEN UM DEN VOLKSSCHULUNTERRICHT
IN DER MUTTERSPRACHE
(1927—1928)

In dem nun auch um ein Oberhaus erweiterten, erneut über zwei Kammern verfügenden und anstatt Nationalversammlung wieder Landtag genannten legislativen Organ übernahm seitens der Sozialdemokratischen Partei Géza Malasits, der wendischer Abstammung war, Knallers Rolle in bezug auf die Kritik der Nationalitätenpolitik der Regierung. Die erste Gelegenheit bot sich ihm in der Debatte um den Haushalt des Ministerpräsidiums: Die Leitung der Nationalitätenpolitik gehörte in die Zuständigkeit des Ministerpräsidiums. Malasits sprach in seiner Rede am 5. Mai 1927 darüber, daß die Durchführung der Verordnung der Regierung aus dem Jahre 1923 über die Errichtung von Volksschulen der Minderheiten sabotiert werde, wozu die Verordnung selbst die Möglichkeit bietet, da in ihr die Festlegung der in der Schule verwendeten Unterrichtsprache in jeder Nationalitätengemeinde den Schulräten überlassen wird. Da aber die Schulräte nicht demokratisch zusammengesetzt seien und unter dem Einfluß des Pfarrers, des Notars und der chauvinistischen örtlichen Intelligenz stünden, käme auf den von ihnen für die Wahl des Schultyps einberufenen — und von ihnen unter Druck gesetzten — Elternkonferenzen nicht der tatsächliche Wunsch der Bevölkerung, sondern der Wunsch derer zum Ausdruck, die in bezug auf die Durchsetzung der Muttersprache der Nationalitäten im schulischen Unterricht Angst um die ungarische Suprematie haben. Die örtliche Selbstverwaltung komme also in der Praxis nicht zur Geltung, da die Bevölkerung nicht in der Lage ist, tatsächlich ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben. Die sich hinziehende Lösung der Frage des Unterrichts in der Muttersprache verschlimmere die besorgniserregende kulturelle Lage der Nationalitäten. Sie beherrschten weder ihre Muttersprache noch das Ungarische gut. Das niedrige Bildungsniveau der in der Hauptstadt Arbeit suchenden Jugendlichen aus den deutschen Dörfern in der Umgebung von Budapest ermögliche es den Arbeitgebern, diese, indem sie ihnen einen niedrigen Lohn zahlen, überdurchschnittlich auszubeuten. Der deutsche Volksbildungsverein sei ein oberflächlicher kleinbürgerlicher Klub, der vor allem Bälle, Blasorchesterwettbewerbe und Kellerfeste organisiert. Er könne nur auf das Interesse der kleinen Landwirte rechnen. Die sozialdemokratischen Bestrebungen zur Pflege der deutschen Arbeiterkultur würden hingegen von den Behörden mit den unterschiedlichsten Begründungen verhindert.⁹⁵

⁹⁵ Képviseleti Napló (Sitzungsprotokolle des Abgeordnetenhauses, im weiteren: KN), 1927, Bd. III, S. 263—265.

Aufgrund dessen brachte Malasits im Abgeordnetenhaus einen Beschlußentwurf über die Modifizierung der Schulverordnung bzw. die Sicherung der freien Organisation der Arbeiter unter den Nationalitäten ein. Das Wesentliche des Beschlußentwurfes bezog sich auf folgendes: 1. Den Unterricht in der Muttersprache der Minderheiten in den Volksschulen nicht von der Entscheidung der Schulräte bzw. von der Stellungnahme der von ihnen einberufenen Elternkonferenzen abhängig zu machen, sondern diese ohne weiteres den Eltern der schulpflichtigen Kinder zu sichern, die sich bei der letzten Volkszählung nicht zur ungarischen Muttersprache bekannt haben, wenn ihre Zahl in der Gemeinde — anstatt der in der Verordnung vorgeschriebenen 40 — 25 erreicht. 2. In jeder Volksschule für Minderheiten und ihren Klassen (Jahrgängen) sollen alle Fächer in der Muttersprache der Nationalität unterrichtet werden. Die Zahl der Wochenstunden der in diesen immer und überall als obligatorisches Fach zu unterrichtenden ungarischen Sprache soll nicht mehr als sechs betragen. (Malasits will also die Volksschule für Minderheiten des Typs A der bestehenden Schulverordnung allgemein einführen und verwirft den Typ B, in dem die Hälfte der Fächer auf ungarisch, die andere Hälfte in der Muttersprache der Nationalität unterrichtet wird. Noch viel deutlicher verwirft er den Typ C, in dem alle Fächer auf ungarisch unterrichtet werden und die Muttersprache der Nationalität nur ein obligatorisches Fach darstellt.) 3. Die gewerkschaftlichen Gruppen, Parteiorganisationen sowie kulturelle und andere Vereine der zur nationalen Minderheit gehörenden Arbeiter sollen ohne jede Einschränkung zugelassen werden.⁹⁶

Auf die Rede von Malasits reagierte als erster László Pintér (Binder), Pfarrer und Abgeordneter der Regierungspartei sowie einer der (den gemäßigten Flügel vertretenden) Führer des Ungarländisch Deutschen Volksbildungsvereins, ohne dabei jedoch auf die konkreten Einzelheiten des Beschlußentwurfes einzugehen. Er hieß gut, daß der sozialdemokratische Abgeordnete selbst das nationale Interesse hervorgehoben habe, das insofern mit der Regelung der Nationalitätenfrage in Ungarn verknüpft ist, als die moralische Berechtigung Ungarns dazu unbestreitbar sein wird, von den Regierungen der Nachbarländer die Sicherung der Nationalitäten- und Muttersprachenrechte für die ungarischen Minderheiten fordern zu können. Doch gerade in Hinblick auf die Presse dieser Länder hätte er seitens Malasits' eine größere Zurückhaltung in bezug auf die Kritik der Nationalitätenpolitik der Regierung und die lokalen Erscheinungen, die mit der verständlichen Nervosität der ungarischen Öffentlichkeit nach Trianon zusammenhängen, für erforderlich gehalten. Sicherlich habe ihn, führte Pintér aus, bei seiner Wortmeldung der gute Wille geleitet, doch mache er ihn darauf aufmerksam, daß die Lösung der Schulfrage in bezug auf die Minderheiten kein politisches, sondern ein pädagogisches Problem ist. In erster Linie verhinderten praktische Schwierigkeiten — der Mangel an Pädagogen, die in Ungarisch und in der Muttersprache der Nationalitäten gleichermaßen lehren können — Fortschritte. Seiner Ansicht nach habe Malasits ein falsches Bild vom Volksbildungsverein gegeben, der noch mit den anfänglichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Viel Unverständnis und

⁹⁶ Ebd.

sogar viele Verdächtigungen würden ihm entgegengebracht, und auch seine finanziellen Mittel seien zu gering, um eine umfassende kulturelle Tätigkeit in größerem Rahmen durchführen zu können. Doch habe er populäre deutschsprachige Hefte herausgegeben und deutsche Bibliotheken errichten lassen. Politik betriebe er aber nicht, sagte Pintér, was Malasits mit seinem Zwischenruf sogleich in Zweifel zog.⁹⁷

Ministerpräsident István Bethlen behauptete im Gegensatz zu den Ausführungen von Malasits, bei der Einrichtung der Volksschulen für die Minderheiten habe es bereits bedeutende Fortschritte gegeben, und es gebe nur bei den konfessionellen Schulen (die den überwiegenden Teil ausmachen) eine Verzögerung, bei denen die Regierung keine direkte Mitsprachemöglichkeit im Unterricht hat. Er sagte in Reaktion auf die Wortmeldung von Pintér, daß bereits Kurse zur Ausbildung von Pädagogen, die in den Schultypen für die Minderheiten unterrichten, begonnen worden seien, und ein Wettbewerb für neue, geeignete Schulbücher ausgeschrieben worden sei. Danach beantragte er die Ablehnung des sozialdemokratischen Entschliebungsentwurfs, der seiner Ansicht nach unannehmbar sei. Starke Zusprüche lösten im Parlament seine demagogischen Ausführungen darüber aus, daß er den Standpunkt der Freiheit vertrete, der eine Möglichkeit der Wahl zwischen den Schultypen für die Minderheiten oder gar der vollkommen ungarischen Schulbildung garantierte, und daß er nicht bereit sei, unter Ausschaltung der autonomen Schulräte und ohne Befragung der interessierten Eltern in dieser Frage einen Zwang auszuüben, wie es die Sozialdemokraten wollen. Danach erklärte er zu der Forderung, die Regierung soll die kulturelle Tätigkeit der Arbeiterorganisationen unter den Nationalitäten nicht behindern, ganz offen, es bestehe kein Bedarf an ihrer Vergiftung mit dem Marxismus. Allein der Staat habe das Recht, in Ungarn eine Kulturpolitik zu betreiben, und diese könne auch unter den Nationalitäten nur ungarisch ausgerichtet sein.⁹⁸

Nachdem auf den Antrag von Bethlen hin das Abgeordnetenhaus den Beschlusse Entwurf der Sozialdemokraten verworfen hatte⁹⁹, bat Malasits erneut um das Wort, um klarzustellen, daß nicht Bethlen die Freiheit gegenüber den Sozialdemokraten vertrete und verteidige, wenn diese die Verwirklichung der Schulbildung in der Muttersprache in einer Situation forderten, in der die Möglichkeit der freien Wahl nur scheinbar eine ist, weil unter den gegenwärtigen Umständen auch die gesamte Gemeindeführung selbst ein Schein ist.¹⁰⁰ Dies gab aber Bethlen nur erneut Gelegenheit, auf demagogische Weise den unbestreitbaren Fehler des Entwurfs gegen die Sozialdemokraten zu wenden, daß sie nicht mit der tatsächlichen Lage gerechnet hätten: Es könne nämlich nicht ohne weiteres behauptet werden, der Druck der örtlichen Verwaltung und der Einfluß der lokalen Intelligenz sei in jedem Fall der alleinige Grund dafür, daß die zur Nationalitätenbevölkerung gehörenden Eltern trotz ihrer bei der Volkszählung angegebenen Nationalitätenmuttersprache es zumeist — aufgrund ihrer eigenen Erwägungen —

⁹⁷ Ebd., S. 271—273.

⁹⁸ Ebd., S. 273—275.

⁹⁹ Ebd., S. 277.

¹⁰⁰ Ebd., S. 286.

für zweckmäßiger und nützlicher halten, ihre Kinder in eine Schule einschreiben zu lassen, in der nicht ausschließlich, sondern nur zur Hälfte oder in noch geringerem Maße in ihrer Muttersprache unterrichtet wird. Bethlen war auch nicht bereit, seine abweisende Meinung in bezug auf die kulturelle Tätigkeit der Arbeiterorganisationen innerhalb der Nationalitäten zu ändern, so sehr Malasits auch betonte, die Sozialdemokratische Partei Ungarns „will keinen Bolschewismus, sondern demokratische Entwicklung und Fortschritt“, auch in der Muttersprache der Nationalitäten wolle sie eine Arbeiterkultur, die Bestandteil der ungarischen Nationalkultur ist.¹⁰¹

Einige Tage später wurde die Debatte über die Schulfrage der Minderheiten selbstverständlich bei der Behandlung des Jahresetats des Kultusministeriums fortgesetzt. Am 13. Mai meldete sich auch Bleyer zu Wort, der taktischen Nutzen aus Malasits' abgelehntem Beschlußentwurf zu ziehen versuchte. Zunächst verurteilte er entschieden, daß eine Partei, die Sozialdemokratische Partei, die Nationalitätenfrage für sich beschlagnahmen wolle. Dann betonte er, daß er sich im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, immer nationale Ziele verfolgend; mit der Nationalitätenfrage beschäftigt habe. Sein Patriotismus solle also nicht in Zweifel gezogen werden. Er habe die empfindlichen Nationalitätenprobleme immer mit dem größten Einfühlungsvermögen behandelt und habe zugleich vollstes Vertrauen zur Bethlen-Regierung ebenso wie zu ihrem Kultusminister Kuno Klebelsberg. Seinerseits nehme er den Jahresetat an (nicht so wie die sozialdemokratische Partei). Bleyer nannte die Nationalitätenverordnung der Regierung aus dem Jahre 1923 vorbildlich, wobei er sich in Zusammenhang damit nur mit der Verordnung des Kultusministeriums zur Schulfrage nicht ganz identifizieren könne. Doch sei er — setzte Bleyer fort — viel zurückhaltender als es im sozialdemokratischen Vorschlag zum Ausdruck kommt. Wenn er auch die Schule des Typs C nicht als Minderheitenschule anerkennen könne, so bestehe er auch nicht auf den ganz in der Muttersprache erfolgenden Unterricht im Typ A. Er würde mit dem Typ B, dem Typ mit gemischter Unterrichtssprache, zufrieden sein, wenn in dessen unteren Klassen auch die sogenannten nationalen Fächer in der Muttersprache der Nationalitäten unterrichtet werden würden und in diesen Fächern nur schrittweise auf die ungarische Unterrichtssprache übergegangen würde, denn ansonsten wäre der Typ B ein „pädagogisches und didaktisches Absurdum“. Was die vorherigen Elternkonferenzen — die Quelle der Streitigkeiten — angeht, so würde er diese ausschalten: Die einzige Grundlage des Einschreibens in die Minderheitenschule soll die ungarische Volkszählungsstatistik sein.¹⁰² Sein Standpunkt war demnach in dieser Hinsicht völlig identisch mit dem sozialdemokratischen Beschlußentwurf, worauf hinzuweisen selbstverständlich taktisch unklug gewesen wäre.

Nach Bleyer sprach in der Debatte um den Etat des Kultusministeriums am 16. Mai unter anderem auch Malasits und er berichtigte — ohne dies auch nur im geringsten zu betonen — seinen im abgelehnten Beschlußentwurf zum Aus-

¹⁰¹ Ebd.

¹⁰² Ebd., Bd. IV, S. 91—93.

druck kommenden früheren Standpunkt, nämlich die Forderung nach der obligatorischen Einführung des rein muttersprachlichen Unterrichts (Schultyp A). Jetzt sprach er davon, daß die gemischte Unterrichtssprache die beste sei, der Unterricht des Typs B müsse also obligatorisch eingeführt werden.¹⁰³ Mit dieser Modifizierung und der unveränderten Ablehnung der Elternkonferenz hat er sich Bleyer angenähert, war aber den tatsächlichen Bedürfnissen nicht nähergekommen, und in der von ihm vertretenen Auffassung blieb die Eliminierung der Möglichkeit der freien Willensäußerung der Eltern auch weiterhin ein wunder Punkt.

Der Pfarrer Miklós Weicher, Abgeordneter aus Pilisvörösvár, hielt in seiner Rede am 30. Mai sowohl den Standpunkt von Bleyer als auch den von Malasits für übertrieben, seiner Ansicht nach sei der Typ C der zumeist ansprechende, obwohl er zugab, daß dies aber auch nicht verallgemeinert werden könne. Seiner Meinung zufolge würde die obligatorische Einführung der Nationalitätensprache im Unterricht den Magyarisierungsprozeß der Gemeinden, der nach Trianon besonders wünschenswert ist, stören. Und ohnehin, was solle in den Gemeinden mit Nationalitätenbevölkerung mit den ungarischen Schulpflichtigen geschehen? — fragte Weicher.¹⁰⁴

Die nach Weicher als nächste sprechende Vertreterin der Sozialdemokraten, Anna Kéthly, ließ bereits — verständlicherweise ebenfalls ohne den Rückzug besonders zu betonen — die starre Zurückweisung der Willensäußerung der Elternkonferenzen durch Malasits fallen und führte aus, „es ist unsere Meinung, unsere Überzeugung und unser Standpunkt, daß in dieser Frage (nämlich in der Schulfrage) ganz einfach immer die Bevölkerung der betreffenden Gemeinde darüber abstimmen muß, für welchen Typ sie sich entscheiden will“.¹⁰⁵ Dieser Standpunkt fand bereits einen besseren Widerhall.¹⁰⁶

Gegen Weichers Ausführungen über die niederträchtigen Aufrührer, die die Nationalitätengebiete bereisten, protestierten sowohl Bleyer als auch Malasits, indem sie darauf aufmerksam machten, daß das Geltendwerden der Nationalitätenmuttersprache im Schulunterricht ein wirkliches (obwohl wir auch hinzufügen müssen, nicht überall gleichmäßig intensives) Bedürfnis der Bevölkerung sei. „Ich gehöre nicht der gleichen Partei an wie mein geschätzter Abgeordneterkollege Bleyer, eine ganze Welt trennt mich von ihm — er ist ein konservativer Politiker einer christlichen Partei, und ich bin Sozialdemokrat —, dennoch muß ich ihm in dieser Frage recht geben, ja ich gehe sogar noch über das hinaus, was er sagte“, erklärte Malasits in seiner Wortmeldung am 31. Mai.¹⁰⁷ Auch noch in dieser Zeit beschäftigte es ihn, Bleyer und dessen Anhänger zu übertreffen, und dies offensichtlich aus dem Grund, um zu beweisen, daß die Sozialdemokratische Partei Ungarns entschlossener und mit weiterreichenderen Forderungen für die Rechte der Nationalitäten auftritt. Aber infolge des Rückzugs, der auf die Erkenntnis zurückgeführt werden kann, daß sie übertrieben hatten, als sie nicht mit der

¹⁰³ Ebd., S. 142—143.

¹⁰⁴ Ebd., S. 419—422.

¹⁰⁵ Ebd., S. 422.

¹⁰⁶ Ebd., S. 429, Beitrag von Sámuel Mándy.

¹⁰⁷ Ebd., Bd. V, S. 34—35.

tatsächlichen Differenziertheit der Bedürfnisse der Nationalitäten gerechnet hatten und anstelle der Beseitigung der Hindernisse bei der freien Willensäußerung der Eltern diese selbst ausschalten wollten, was die Regierung mit sehenswerter Demagogie gegen die Partei richten konnte, zeigte sich in den Forderungen der Sozialdemokraten nunmehr darin ein Plus, daß die Sozialdemokraten, während Bleyer nicht gegen jene Vorschrift der Schulverordnung aufgetreten war, der zufolge zur Schaffung einer Minderheitenschule mindestens 40 Schulpflichtige einer Nationalität nötig sein sollen, diese schon für 25 Schulpflichtige forderten — nun mehr Minderheitenschulen mit gemischter Unterrichtssprache und nicht wie ursprünglich mit reiner Nationalitätensprache.

Da die Sozialdemokratische Partei in der Nationalitätenfrage radikaler sein wollte als die deutsche nationalistische Richtung, erleichterte sie es Bleyer (der unaufhörlich betonte, wie fest er im Gegensatz zu den Sozialdemokraten auf nationaler Grundlage stehe) ungewollt, die Regierung davon zu überzeugen, daß seine Forderungen gemäßigt seien. Im Juni des Jahres 1927 kam es zwischen dem Volksbildungsverein und der Regierung zu einer Vereinbarung über die Einführung des Schultyps B, wobei die Modifizierung der Schulverordnung zurückgestellt werden sollte. Demzufolge sollten die meisten Schulen des Typs C schrittweise in Schulen mit gemischter Unterrichtssprache verändert werden, und zwar ohne nach der Meinung der Interessenten auf Elternkonferenzen zu fragen.¹⁰⁸

Die Sozialdemokratische Partei hielt den Beschlußentwurf, der nicht genügend durchdacht war, der demagogischen Angriffen und der Ablehnung leicht Anhaltspunkte bot und den die Vertreter der Partei still zu korrigieren gezwungen waren, trotz alledem in agitatorischer Hinsicht für sehr wichtig. Und so ließ sie den Standpunkt der Sozialdemokraten in der Parlamentsdebatte über die Nationalitätenfrage in einem deutschsprachigen Heft herausgeben und verbreitete dieses unter der deutschen Bevölkerung.¹⁰⁹

Auf der anlässlich des XXV. Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Ungarns am 8. Januar 1928 abgehaltenen Landeskonferenz unterbreitete nunmehr anstelle von Knaller, der aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten war, der neue deutsche Sekretär, Péter Bechtler, den Bericht des Deutschen Landeskomitees über die Arbeit des vergangenen Jahres. Daraus wurde ersichtlich, daß die Behörden die mündliche Agitation unter der deutschen Nationalität lähmten: Sie hatten von den 34 angemeldeten deutschen Versammlungen außerhalb Budapests insgesamt nur zwei genehmigt. Obwohl es wahr ist, daß in deutschen Gemeinden 57 kleinere Beratungen und in den vier deutschen Bezirken die Jahresberatungen abgehalten wurden, hatten diese jedoch eine geringe Zuhörerschaft und konnten so die Volksversammlungen nicht ersetzen. Die deutsche Parteizeitung wieder herauszugeben, war auch weiterhin nicht gelungen, jedoch wurde damit begonnen, die billigen deutschsprachigen Agitationshefte, deren Herausgabe bereits im Oktober des Jahres 1926 beschlossen worden war, zu publizieren. So war zum Beispiel das Heft „Im Spiegel der Wahrheit“ von Rudolf

¹⁰⁸ Vgl. Anm. 76.

¹⁰⁹ Die Schul-, Kultur- und Autonomieforderungen der Minderheiten im Parlament. Die Sozialdemokraten und die Minderheitenpolitik. Budapest 1927.

Pajor in 2 000 Exemplaren herausgegeben worden.¹¹⁰ Im Stadium der Organisation befand sich eine deutsche Wanderbibliothek. Im Zentralen Sekretariat war im Jahr 1927 auch das deutsche Seminar für die deutschen Sozialdemokraten in Budapest und Umgebung abgehalten worden.¹¹¹

Auf der Landeskonferenz, bei der die Sozialdemokratische Partei Österreichs durch Danneberg und die Sozialdemokratische Partei Belgiens durch Roosbroeck vertreten waren, gab Malasits einen Überblick über die innenpolitische Lage. Im Zusammenhang mit der Nationalitätenfrage und den Schulbedürfnissen stellte er fest, daß „das Deutschtum ... mutlos geworden“ ist. Vilmos Zentai (Zuschlag) behandelte in seinem Referat die festgefahrene Angelegenheit der deutschen Parteipresse (und es folgten zahlreiche Wortmeldungen, anhand deren auf eine Lösung gedrängt wurde). Weitere Themen der Landeskonferenz waren die Frage der Autonomie der Minderheiten und die Forderung, daß die Passage über die Arbeit unter den nationalen Minderheiten im Organisationsstatut der Partei, dessen erneute Modifizierung auf dem Parteitag beschlossen werden sollte, beibehalten werden muß. In Verbindung dazu machte Malasits auf die Bedeutung der Kleinarbeit zur Gewinnung der Massen der Nationalitäten aufmerksam. In seinem Referat befaßte sich Miklós Kertész mit der Bedeutung der Kommunalpolitik der Partei und veranschaulichte auch, wie wichtig es für die Durchsetzung der Ansprüche der Nationalitäten sei, daß die Sozialdemokraten auch in die kommunalen Vertretungen gelangten.¹¹²

Entsprechend dem damals angenommenen Beschluß, dem zufolge im ganzen Land, wo immer deutsche Genossen lebten, nach Möglichkeit deutsche Parteiorganisationen zu bilden sind, nahm das Deutsche Sekretariat im Februar des Jahres 1928 in den Komitaten Tolna und Baranya, im März in der Umgebung von Sopron die Arbeit auf.¹¹³ Infolgedessen wurde auch die übliche Mai-Agitation diesem Ziel untergeordnet. Es wurden deutschsprachige Flugblätter in 10 000 Exemplaren herausgegeben, auf denen eine einmonatige Mitgliederwerbekampagne angekündigt und die deutsche Bevölkerung zugleich vor dem Volksbildungsverein gewarnt wurde, der das Instrument der Herrschenden ist und nichts mit dem Volk und einer wirklichen Volksbildung zu tun habe.¹¹⁴

Inzwischen attackierte Malasits auch im Parlament (in seiner Wortmeldung am 17. April) den Volksbildungsverein, indem er ausführte, daß dessen engstirnige, kleinbürgerliche Kulturarbeit von der Regierung subventioniert würde, während die kulturellen Institutionen der deutschen Arbeiter mit großen Schwierigkeiten

¹¹⁰ Rudolf Pajor: Im Spiegel der Wahrheit. Budapest 1927.

¹¹¹ A Magyarországi Szociáldemokrata Párt vezetőségének és a Párt parlamenti csoportjának évi jelentése az 1928. január hó 6-án és a rákövetkező napokon tartandó pártgyűléshez (Jahresbericht der Leitung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns und der Parlamentsgruppe der Partei für die am 6. Januar 1928 und an den folgenden Tagen stattfindende Parteiversammlung). Budapest 1928, S. 61. Bewegung der deutschsprechenden Genossen.

¹¹² Népszava, 10. Januar 1928, Beratung der deutschsprachigen Genossen.

¹¹³ PI Archiv, Ford 658, Bündel 7, Posten 3, Deutschsprachiger Brief des Deutschen Sekretariats an den Bonyháder Maurer, Genossen Johann Hufnagel, 9. Februar 1928, ungarischsprachiger Brief an den Genossen János Ferenczy, 10. März 1928.

¹¹⁴ PI Archiv, Fond 658, Bündel 7, Posten 3, Aufruf an die arbeitende Bevölkerung Ungarns.

DIE WACHSENDE ROLLE DER PARTEIPRESSE BEI DER BEEINFLUSSUNG DER DEUTSCHEN MINDERHEIT (1928—1929)

Auf der (in Óbuda abgehaltenen) deutschen Bezirkskonferenz von Budapest-Umgebung am 3. Juni 1928, an der die Delegierten von sechs Wahlbezirken (Soroksár, Törökbalint, Bia, Pomáz, Dorog, Ipolyszalka) teilnahmen, wurde erklärt, daß der sogenannte Volksbildungsverein in politischer Hinsicht im krassen Gegensatz zur sozialdemokratischen Arbeiterschaft stehe. Mit seiner Hilfe solle nun die deutsche Bevölkerung der Reaktion, besonders der klerikalen Reaktion, angeschlossen werden. Er sei ein Schaufensterverein zum Ausland hin, der Glauben machen möchte, die ungarische Regierung würde die Rechte der Minderheiten respektieren. Als Gegengewicht gebe es nur eine einzige Möglichkeit: die Organisierung im Rahmen der Sozialdemokratischen Partei.¹¹⁶

Auch auf dieser Bezirkskonferenz wurde festgestellt, daß die Möglichkeit der sozialistischen Agitation in Ungarn unter der Landbevölkerung, vor allem aber in bezug auf die deutsche Nationalität sehr beschränkt ist. Da die mündliche Agitation stark behindert wird, muß nun endlich die Angelegenheit der deutschsprachigen sozialistischen Presse gelöst werden. Die seit Jahren angestrebte Wiederherausgabe der „Volksstimme“ erwies sich aus materiellen Gründen als vollkommen aussichtslos. In seinem Rundschreiben vom 1. Juni 1928 sprach das Deutsche Sekretariat eine neue Idee an: Die deutschsprechenden Parteimitglieder sollen für ihren Mitgliederbeitrag statt der seit 1927 erscheinenden „Pártszervezet“ (Parteiorganisation) eine noch zu erstellende deutschsprachige Variante derselben erhalten. Sie soll so redigiert werden, daß sie die Parteimitglieder unter der deutschen Bevölkerung zur Agitation benutzen können. In einem weiteren Rundschreiben wurde auch der Gedanke vorgebracht, diese Zeitung kann zu einem geringeren Preis unter den nicht der Partei angehörenden Deutschen, zum Beispiel unter den Grubenarbeitern, verbreitet werden.¹¹⁷ Auf die Aufforderung des Deutschen Sekretariats hin meldeten die einzelnen Parteiorganisationen ihren Bedarf an. Die 150 Mitglieder starke Parteiorganisation von Sopron wollte, da sie 70 deutsche Mitglieder hatte, auch die deutsche Variante der Zeitung erhalten.¹¹⁸

¹¹⁶ A Magyar Szociáldemokrata Párt vezetőségének és a párt parlamenti csoportjának évi jelentése az 1929. évi május hó 19-én és a rákövetkező napokon tartandó pártgyűléshez (Jahresbericht der Leitung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns und der Parlamentsgruppe der Partei, für die am 19. Mai 1929 und an den folgenden Tagen stattfindende Parteiversammlung). Budapest 1929, S. 67—68.

¹¹⁷ PI Archiv, Fond 658, Bündel 7, Posten 3, Rundschreiben Péter Bechtlers, 1. Juni, 21. Juni 1928.

¹¹⁸ Ebd., Bericht des Parteisekretärs von Sopron, János Ferenczy, 19. Juli 1928.

Alle verstanden nur deutsch und wollten selbstverständlich die deutsche Zeitung haben.¹¹⁹

Am 10. September 1928 legte Bechtler der Parteiführung den Plan der Herausgabe einer vom Deutschen Landeskomitee redigierten, in 1 000 Exemplaren erscheinenden und acht Seiten starken deutschsprachigen Parteizeitung vor. Dabei betonte er, wie wichtig es sei — in welchem bescheidenen Rahmen auch immer —, ein Gegengewicht zum „Neuen Politischen Volksblatt“, das der Regierungspartei nahestand, zum Bleyerschen „Sonntagsblatt“ sowie den verschiedenen deutschsprachigen bürgerlichen Regionalzeitungen (wie zum Beispiel die „Landpost“ in Pécs, die „Ödenburger Zeitung“ in Sopron usw.) zu schaffen. Seitens Bechtlers war ein zehnmalsiges Erscheinen im Jahr geplant: Dazu war im Sinne der Presseverordnungen keine Erlaubnis für die Zeitung notwendig, deren Zurückweisung mit ziemlicher Sicherheit zu befürchten gewesen wäre.¹²⁰

Am 1. November erschien „Die Partei“ zum ersten Mal, ihr Leitartikel lautete „Wieder vorwärts, trotz alledem!“.¹²¹ In dem Leitartikel der am 1. Dezember erschienenen zweiten Nummer beschäftigte sich der Autor schon eingehender mit der Problematik der nationalen Minderheiten. In ihm wurde die Auffassung zurückgewiesen, derzufolge ein Unterschied zwischen den Minderheiten gemacht werden sollte, je nachdem, ob es sich um eine „Zwangsminderheit“ handelt, wie bei den in den Nachbarländern zur Minderheit gewordenen Ungarn, deren weitestgehender Rechtsschutz gefordert wird, oder um eine „freiwillige Minderheit“, wie die nach Ungarn übersiedelten Deutschen, die ihr Schicksal selbst wählen und demnach mit ihm zufrieden sein sollten. In dem Leitartikel wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Minderheitenfrage nicht von der sozialen Frage zu trennen ist. Die Klassenschichtung bestehe auch innerhalb der nationalen Minderheiten, und der wirkliche Weg der Lösung der nationalen Frage ist nicht die „Auflösung“ dieser Gegensätze unter einer bürgerlich-nationalistischen Führung in einem einheitlichen Nationalitätenkollektiv und dessen Konfrontation mit dem „herrschenden Volk“, um die Minderheitenrechte zu erkämpfen, sondern die arbeitenden Klassen der zusammenlebenden Völker ohne Rücksicht auf die Unterschiede zwischen den Nationalitäten für eine demokratische Gesellschaft zusammenzufassen, in der auch die Nationalitätenrechte zur Geltung kommen. Die Sicherung der allgemeinen, geheimen Wahl, der Pressefreiheit und des Rechts auf freie Vereinigung und Versammlung bilden die Grundlage der Gleichheit aller Staatsbürger, so auch der nationalen Minderheiten. Wer tatsächlich die Probleme lösen will, soll im Lager der Sozialdemokratie gegen das reaktionäre System kämpfen, das dem Volk diese Rechte vorenthält und dadurch auch das größte Hindernis für die Gleichberechtigung der nationalen Minderheiten bildet.¹²²

¹¹⁹ Ebd., Wilhelm Zuschlags Brief an János Ferenczy (darin teilt er die vom Genossen Wibornyí eingetroffene Anforderung mit), 28. Juli 1928.

¹²⁰ PI Archiv, Fond 658, Bündel 7, Posten 3, Bechtlers Eingabe an die Parteileitung, 10. September 1928.

¹²¹ Die Partei, 1928, Nr. 1, Wieder vorwärts trotz alledem!

¹²² Ebd., 1928, Nr. 2, Das Problem der nationalen Minderheiten.

Im Jahrgang 1928 der theoretischen Zeitschrift der Sozialdemokratischen Partei Ungarns „Szocializmus“ beschäftigte sich Wilhelm Zuschlag (Zentai) in seinem Artikel mit der „sogenannten Nationalitätenfrage“ und setzte sich mit der Studie „In Richtung auf eine neue Hungaria“ von László Ottlik auseinander, die in der Septembernummer 1928 der angesehenen, Bethlen nahestehenden Zeitschrift „Magyar Szemle“ (Ungarische Rundschau) erschienen war. In dieser Studie, die große Aufmerksamkeit erregt hatte, wurde nämlich der Bruch mit der alten Nationalitätenpolitik verkündet, obwohl der Autor diese eigentlich in Schutz nahm, ja sogar freisprach. Zugleich skizzierte Ottlik das Bild eines vorgestellten föderativen Großungarns („Hungaria“), indem er durch das Aufzeigen des Unterschiedes zwischen den einzelnen Nationalitäten das Ausmaß und die Qualität der nationalen Autonomie festlegte. Gleichzeitig erwähnte er mit keinem Wort die Voraussetzung irgendeiner Lösung der Nationalitätenfrage: die demokratische Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Und ohne diese ist, wie Zuschlag in seiner Studie darauf hinwies, das Konzept einer „Neuen Hungaria“ nichts anderes als ein eitler Wunsch oder lediglich Aushängeschild.¹²³

Auch ein anderer Artikel der „Magyar Szemle“ veranlaßte Zuschlag zu einer Reaktion. Jakob Bleyer hatte in der Februarnummer 1929 unter dem Titel „Das ungarisch-deutsche Verhältnis“ darüber geschrieben, daß Ungarn dann ein enges freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland ausbauen könnte — was in Anbetracht der Revisionsbestrebungen unbedingt wichtig war —, wenn es die Veränderung der reichsdeutschen Auffassung nach dem Weltkrieg beachtet: Heute durchdringt der Volksgedanke die gesamte deutsche Gesellschaft ebenso wie die Parteien, und es gibt keine deutsche Regierung, die nicht Verantwortung für das Gesamtdeutschtum empfindet. Deutschland hat auch das zu nationalem Selbstbewußtsein erwachte Ungarndeutschtum im Auge, es muß also Abstand von der alten Assimilationspolitik genommen werden. Zuschlag kam in seinem Artikel in der Zeitschrift „Szocializmus“ dagegen zu der Schlußfolgerung, daß in Hinsicht auf die ungarisch-deutschen Beziehungen nichts wichtiger sein kann als die Demokratisierung Ungarns. Die Weimarer Republik ist nämlich eine moderne Demokratie, die sich ein Land mit solchen feudal-reaktionären politischen Verhältnissen wie Ungarn nicht als außenpolitischen Partner leisten kann. Während in Ungarn die Sozialdemokratie der Verfolgung ausgesetzt ist, gilt sie im politischen Leben Deutschlands und zeitweilig auch in seiner Regierung als wichtiger Faktor. Es ist nicht das Verdienst des Nationalismus, sondern der Sozialdemokratie, daß der Minderheitenschutz in die Friedensverträge aufgenommen wurde und so von einer inneren Angelegenheit der einzelnen Länder zu einer Völkerrechtsfrage geworden ist. Die Sozialdemokratie — so auch die Sozialdemokratische Partei Ungarns — beschäftigt sich unter sozialem Aspekt mit der Nationalitätenfrage, sie dient mit dieser Tätigkeit also nicht nationalen Aspirationen, sondern den Interessen der Nationalitäten selbst. Dies steht zugleich auch im natio-

¹²³ Vilmos Zuschlag: Új Magyarország felé. Egy-két szó az úgynevezett nemzetiségi kérdéstről (Einem neuen Ungarn entgegen. Ein-zwei Worte über die sogenannte Nationalitätenfrage). Szocializmus 1928, Nr. 13, S. 263—267.

nenal Interesse des Landes, wie es auch ein universelles menschliches Interesse ist.¹²⁴

Anhand Zuschlags Darlegungen wird deutlich, daß er die Weimarer Demokratie in Deutschland ziemlich idealisierte — und in ihr die deutsche Sozialdemokratie. Er schenkte dem in der einen oder anderen Hinsicht veränderten, doch virulenten Weiterleben, ja sogar Erstarben der alten reaktionären politischen Kräfte unter den Nachkriegsverhältnissen keine Aufmerksamkeit, ebenso wie auch dem Umstand nicht, wie wirkungsvoll sie auf den bis zum Zerreißen gespannten Saiten der „deutschen nationalen Erniedrigung“ spielten. Der Schutz und die Betreuung der Deutschen, die durch die Grenzziehung im Frieden von Versailles außerhalb der Reichsgrenzen geblieben und zur Minderheit geworden sind („Grenzlanddeutschtum“), doch im allgemeinen des Auslandsdeutschtums und innerhalb dessen der sogenannten Volksdeutschen, die früher in andere Länder übersiedelt waren, lagen in den Händen „überparteilicher“ gesellschaftlicher Organisationen (in erster Linie des Deutschen Schutzbundes und des Vereins für das Deutschtum im Ausland) und Institute (das bedeutendste war das Deutsche Auslandsinstitut). In diesen Organisationen und Instituten arbeiteten zwar auch Sozialdemokraten aktiv und beugten sich dabei dem deutschen Nationalismus in nicht geringem Maße, doch dienten diese insgesamt der Vorbereitung der reaktionären Revanchepolitik und betätigten sich gegen das System des Minderheitenschutzes des Völkerbundes, wozu aber natürlich dessen Schwäche und Widersinnigkeiten viele Möglichkeiten boten. Das Auswärtige Amt der Weimarer Republik und die deutschen Auslandsvertretungen unterstützten überall — mit prinzipieller Leitung und direkter oder indirekter finanzieller Unterstützung — die nationalistischen Richtungen der deutschen Minderheitenbewegungen. Die Tätigkeit der Sozialdemokraten der deutschen Minderheiten wurde für eine gefährliche Erscheinung gehalten, und sie regten auch die ausländischen Regierungen an, dagegen aufzutreten und die freie Organisation der deutschen nationalistischen Richtungen zu sichern.¹²⁵ Auch die Diplomaten des als demokratische Republik geachteten Österreich, das eine starke, einflußreiche Sozialdemokratie hatte, beobachteten die sozialdemokratische Agitation innerhalb der deutschen Minderheiten argwöhnisch.¹²⁶

Wie auch aus Zuschlags Artikel deutlich wird, faßte die Sozialdemokratische Partei Ungarns, die enge Kontakte zu der österreichischen und der deutschen sozialdemokratischen Partei unterhielt, die umstrittene Anschluß-Frage selbst auch als wünschenswerte Vereinigung der beiden demokratischen deutschen Staaten auf, die den Raumgewinn der Demokratie in Ostmitteleuropa fördern kann. In Wirklichkeit gab es auch in der österreichischen Demokratie die sehr bedeutenden reaktionären Kräfte (unter ihnen der „überparteiliche“ Deutsche

¹²⁴ *Vilmos Zuschlag*: A kisebbségi kérdés Németországban és Magyarországon (Die Minderheitenfrage in Deutschland und in Ungarn). *Szocializmus* 1929, Nr. 6, S. 189—191.

¹²⁵ *Loránt Tilkovszky*: Die Weimarer Republik und die deutschen Minderheiten im Donau-becken. *Studia Historica Academiae Scientiarum Hungaricae* 167. Akadémiai Kiadó, Budapest 1980.

¹²⁶ *Ders.*: Die österreichische Haltung zur Nationalitätenpolitik Ungarns in der Zwischenkriegszeit. *Österreichische Osthefte* 1981, Nr. 2, S. 164—178.

Schulverein Südmark, der das Minderheitenproblem zur Hetze benutzte), die im Anschluß die erste Station der politischen Verwirklichung der großen deutschen Volksgemeinschaft sahen. Zugleich erwarteten sie die Wiederbelebung des deutschen Machtstrebens im Südosten davon und waren überhaupt nicht von Demokratie, sondern von dem zum deutschen völkischen Gedanken „gezähmten“ Pan-germanismus durchdrungen. Und bald darauf bereiteten sie sich mit dem Nationalsozialismus, der dies effektiv in sein Ideensystem einbaute, darauf vor, das mittlere Donaubecken in einer Zeit zu überschwemmen, die Zuschlag 1929 noch für das „Eroberungszeitalter der Demokratie“ hielt.

Als die Landeskonferenz der deutschsprechenden Sozialdemokraten zum XXVI. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Ungarns am 20. Mai 1929 wieder abgehalten wurde, um über die Arbeit seit dem Januar 1928 zu diskutieren¹²⁷, konnte Bechtler darüber berichten, daß die Zahl der Parteimitglieder in den von Deutschen bewohnten Gebieten um 18% zugenommen habe, Parteiorganisationen zu gründen sei jedoch nur hier und da und unter großen Schwierigkeiten gelungen. Die dank der Bemühungen des ortsansässigen Barbiermeisters Andreas Feiler in Sopronbánfalva gegründete reine deutsche Parteiorganisation habe 100 Mitglieder, die gemischte Parteiorganisation von Bátorfő mit 40 Mitgliedern sei zur Hälfte deutsch, deren Gründung das besondere Verdienst von Franz Kirchner war. Und auch diese Organisationen erwarteten, daß der von der Zentrale zu entsendende „Genosse Referent sehr gut deutsch spricht“.¹²⁸ Bechtler warf den Behörden vor, daß sich der Volksbildungsverein selbstverständlich frei organisieren dürfe, was aber niemals zutraf. Doch im Vergleich zu den Organisationsmöglichkeiten der Sozialdemokraten konnte er es ohne Zweifel bedeutend ungehinderter tun. In den von Deutschen bewohnten Gebieten wurde von den 38 außerhalb Budapest angemeldeten sozialdemokratischen Versammlungen nur die Abhaltung von 23 genehmigt. Darüberhinaus konnten noch 23 Beratungen in kleinem Kreis in verschiedenen deutschen Gemeinden durchgeführt werden. Im Rechenschaftszeitraum wurden auch acht populärwissenschaftliche Vorträge in deutscher Sprache gehalten. Das in Budapest seit mehreren Jahren regelmäßig abgehaltene deutschsprachige Seminar, in dessen Rahmen sich die neun Teilnehmer zwischen dem 15. Februar und dem 9. Mai 1928 13 Vorträge von verschiedenen Referenten anhörten¹²⁹, wurde im Herbst des gleichen Jahres (unter der

¹²⁷ A Magyarországi Szociáldemokrata Párt vezetőségének és a párt parlamenti csoportjának évi jelentése az 1929. évi május hó 19-én és a rákövetkező napokon tartandó pártgyűléshez (Jahresbericht der Leitung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns und der Parlamentsgruppe der Partei für die am 19. Mai 1929 und an den folgenden Tagen stattfindende Parteiversammlung). S. 67—68, Bewegung der deutschsprechenden Genossen.

¹²⁸ PI Archiv, Fond 658, Bündel 7, Posten 3, Andreas Feilers Brief aus Sopronbánfalva, Franz Kirchners Brief aus Bátorfő, 11. März 1929.

¹²⁹ PI Archiv, Fond 658, Bündel 7, Posten 3, Die Referenten und ihre Themen: János Biwo: Lebensphilosophie; László Bánóczy: Sozialistische Literatur; András Schubert: Politische Grundbegriffe; József Riesz: Über die Innungsbewegung; Péter Bechtler: Die Revolution von 1848; Miklós Kertész: Gemeindepolitik; József Madzar: Wissenschaft und Fortschritt; Géza Malasits: Das Parteiprogramm; Anna Kéthly: Die Frau und der Sozialismus; Ferenc Straitmann: Lassalle; Jenő Wollák: Nationalisierung; Simon Steinherz: Die Geschichte der Internationalen; Ferenc Kittel: Historischer Materialismus.

Leitung von Zuschlag) in eine sechswöchige Veranstaltung umgestaltet. Gleichzeitig begannen auch in Soroksár und Törökbálint ähnliche sechswöchige Seminare, mit zentral vorgeschriebenem Schulungsmaterial.¹³⁰

Auf der Landeskonferenz, der Ferdinand Skaret die Grüße der Sozialdemokratischen Partei Österreichs sowie der Sozialistischen Arbeiterinternationale überbrachte, schilderte Zuschlag die politische und die wirtschaftliche Lage, Simon Steinherz beschäftigte sich mit Fragen der Kommunalpolitik und Adolf Pohl mit der Minderheitenfrage unter besonderer Berücksichtigung des Volksbildungsvereins als Instrument der Reaktion. Es wurde beschlossen, daß die Parlamentsgruppe der Partei die Regierung zum effektiven Schutz der nationalen Minderheiten auffordern soll.¹³¹

Auf dem Parteitag im Jahr 1929 wurde das Statut der Partei verändert. Statt des Paragraphen 52 aus dem Jahr 1926, der den Titel „Nationalitäten“ trug, sagten die nun angenommenen Paragraphen 58—64 „Nationale Minderheitenbewegung“ aus, daß in Parteiorganisationen mit einer Mitgliedschaft von gemischter Nationalität je Nationalität ein Ortskomitee mit fünf bis sieben Mitgliedern gewählt werden kann. Die Zahl der Mitglieder des Landeskomitees, das diese Ortskomitees leitet und die in geheimer Wahl gewählt worden waren, wurde von den bisher sieben auf elf erhöht und die Zahl der Mitglieder des Kontrollkomitees von drei auf fünf. Die Aufgaben und die Zuständigkeit des Landeskomitees und der jährlich einberufenen Landeskonferenz wurden genauer umschrieben und festgelegt, wer an der letzteren — außer den Delegierten der Ortskomitees — von Amts wegen mit vollem Stimmrecht bzw. als beratendes Mitglied teilnehmen darf.¹³² In diesem, in Hinsicht auf die Koordinierung der Arbeit wichtigen Teil im diesbezüglichen Abschnitt des Statuts wurde übrigens eine schon seit Jahren in Herausbildung begriffene Praxis berücksichtigt und in eine klare Form gebracht. Besonders der Landesfrauenausschuß hatte es auch bisher für wichtig erachtet, daß jeweils eine Vertreterin (wie Frau Knur oder Vilma Bresztovszky) bei den Beratungen des Deutschen Landeskomitees anwesend war und aktiv daran teilnahm. Über die Teilnahme eines Vertreters des Gewerkschaftsrates wurde im Statut nichts ausgesagt, doch war Mór Rothenstein auch nach der Einstellung des Erscheinens der „Volksstimme“ weiterhin, zumeist in seiner Funktion als Vorsitzender des Gewerkschaftsrates bei den Sitzungen anwesend und überbrachte der Landeskonferenz in dessen Namen Grüße.

In dem von Bechtler vorgelegten Bericht des Deutschen Landeskomitees wurde auch darauf hingewiesen, daß das Erscheinen der Zeitung „Die Partei“ in bezug auf die Presseangelegenheit selbstverständlich noch keine endgültige Lösung,

¹³⁰ PI Archiv, Fond 658, Bündel 7, Posten 3, Péter Bechtlers Rundschreiben, 10. Oktober 1928. Vgl. *Miklós Stier*: Oktató-nevelő munka a szociáldemokrata pártban és a szakszervezetekben, 1919—1930 (Schulungs- und Erziehungsarbeit in der Sozialdemokratischen Partei und in den Gewerkschaften, 1919—1930). Századok 1976, Nr. 5, S. 802—833.

¹³¹ Népszava, 22. Mai 1929, Konferenz der deutschsprechenden Genossen; Die Partei 1929, Nr. 5, Die deutsche Landeskonferenz.

¹³² A Magyarországi Szociáldemokrata Párt szervezeti szabályzata (Das Statut der Sozialdemokratischen Partei Ungarns). Budapest 1929, S. 13—14.

doch zumindest ein hoffnungsvoller Anfang ist. In fast jeder Nummer erschienen Artikel, die einen Beitrag zur Nationalitätenfrage leisteten.

In der Februarnummer von 1929 untersuchte Zuschlag den vom Innenminister vorgelegten Entwurf zur Reform der öffentlichen Verwaltung im Zusammenhang mit der Nationalitätenfrage. Dabei stellte er fest, daß die Gemeinden anstelle einer Scheinautonomie eine wirkliche Autonomie erhalten müßten, damit die Nationalitäten eine entsprechende Vertretung bekommen. Ohne diese ist es auch weiterhin nur leere Phrasendrescherei, über den Minderheitenschutz zu sprechen.¹³³

Ein anderer Artikel von Zuschlag (in der Märznummer der Zeitung) war deshalb wichtig, weil er darin über den Beschluß der Mitte Februar 1929 in London abgehaltenen Sitzung der Sozialistischen Arbeiterinternationale in bezug auf die Frage der nationalen Minderheiten berichtete (dabei erinnerte er zugleich auch an die einschlägigen Beschlüsse der Kongresse in Hamburg und in Marseille). Dieses Beschlusses zufolge, den die Sozialdemokratische Partei Ungarns auch für sich selbst als maßgebend betrachtete, muß der internationale Rechtsschutz der Nationalitäten dahingehend erweitert werden, daß den geschlossenen angesiedelten nationalen Minderheiten in ihren Gebieten eine demokratische Selbstverwaltung, den verstreut Lebenden dagegen Gleichberechtigung und freier Gebrauch der Sprache sowie freie Entwicklung ihrer Schulen und ihrer Kultur gesichert wird. Zuschlag ging in seinem Artikel auch auf die Fragen der Assimilation ein, wobei er den Prozeß der Magyarisierung hinsichtlich der Industriearbeiterschaft für notwendig und zugleich als vorteilhaft einschätzte.¹³⁴

¹³³ Wilhelm Zuschlag: Die Verwaltungsreform. Vom Gesichtspunkte der Nationalitätenfrage. Die Partei 1929, Nr. 2.

¹³⁴ Ders.: Der Minderheitenschutz vor dem Forum der Arbeiter-Internationale. Die Partei 1929, Nr. 3.

REVISION — NATIONALITÄTENPOLITIK — DEMOKRATIE (1929—1931)

Im März des Jahres 1929 führte die Sozialdemokratische Partei Ungarns eine Befragung der in den Gemeinden mit deutscher Bevölkerung tätigen Parteiorganisationen beziehungsweise der Vertrauensleute in bezug darauf durch, in welcher Sprache der Unterricht in den Schulen stattfindet und inwiefern die Muttersprache bei den Behörden der öffentlichen Verwaltung benutzt wird. Mit der Befragung wurde offensichtlich beabsichtigt, anhand der Verallgemeinerung der auf diesem Wege erhaltenen Angaben die offiziellen Statistiken, die die Lage verschönerten, widerlegen zu können. Die Anzahl, Verteilung und Qualität der eingegangenen Antworten ist nicht bekannt, und so ist auch die Methode, nach der vorgegangen wurde, ebenso wie die Richtigkeit der zahlenmäßigen Ergebnisse unsicher.

In Hinsicht auf den Versuch der Sozialdemokratischen Partei Ungarns, anhand der Umfrage die Lage zu ermitteln, sind aber gar nicht so sehr die konkreten Zahlen, sondern die Veranschaulichung des Umstandes wichtig, daß in einem großen Teil der Schulen, die in den offiziellen Statistiken als Schulen mit Nationalitäten- oder gemischter Unterrichtssprache angeführt wurden, der Unterricht aus verschiedenen, zumeist einfach technischen Gründen (vor allem wegen des Mangels an Pädagogen, die in der Sprache der Nationalität unterrichten konnten) in Wirklichkeit auf ungarisch verlief, was aber die ungarischen chauvinistischen Gegner des Ausbaus des Minderheitenschulsystems auch weitestgehend zur Sabotierung der sich darauf beziehenden Schulverordnung ausnutzten. Ebenso war der Gebrauch der Muttersprache der einzelnen Nationalitäten bei den Behörden in Wirklichkeit viel eingeschränkter, als es von offizieller Seite zugegeben wurde.¹³⁵

Bei der Behandlung des Etats des Ministerpräsidiums im Abgeordnetenhaus tat Malasits in seiner Rede am 28. Mai 1929 dem Beschluß der Landeskonferenz genüge und forderte von der Regierung die Durchsetzung der Minderheitenrechte. Die Sabotierung der Durchführung der Schulverordnung brachte er nunmehr nicht nur in Hinsicht auf die Deutschen, sondern auch in bezug auf die Slowaken zur Sprache. (Es ist anzumerken, daß die Regierung die im übrigen allgemeingültige Schulverordnung ausschließlich in deutscher Relation durchsetzen wollte.) Von den offiziellen Statistiken ausgehend, wies er darauf hin, daß vielerorts in den

¹³⁵ Die Partei Nr. 4, Die Kulturautonomie der nationalen Minderheiten.

Schulen, die zu Schulen mit gemischter Unterrichtsprache, ja sogar zu Schulen mit Unterricht in der Sprache der Nationalitäten erklärt worden waren, aus verschiedenen objektiven und subjektiven Gründen der Unterricht auf ungarisch durchgeführt werde. Er machte darauf aufmerksam, daß die Presse der deutschen Minderheiten in den Staaten der Kleinen Entente deshalb scharfe Angriffe gegen Ungarn richte. Wenn der Ministerpräsident gegen diejenigen, die die Minderheitenschulverordnung sabotieren, mit so strenger Hand vorgehen würde wie gegen die Sozialdemokraten, dann wäre die Situation sofort besser, und es könnte nicht zu solchen Angriffen kommen. Da er keine Garantie dafür sehe, daß die Regierung ihre Politik ändern wird, lehne er den Haushalt ab.¹³⁶

In der Rede von Malasits sah der Großteil der Abgeordneten — wie dies die Rede von András Simon zeigte — eine „erbärmliche sozialdemokratische Taktiererei“, für die in so heiklen Fragen wie die Nationalitätenfrage kein Platz sei.¹³⁷ Besonders starke Entrüstung rief Malasits damit hervor, daß er das Parlament für den geeigneten Ort hielt, von den Ereignissen in der Gemeinde Sárísáp, in der Deutsche und Slowaken wohnten, zu erzählen. So führte er aus, daß die Kinder im Kindergarten geschlagen werden, wenn sie nicht ungarisch, sondern in ihrer Muttersprache sprechen. Der Vorsitzende rief ihn auch wegen dieser „das Empfinden der gesamten Nation verletzenden“ Feststellung zur Ordnung, die seiner Ansicht nach durch nichts Konkretes unterstützt werden konnte. (Deshalb stellte das Deutsche Sekretariat am 1. Juni in seinem Brief an Genossen Grunyó in Sárísáp ganz detaillierte Fragen über die Verhältnisse in der dortigen Schule und im Kindergarten und bat um erschöpfende Antwort.)¹³⁸ Bethlen gab seiner Meinung Ausdruck, die Rede von Malasits könne den Interessen des Landes großen Schaden zufügen, denn sie werde im Ausland „den Eindruck erwecken, daß hier eine Nationalitätenverfolgung der Slowaken, der Deutschen und überhaupt der Nationalitäten vor sich gehe“.¹³⁹ Der Ministerpräsident warf der Sozialdemokratischen Partei Ungarns auch vor, daß sie die Révisionspolitik der Regierung nicht unterstütze. István Farkas wies in seiner Antwort hin, daß seine Partei die Unterstützung der Revision von der Demokratisierung des Landes abhängig mache. Im Interesse der Revision „kann sie nur dann erfolgreich bei ihren ausländischen Schwesterparteien und ähnlichen demokratischen Faktoren auftreten, wenn all dem Unrecht ein Ende gemacht wird, das in diesem Land zu Recht zu beanstanden ist“. Dazu gehöre auch das Unrecht, das den Nationalitäten angetan werde. Er sagte, die Regierung verbinde die Organisationen der Nationalitäten, so vor allem den Volksbildungsverein, eng mit ihrer eigenen Politik.¹⁴⁰

Über die im Mai 1929 abgehaltene Debatte im Abgeordnetenhaus um die Na-

¹³⁶ KN 1927, Bd. XXI, f. 226—228.

¹³⁷ Ebd., S. 229—231.

¹³⁸ PI Archiv, Fond 658, Bündel 7, Posten 3, Péter Bechtlers Brief an Grunyó, 1. Juni 1929.

¹³⁹ KN 1927, Bd. III, S. 253.

¹⁴⁰ Ebd., S. 253—254.

tionalitätenfrage berichtete auch „Die Partei“ in ihrer Juninummer.¹⁴¹ Im Namen des Deutschen Landeskomitees dankte Bechtler am 21. Juni Malasits in einem Brief für seinen Diskussionsbeitrag, indem er ihm schrieb: „Wir, die wir ständigen Kontakt zu der in diesem Land lebenden deutschsprachigen Bevölkerung haben, und die Mängel der kulturellen Erziehung und des Schulunterrichts der Bevölkerung kennen, erachten Ihre Tätigkeit für besonders wichtig. Wir sind davon überzeugt, daß die Angriffe aus dem Lager der Reaktion, die gegen Sie wegen des Anschneidens der Frage gerichtet waren, Sie nur in Ihrem weiteren Kampf für die Wahrheit bestärkt haben.“¹⁴²

Die Ungarische Revisionsliga, der sich der Volksbildungsverein sogleich, noch 1927, im Jahr seiner Gründung angeschlossen hatte, forderte die Abstand wahrende Sozialdemokratische Partei Ungarns im Juni des Jahres 1929 auch zu diesem Schritt auf. Auf die Aufforderung antwortete die Partei mit ihrem Beschluß vom 24. Juli. In diesem Beschluß sprach sich die Partei für die Revision des Friedensvertrages von Trianon aus, wobei jedoch erklärt wurde, das dies nur ein demokratisches Ungarn erreichen kann. Zugleich wurde auch weiterhin die Aufforderung der Ungarischen Revisionsliga, sich ihr anzuschließen verworfen: Die Sozialdemokratische Partei kann im Rahmen der Liga nicht mit Organisationen zusammenarbeiten, die nicht für die Freiheitsrechte der Bevölkerung eintreten oder geradezu gegen diese arbeiteten. Auf die Freiheitsrechte eingehend, kam in diesem Beschluß der Sozialdemokratischen Partei Ungarns in Einklang mit dem bereits erwähnten Londoner Beschluß der Sozialistischen Arbeiterinternationale, ihr Standpunkt in Hinsicht auf die Rechte der in geschlossenen Siedlungen bzw. verstreut lebenden Nationalitäten zum Ausdruck. Die Stellungnahme der Partei, über die auch der deutsche Gesandte in Budapest einen Bericht schrieb¹⁴³, wurde in der Augustnummer von „Die Partei“ unter dem Titel „Sozialdemokratie und Revision“ veröffentlicht.¹⁴⁴

Inzwischen wurde die von Malasits stets hervorgehobene Kleinarbeit unter den Nationalitäten, wenn auch nicht mit dem erhofften Erfolg, fortgesetzt. Georg Steuer, „der Regierungskommissar der ungarischen Deutschsprechenden“, der sich seit der Auflösung des Nationalitätenministeriums im Jahre 1922 im Auftrag der Bethlen-Regierung mit den Angelegenheiten des Ungarndeutschtums beschäftigte, stellte in seinem Bericht vom 10. September 1929 fest, daß die Kleinstgrundbesitzer und Häusler in den deutschen Dörfern um Budapest, die ihr Auskommen in der Stadt durch Arbeit in der Industrie sichern, zwar Opfer der Sozialdemokratie geworden sind, doch die in den Dörfern der Komitate Tolna und Baranya lebenden, bessergestellten und stark religiösen Deutschen „für die Sozial-

¹⁴¹ Die Partei 1929, Nr. 6, Die nationalen Minderheiten im Abgeordnetenhaus.

¹⁴² PI Archiv, Fond 658, Bündel 7, Posten 3, Péter Bechtlers Brief an Géza Malasits, 21. Juni 1929.

¹⁴³ PA AA Pol. Abt. II, Ung. Politik 5. Bd. 4, Bericht des Gesandten Schoen, 25. Juli 1929.

¹⁴⁴ Die Partei 1929, Nr. 6, Sozialdemokratie und Revision.

demokratie unerreichbar“ sind.¹⁴⁵ An diese Deutsche trat der Volksbildungsverein mit Erfolg heran, obgleich dies auch nicht ohne jedes Hindernis geschah, weil der „volksdeutsche“ Flügel des Vereins, der Bleyer als seinen Führer ansah, sowie vor allem die Agitation der radikal nationalistischen (ja nationalsozialistischen) Intellektuellen und der mit einem Stipendium in Deutschland erzogenen Studenten die Unruhe der ungarischen bzw. „ungarisch gesinnten deutschen“ Öffentlichkeit und die steife, manchmal ausgesprochen feindselige Haltung der Behörden auch gegenüber solch einer Organisation steigerten.¹⁴⁶

Im Jahrgang 1930 der Zeitschrift „Szocialismus“ kritisierte Zuschlag scharf die Kulturpolitik der damals schon fast zehn Jahre an der Macht befindlichen Bethlen-Regierung unter dem Gesichtspunkt der Minderheiten. Dabei betonte er, daß die oligarchische Clique Bethlens eine kurzsichtige Minderheitenpolitik verfolgt, keine Lehren aus der Aufteilung Ungarns in Trianon gezogen hat und sich auch weiterhin sträubt, eine Kulturpolitik und eine Schulpolitik zu führen, die die Nationalitäten in Ungarn befriedigen und die in den abgetrennten Gebieten Lebenden sich zurücksehnen lassen würde. Zuschlag machte darauf aufmerksam, daß Bethlen seine Gegner im Zusammenhang mit der Nationalitätenfrage auf die unnachgiebigste Weise, allen voran die Sozialdemokraten niedermachen will. Während in Ungarn die Regelung der Nationalitätenfrage auf sich warten läßt, erforschen und kritisieren eine Vielzahl ungarischer Zeitungen, Zeitschriften, Organisationen, Gesellschaften, offizieller und inoffizieller Personen die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Probleme der nationalen Minderheiten in der Tschechoslowakei, in Rumänien und in Jugoslawien. All die Fehler, die die Ungarn ihren Nachbarn vorwerfen, erklärte Zuschlag in seinem Artikel, werden in viel größerem Umfang in Ungarn begangen, wo die Demokratie, die grundlegende Voraussetzung für die Lösung der Nationalitätenfrage, fehlt.¹⁴⁷

Die Sozialdemokratische Partei Ungarns hatte — auch was die Nationalitätenpolitik anbetrifft — trügerische Vorstellungen von der bürgerlichen Demokratie im Weimar-Deutschland, in Österreich und in der Tschechoslowakei, wo doch die Behandlung der polnischen und der dänischen Minderheiten in Deutschland, die der Slowenen in Österreich sowie die der Ungarn und der Ruthenen in der Tschechoslowakei realistischer hätte eingeschätzt werden müssen. Wenn sie auch hinsichtlich der Bemängelung der Demokratie in Ungarn recht hatte, so war es insoweit ein Fehler, den antidemokratischen Charakter der Systeme in Rumänien und Jugoslawien ebenso wie die noch schwerwiegenderen Erscheinungsformen in der Nationalitätenpolitik als in Ungarn zu vergessen. Es stimmt zwar, daß die

¹⁴⁵ Országos Levéltár (Ungarisches Staatsarchiv Budapest, im weiteren: OL), K 28. Miniszterelnökség Nemzetiségi Osztályának iratai (Akten der Nationalitätenabteilung des Ministerpräsidentiums). Bündel 94, Posten 193. C. 3903/1929, Georg Steuers Bericht, 10. September 1929.

¹⁴⁶ Loránt Tilkovszky: Deutschland und die ungarische Nationalitätenpolitik...

¹⁴⁷ Vilmos Zuschlag: A Bethlen-kormány tízéves kultúrpolitikája nemzetiségi szempontból (Die zehn Jahre Kulturpolitik der Bethlen-Regierung unter dem Gesichtspunkt der Nationalitäten). Szocialismus 1930, Nr. 8, S. 243—246.

Nationalitätenpolitik der Staaten der Kleinen Entente die deutschen Minderheiten in den angeschlossenen Gebieten relativ begünstigte. Jedoch hätte die Sozialdemokratische Partei Ungarns mit dem verletzenden Charakter der zuungunsten der dort lebenden ungarischen Nationalitäten verfolgten diskriminierenden Nationalitätenpolitik und mit ihrer sehr schlechten Wirkung auf die Empfindlichkeit der öffentlichen Meinung in Ungarn rechnen müssen. Dies ändert aber nichts daran, daß die Sozialdemokratische Partei Ungarns hinsichtlich dieser Länder auch in der Nationalitätenpolitik mit den mehr oder weniger kritischen Stellungnahmen der dortigen sozialdemokratischen Parteien solidarisch war. Als auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Rumäniens im Mai 1930 in Bukarest, an dem Illés Mónus als Vertreter der ungarischen Schwesterpartei teilnahm, ein Beschluß über die Nationalitätenfrage gefaßt wurde, veröffentlichte die deutschsprachige ungarische sozialdemokratische Parteizeitung, „Die Partei“, diesen in ihrer Nummer des darauffolgenden Monats in voller Länge, weil man der Meinung war, dadurch die Stellung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns in der Nationalitätenfrage zu stärken.¹⁴⁸

In dem Bericht des Deutschen Landeskomitees,¹⁴⁹ den Bechtler auf der anlässlich des XXVII. Parteitages am 7. September 1930 abgehaltenen Landeskonferenz der deutschsprechenden Sozialdemokraten vorlegte, konnte festgestellt werden, daß die Zahl der Parteimitglieder in den von Deutschen bewohnten Gebieten im Verlauf des letzten Jahres um 23% zugenommen hat. Anhand dieser Formulierung, die Bechtler bereits auf der vorherigen Landeskonferenz benutzt hatte, wurde die Frage verschleiert, in welchem Maße der Anstieg der Mitgliederzahl „in den von Deutschen bewohnten Gebieten“ Deutsche und in welchem Umfang Ungarn einschloß, die ebenfalls in den von Deutschen bewohnten Gebieten, und zwar zu meist zu einem ziemlich hohen Anteil, lebten. Es wurde auch mitgeteilt, daß von den in den von Deutschen besiedelten Gebieten angemeldeten 53 sozialdemokratischen Versammlungen 19 durch die Behörden untersagt worden sind; es hat Hausdurchsuchungen zur Beschlagnahme sozialdemokratischer Druckerzeugnisse gegeben. Die deutsche Bevölkerung kann ihre Muttersprache bei den Behörden nicht frei gebrauchen, und über die Unterrichtssprache in der Schule entscheiden im wesentlichen der Priester und der Notar; dies ist eine wahre Parodie der Durchführung der Minderheitenverordnungen.¹⁵⁰

Über die Kommunalpolitik der Partei, der sehr wichtige nationalitätenpolitische Bezüge zukam, referierte Andreas Schubert. Seit Juni des Jahres gab die Sozialdemokratische Partei Ungarns übrigens eine kommunalpolitische Rundschau unter dem Titel „A község“ (Die Gemeinde) heraus. Unter dem Titel „In welchen Selbstverwaltungen ist die Sozialdemokratische Partei bisher zu Worte

¹⁴⁸ Die Partei 1930, Nr. 4, Das Problem der nationalen Minderheiten in Rumänien. Stellungnahme des Kongresses der Sozialdemokratischen Partei Rumäniens.

¹⁴⁹ Ebd., Nr. 5, Bericht des Deutschen Landeskomitees.

¹⁵⁰ PI Archiv, Fond 658, Bündel 1, Posten 41, Landeskonferenz der deutschsprechenden Genossen im Jahre 1930.

gekommen?“ wurde bereits in der ersten Nummer eine genaue derartige Aufzählung veröffentlicht. Daraus geht hervor, daß von den 72 Gemeinden, in denen es einem Sozialdemokraten gelungen war, in die Gemeindevertretungen zu gelangen, 33 Nationalitätengemeinden (deutsch oder slowakisch) waren. Von den 26 Komitatsstädten, in denen es Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei in der kommunalen Vertretung gab, lebten Nationalitäten in drei Städten (Békéscsaba, Békésgyula, Moson) und von den sechs Städten mit Munizipalcharakter in zwei (Pécs, Baja). In neun der Komitats-Munizipalausschüsse waren Sozialdemokraten vertreten, so unter anderem in den in bezug auf die Nationalitäten wichtigen Komitaten Baranya, Békés, Csanád und Tolna.¹⁵¹ In der Diskussion nach dem Referat wurde von Erfolgen und Mißerfolgen gesprochen. So war es ein großer Erfolg, daß die deutschsprechenden Sozialdemokraten in Sopronbánfalva bei den letzten Kommunalwahlen sieben von neun Mandaten errungen hatten. Eine Enttäuschung dagegen war aber, daß in Budafok, wo die Sozialdemokraten bis dahin einen sehr beträchtlichen Einfluß hatten, alle Mandate verloren gegangen waren.¹⁵²

„Die Partei“, die in ihrer Septemberrnummer des Jahres 1930 den Bericht des Deutschen Landeskomitees veröffentlicht hatte, ging in ihrer Oktobernummer auf die Landeskonferenz ein.¹⁵³ Selbstverständlich berichtete auch „Népszava“ wie immer über den Ablauf der Beratungen ebenso wie über die angenommenen Beschlüsse. Doch auch die Deutsche und die Österreichische Gesandtschaft in Budapest schenkten diesem Ereignis ihre Aufmerksamkeit. Übereinstimmend wurde in den Berichten an ihre Außenministerien geschrieben, daß man sich auf der Landeskonferenz der ungarndeutschen Sozialdemokraten sehr entschlossen und scharf für die Rechte der deutschen Nationalitäten eingesetzt hat, und die Partei in der Umgebung der Hauptstadt die Zahl ihrer Anhänger unter der deutschen Bevölkerung vergrößern konnte. Demnach klagt der Volksbildungsverein also nicht ohne Grund darüber, daß die Hindernisse, die die Behörden seiner Organisierung in den Weg stellen, nur dazu geeignet sind, die ungarndeutsche Minderheit in die Arme der Sozialdemokratie zu treiben.¹⁵⁴

Nach der Landeskonferenz begann das Deutsche Landeskomitee — worauf die Polizei aufmerksam wurde — eine Untersuchung, um festzustellen, in welchem Maß ein Bedürfnis nach deutschsprachiger sozialdemokratischer Agitation bei den Bergarbeitern besteht.¹⁵⁵ Das Ergebnis der Untersuchung lag dem

¹⁵¹ A község 1930, Nr. 1.

¹⁵² Népszava, 10. September 1930, Landeskonferenz der deutschsprechenden Genossen.

¹⁵³ Die Partei 1930, Nr. 6, Die deutsche Landeskonferenz.

¹⁵⁴ PA AA Pol. Abt. II. Ung. Politik 5. Bd. 4, Bericht der Deutschen Gesandtschaft in Budapest (Benzler), 11. September 1930; Österreichisches Staatsarchiv, Wien (im weiteren: ÖStA), Neues Politisches Archiv (NPA), Fasc. 19. Fol. 348, Bericht der Österreichischen Gesandtschaft in Budapest (Calice), 17. September 1930.

¹⁵⁵ PI Archiv, Fond 658, Bündel 2, 1931—1—3036, Bericht des Polizeibezirkshauptmannes Székesfehérvár, 29. Dezember 1930.

Autor nicht vor, es sind nur vereinzelte Daten erhalten geblieben. So ist z. B. bekannt, daß in Felsőgalla ein Referent gewünscht wurde, der seine Rede auch kurz deutsch zusammenfassen könnte.¹⁵⁶

In Hinsicht auf die Durchsetzung der Schulrechte der Nationalitäten bedeutete auch der Artikel von Kálmán Teszársz über die Arbeit der Schulräte in der Zeitschrift „A község“ eine große Hilfe (obwohl er nur in Ungarisch erschienen war). Es reichte nämlich nicht aus, immer wieder zu betonen, daß auch Sozialdemokraten in die Schulräte gelangen sollten, sondern dazu mußten konkrete Kenntnisse über die Funktion, den Charakter, die Zusammensetzung und die Art und Weise der Wahl der Schulräte vermittelt werden. Jedoch unterstand nur ein kleiner Teil der Schulräte den Gemeinden; bei den konfessionellen Schulen, die die entscheidende Mehrheit ausmachten, kam die Mitwirkung von Sozialdemokraten aus weltanschaulichen Gründen nicht in Frage (mit den Angelegenheiten der staatlichen Volksschulen beschäftigten sich nicht die Schulräte, sondern die Schulverwaltungen).¹⁵⁷

Am 26. Januar 1931 unterzeichnete Bethlen in Wien den österreichisch-ungarischen Freundschaftsvertrag. In seiner Erklärung zu diesem Anlaß hob er hervor, daß die ungarndeutsche Minderheit ein starkes Bindeglied zwischen Ungarn und Deutschland sowie Österreich sei und die ungarische Regierung alles unternehme, damit sich das Ungarndeutschtum genauso wohl fühlt, „als würde es unter seinen eigenen Stammesbrüdern leben“. Zuschlag reagierte in der Märznummer von „Die Partei“ erneut darauf, indem er auf das völlige Fehlen der Demokratie in Ungarn aufmerksam machte, was auch die deutschen Minderheiten stark verspüren, und stellte die Situation in Ungarn den wie üblich idealisierten demokratischen Verhältnissen Österreichs und der Weimarer Republik gegenüber.¹⁵⁸

Vor den für den 28. bis 30. Juni 1931 ausgeschriebenene Parlamentswahlen wurde ein Aufruf in „Die Partei“ veröffentlicht, anhand dessen man die im Land lebenden nationalen Minderheiten zur demonstrativen Unterstützung der Bestrebungen der Sozialdemokratischen Partei aufrief. Das Deutsche Landeskomitee, das den Aufruf herausgab, benutzte diesmal — mit Rücksicht darauf, daß es sich nicht nur an die Wähler deutscher, sondern auch anderer Nationalitäten wandte — die Bezeichnung Landeskomitee der Nationalen Minderheiten. Im Interesse des effektiveren Schutzes der bürgerlichen und kulturellen Rechte der in Ungarn lebenden nationalen Minderheiten wurde das geheime Wahlrecht und die Garantierung der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit gefordert.¹⁵⁹

Außer diesem Aufruf gab die Zeitschrift in Zusammenhang mit der Wahl der Abgeordneten auch konkrete Ratschläge: Was der Wähler tun und worauf er

¹⁵⁶ Ebd., Fond 658, Bündel 6, Posten 219, Brief Ferenc Jelineks, 9. Januar 1931.

¹⁵⁷ Kálmán Teszársz: Az iskolaszékek munkájáról (Über die Arbeit der Schulräte). A Község 1931, Nr. 1.

¹⁵⁸ Wilhelm Zuschlag: Die Freundschaft zwischen Österreich und Ungarn. Die Partei 1931, Nr. 3.

¹⁵⁹ Ebd., Nr. 5, Die nationalen Minderheiten und die Abgeordnetenwahl.

achten muß? Deutschsprachige, deutsch-ungarischsprachige Plakate und Flugblätter wurden herausgegeben.¹⁶⁰ Erhalten geblieben ist ein deutsches Werbelied, in dem man den deutschen Sekretär der Partei und Kandidaten im Wahlbezirk Soroksár, Peter Bechtler, gegenüber seinem christlich-sozialen Widersacher, Artur Fitz, hochleben läßt.¹⁶¹ Der andere gut bekannte Führer der deutschsprechenden Sozialdemokraten, Wilhelm Zuschlag, trat im Wahlbezirk Sopron-Umgebung an.

Die Sozialdemokratische Partei Ungarns stellte bei diesen Wahlen in elf Wahlbezirken mit Minderheitencharakter Kandidaten auf; alle elf waren Bezirke mit offener Wahl. Nur in vier Bezirken gelangten die Kandidaten bis zur Abstimmung, jedoch konnten sie kein Mandat erringen. In der Augustnummer von „Die Partei“ schätzte Zuschlag die Ergebnisse dahingehend ein, daß vom Bethlen-System auch nichts anderes als der brutalste Terror zu erwarten gewesen war. Auch Bleyer biederte sich vergebens bei der Regierung an, die Kandidaten seiner nationalistischen Bewegung erteilte ein ähnliches Schicksal. Sein enttäuschter Ausbruch über die Wahlmethoden war ein etwas verspätetes Erwachen. Die Sozialdemokratische Partei hatte in der Vergangenheit bereits öfters gesagt, daß diktatorische Neigungen und faschistische Bestrebungen zum Schutz der nationalen Minderheit ungeeignet sind.¹⁶²

Wenn es auch von seinen Anhängern niemand schaffte, so errang Bleyer selbst erneut im Wahlbezirk Villány und wieder mit Unterstützung von außen, aus Deutschland, auch bei diesen Wahlen ein Mandat: Seine Ausgaben im Wahlkampf beglich das Auswärtige Amt auch dieses Mal insgeheim. Bleyer gab seinen Plan auf, seine völkische Bewegung zu einer selbständigen deutschen nationalistischen Partei umzugestalten, weil er am eigenen Leibe erfahren hatte, daß sich Bethlen aufgrund außenpolitischer Erwägungen mit seiner von außen unterstützten Rolle als deutscher Volksführer abfand, wenn er auch nicht aufhörte, ihm gegenüber die gemäßigtere, der Regierung enger verbundene, von Gustav Gratz geführte Richtung des Volksbildungsvereins zu unterstützen.¹⁶³ Gratz betonte auf der Vollversammlung des Volksbildungsvereins am 20. August, der Verein müsse auch weiterhin von der Politik ferngehalten werden. In diesem Zusammenhang griff Zuschlag in der Zeitschrift „Sozialismus“ in seinem, unter dem Titel „Das Ungarndeutschtum und die Politik“ erschienenen Artikel sowohl den Bleyerschen Plan einer deutschen Nationalitätenpartei als auch die, den Interessen der Regierung dienende Verkündung der Gratzschen Politiklosigkeit an. In dem Artikel erklärte er, daß der Platz der Ungarndeutschen in der Sozialdemokratischen Partei

¹⁶⁰ Magyar Munkásmozgalmi Múzeum. Plakatsammlung. — PI Archiv. FBS, III/2/1931/2827, 2832, 2846, 2864, 2877, 2883, 2897.

¹⁶¹ PI Archiv, FBS, III/2/1931/2895 (auf die Melodie von „Oh Tannenbaum...“).

¹⁶² *Wilhelm Zuschlag*: Nationale Minderheitsbemerkungen zum Verlauf der Wahlen. Die Partei 1931, Nr. 7.

¹⁶³ *Loránt Tilkovszky*: Die Entfaltung der Krise der deutschen Bewegung in Ungarn (1930—1932). Acta Historica Academiae Scientiarum Hungaricae. Tom. 26 (1980), S. 105—165.

Ungarns ist. Sie kann auch auf kulturellem Gebiet das meiste für sie tun und tue dies auch, und mit der Erkämpfung der Demokratie kann allein sie zur tatsächlichen Lösung der Nationalitätenfrage führen.¹⁶⁴

Bis diese Gedanken Zuschlags erschienen waren, war Bethlens Regierungssystem bereits auf spektakuläre Weise zusammengebrochen, und jeder spürte, daß sich Möglichkeiten für wesentliche Veränderungen in jeder Hinsicht, so auch in der Nationalitätenfrage eröffneten. Die eintretenden Veränderungen begünstigten aber nicht die Sozialdemokratie.

¹⁶⁴ Vilmos Zuschlag: A magyarországi németiség és a politika (Das Ungarndeutschtum und die Politik). Szocializmus 1931, Nr. 10, 312—313.

DIE UNGARNDEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATEN
UND DIE VOLKSDEUTSCHEN ZUR ZEIT DES VORDRINGENS
DES NAZISMUS IN DEUTSCHLAND
(1931—1933)

Eine sehr niederschmetternde Bilanz der zehnjährigen Regierungszeit von István Bethlen zog Manó Buchinger in seiner Rede auf der „Landeskonzferenz der zu den nationalen Minderheiten gehörenden Sozialisten“, die anlässlich des XXVIII. Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Ungarns am 6. Dezember 1931 abgehalten wurde und auf der die feste Überzeugung zum Ausdruck kam, daß auch der neue Ministerpräsident Gyula Károlyi das Land nicht aus dem Schlamassel herausführen kann.¹⁶⁵ Was die Nationalitätenpolitik der Regierung anbetraf, so wurde in dem von Sekretär Peter Bechtler vorgelegten Bericht des Deutschen Landeskomitees darauf aufmerksam gemacht, daß die den Nationalitäten zustehenden Rechte des Gebrauchs der Muttersprache weder im Schulunterricht noch bei der Erledigung ihrer Angelegenheiten bei den öffentlichen Behörden durchgesetzt sind. Die Regierungen des konterrevolutionären Systems in Ungarn, die auf den internationalen Foren als die Beschützer der Rechte der Nationalitäten auftraten und für die ungarischen Minderheiten in den benachbarten Ländern zu Recht das Selbstverwaltungsrecht forderten, „vergessen“ die Sicherung dieser Rechte für die in Ungarn lebenden Nationalitäten bzw. treffen nur Scheinmaßnahmen und betreiben eine Schaufensterpolitik. Die Interessen der Nationalitäten in Ungarn, die sich nicht in kulturellen Wünschen erschöpfen, sondern in jeder Hinsicht auf die natürlichste Weise der grundlegend wichtigen, zu erkämpfenden Demokratie verbunden sind, können in den Bestrebungen der Sozialdemokratischen Partei Ungarns eine wirkliche Stütze finden. Der Partei ist es auch in den vergangenen Jahren gelungen, in den von Deutschen bewohnten Gebieten Ungarns eine bedeutende Zunahme ihrer Mitgliederzahl zu erreichen; vor allem in Sopron und Umgebung ist die sozialdemokratische Bewegung stärker geworden. Auch neue deutschsprachige Parteiorganisationen sind gegründet worden.¹⁶⁶

Im Jahre 1931 erlaubten die Behörden in den deutschen Siedlungen, 58 von 87 angemeldeten Versammlungen durchzuführen. Ein bedeutender Teil der Versammlungen stand im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen im Juni des Jahres. Es gelang der Partei zwar in keinem einzigen Wahlbezirk mit deutscher Bevölkerung ein Mandat zu erringen, jedoch kam ihrer Wahlkampfagitator eine wesentliche Rolle dabei zu, die deutsche Bevölkerung mit den Bestrebungen der

¹⁶⁵ Népszava 1931, 8. Dezember, Landeskonzferenz der den nationalen Minderheiten angehörenden Sozialisten.

¹⁶⁶ Die Partei 1932, Nr. 1, Unsere deutsche Landeskonzferenz.

Partei bekanntzumachen. Bei den Kommunalwahlen im gleichen Jahr gelang es, in den Gemeinden Báticasék und Várdomb im Komitat Tolna, in Csolnok im Komitat Komárom-Esztergom und in Perbál im Komitat Pest, also in Städten und Gemeinden mit deutscher Bevölkerung, Sozialdemokraten in die kommunalen Vertretungen zu entsenden.

Das Deutsche Landeskomitee organisierte auch in diesem Jahr mehrere deutsche Bezirkskonferenzen. Auf der zuletzt in Budapest am 1. November abgehaltenen Bezirkskonferenz nahmen Vertreter von 15 Gemeinden aus der Umgebung der Hauptstadt teil.

Die Partei sorgte auch jetzt anhand deutschsprachiger Seminare dafür, gut vorbereitete Agitatoren für die von Deutschen bewohnten Gebiete auszubilden. Das deutschsprachige Parteiorgan „Die Partei“ leistete bei der Agitation Unterstützung. Für die Versorgung der von Deutschen bewohnten Gebiete mit deutschsprachigen Büchern sorgten die Wanderbibliotheken des Deutschen Landeskomitees.¹⁶⁷

Auf der Landeskonferenz waren Vertreter der österreichischen und der deutschen Schwesterpartei anwesend: Julius Deutsch bzw. Konrad Hildenbrand. In ihren Reden schätzten sie von den damals seitens der deutschen Nationalisten mit einseitigen Übertreibungen verkündeten ungarndeutschen Kulturleistungen — mit entscheidend entgegengesetztem Vorzeichen — die Tatsache als größte Leistung ein, daß deutsche Arbeiter als erste in Ungarn die Ideen des Sozialismus verbreitet hatten. Gegenüber den Propagandisten des „Gedankens der deutschen Volksgemeinschaft“, die die „völkische Absonderung“ immer entschlossener verkündeten, riefen sie selbst dazu auf, daß die deutschsprechenden Sozialdemokraten in Ungarn in enger Einheit mit ihren ungarischen Genossen für die Demokratisierung des Landes kämpfen sollten. Diesem Kampf versicherten sie der vollen Solidarität der österreichischen und der deutschen Sozialdemokratie.

Ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung der Landeskonferenz war Wilhelm Zuschlags Vortrag über die Agrarfrage. Er legte die Ursachen der Krise ausführlich dar und machte auf das Agrarprogramm der Partei aufmerksam, das vom XXVII. Parteitag im September 1930 angenommen und seither auch auf Deutsch publiziert worden war.

In der Diskussion über den Bericht und die Reden gab es ziemlich viele Wortmeldungen, anhand deren meistens Beschwerden vorgebracht wurden, die im Zusammenhang mit der Lage des Volksschulunterrichts der Minderheiten standen. Franz Kittel setzte sich dafür ein, daß sich die Parlamentsfraktion der Partei stärker als bisher mit der Nationalitätenfrage beschäftigen solle. In dem einstimmig angenommenen Beschluß der Landeskonferenz wurde gefordert, daß das Deutsche Landeskomitee mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln für die kulturellen und die Selbstbestimmungsrechte der Nationalitäten kämpfen soll. Zugleich wurde die Nationalitätenbevölkerung des Landes aufgefordert, sich in

¹⁶⁷ Die Partei 1931, Nr. 10, Bericht des Deutschen Landeskomitees.

großer Zahl der sozialdemokratischen Bewegung anzuschließen, an der Gründung von Parteiorganisationen teilzunehmen bzw. die bereits vorhandenen zu stärken.¹⁶⁸

Unter dem Gesichtspunkt der Durchsetzung der Nationalitätenrechte maß das Deutsche Landeskomitee der Partei der Frage der kommunalen Selbstbestimmung zu Recht sehr große Bedeutung bei. Wilhelm Zuschlag schrieb bereits im Oktober 1931 in „A község“ und dann im November in „Die Partei“, daß es in Ungarn etwa 600 Siedlungen mit Nationalitätencharakter gibt, und wenn nur die bereits existierenden Verordnungen — die er ausführlich vorstellte — durchgeführt werden, dann wäre es schon ein wichtiger Fortschritt im Vergleich zur gegenwärtigen Lage der Nationalitäten. Solange aber die Gemeinden nicht über eine tatsächliche und vollwertige Autonomie verfügen und es nicht gelingt, eine demokratische Führung in den Gemeinden zu sichern, kann die Bevölkerung auch ihre Nationalitätenrechte weder gegenüber den örtlichen Gewaltigen („Dorfpotentaten“) noch gegenüber den unter der Leitung des Pfarrers stehenden Schulräten durchsetzen. Demzufolge gab er die Losung aus: „Der Kampf soll auch in den Gemeinden mit nationalen Minderheiten zur Erlangung der Selbstverwaltung aufgenommen werden, damit wir die kommunale Selbstverwaltung schaffen können, die die auf dem Papier vorgeschriebenen gesetzlichen Rechte der nationalen Minderheiten auch praktisch verwirklicht.“ In diesen Artikeln von Zuschlag, in denen er auf die begründet enge Beziehung zwischen der Nationalitätenpolitik und der Kommunalpolitik der Sozialdemokratischen Partei hinwies, wurde zugleich die Politik der Regierung scharf kritisiert, derzufolge die Regierung unter Berufung auf den großen Mangel an Lehrkräften, die in deutscher Sprache unterrichten können, aufgrund der Undurchführbarkeit ihrer eigenen Verordnungen um Entschuldigung bat. „Hätten die notwendigen Kräfte schon bereits seit fast zehn Jahren ausgebildet werden können? Jawohl, es hätte getan werden können!“, schrieb Zuschlag. „Es muß mehr für die nationalen Minderheiten in Ungarn ausgegeben werden, und die Ausstrahlung dessen wird einen größeren Erfolg für das Land bedeuten als die Geldverschwendung mit zweifelhaftem Erfolg außerhalb der Landesgrenzen.“¹⁶⁹

Auch die Regierung von Gyula Károlyi wäre nur dann zu einer ernsthafteren Regelung der Lage der ungarndeutschen Minderheit bereit gewesen, wenn die deutsche Regierung die in den Staaten der Kleinen Entente lebenden deutschen Minderheiten zu einer derart engen Zusammenarbeit mit den dortigen ungarischen Minderheiten angewiesen hätte, die der — tatsächlich bedeutende finanzielle Mittel verschlingenden — ungarischen Revisionspolitik genutzt haben könnte. Dies erlaubten Deutschland aber seine wirtschaftlichen und politischen Interessen gegenüber den Staaten der Kleinen Entente und auch die durch die tschechoslowakische, rumänische und jugoslawische Regierungen garantierte bevorzugte Stellung der dortigen deutschen Minderheiten gegenüber den ungarischen Minder-

¹⁶⁸ PI Archiv, Fond 658, Bündel 1, Posten 42, Konferenz der nationalen Minderheiten, 6. Dezember 1931.

¹⁶⁹ Wilhelm Zuschlag: Die nationalen Minderheiten in den Gemeindeautonomien. Die Partei 1931, Nr. 10.

heiten nicht. Im Dezember des Jahres 1931 erhielt die Regierung von Gyula Károlyi auf das in dieser Angelegenheit noch zu Bethlens Zeit, im März des Jahres 1931, an die deutsche Regierung gerichtete ungarische Memorandum eine Antwort, anhand deren kein Zweifel daran gelassen wurde, daß die deutsche Regierung einseitig nur an den Angelegenheiten der ungarndeutschen Minderheit interessiert war, und zwar indem sie die Forderungen der nationalistischen, volksdeutschen Richtung, die Jakob Bleyer vertrat, unterstützte.¹⁷⁰

Diese Bewegung bildete nach den Parlamentswahlen im Juni 1931, die ihr — obwohl ihre Kandidaten auch bei diesen Wahlen die geheime finanzielle Unterstützung der deutschen Regierung erhielten — eine große Enttäuschung bereiteten, im August ein illegales politisches Leitungsorgan unter der Bezeichnung „Deutsche Arbeitsgemeinschaft“, mit der perspektivischen Zielsetzung der Vorbereitung einer selbständigen deutschen Partei. Dieser Umstand verlieh den Anstrengungen zur Verwirklichung der Beschlüsse der Landeskonferenz der deutschsprechenden Sozialisten der Sozialdemokratischen Partei Ungarns vom Dezember 1931 eine besondere Bedeutung, die sowohl die Deutsche als auch die Österreichische Gesandtschaft aufmerksam verfolgten. Wie aber der österreichische Gesandte in Budapest in einem seiner Berichte im April 1932 feststellte, sah die Regierung von Gyula Károlyi, so groß auch ihr Widerwillen gegen die zunehmende Organisation von Bleyer und seinen Anhängern war, die wirkliche Gefahr in der ausgesprochen starken Werbetätigkeit der Sozialdemokraten in den Dörfern mit deutscher Bevölkerung, und sie zögerte nicht, dagegen vermittlels der örtlichen Behörden und der Gendarmerie auf das Härteste aufzuschreiten.¹⁷¹

Zuschlag mobilisierte anhand eines Artikels unter dem Titel „Auf zu neuen Kämpfen!“ in der Mainnummer von „Die Partei“ die deutschsprechenden Sozialdemokraten, die die Stimmung, die einerseits wegen der Wirtschaftskrise und des Elends und andererseits wegen der Weigerung, die berechtigten Bedürfnisse der Nationalitäten nach der Muttersprache zu befriedigen, entstanden war, für geeignet hielten, daß die Partei in den von Deutschen bewohnten Gebieten an Boden gewinnt.¹⁷² Es konnten auch bestimmte Ergebnisse erreicht werden: Wie dann auf der folgenden Landeskonferenz festgestellt wurde, entstanden im Verlauf des Jahres 1932 in den von Deutschen bewohnten Gebieten trotz der Schwierigkeiten neue Parteiorganisationen und auch die Zahl der Parteimitglieder nahm zu — und zwar angeblich — um 25%. „In zwanzig von nationalen Minderheiten bewohnten Gemeinden gelangten die Genossen in die Gemeindevertretungen“, so vor allem in dem auch die Unterstützung der österreichischen Sozialdemokratie genießenden westlichen Landesteil, in dem „das rote deutsche Moskau“ genannten Sopronbánfalva sowie in Harka, aber auch in Almáskamarás im Komitat Csanád-Arad-Torontál.¹⁷³ Die bäuerliche Bevölkerung der deutschen Dörfer orientierte sich in großen Massen — mit der Zunahme der oppositionellen Stimmungen

¹⁷⁰ Loránt Tilkovszky: Die Entfaltung der Krise der deutschen Bewegung..., S. 403—445.

¹⁷¹ ÖStA, NPA. Fasc. 19. Budapest-Berichte, Fol. 616—617; F. Calices Bericht, 6. April 1932.

¹⁷² Wilhelm Zuschlag: Auf zu neuen Kämpfen! Die Partei, Nr. 4.

¹⁷³ Die Partei 1933, Nr. 1, Landeskonferenz der nationalen Minderheiten.

— in Richtung auf die im Jahre 1930 gegründete Unabhängige Partei der Kleinen Landwirte, die ihre Propaganda ausgesprochen auf die Vertretung der Interessen der kleinen Landwirte aufbaute, doch in den von Deutschen bewohnten Gebieten immer mehr Versprechen zur Unterstützung der muttersprachlichen kulturellen Bedürfnisse machte. Das illegale politische Leitungsgremium der volksdeutschen Bewegung, die Deutsche Arbeitsgemeinschaft, legte sich auf die Unterstützung keiner Partei fest, sondern bot ihre Unterstützung sowohl bei den landesweiten als auch bei den örtlichen Wahlen den stellen- und fallweise am meisten versprechenden Kandidaten der Regierungspartei oder der oppositionellen bürgerlichen Parteien an. Sie verbot den ungarndeutschen „Volksgenossen“ aber nachdrücklich, sozialdemokratische Kandidaten zu unterstützen und dadurch in das Lager des weltanschaulichen Gegners zu gelangen.¹⁷⁴

Auf der Sitzung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft im August 1932 wurde beschlossen, daß die Bleyersche volksdeutsche Bewegung, die sich ihre Selbständigkeit innerhalb des Rahmens des Volksbildungsvereins bis zuletzt bewahrt hatte, nunmehr im geheimen, unabhängig von den örtlichen Organisationen des Vereins eigene Zellen in jedem von Deutschen bewohnten Dorf ausbaut, und gestützt auf diese, Massendemonstrationen für die im volksdeutschen Geiste erhobenen Forderungen der Nationalität organisiert. Sowohl dieser Geist als auch die Methoden, die angewendet werden sollten, waren von den Erfahrungen aus Deutschland gezeichnet, die die jungen ungarndeutschen Intellektuellen, die durch die verschiedenen, sich mit dem Auslandsdeutschtum beschäftigenden Organisationen, vor allem dem VDA (Verein für das Deutschtum im Ausland), Stipendien an Hochschulen und Universitäten in Deutschland erhalten hatten, im Verlauf ihrer aktiven Integration in die Arbeit der in den letzten Jahren der Weimarer Republik bereits stark nazistisch durchsetzten Deutschen Studentenschaft gemacht hatten.

In die Ideologie des deutschen Nationalsozialismus wurde alles integriert, was die einflußreichen „Deutschtumsverbände“, die den alten pangermanischen Bestrebungen nach dem Weltkrieg eine „völkische“ Grundlage gaben, in bezug auf das Auslandsdeutschtum hervorgebracht hatten. Die „Dynamik“ der nach der Macht greifenden Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) bestärkte die jungen ungarndeutschen „Volkstumskämpfer“ in ihrer Erwartung, daß die „Volksgruppe“ der halben Million Ungarndeutschen, die der Idee von der „deutschen Volksgemeinschaft“ zufolge integraler Bestandteil eines hundert Millionen Menschen umfassenden deutschen Volkes war, in Nazideutschland auf eine besonders starke Stütze finden wird.

Bleyer, der — bereits seit Anfang der 1920er Jahre — eine doppelzüngige Politik verfolgte, drängte — unter Hervorhebung seiner Loyalität gegenüber der ungarischen Regierung — auf das Eingreifen der deutschen Regierung und gewährte seinen nazistisch eingestellten, radikalen jungen Mitkämpfern im Sommer des Jahres 1932 großen Spielraum in der Leitung der Bewegung. Basch, Kußbach und Rothen lenkten die zellenartige Organisierung in den deutschen Dörfern, sie

¹⁷⁴ Siehe Anm. 170.

leiteten in Budapest auch den politisch-weltanschaulichen Kurs der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für die Führer der Zellen in den Dörfern. Während auf dem von Zuschlag geführten Seminar der Sozialdemokratischen Partei Ungarns in jenem Jahr erneut etwa ein Dutzend sozialdemokratischer Agitatoren für die Arbeit unter der deutschen Bevölkerung ausgebildet wurden, nahmen am erwähnten politisch-weltanschaulichen Kurs der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Vertreter aus 32 Dörfern, aus manchen Dörfern sogar zwei bis drei Personen, teil. Und die Zahl der volksdeutschen Hochschulübler, die sich landesweit mit der Verbreitung der Agitation von Basch und seinen Anhängern betätigten, belief sich im Jahr 1932 auf 90 Studenten. Die Sozialdemokratie sah sich in ihrer Kommunalpolitik, auf deren nationalitätenpolitische Bezüge und diesbezügliche Bedeutung Zuschlag sehr richtig aufmerksam gemacht hatte, sehr bald mit der Tätigkeit der sich in den deutschen Dörfern organisierenden volksdeutschen Zellen konfrontiert, die versuchten, nach den Direktiven und konkreten personellen Vorschlägen von Basch und seinen Anhängern, die kommunalen Vertretungen zu erobern und die öffentliche Meinung in den Dörfern zu beeinflussen.¹⁷⁵

Als anlässlich des XXIX. Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Ungarns am 8. Januar 1935 die „Landeskonferenz der den nationalen Minderheiten angehörenden Genossen“ erneut zusammentraf, fiel es dem als behördlichen Beauftragten anwesenden Polizeirat Valér Nagy sofort auf, daß die Zahl der Teilnehmer, die bei der letzten derartigen Konferenz noch ungefähr 120 Personen betragen hatte, jetzt beinahe um die Hälfte zurückgegangen war. Insgesamt waren nur 46 deutschsprechende sozialdemokratische Delegierte und außerdem etwa 20 Interessierte erschienen. „Die Delegierten machten eher den Eindruck von Kleinbürgern —, was sie wahrscheinlich zum überwiegenden Teil auch sind“, schrieb Nagy in seinem Bericht.¹⁷⁶

Die Sitzung begann mit der gewohnten feierlichen Eröffnung, es trat der Senefelder Sängerkhor der Arbeiter aus dem graphischen Gewerbe mit dem „Freundschaftslied“ und „Lied der Arbeit“ auf. Danach wurde ehrfurchtsvoll des inzwischen verstorbenen Viktor Knaller gedacht, der von 1919 bis 1928 der Sekretär des Deutschen Landeskomitees gewesen war und dem Komitee danach trotz schwerer Krankheit bis zu seinem Tode angehörte.

Gast der Landeskonferenz war als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Österreichs Albert Sever, und Josef Och überbrachte die Grüße der Deutschen Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei. In bezug auf die Ansprache von Och tadelte und wies der Polizeirat „unter Mißachtung aller Formen und mit erhobener Stimme“ die Feststellung zurück, daß die Sozialdemokratie unter den Verhältnissen der bürgerlichen Demokratie in der Tschechoslowakei — im Gegensatz zur Situation in Ungarn — Organisationsfreiheit genieße und das Los der

¹⁷⁵ Loránt Tilkovszky: Törekvések a magyarországi német mozgalom radikalizálására, 1932—1933 (Bestrebungen zur Radikalisierung der ungarndeutschen Bewegung, 1932—1933). Századok 1979, Nr. 3, S. 421—475.

¹⁷⁶ OL ME NO Bündel 200, Posten 447, T. 11132/1933; Bericht des Polizeirates Valér Nagy, 8. Januar 1933.

Deutschen in Oberungarn, die unter tschechoslowakische Oberhoheit gekommen sind, besser sei als das der Ungarndeutschen. Die Konferenzteilnehmer „buhten“ den behördlichen Beauftragten aus, der daraufhin unter Androhung der Auflösung der Konferenz Ordnung schuf.

Nach den üblichen Grüßen der Parteileitung, der Parteiorganisationen der Hauptstadt und der Umgebung sowie des Gewerkschaftsrates unterstrich Peter Bechtler bei seinen Ausführungen zur Vorlage des Berichts des Deutschen Landeskomitees¹⁷⁷ die trotz der großen Schwierigkeiten erreichten Erfolge und führte — mit gewisser Zufriedenheit — Bleyers Artikel aus dem „Sonntagsblatt“ als Beweis dafür an, wie sehr die volksdeutsche Bewegung endlich von der Regierung enttäuscht sei, und wie sehr sie Angst vor dem neuen Ministerpräsidenten Gömbös hätte. Dabei verkannte Bechtler die Gefahren, die von der zellenartigen geheimen Organisierung der volksdeutschen Bewegung in den Dörfern ausging. Manó Buchinger ging in seinem allgemeinen innenpolitischen Lagebericht im weiteren ausführlich auf das Programm der im Oktober des Jahres 1932 gebildeten Regierung von Gyula Gömbös, das nur aus Phrasen bestünde, und auf die Gefahren, die der Arbeiterbewegung daraus erwachsen, ein.

Die Diskussionsredner hatten laut Bericht des Polizeirates in gemäßigtem Ton, ohne die Regierung zu beleidigen oder zu verspotten, über die Verhältnisse in den deutschen Dörfern, über die Einflußnahme der weltlichen und kirchlichen Behörden bei den Kommunalwahlen, das Übergehen der Wünsche in bezug auf die Unterrichtssprache in den Volksschulen und über die Behinderung der Tätigkeit der Sozialdemokraten gesprochen. Es gab aber auch Redner, die darüberhinaus auch die Arbeit des Deutschen Landeskomitees kritisierten: Es konzentrierte sich zu stark auf die deutschen Dörfer in der Umgebung der Hauptstadt und wende weniger Energie für die Organisierung in den west- und südtransdanubischen Siedlungsgebieten auf. Wilhelm Zuschlag, der auf der Landeskonzferenz den Vorsitz führte und in der Dezemberrnummer 1932 von „Die Partei“ bereits den „neuen Stil“ von Gömbös charakterisiert hatte¹⁷⁸, entlarvte auch jetzt die Vertröstung der nationalen Minderheiten: Während im dritten Punkt des berichtigten „Nationalen Arbeitsplanes“ die Durchsetzung der Nationalitätenrechte versprochen wurde, sehe die Wirklichkeit ganz anders aus. Dem Bericht des Polizeirates zufolge, rief auch er ebenso wie Bechtler, zum unnachsichtigen Kampf gegen die Regierung, auch zum Schutz der Interessen der Nationalitäten auf. Die Landeskonzferenz nahm einen Beschluß in diesem Sinne an.¹⁷⁹

Aufgrund des Berichts von Polizeirat Valér Nagy traf Innenminister Ferenc Keresztes-Fischer die Feststellung, daß die „übelgesinnten und tendenziösen“ Ausführungen von Bechtler und Zuschlag der Sache der ungarischen Revision sowohl in den Nachfolgestaaten als auch auf den nationalen Foren schaden kön-

¹⁷⁷ Die Partei 1932, Nr. 7, Bericht des Komitees der nationalen Minderheiten.

¹⁷⁸ Wilhelm Zuschlag: Der „neue Styl“ und die nationalen Minderheiten. Die Partei 1932,

Nr. 7.

¹⁷⁹ Népszava, 11. Januar 1933, Landeskonzferenz der den nationalen Minderheiten angehörenden Sozialisten.

nen, und teilte seine Meinung auch der Nationalitätenabteilung des Ministerpräsidiums mit. Die Angaben aller, in der an den Leiter der Nationalitätenabteilung, Tibor Pataky, weitergeleiteten Meldung namentlich genannten Personen wurden in das Verzeichnis der Agitatoren der Nationalitäten eingetragen.¹⁸⁰

Das Deutsche Landeskomitee der Sozialdemokratischen Partei Ungarns betrachtete den Volksbildungsverein selbst insgesamt als das Instrument der Regierungspolitik und neigte dazu, die Erscheinungen positiv zu bewerten, die seitens der Bleyer-Richtung — Bleyer bekleidete im Ungarländischen Deutschen Volksbildungsverein das Amt des geschäftsführenden Vizepräsidenten — auf zunehmende Gegensätze, ja sogar auf Konfrontation schließen ließen. Dazu konnte es deshalb kommen, weil der wahre Inhalt der im Sommer 1932 durch Bleyer und seine Anhänger eingeleiteten Radikalisierung der ungarndeutschen Bewegung und ihre auf verstärkte äußere, reichsdeutsche Unterstützung bauende Orientierung noch nicht ausreichend bekannt war und sich die Auswirkungen des schrittweisen Ausbaus der dörflichen Zellen auf die sozialdemokratische Arbeit unter der deutschen Nationalität erst später zeigten. In dem Material der Landeskonferenz vom 8. Januar 1933 deutet nichts darauf hin, daß mit der Möglichkeit der in Deutschland drei Wochen später erfolgenden nationalsozialistischen Machtübernahme und mit deren Auswirkungen auf das Ungarndeutschtum gerechnet wurde, wo in der Führung der volksdeutschen Richtung bereits die vom Nationalsozialismus begeisterte, radikale Jugend an Boden gewonnen hatte, die sich die Lösung der Frage der deutschen Nationalität von der effektiveren Unterstützung eines nazistischen Deutschlands erhoffte. Die ungarischen Sozialdemokraten vertrauten auf die Stärke der linken Kräfte, so auch auf die der Sozialdemokratie in Deutschland, und sie beurteilten, trotz der allgemein bekannten schwierigen ungarischen Verhältnisse, selbst nach Gömbös' Regierungsantritt die Lage, so auch die Möglichkeiten für die weitere Arbeit der Partei in den von Deutschen bewohnten Gebieten, nicht pessimistisch.

¹⁸⁰ OL ME NO Bündel 200, Posten 447. T. 11132/1933, Ferenc Keresztes-Fischers Reskript an Tibor Pataky, 29. Januar 1933.

DIE WIRKUNG DES SCHICKSALS DER DEUTSCHEN
UND DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI
AUF DIE NATIONALITÄTENPOLITIK
DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI UNGARNS
(1933—1935)

Bleyer, der bei den einander ablösenden Kanzlern der Weimarer Republik mehrmals in geheimer Audienz vorstellig geworden war und sich dabei dafür einsetzte, daß die ungarische Regierung „im Interesse des Ungarndeutschtums“ stärker unter Druck gesetzt werden soll, bat nach dem Regierungswechsel um eine baldige Anhörung durch Reichskanzler Hitler, indem er die bereits früher ausgebauten Verbindungen der radikalen Jugendlichen der volksdeutschen Bewegung zur NSDAP nutzte. Hitler war vorsichtiger als seine Vorgänger im Kanzleramt in der Weimarer Republik, und so wurde Bleyer im Mai des Jahres 1933 nur von seinem Stellvertreter Rudolf Heß unter größter Geheimhaltung im Münchener Braunen Haus, der Zentrale der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, empfangen.¹⁸¹ Vorher hatte Bleyer am 9. Mai im ungarischen Abgeordnetenhaus eine Deklaration im Namen des Ungarndeutschtums verlesen, die einen großen Sturm entfachte. In der Juninummer 1933 von „Die Partei“ berichtete Zuschlag über die Parlamentsdebatte in der Minderheitenfrage, indem er einerseits einen bedeutenden Teil der von Bleyer vorgetragene Beschwerden der Nationalitäten als berechtigt anerkannte, andererseits aber darauf hinwies, daß die von Bleyer verfolgte „völkische“ Politik in Wirklichkeit ebenso wenig eine Volkspolitik ist wie die Politik von Gömbös. Die wahre Volkspolitik ist diejenige, anhand deren die Demokratie geschaffen wird und in deren Rahmen auch die Nationalitätenrechte, so auch die Möglichkeit der Bildung in der Muttersprache gesichert werden. Zuschlag erinnerte daran, daß sich die Sozialdemokratische Partei stets für die Nationalitätenrechte einsetzte, doch sooft sie dies auch tat, stets hat sich Bleyer dagegen gewandt, um mit dieser Taktik die jeweilige Regierung für seine Bewegung einzunehmen und zu Konzessionen zu bewegen.¹⁸² Die jetzige Deklaration Bleyers zeigt, daß er sich mit dieser Politik in eine Sackgasse manövriert hat und in die Ecke gedrängt ist, wurde in „Die Partei“ mit Genugtuung festgestellt, ohne dabei zu erkennen, daß Bleyer den Ausweg aus dieser Lage, die er auch selber als Sackgasse einschätzte, mit Hilfe der Unterstützung durch Hitlerdeutschland suchte.¹⁸³

¹⁸¹ Siehe Anm. 175.

¹⁸² *Wilhelm Zuschlag*: Die Minderheitenfrage im ungarischen Parlament. Die Partei 1933, Nr. 3.

¹⁸³ Die Partei 1933, Nr. 3, Jakob Bleyer in der Zwickmühle.

Bleyer brachte in seiner Parlamentsdeklaration die Beschwerden der ungarndeutschen Minderheit vor, ohne dabei, wie es zahlreiche Abgeordnete bemängelten, auf die viel größeren Beschwerden der ungarischen Minderheiten in den benachbarten Ländern hinzuweisen. Den Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei in dieser Frage brachte József Búchler folgendermaßen zum Ausdruck: „Wir fordern in der Nationalitätenfrage die völlige und vollkommene Gleichberechtigung, nicht nur hier im Land, sondern für die Minderheiten, auch für unsere draußen lebenden ungarischen Brüder im Gebiet des alten Ungarn.“¹⁸⁴ In bezug auf die Frage der Revision vertrat die Partei unverändert den Standpunkt, daß die Voraussetzung dazu — wie es Zuschlag auch in seinem erwähnten Artikel geschrieben hatte — eine „innere Revision“ ist: die Liquidierung des bestehenden politischen Systems, da nur ein Land mit demokratischen Verhältnissen eine tatsächliche Anziehungskraft ausüben kann.

Im Jahrgang 1933 von „Die Partei“ beschäftigte man sich in vielen Artikeln, besonders nachdem am 22. Juni in Deutschland die Legalität der Sozialdemokratischen Partei aufgehoben worden war, mit der Entlarvung des Hitlerschen Nationalsozialismus und der Herrschaft des Hakenkreuzes in Deutschland. Damit wurde eine wichtige Aufklärungsarbeit unter den deutschsprechenden Sozialdemokraten und dem zugänglichen Teil der deutschen Bevölkerung geleistet, jedoch ohne dabei auf die Gefahr der Kontakte zu den Nationalsozialisten hinzuweisen, die in der volksdeutschen Bewegung in Ungarn teils bereits vorhanden waren und die vor allem in der damaligen Situation weiter ausgebaut werden konnten.

Bleyer wartete auf die Ereignisse des Besuchs des ungarischen Ministerpräsidenten im Juni des Jahres 1933 in Deutschland, zwischen Zweifeln und Hoffnungen hin- und hergerissen: War nicht zu befürchten, daß Gömbös und Hitler, die noch über alte Beziehungen vom Anfang der 1920er Jahre verfügen, im Interesse der ungestörten deutsch-ungarischen Beziehungen zu einer Vereinbarung in der Angelegenheit der ungarndeutschen Minderheit gelangen, bei der die volksdeutsche Bewegung Bleyers umgangen wird. Oder ganz im Gegenteil, wird Hitler die ungarische Regierung, die in Hinsicht auf die ungarischen Agrarerzeugnisse so sehr auf den deutschen Markt bzw. in bezug auf eine Zusammenarbeit der deutschen und ungarischen Minderheiten in den Staaten der Kleinen Entente auf die deutsche Unterstützung angewiesen war, dazu veranlassen, die Forderungen der Bleyerschen Bewegung weitestgehend zu akzeptieren? Nichts dergleichen geschah: Weder Gömbös noch der im Interesse einer Lösung der ungarndeutschen Frage im Sinne der volksdeutschen Bewegung sprechende Hitler erreichten ihr Ziel, die Frage blieb Gegenstand weiterer langwieriger Verhandlungen. Die jungen Mitkämpfer des in seiner Rolle als Führer der ungarndeutschen Volksgruppe auch durch Hitler bestätigten, zugleich aber auch zur Zurückhaltung aufgeforderten Bleyer begannen im Herbst 1933 mit der Vorbereitung einer Abenteuer-Aktion in den deutschen Siedlungsgebieten, in denen der Boden für die sozialdemokratische Agitation immer spürbarer abnahm, die Hitlers Eingreifen provozieren

¹⁸⁴ KN 1931, Bd. XV, S. 432.

sollte. Es ist bekannt, daß Géza Malasits im September in Felsőgalla¹⁸⁵ und Wilhelm Zuschlag im Oktober in Csobánka¹⁸⁶ auf sozialdemokratischen Versammlungen eine Rede in deutscher Sprache gehalten haben. Darüber hinaus blieb ein von Ferenc Mihályi — Sekretär der Organisationen in der Umgebung von Budapest — herausgegebenes deutschsprachiges Flugblatt erhalten, anhand dessen die Wähler in Piliscsaba aufgefordert wurden, ihre Stimme bei den Gemeindewahlen Ende November dem Oppositionsblock der Bürger und Arbeiter zu geben.¹⁸⁷ Es kann aber kein Hinweis darauf gefunden werden, daß sich das Deutsche Landeskomitee — die auf der letzten Landeskonferenz vorgebrachte Kritik zu Herzen nehmend — nicht nur in den deutschen Siedlungsgebieten um Budapest, sondern auch in Süd- und Westtransdanubien intensiver betätigt haben könnte. In den zuletzt genannten Gebieten fand die von den volksdeutschen Zellen in den Dörfern ausgehende, von Basch und seinen jungen radikalen Anhängern gesteuerte Agitation auch in den grenzüberschreitenden Aktivitäten der österreichischen Nationalsozialisten eine Stütze.

Im Herbst 1933 wurde ein großer Teil der ungarischen Öffentlichkeit, die schon früher befremdet auf die, ungarndeutsche Siedlungsgebiete immer großzügiger abrundenden und miteinander bzw. mit dem österreichischen deutschen „Volksboden“ in Zusammenhang bringenden, sog. „pangermanischen Landkarten“ reagiert hatte, von einer großen Unruhe erfaßt, da in bestimmten Gebieten Transdanubiens — durch die Überhandnahme des auf die ungesunden Grundbesitzverhältnisse zurückzuführenden Einkindsystems — das Ungarntum zahlenmäßig zurückging, das Ungarndeutschtum zunahm und sich durch Bodenkäufe ausbreitete. Und das geschah in einer Zeit, in der sich die äußere deutsche Expansion nach Südosten durch Machtübernahme der Nationalsozialisten wahrscheinlich wesentlich verstärken wird. Die leidenschaftlichen Diskussionen über diese Problematik in Enqueten und in der Presse führten auch zu Äußerungen des ungarischen Nationalismus, die vom Aspekt der Nationalitäten aus zu Recht zu beanstanden waren. In der Dezembernummer von „Die Partei“ verurteilte Zuschlag die Stimmungsmacherei gegen die deutsche Nationalität in Ungarn, die zur Folge haben kann, daß ihre Rechte noch mehr eingeschränkt werden. Es stimmt nicht, daß die Deutschen die verhätschelten Kinder des Landes sind, schrieb Zuschlag, ihre Rechte stehen nur auf dem Papier, in der Praxis werden sie nicht verwirklicht. Nicht die Ungarndeutschen sind für die Probleme des Landes verantwortlich, sondern das System, unter dem das Ungarntum und die Nationalitäten gleichermaßen leiden. Die Stagnation oder der Rückgang des Bevölkerungszuwachses ist das Ergebnis der Klassenpolitik, anhand deren die Rechte und Interessen des arbeitenden Volkes mit Füßen getreten werden. Statt der nationalitätenfeindlichen Stimmungsmacherei muß sich gegen diese, Ungarn und Nichtungarn gleichweise verkümmern lassende verbrecherische Politik gewendet werden.¹⁸⁸

¹⁸⁵ PI Archiv, Fond 658, Bündel 6, Posten 219, Die Akten des Sekretariats des Kreises Felsőgalla der SPU; Flugblatt für die Volksversammlung am 24. September 1933.

¹⁸⁶ Ebd., Fond 651, Bündel 9. A. XIII. 5/11/1933/10, Nationalitäten-Sammelbericht 3. November 1933.

¹⁸⁷ Ebd., FBS III/2/1933/2945—1, Aufruf an die Wählerschaft der Gemeinde Piliscsaba.

¹⁸⁸ Wilhelm Zuschlag: Werden die Ungarn wirklich weniger? Die Partei 1933, Nr. 6.

Im Dezember 1933, als die Abenteuer-Aktion, die das direkte Eingreifen Hitlers provozieren sollte, aus Deutschland abgeblasen wurde, starb Bleyer. Sein Abgeordnetenmandat im Wahlbezirk Villány fiel an einen deutschstämmigen Geistlichen aus dem Komitat Baranya, Konrad Heckenberger, der für das Programm der Regierungspartei eintrat und ein erbitterter Gegner des Nazismus und des volksdeutschen Radikalismus war. Als geschäftsführender Vizepräsident des Ungarländischen Deutschen Volksbildungsvereins trat Franz Kußbach, Bleyers Schwiegersohn, die Nachfolge des verstorbenen Führers an, Generalsekretär des Vereins wurde ein anderer Jungradikaler, Franz Basch. Die Führung im illegalen Leitungsgremium der volksdeutschen Bewegung, an der Spitze der Deutschen Arbeitsgemeinschaft, die früher in den Händen von Bleyer konzentriert gewesen war, übernahm ein Siebenerrat, doch innerhalb dieses Rates dominierte ein jung-radikales Triumvirat — Kußbach, Basch, Rothen. Mit Bleyers Tod kam es also nicht zur erhofften Entspannung, denn die in den Vordergrund drängenden jungen Radikalen forderten noch entschlossener die Unterstützung Nazideutschlands für die volksdeutsche Bewegung in Ungarn. Gömbös' Brief vom Februar 1934 ließ Hitler unbeantwortet. In diesem Brief bot Gömbös die Befriedigung der muttersprachlich-kulturellen Bedürfnisse des Ungarndeutschtums als Gegenleistung für die Unterstützung der Zusammenarbeit der deutschen und der ungarischen Minderheiten in den Staaten der Kleinen Entente an. Dies sollte anhand der Ausschaltung jeder äußeren Einmischung, der Vernachlässigung der volksdeutschen Richtung und gestützt auf die gemäßigte und absolut loyale Gratzsche Richtung geschehen. Hitler dagegen wollte mittels einer Reihe taktischer Möglichkeiten bietender, langwieriger Verhandlungen von Experten, offizieller diplomatischer Schritte und inoffizieller Aktionen gesellschaftlicher Organisationen bei der ungarischen Regierung, die das Gefühl hatte, auf Deutschland angewiesen zu sein, Konzessionen erreichen, ohne dabei selbst zu Gegenleistungen gezwungen zu sein.¹⁸⁹

Inzwischen gewannen im politischen Leben Ungarns verschiedene hitlerische Parteien an Gewicht, deren Vorbild der deutsche Nationalsozialismus war. Dies waren vor allem die Ungarische Nationalsozialistische Bauern- und Arbeiterpartei von Zoltán Meskó und die Ungarische Nationalsozialistische Partei des Grafen Sándor Festetics. Beide Parteien begannen sofort auch innerhalb des Ungarndeutschtums Mitglieder zu werben und hofften auf nennenswerte Ergebnisse in ihrer Propaganda, in der bestritten wurde, daß Hitler Expansionsabsichte hat, verkündeten diese Parteien, daß „die pangermanische Gefahr ... ein Ammenmärchen“ ist, und versprachen der Nationalitätenforderungen stellenden deutschen Bevölkerung Schutz vor der Anklage des Pangermanismus, mit der der ungarische Nationalismus bereit war, die deutsche Minderheit so pauschal zu verurteilen. Die Unabhängige Partei der Kleinen Landwirte übte aber auf sie — in erster Linie durch die soziale Struktur des Ungarndeutschtums bedingt — eine

¹⁸⁹ Loránt Tilkovszky: Gömbös 1934. évi kezdeményezése a német kisebbségi kérdés rendezésére (Gömbös' Initiative zur Regelung der Minderheitenfrage aus dem Jahre 1934). MTA II. Osztályának Közleményei 1980, Nr. 1—2, S. 165—203.

weitgehend größere Anziehungskraft aus und auch sie versprach immer ausdrücklicher den Schutz der Nationalitätenrechte und die Vertretung der muttersprachlichen Forderungen. Doch auch die Christlich Soziale Wirtschaftspartei und auch die Nationale (legitimistische) Volkspartei von Miklós Griger bemühten sich um die deutschen Wähler; letztere war auch in religiöser, kirchlicher Hinsicht ein Gegner der marxistischen Sozialdemokratischen Partei, zugleich aber auch des „neuheidnischen“ Nazismus und der Anschlußbestrebungen. All diese Parteien versuchten Ende 1933, Anfang 1934 eine Verordnung des Landwirtschaftsministeriums für ihre politischen Ziele auszunutzen, die die milchproduzierenden deutschen kleinen Landwirte empfindlich traf und gegen die auch die Sozialdemokraten in den deutschen Siedlungen um Budapest agitierten.¹⁹⁰

Das Verbot der Sozialdemokratischen Partei Österreichs im Februar 1934, nach der Niederschlagung des Wiener Arbeiteraufstandes, stellte für die Sozialdemokratische Partei Ungarns und für ihr Deutsches Landeskomitee, die im Juni 1933 mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eine ihrer stärksten Stützen verloren hatte, einen erneuten und besonders direkt spürbaren Schlag dar. Die desorientierende Wirkung auf die sozialdemokratische Bewegung machte sich natürlich am ehesten in den westtransdanubischen Gebieten bemerkbar. In einem Bericht vom Mai über die Lage in Sopron wurde ein Bild vollkommener Zerrüttung, von Lähmung und Vernachlässigung gezeichnet: Keine sozialdemokratische Agitation wurde durchgeführt und Flugblätter waren auch nicht verteilt worden. In diesen Gegenden hatte aber der Einfluß der österreichischen Nazis zugenommen.¹⁹¹

Nach dem Nazi-Putschversuch in Österreich im Juli 1934 wurde die schon vorher spürbare Nervosität besonders groß: Was wird geschehen, wenn es früher oder später zum Anschluß kommt, das nationalsozialistische Deutschland zum direkten Nachbarn Ungarns und sich damit die nazistisch-pangermanische Agitation ungehindert über die von Deutschen bewohnten Gebiete Ungarns ergießen wird? Die volksdeutsche Bewegung in Ungarn wartete gerade darauf, während die ungarischen Nationalisten desto energischer auf die Assimilierung der Ungarndeutschen drängten. In dieser Situation nahm der Vorsitzende des Ungarländischen Deutschen Volksbildungsvereins, der nationalsozialismus- und anschlusfeindliche Gratz, den Kontakt zu dem im April 1934 gegründeten Österreichischen Verband für volksdeutsche Auslandsarbeit auf. Dieser Verband, der antisozialdemokratisch eingestellt und klerikal ausgerichtet war, sollte mit seiner Tätigkeit ein Gegengewicht zu den nazistisch-pangermanischen Propagandaorganisationen, vor allem zu dem VDA und seiner österreichischen Abteilung, dem Schulverein Südmark, bilden.¹⁹²

¹⁹⁰ Béla Kreka: Az elhibázott tejrendelet (Die verfehltete Milchverordnung). A község 1933, Nr. 6; ders.: Megjegyzések a tejrendelethez (Bemerkungen zur Milchverordnung). A község 1934, Nr. 2.

¹⁹¹ PI Archiv, Fond 658, Bündel 5, Posten 158, Bericht über die Lage in Sopron, 12. Mai 1934.

¹⁹² Loránt Tilkovszky: Die österreichische Haltung zur Nationalitätenpolitik Ungarns. Österreichische Osthefte 1981, Nr. 2, S. 164—178.

Weder das Deutsche Landeskomitee der Sozialdemokratischen Partei Ungarns noch die Gratzsche, gemäßigte und loyale Richtung der ungarndeutschen Bewegung unternahmen Schritte zur Zusammenarbeit: Beide Seiten hielten in dieser Hinsicht die politischen und weltanschaulichen Gegensätze für entscheidend. Aber das hätte die Gömbös-Regierung wohl auch weder in innenpolitischer Hinsicht noch im Hinblick auf Deutschland toleriert, mit dem Gömbös in dem von der Gratzschen Richtung vertretenen Ausmaß über die Ansprüche des Ungarndeutchtums verhandeln wollte. Eine „Kompromittierung“ dieser Richtung durch sozialdemokratische Verbindungen wäre für die ungarische Regierung auch aus außenpolitischen Erwägungen indiskutabel gewesen. Die Gratzsche Richtung wurde von der National-Radikalen Partei Endre Bajcsy-Zsilinszkys und ihrer Zeitung „Szabadság“ (Freiheit) unterstützt. Diese Partei setzte sich ebenso für die Rechte der deutschen Nationalität sowie für deren Forderungen in bezug auf die Schule ein und kämpfte aufs schärfste gegen die nazistisch-pangermanische Richtung in Ungarn und ihre Bestrebungen. Die Sozialdemokratische Partei Ungarns und ihr Deutsches Landeskomitee hüteten sich infolge der Katastrophe der deutschen und vor allem der österreichischen Sozialdemokratie schon, sich in diesem Kampf stärker zu exponieren, um keinen Vorwand für größere Vergeltungsmaßnahmen, eventuell sogar für ein Verbot zu bieten. Die Zeitung „Die Partei“, die bereits im siebenten Jahrgang erschien, stellte 1934 — teils auch aus finanziellen Problemen — ihr Erscheinen ein.

Die Anzeichen von Rückschlägen für die sozialdemokratische Bewegung waren im ganzen Land zu beobachten, auch das Deutsche Landeskomitee registrierte derartige Erscheinungen in den deutschsprachigen Parteiorganisationen. In der Parteiorganisation von Bátorfő im Komitat Tolna gab es, wie eine Überprüfung zeigte, im Juni 1934 kein Parteileben mehr und von den registrierten 210 Mitgliedern hatten nur 49 ihren Mitgliedsbeitrag gezahlt. Gerade dort hatte die Gewerkschaftsgruppe der Bauarbeiter im Jahre 1930 noch etwa 400 zahlende Mitglieder gehabt, nun gab es kein einziges mehr. Die rechtsextreme Pfeilkreuzlerpartei war in der Gemeinde nicht vertreten, die Regierungspartei, die Partei der Nationalen Einheit, zog die ehemaligen Mitglieder und Anhänger der Sozialdemokratischen Partei dadurch an sich, daß nur über sie Arbeitsmöglichkeiten zu erhalten waren. Die deutschen kleinen Landwirte — sie bildeten die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in der Gemeinde — fühlten sich von der Unabhängigen Partei der Kleinen Landwirte angezogen. Unter solchen Umständen schien es vollkommen unrealistisch, daß die örtlichen sozialdemokratischen Funktionäre dennoch an den Sieg ihrer Partei glaubten — wenn auch nur bei einer geheimen Wahl.¹⁹³

Zu den Parlamentswahlen Ende Mai, stellte die Sozialdemokratische Partei Ungarns Anfang April 1935 — aus Protest gegen das System der offenen Abstimmung — in den Wahlbezirken mit offener Abstimmung, keine Kandidaten auf. Da die Wahlbezirke mit deutscher Bevölkerung zumeist solche waren, führte das Deutsche Landeskomitee in diesen Bezirken auch keine Wahlkampfagitation

¹⁹³ PI Archiv, Fond 658, Bündel 5, Posten 158, Anton Linhardts Bericht über die Kontrolle bei der Parteiorganisation in Bátorfő, 13. Juni 1934.

durch und überließ das Feld dem Wettstreit zwischen Regierungspartei und der Unabhängigen Partei der Kleinen Landwirte, wobei mancherorts die kleinen Oppositionsparteien, so auch die ungarischen nationalsozialistischen Parteien, mitzureden versuchten. Die jungen Radikalen der volksdeutschen Richtung des Ungarndeutschtums traten bei diesen Wahlen im Verein mit der Unabhängigen Partei der Kleinen Landwirte auf, erlebten aber gegenüber den Kandidaten der Regierungspartei ausnahmslos Niederlagen — so Basch im Wahlbezirk Bonyhád und Kußbach in Soroksár. Die Kandidaten der Regierungspartei siegten auch in den Wahlbezirken Zurány, Dárda, Bácsalmás, Mór und Szalánta, in denen Ungarndeutsche wohnten. Für die Unabhängige Partei der Kleinen Landwirte konnten nur drei Kandidaten deutscher Abstammung (Lang, Klein, Riesz) in den Bezirken Nezsider, Tolna und Villány einen Sieg erringen. Diese Kandidaten gehörten nicht zur volksdeutschen Richtung. Der deutsche Gesandte in Budapest mißbilligte, daß Basch und seine Anhänger als Kandidaten der Opposition aufgetreten waren, da sie seiner Ansicht nach Gömbös hätten unterstützen müssen, der mit diesem Wahlsieg die Möglichkeit einer eindeutig deutschfreundlichen Innen- und Außenpolitik geschaffen hat.¹⁹⁴

Das Deutsche Landeskomitee war den Anzeichen nach nur in der Umgebung der Hauptstadt in der Lage, bei den Wahlen gegen die nazistisch-pangermanische Agitation aufzutreten. Auf einem in Soroksár verbreiteten Flugblatt, das darüber empörte Volksdeutsche nach München, an das Außenpolitische Amt der NSDAP schickten, wurde Kußbach als großer Demagoge bezeichnet, der unter den getäuschten Schwaben in Ungarn Anhänger für den Hitlerschen Wahn wirbt. „Sozialisten, vergeßt nicht, was Hitler in Deutschland verbochen hat“, hieß es auf dem Flugblatt. Zugleich wurde darauf verwiesen, daß der Hitlersche Wahnsinn, dessen Führer und Vertreter in Ungarn Kußbach ist, alles unterdrückt und die weltanschaulichen Differenzen vermittels der Guillotine beseitigt. Dabei wurde auf eine gerade stattgefundene volksdeutsche Massendemonstration in Soroksár angespielt und erklärt: „In geschlossenen Reihen müssen wir zu den Wahlen aufmarschieren, in geschlossenen Reihen müssen wir auf diese Provokation antworten.“ Und dies sollten ohne Rücksicht auf gesellschaftliche und weltanschauliche Unterschiede all diejenigen tun, die sich um die ungarische Heimat sorgen, hieß es.¹⁹⁵

Da Gömbös' Wahlerfolg zusehends wertvoll für die Politik des Deutschen Reiches und seine Mißbilligung des „Fehltritts“ der Volkdeutschen bei den Wahlen ganz offensichtlich war, wurde Basch, der nach einer Rede wegen „Schmähung der ungarischen Nation“ angeklagt und 1934 in erster Instanz verurteilt worden war, nach den Wahlen auch in zweiter Instanz zu einem mehrmonatigen Gefängnis verurteilt. Gratz suspendierte ihn von der Funktion des Generalsekretärs des Ungar-

¹⁹⁴ *Loránt Tilkovszky: Harc a magyarországi német mozgalom külföldről támogatott náci irányzata ellen, 1935—1936 (Kampf gegen die aus dem Ausland unterstützte Nazi-Richtung der ungarndeutschen Bewegung, 1935—1936). Erster Teil: Somogy megyei Levéltári Évkönyv (Jahrbuch des Archivs des Komitats Somogy) Bd. 12, Kaposvár 1981, S. 363—410.*

¹⁹⁵ *OL Filmtár (Filmothek) Dose 15385, Posten 47, Flugblatt „Meine ungarischen arbeitenden Brüder!“.*

ländischen Deutschen Volksbildungsvereins, worauf die reichsdeutsche Hitlerjugend mit einer Protestaktion reagierte. Basch und seine Anhänger — zusammengeschlossen unter dem Namen Volksdeutsche Kameradschaft — führten einen erbitterten Kampf gegen die Gratzsche Richtung, zu der nach den Wahlen auch der sich von Basch und seinen Anhängern distanzierende Kußbach übergegangen war. Die Volksdeutsche Kameradschaft versuchte mit Hilfe des VDA und anderer reichsdeutscher Kreise den „Verräter“ Kußbach zu stürzen, worauf dieser Gratz und über ihn der ungarischen Regierung die Finanzierung der volksdeutschen Richtung aus Deutschland enthüllte und mit Dokumenten belegte. Die deutsche Regierung war durch die Angelegenheit peinlich berührt. Als Gömbös im September 1935 Deutschland besuchte, wick Hitler der Behandlung der Angelegenheit des Ungarndeutschtums aus, und der ungarische Ministerpräsident konnte nur dem deutschen Außenminister Neurath erzählen, daß er bald eine neue, befriedigende Schulverordnung für die Minderheiten unter Dach und Fach werde bringen lassen, die volksdeutsche Agitation aber nicht toleriere.¹⁹⁶

Auf der Landeskonferenz der deutschsprechenden Sozialdemokraten am 15. September 1935, die anlässlich des XXX. Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Ungarns abgehalten wurde, hüteten sich die Teilnehmer davor, auf die Problematik des Kampfes zwischen der Volksdeutschen Kameradschaft und dem Volksbildungsverein einzugehen: Die konkrete Bestätigung der Finanzierung der volksdeutschen Richtung aus Deutschland war damals nur in einem engeren Kreis bekannt, die ungarische nationalistische Begründung des Urteils gegen Basch ebenso wie die den Nationalismus stärkenden Begleiterscheinungen des Prozesses waren jedoch allgemein bekannt und konnten wohl kaum einen guten Eindruck hervorrufen. Das Deutsche Landeskomitee wollte und konnte sich, wie Zuschlag in seinem Referat deutlich machte, in der gegebenen Lage kein anderes Ziel stecken als die bisherigen Ergebnisse, die Grundlage für künftige Fortschritte, zu sichern. Dem von Bechtler vorgelegten Bericht des Komitees zufolge behinderten die Behörden die sozialdemokratische Arbeit unter der deutschen Bevölkerung wesentlich; von den 75 Versammlungen, die in der Zeit seit der letzten Landeskonferenz angemeldet worden waren, hatten die Behörden nur 43 zugelassen. Die mobilisierende Kraft der öffentlichen Versammlungen konnten die vielerorts abgehaltenen geschlossenen Beratungen nicht ersetzen. Alle, die sich in der Diskussion zu Wort meldeten, stimmten dem Ziel zu, die bisherigen Ergebnisse zu bewahren, doch hielten sie dafür auch für notwendig, daß sich das Deutsche Landeskomitee mehr um die weiter entfernt liegenden deutschen Gebiete kümmert und für die Herausgabe deutschsprachiger Flugblätter und Agitationshefte sorgt. In dem auf Vorschlag von Bechtler auf der Landeskonferenz angenommenen Beschluß setzte man sich für die von der Regierung in Aussicht gestellte neue Volksschulverordnung für die Minderheiten ein, die es „ermöglichen soll, daß die Minderheiten angehörnden Kinder in der Schule in ihrer Muttersprache lernen können“.

¹⁹⁶ Siehe Anm. 194.

Statt der deutschen und der österreichischen Sozialdemokratischen Partei, die bis dahin auf beinahe jeder Landeskonferenz der deutschsprachigen Sozialisten der Sozialdemokratischen Partei Ungarns vertreten gewesen waren, nahmen nun im Namen der Deutschen Sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakischen Republik Wenzel Jaksch und im Namen der Sozialdemokratischen Partei Rumäniens Lotar Radaceanu teil und überbrachten Grußadressen. Beide wiesen darauf hin, daß die deutschen Minderheiten unter dem litten, was in Deutschland geschieht. Sie gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, daß „die Völker auch dort, wo heute Diktaturen herrschen, ihre Unterdrücker besiegen werden können, und die Demokratie, die Freiheit und Solidarität der Völker letztendlich überall in der Welt triumphieren werden“.¹⁹⁷

¹⁹⁷ Népszava, 18. September 1935, Heerschau der deutschsprachigen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung.

DIE AKTIVITÄTEN DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI
UNGARNS UND IHRES DEUTSCHEN LANDESKOMITEES
ZUR EINSCHRÄNKUNG DER ERSTARKUNG
DER NATIONALSOZIALISTEN IN DEN VON DEUTSCHEN
BEWOHNTEN GEBIETEN (1935—1938)

Im Rahmen ihrer theoretischen Arbeit, in der die Sozialdemokratische Partei den Faschismus in ihrer Zeitschrift „Sozialismus“ als Erscheinung, die als Variante auch den Nationalsozialismus einschließt, bestimmte und analysierte, wurde auch das Verhältnis von Faschismus und Nationalitätenfrage berücksichtigt. Einer der in der Emigration lebenden Mitarbeiter der Zeitschrift, Zoltán Rónai, der seine Artikel und Studien unter dem Namen Zoltán Vándor veröffentlichte, wies in einer seiner Arbeiten darauf hin, daß „die Anerkennung der Rechte der Minderheiten ... ein charakteristischer Zug der entwickelten Demokratie“ und „das Schicksal der Minderheiten... überall mit dem Schicksal der Demokratie verknüpft“ ist. Wo sich Diktaturen durchsetzen, werden die Rechte der Minderheiten eingeschränkt und nach ihrer Unterdrückung und gewaltsamen Assimilierung gestrebt, wobei sich dies im Faschismus zu einem Feldzug gegen die nationalen Minderheiten steigert. Er wies auf die Behandlung der Südtiroler Deutschen durch den italienischen Faschismus, der polnischen und anderer Minderheiten durch den deutschen Faschismus, auf die Lage der ukrainischen, weißrussischen und deutschen Minderheiten in Polen und darauf hin, daß der Übergang zur Befehlsherrschaft in den baltischen Staaten auch mit der Unterdrückung der Nationalitäten einhergeht.¹⁹⁸ In diesem Überblick fehlt der Hinweis auf die Lage der Nationalitäten in Ungarn, doch in einem früheren Artikel betonte Rónai bei der Ausführung einzelner ungarischer Arbeiten über die Nationalitätenfrage hinsichtlich der Geschichte und des internationalen Rechts, „daß wir nicht mit der faschistoiden Ideologie kokettieren dürfen“, auch die als souveräne innere Angelegenheit gehandhabte, bereits außenpolitischen Charakter angenommene Nationalitätenfrage in Ungarn kann nicht anders als in internationaler Zusammenarbeit gelöst werden, die neben der allgemeinen Durchsetzung des Geistes der Demokratie zur notwendigen Einschränkung der staatlichen Souveränität führt. In bezug auf die Verwirklichung der Selbstverwaltung der Nationalitäten maß er dem Gedanken des Nationalitätenkatasters große Bedeutung bei, für den sich, betonte er, „vor dem Krieg die österreichische Sozialdemokratie sehr nachdrücklich eingesetzt hatte“.¹⁹⁹

¹⁹⁸ Zoltán Vándor: Fasiszta elmélet és gyakorlat a belpolitikában (Faschistische Theorie und Praxis in der Innenpolitik). Unterkapitel: A faszizmus és a nemzeti kisebbségek (Der Faschismus und die nationalen Minderheiten). Szocializmus 1935, S. 488—493.

¹⁹⁹ Zoltán Vándor: Kisebbségi múlt — kisebbségi jövő (Vergangenheit der Minderheiten — Zukunft der Minderheiten). Szocializmus 1935, S. 66—69.

Gegen die Anzeichen des „Kokettierens“ mit den faschistischen Ideologien auch in der Nationalitätenfrage setzten sich Vertreter der Sozialdemokraten in der Tageszeitung der Partei, „Népszava“, ein. In seinem Artikel „Nationale Minderheiten und die Diktatur“ vom Januar 1936 setzte sich Manó Buchinger z. B. mit Ferenc Rajniss und István Milotay auseinander, die erklärten, daß es zum Vorteil für die ungarischen Minderheiten in den Nachbarstaaten wäre, wenn in Ungarn ein System der Befehlsherrschaft verwirklicht werden würde.²⁰⁰

Über eine deutschsprachige Presse verfügte die Partei Mitte der dreißiger Jahre, als sie am nötigsten gewesen wäre, gar nicht mehr; sie konnte lediglich versuchen, anhand der — stark eingeschränkten — mündlichen Agitation ein Gegengewicht zu der Wirkung der in deutscher Sprache erscheinenden bürgerlichen Blätter auf die deutschsprechende Bevölkerung zu bilden. Gratz war es zwar im Dezember 1935 über ein Presseordnungsverfahren gelungen, das Erscheinen des „Sonntagsblattes“, das seit langen Jahren das Sprachrohr der volksdeutschen Richtung war, zu unterbinden und an seiner Stelle eine neue, für die deutschen Nationalitätenrechte gemäßigt und loyal kämpfende Zeitung unter dem Namen „Neues Sonntagsblatt“ erscheinen zu lassen. Die Volksdeutsche Kameradschaft aber hatte durch den mit Geld aus Deutschland gegründeten Verlag Kultura bereits im November eine neue Zeitung, den „Deutschen Volksboten“, dann eine weitere Zeitung unter dem Titel „Volk und Heimat“ herausgegeben. Beide Zeitungen erschienen in Abständen von fünf Wochen, wozu keine Presseerlaubnis erforderlich war. In den Zeitungen der Volksdeutschen Kameradschaft wurden die Sozialdemokraten angegriffen, ohne daß deren Tätigkeit unter der deutschen Minderheit als besonders gefährlich eingestuft worden wäre. Mit ebensowenig Sympathie konnten die Sozialdemokraten jedoch auch seitens der Zeitung von Gratz rechnen, das von Anton König redigiert wurde und schon in engen Kontakt zum Volksbildungsverein geraten war, in dem ein katholischer Geistlicher (László Pintér) — übrigens Abgeordneter der Regierungspartei — eine führende Rolle innehatte. Aber auch im Landesausschuß des Vereins war die selbstverständlich antimarxistische Priesterschaft in ziemlich großer Zahl vertreten.

Die im Dezember 1935 herausgegebene Minderheiten-Volksschulverordnung — die frühere Verordnung über die Schulen des Typs A, B und C aus dem Jahre 1923 außer Kraft setzend — schrieb die schrittweise und kontinuierliche Einführung des einheitlich gemischtsprachigen Volksunterrichts für die Minderheiten und zwar bis zum Beginn des Schuljahres 1938/39 vor. Mit dieser Verordnung war die Gratzsche Richtung des Ungarndeutschtums zufrieden, und die Verordnung rief auch in Deutschland ein überwiegend positives Echo hervor. Nur im Bereich der Lehrerbildung traten ungelöste Probleme in Erscheinung, die die tatsächliche Verwirklichung des Unterrichts in gemischter Unterrichtssprache nachteilig beeinflussen konnten. Das Deutsche Landeskomitee der Sozialdemokratischen Partei sprach sich dafür aus, daß diese Verordnung, für deren Einhaltung man sich auf

²⁰⁰ Manó Buchinger: Nemzeti kisebbségek és a diktatúra (Nationale Minderheiten und die Diktatur). Népszava, 8. Januar 1936.

der letzten Landeskonferenz selbst eingesetzt hatte, auch ehrlich durchgeführt werden sollte. Die Volksdeutsche Kameradschaft attackierte die Verordnung heftig und forderte statt des einheitlich gemischtsprachigen Unterrichts einen rein muttersprachlichen. Anhand dieses überzogenen Standpunkts, der den tatsächlichen Bedürfnissen des Ungarndeutschtums überhaupt nicht entsprach, wurde viel Schaden verursacht, denn in Gegenwirkung auf die begonnene, ziemlich heftige volksdeutsche Agitation in der Schulfrage versuchte der nun zunehmende ungarische Nationalismus auch die einheitliche Einführung der gemischten Unterrichtssprache überall zu behindern.²⁰¹

In der Debatte über die Nationalitätenfrage im Abgeordnetenhaus im Mai des Jahres 1936 neigten auch die Abgeordneten der Liberalen und der Demokratischen Partei dazu, in den von der nazistisch-pangermanischen Propaganda bedrohten deutschen Dörfern den ungarischen Schulen und Kindergärten eine vorrangige Bedeutung beizumessen, wie Rezső Rupert, und auf eine auch in der Namensmagyarisierung zum Ausdruck kommende Assimilation zu drängen, wie János Vázsonyi. Die Rednerin der Sozialdemokratischen Partei, Anna Kéthly, versicherte jedoch der für die deutschen Nationalitätenrechte kämpfenden loyalen Gratzschen Richtung ihrer Unterstützung, während sie sich scharf gegen die unter dem Vorwand der Schulfrage entfachte nazistische Propaganda der Volksdeutschen Kameradschaft aussprach. Sie erklärte, daß die Kameradschaft — deren Führer unter polizeilicher Beobachtung standen und verhört wurden — „gar nicht mehr das Deckorgan, sondern geradezu der Quartiermacher des Traumes vom Südostraum“ ist, und ging dann anhand durchgesickelter Informationen auch auf die Listen ein, die die Finanzierung aus Deutschland bewiesen. Der Vorsitzende der Sitzung unterbrach sie aber an dieser Stelle und sagte, daß sie „diese Fragen aufgrund ihrer starken außenpolitischen Bezüge nicht behandeln möchte“.²⁰²

Die verschiedenen ungarischen nationalsozialistischen Parteien versuchten ihre Werbearbeit unter der deutschen Bevölkerung dadurch zu erleichtern, daß sie den ungarischen Behörden und der ungarischen Öffentlichkeit erklärten, daß ein ungarischer Nationalsozialismus der nazistisch-pangermanischen Organisation den Wind aus den Segeln nehmen könnte. Als zum Beispiel die im Jahr 1935 gegründete Partei des Nationalen Willens mit ihrem im März des Jahres 1936 herausgegebenen Flugblatt den Plan eines föderativ aufgebauten, ungarischen „hungaristischen“ Reiches („Bund der Vereinten Länder Hungaria“) zu propagieren begann, fügte der Führer der Partei, Ferenc Szálasi, an die Errichtung des darin inbegriffenen „Westlichen Grenzgebietes“ die Erklärung an, daß er dadurch das verstärkte Eindringen des deutschen Nationalsozialismus verhindern und ihn durch seine besondere ungarische nationalsozialistische Ideologie ersetzen wolle.²⁰³ Die Sozialdemokratische Partei wurde rechtzeitig auf die sich vielerorts bereits zeigende Wirkung solcher Argumentationen aufmerksam, und in der Juninummer

²⁰¹ *Loránt Tilkovszky: Harc a magyarországi német mozgalom külföldről támogatott náci irányzata ellen (1935—1936). Zweiter Teil; Jahrbuch des Archivs des Komitats Somogy 13, Kaposvár, S. 341—366.*

²⁰² KN 1935, Bd. VIII, S. 37.

²⁰³ *Loránt Tilkovszky: Nationalitätenpolitische Richtungen...*, S. 12.

1936 der Zeitschrift „Szocializmus“ entlarvte László Faragó in seinem Artikel „Hakenkreuz in Ungarn“ — der unter dem Pseudonym Lajos Góra erschien — die Tatsache, daß die ungarndeutschen und die ungarischen Nationalsozialisten trotz ihrer scheinbaren Gegensätze und Auseinandersetzungen „im Dienste desselben Auftraggebers arbeiten“. Diese Agenten des Nazismus wollen, damit Ungarn völlig der Hitlerschen Außenpolitik folgt, deren Fernziel die Kolonialisierung des „Südostraums“, eingeschlossen darin Ungarn ist, glauben machen, daß „Revision und nationale Renaissance = Hitler“ bedeutet. Für die Vertreter des Nazismus in der ungarndeutschen Minderheit ist aber das wirkliche Ziel, das sie offen und bewußt anstrebten: Aus einer Minderheit zum Herrenvolk im Donau- becken zu werden.²⁰⁴

Ferenc Szeder, der Sekretär der Sozialdemokratischen Partei Ungarns, erbat in einem Rundbrief vom 2. Juli 1936 von den Parteiorganisationen bzw. den Vertrauensmännern Informationen darüber, inwieweit sie in ihrer Ortschaft oder Stadt die Organisierung der Nationalsozialisten wahrnehmen. Wie aus den eingegangenen Antworten hervorging, gab es in den von Deutschen bewohnten Gebieten Ungarns, von Sopron an der westlichen Grenze bis hin nach Mezőberény im Komitat Békés bereits Anzeichen. In seiner Meldung beschreibt András Eiler anschaulich das nazistisch-pangermanische agitatorische Verhalten von Josef N. Schultz, eines stellungslosen Technikers in Mezőberény, der einen Teil seiner Schulzeit in Deutschland verbracht hatte: „Von der Wahrheit seiner Prinzipien will er in erster Linie uns, die örtlichen sozialistischen Führer, überzeugen... Vor allem empfahl er Bücher, die er gab... Er begann in meinem eigenen Haus auf den Tisch zu schlagen, wie wir nur so verbohrt sein könnten: Anscheinend sei für uns der jüdische Sozialismus besser als der deutsche. Er schrieb auch Briefe an Sozialdemokraten, um sie wankend zu machen. Als dies nicht gelang, wandte er sich an das Lumpenproletariat, schuf aus ihm eine Pfeilkreuzler-Partei. Ihre Agitation beginnen sie mit der Beschimpfung des jüdischen Großkapitals, sie beschimpfen den Liberalismus, die Freimaurer, die Sozialisten und die Kommunisten. Sie führen schwarze Listen über sie. Die Behörden verhalten sich ihnen gegenüber nachsichtig.“ Doch nicht nur im Lumpenproletariat, sondern auch unter den Facharbeitern, so auch unter den Mitgliedern der Druckerorganisation in Sopron hatte die Hitler-Bewegung Anhänger, die die Wiener Ausgabe des Zentralorgans der NSDAP, des „Völkischen Beobachters“, regelmäßig lasen und im Kreis ihrer Kollegen, Hitler verherrlichend, zu agitieren versuchten, die aber solche Agitatoren „beinahe hinauswerfen“. Franz Kirchner in Bátaszék erbat von der Zentrale der Sozialdemokratischen Partei Material, das zur Widerlegung der Demagogie der nationalsozialistischen Propaganda geeignet war, sowie Unterstützung bei ihrem bis dahin erfolglosen Versuch, mit der Zusendung der Prager deutschen sozialistischen Zeitung „Der Sozialdemokrat“ das vollständige Fehlen einer ungarischen deutschsprachigen Parteipresse zu ersetzen.²⁰⁵

²⁰⁴ Lajos Góra: Horogkereszt Magyarországon (Hakenkreuz in Ungarn). Szocializmus 1936, S. 266—269.

²⁰⁵ PI Archiv, Fond 658, Bündel 5, Posten 177, Antworten auf den Rundbrief des Sekretärs Ferenc Szeder vom 2. Juli 1936.

Nachdem der Oberste Gerichtshof Ungarns 1936 das Urteil über Basch für rechtskräftig erklärte, wurden auch seine „Kameraden“ auf der Vollversammlung des Volksbildungsvereins im August aus dem Verein verdrängt. An die Möglichkeit ihrer Rückkehr knüpfte Gratz Bedingungen: Er forderte von ihnen eine Erklärung darüber, daß sie 1. nicht mehr fremdes Geld annehmen und ihren damit errichteten Verlagsbetrieb und ihre Zeitungen liquidieren und 2. im Falle eines Konflikts zwischen Deutschland und Ungarn auf der Seite Ungarns stehen werden. Die Volksdeutsche Kameradschaft, an deren Spitze, nachdem Basch im September seine Gefängnisstrafe angetreten hatte, der Germanistikprofessor Richard Huß aus Debrecen trat, war nicht bereit, auf die „rollende Mark“ zu verzichten, und ging der Beantwortung der an sie gerichteten Frage aus dem Weg, indem sie eine große künstliche Entrüstung darüber zeigte, daß ihre Staatstreue angezweifelt wurde.²⁰⁶

Nach dem Tode von Gyula Gömbös im Oktober des Jahres 1936 kam es während der Verhandlungen des Innenministers der Darányi-Regierung, Miklós Kozma, im Dezember in Berlin zu einer Vereinbarung über eine Amnestie für Basch. Im Januar des Jahres 1937 durfte er das Gefängnis in Pécs verlassen. Der auch schon verurteilte andere volksdeutsche „Kamerad“, Rothen, brauchte — ebenfalls infolge der Amnestie — nicht ins Gefängnis zu gehen. Die Aggressivität der Volksdeutschen Kameradschaft nahm angesichts der reichsdeutschen Unterstützung weiter zu. Ihre Presse griff unermüdlich Gratz an, der sie des Nationalsozialismus bezichtige, und auch Bajcsy-Zsilinszky, der sich, Ende November 1936 der Unabhängigen Partei der Kleinen Landwirte anschließend, in einer gemeinsamen Erklärung mit Tibor Eckhardt für die Rechte der deutschen Nationalität, doch gegen die Verbrüderung der Volksdeutschen Kameradschaft mit Nazi-Deutschland einsetzte. Die Kameradschaft hielt Bajcsy-Zsilinszkys Einfluß auf die Unabhängige Partei der Kleinen Landwirte für gefährlich und kommentierte verärgert die enger gewordenen Beziehungen zur Gratzschen Richtung des Ungarndeutschtums.²⁰⁷

Wegen der Sozialdemokratischen Partei machte sie sich keine besonderen Sorgen. Seit der spanische Bürgerkrieg tobte, war die Partei einem stärkeren Druck ausgesetzt, und als im Februar des Jahres 1937 der große Bergarbeiterstreik in Pécs ausbrach, brachten die Behörden die Tätigkeit der Sozialdemokraten in den von Deutschen bewohnten Gebieten Transdanubiens beinahe fast völlig zum Erliegen.²⁰⁸ Das Deutsche Landeskomitee konnte nur die deutschen Sozialdemokraten aus der Umgebung der Hauptstadt — am 28. Februar — zu einer Bezirkskonferenz zusammenrufen, doch ließen sich nur 6 von 19 Gemeinden vertreten: Soroksár, Vecsés, Budaörs, Pesthidegkút — in diesen Gemeinden waren deutschsprachige Parteiorganisationen tätig — sowie Csobánka und Piliscsaba (in letzteren betätigten sich deutsche Vertrauensmänner). Für die 14

²⁰⁶ Vgl. Anm. 201.

²⁰⁷ *Loránt Tilkovszky: A magyarországi németiség a Darányi-kormány idején (Das Ungarndeutschtum zur Zeit der Darányi-Regierung). Erster Teil: Századok 1981, Nr. 5, S. 888—923.*

²⁰⁸ PI Archiv, Fond 651, Bündel 9, A. XXII. 5/11/1937/3, Nationalitäten-Sammelbericht, 19. März 1937.

Teilnehmer hielten Anton Lindhardt und Wilhelm Zuschlag Vorträge in Deutsch. In den deutschen Gemeinden Transdanubiens schlugen die Leute von Gratz inzwischen eine Propagandaschlacht an zwei Fronten: Sie warnten die deutsche Bevölkerung vor den Agitatoren der Volksdeutschen Kameradschaft und des Deutschen Landeskomitees der Sozialdemokratischen Partei Ungarns als gleichermaßen gefährliche Extreme.²⁰⁹

Die Gendarmerie, die mit ununterbrochener Wachsamkeit im Hintergrund der sozialdemokratischen Tätigkeit nach kommunistischer Agitation suchte, wurde vor allem dann auf solche Erscheinungen aufmerksam, wenn sie sich in einem von Nationalitäten bewohnten Gebiet zeigten. In der Gemeinde Elek im Komitat Csanád-Arad-Torontál waren gerade die im Herbst des Jahres 1936 begonnenen Ermittlungen gegen Georg Zielbauer und 21 seiner Kameraden abgeschlossen worden: Der Gendarm von Elek hatte sie am 21. März 1937 bei der Staatsanwaltschaft in Szeged angezeigt, demzufolge festgestellt wurde, daß Zielbauer im Herbst 1935 und 1936 den sich mit ihm in der Meierei von Jánoshalma zum Maisbrechen verdingenden Tagelöhnerkameraden aus Elek über die bessere Lage der Arbeiter in Rußland erzählt und ihnen das Singen der Internationale beigebracht hat.²¹⁰ Diese frühere Angelegenheit hatte nichts mit dem neueren Vorfall, dem Herabreißen der sog. Landesflagge in der Gemeinde Elek in der Nacht zum 15. März, zu tun, weshalb die Gendarmerie Massenverhöre begann, in deren Verlauf etwa 120 deutsche Burschen aus dem Dorf zusammengeschlagen wurden. Der „Zwischenfall von Elek“ löste den Protest der deutschen Diplomatie aus, gegenüber dem sich die ungarische Regierung damit verteidigte, daß sich die beanstandete Brutalität der Gendarmen nicht gegen die volksdeutsche Bewegung, sondern gegen kommunistische Aktivitäten in der Gemeinde mit deutscher Bevölkerung gerichtet habe. Nach dem Rezept des Vorgängers von Innenminister József Széll, Miklós Kozma, waren nämlich die Proteste aus Deutschland wegen Schritten gegen die volksdeutsche Bewegung am ehesten abzuwehren, wenn sie als Aktionen gegen Kommunisten dargestellt wurden. Das Rezept bewährte sich auch diesmal, und die aufgrund des „Zwischenfalls in Elek“ entstandenen diplomatischen Probleme wurden beigelegt.²¹¹

Als der Zentralsekretär der Sozialdemokratischen Partei Ungarns, Ferenc Szeder, ähnlich wie ein Jahr zuvor auch im April 1937, in einem Rundbrief Informationen über die nationalsozialistischen Bewegungen von den Parteiorganisationen und den Vertrauensmännern erbat, wurde in der aus der Gemeinde Elek eingesandten Antwort eindeutig festgestellt: „Was die pangermanischen Bestrebungen angeht, so hat die Arbeiterschaft nichts mit ihnen zu tun, und sie kann in dieser Richtung gar nicht beeinflußt werden.“ Aus den von Deutschen bewohnten Gebieten kamen zumeist Berichte, daß sich den verschiedenen ungarischen nationalsozialistischen Parteien, die im Zeichen des Pfeilkreuzes werben, in großer

²⁰⁹ PI Archiv, Fond 658, Bündel 5, Posten 187, Anton Linhardts Bericht, 3. März 1937.

²¹⁰ Éva Berán-Nemes—Ervin Hollós: Megfigyelés alatt... Dokumentumok a horthysta titkosrendőrség működéséből 1920—1944 (Unter Beobachtung..., Dokumente zur Tätigkeit der Horthy-Geheimpolizei 1920—1944). Akadémiai Kiadó, Budapest, 1977, S. 224—227.

²¹¹ Siehe Anm. 207.

Zahl Deutsche anschließen, da sie keine eigene deutsche nationalsozialistische Partei haben.²¹² Von den jungen Führern der Volksdeutschen wurde Rothen ein Anhänger von Szálasi, während Basch dem ungarischen Nationalismus der Pfeilkreuzler argwöhnisch gegenüberstand. Die Sozialdemokratische Partei kämpfte sowohl gegen den deutschen als auch den ungarischen Nationalsozialismus. „Die Lügen des Nationalsozialismus“ war ihr auch in deutscher Sprache herausgegebenes Agitationsheft betitelt, dessen Vertrieb aber die Behörden behinderten.²¹³

Das Deutsche Landeskomitee der Sozialdemokratischen Partei Ungarns organisierte die Landeskonferenz der deutschsprechenden Sozialdemokraten traditionell immer in Verbindung zum Parteitag. Neben dem Bericht über den im April des Jahres 1937 abgehaltenen XXXI. Parteitag der SDPU wird aber vergebens nach einem Artikel über die aus diesem Anlaß erneut abgehaltene „Heerschau“ der deutschsprachigen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der „Népszava“ gesucht. Sie wird auch bei den weiteren Parteitagen nicht mehr durchgeführt werden, und nur aus besonderen Anlässen von Zeit zu Zeit einberufen werden.

Ministerpräsident Darányis Stellungnahme zur Nationalitätenfrage im Mai 1937 im Parlament sollte auf Deutschland einen vorteilhaften Eindruck machen. Hinsichtlich der Behinderung der sozialdemokratischen Arbeit unter der deutschen Bevölkerung gab es keine Veränderungen. Im Juni wurde in Soroksár, wo der Besuch zweier österreichischer Autobusse vom Dorfvorstand, allen voran vom Obernotar begrüßt und ihre nazistisch-pangermanische Agitation wortlos toleriert worden war, der deutschsprechende zentrale Redner einer sozialdemokratischen Volksversammlung, Zuschlag, wegen „Hetze gegen die staatliche und gesellschaftliche Ordnung“ angezeigt. (Im Februar 1938 wurde er auch zu einem Monat Gefängnis verurteilt, doch aufgrund seiner Berufung im Dezember des gleichen Jahres von der Anklage freigesprochen.)²¹⁴

Der Innenminister der ungarischen Regierung, József Széll, und seitens des Deutschen Reiches Rudolf Heß, der Stellvertreter des Führers der NSDAP, führten Mitte Juli den Austausch von Erklärungen durch, über den bereits seit 9 Monaten verhandelt worden war und den der „Zwischenfall von Elek“ beinahe gefährdet hätte. In der von ungarischer Seite abgegebenen Erklärung wurde die Beachtung der Rechte der deutschen Minderheit, in der deutschen Antwort die Treue dieser Minderheit zum ungarischen Staat und das Unterlassen der äußeren Einmischung in seine Angelegenheiten versprochen. Die ungarische Regierung meinte, aufgrund des Austausches der Erklärungen zwischen Széll und Heß würde die Volksdeutsche Kameradschaft ihre Stütze im Ausland verlieren, und die Sozialdemokratische Partei hoffte, sie wird — zumindest in bezug auf die

²¹² PI Archiv, Fond 658, Bündel 5, Posten 186, Antworten auf den Rundbrief des Sekretärs Ferenc Szeder vom 27. April 1937.

²¹³ Ebd., Fond 651, Bündel 6, Sammelbericht über die Linke, 16. April 1937; Anzeige der Gendarmerie gegen die Verteiler des Agitationsheftes „Die Lüge des Nationalsozialismus“ in Nagykovácsi im Komitat Pest.

²¹⁴ Népszava, 10. Februar, 11. Dezember 1938.

Schaffung eines Gegengewichts zur pangermanischen Agitation — von der Regierung breiteren Raum für ihre Tätigkeit erhalten.²¹⁵

Laut einer Aufzeichnung vom August des Jahres 1937 sollte der Sekretär des Deutschen Landeskomitees, Peter Bechtler, den Entwurf einer in den von Deutschen bewohnten Gebieten zu beginnenden stärkeren Agitation gegen den Nationalsozialismus ausarbeiten, dabei jene Informationen nutzend, die als Antwort auf den Szederschen Rundbrief eingegangen waren. Der Aufzeichnung zufolge „erhalten diese Gebiete so lange eine ständige Brief-Spalte in der Népszava, und von den Zeitungsexemplaren, in denen diese Artikel erscheinen, stellt der Herausgeber dem Komitat 1 000 Exemplare kostenlos zur Verfügung. Damit die Zeitungsexemplare ungestört verteilt werden können, beauftragt jeweils ein altes Parteimitglied in den betreffenden Gebieten eine Zeitungsvertriebserlaubnis. Die Kosten zahlt nicht das Blatt, sondern das Komitee.“

Aus der gleichen Aufzeichnung geht hervor, daß in der „St.-Stephan-Woche“ die deutschsprechenden sozialdemokratischen Agitatoren in Budapest im Rahmen eines Seminars auf den Kampf gegen den Nationalsozialismus im Land vorbereitet wurden. Das Seminar wurde mit einem gemeinsamen Mittagessen im Római-fürdő (Römerbad) abgeschlossen, bei dem Bechtler eine anfeuernde Rede hielt. „Inzwischen wurde Bechtler darauf aufmerksam gemacht, daß ein Detektiv der Gendarmerie ebenfalls draußen in der Anlage sei, deshalb beendete er seine Rede, und die Teilnehmer des Seminars mischten sich unter die Badegäste.“²¹⁶

Auf der Sitzung des Munizipalausschusses des Komitats Pest am 7. September 1937 brachte der Sozialdemokrat Anton Linhardt in seiner Wortmeldung vor der Tagesordnung die nazistisch-pangermanische Agitation der Touristengruppen aus Deutschland in den Gemeinden Pilisborosjenő und Budaörs zur Sprache, und stellte später dem Obergespan Elemér Preszly auf eigenem Wunsch hin dazu ausführliche Angaben zur Verfügung.²¹⁷ Danach nahm Linhardt auf der Sitzung des Deutschen Landeskomitees der Sozialdemokratischen Partei Ungarns am 13. September teil, auf der Zuschlag das Arbeitsprogramm für den Herbst vorlegte. In diesem Programm waren — nach einer vorbereitenden Konferenz, die in der Parteizentrale durchgeführt werden sollte — drei Konferenzen in der Umgebung der Hauptstadt geplant: in Pilisborosjenő, Törökbálint und Soroksár, unter Einbeziehung weiterer deutscher Siedlungen, mit jeweils 60—80 Teilnehmern.²¹⁸ Es gelang jedoch nicht, bereits die erste — für Pilisborosjenő angekündigte — Konferenz abzuhalten. Aufgrund der fehlenden behördlichen Erlaubnis mußte sie zweimal verschoben werden; beim dritten Mal — am 7. November — schickten nur drei von den sieben eingeladenen deutschen Gemeinden ihre Vertreter: aus Piliscsaba waren sechs, aus Budakalász fünf, aus Csobánka zwei Personen erschienen. Die Konferenz fiel aus, da Linhardt darauf bestand, seinen Vortrag in deutscher

²¹⁵ *Loránt Tilkovszky: A magyarországi németiség a Darányi-kormány idején. Zweiter Teil: Századok 1981, Nr. 6, S. 1091—1132.*

²¹⁶ PI Archiv, Fond 651, Bündel 4, Posten 270. Aufzeichnung, 23. August 1937.

²¹⁷ Ebd., Fond 658, Bündel 5, Posten 187, Anton Linhardts Bericht, 14. September 1937.

²¹⁸ Ebd., Anton Linhardts Bericht, 20. September 1937.

Sprache zu halten, was der an Ort und Stelle erschienene Obernotar nicht erlaubte, und durch die abkommandierten Gendarmen alle Erschienenen einer Ausweiskontrolle unterziehen lassen wollte. Linhardt protestierte auch dagegen. Etwa 120 Dorfbewohner waren Zeugen ihres beinahe halbstündigen Wortgefechts. Nachdem der Obernotar und die Gendarmen weggegangen waren, sprach der Gemeinderichter in Begleitung zweier Geschworener Linhardt seinen Dank dafür aus, daß er sich zu ihrer Muttersprache bekannt habe.²¹⁹

Die örtlichen Behörden vereitelten nicht nur die Arbeit der Sozialdemokraten in den von Deutschen bewohnten Gebieten, sondern machten die Tätigkeit der Gratzschen Richtung der Ungarndeutschen so gut wie unmöglich. Deshalb hatte Gratz bereits Mitte September des Jahres 1937 ein Memorandum an Ministerpräsident Darányi gerichtet, in dem er ihn darauf aufmerksam machte, daß die nazistisch-pangermanische Agitation der Volksdeutschen Kameradschaft immer mehr zunimmt, und wenn diese jetzt nicht eingeschränkt wird, bieten sich dazu immer seltener Möglichkeiten, und die Gruppe Basch-Huß wird vermittels der Unterstützung aus Nazideutschland das Ungarndeutschtum beherrschen. In der Stellungnahme des unter der Leitung der SS in Deutschland gegründeten Organs zur einheitlichen nazistischen Führung der im Ausland ansässigen sogenannten „Volksdeutschen“, der Volksdeutschen Mittelstelle (VoMi), vom 30. Juni 1937 wurde die Gratzsche Richtung zu Renegaten abgestempelt und die Volksdeutsche Kameradschaft als der einzige berechtigte Vertreter des Ungarndeutschtums anerkannt. An der starken Unterstützung der Volksdeutschen Kameradschaft aus Deutschland änderte der Austausch von Erklärungen zwischen Széll und Heß, wie sich herausstellte, nichts.

Als im November 1937 Ministerpräsident Darányi und Außenminister Kánya nach Berlin reisten, setzte sich die deutsche Seite nunmehr auch auf der Ebene zwischenstaatlicher Verhandlungen für den Sturz von Gratz und die Anerkennung der Gruppe Basch-Huß ein. Die ungarischen Politiker wurden einerseits beruhigt, daß die bevorstehende Einverleibung Österreichs die von Deutschen bewohnten Gebiete Ungarns in keiner Weise gefährden wird, und andererseits wurde auch angedeutet, daß der nächste Schritt „die Lösung der tschechoslowakischen Frage“ sein wird und die deutsche Seite im Interesse Ungarns bereit ist, in der Tschechoslowakei die unter dem Gesichtspunkt der ungarischen Revisionsbestrebungen von den ungarischen Regierungen stets geforderte, doch bisher in keinem einzigen Staat der Kleinen Entente unterstützte Zusammenarbeit der deutschen und der ungarischen Minderheit zu fördern. Unter solchen Umständen verzichtete die Darányi-Regierung auf die in Gratz' Memorandum geforderten und von ihr versprochenen Maßnahmen oder traf sie nur halbherzig. Sie war trotz des Wunsches des deutschen Gesandten in Budapest nicht bereit, im Januar des Jahres 1938 den „Kameraden“ Goldschmidt dabei zu unterstützen, das durch einen Rücktritt freigewordene Mandat des Wahlkreises Bonyhád zu bekommen. Doch das infolge der Interpellation eines Vertreters der bei der Wahl siegreichen Partei

²¹⁹ Ebd., Anton Linhardts Bericht, 10. November 1937.

der Kleinen Landwirte, Antal Klein, im Parlament gegen Richard Huß eröffnete Verfahren nahm sie nicht ernst, und es wurde in Wirklichkeit nicht wegen Mangels an Beweisen der Untreue, sondern als Geste gegenüber Deutschland mit einem Freispruch beendet. Auch von seiten Hitlerdeutschlands fehlte es nicht an Gesten, die die ungarische Regierung beruhigen sollten. Die ungarische Regierung schätzte die Stellungnahme von Staatssekretär Bohle, des Leiters der Auslandsorganisation (AO) der NSDAP, der im Januar 1938 in Budapest einen Vortrag hielt, sehr hoch ein, wonach diese Organisation ihre Tätigkeit auf die im Ausland lebenden reichsdeutschen Personen beschränkt, die Organisierung fremder Staatsangehöriger, so die der in Ungarn beheimateten Deutschen, nicht als ihr Ziel oder ihre Aufgabe ansah. In Wirklichkeit war sie — wie später offenbar wurde — die Unterstützerin der ungarndeutschen und der ungarischen nationalsozialistischen Bewegungen und setzte sich für ihre Zusammenarbeit ein.²²⁰

Der außerordentliche Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Ungarns am 6. Februar 1938 trat im Zusammenhang mit dem Gesetzesvorschlag zum Wahlrecht der Darányi-Regierung zusammen, und in seinem Verlauf sprach Josef Hiller aus Nagymaros in seiner Wortmeldung die Frage des Wahlrechts unter dem Aspekt der vom System der offenen Wahl besonders betroffenen Nationalitäten an.²²¹ Viel wichtiger war die außerordentliche Sitzung der Parteileitung am 11. März. Auf ihr wurde festgestellt, daß der Anschluß unmittelbar bevorsteht, und erwogen, welche Folgen das für Ungarn haben könnte. Es wurde auch darüber gesprochen, daß sich die Partei darauf vorbereiten muß, falls eventuell die Umstellung auf die illegale Arbeit notwendig werden soll. Allgemein wurde die Meinung vertreten, daß die nazistisch-pangermanische Agitation infolge des Anschlusses außerordentlich verstärkt werden wird, was vor allem für Westtransdanubien eine große Gefahr bedeutet. Es wurden aber auch die statistischen Angaben von László Ascher, des unter dem Pseudonym László Ákos schreibenden Mitarbeiters der „Népszava“, über die Ausbreitung der Deutschen in einzelnen Ortschaften des Komitats Baranya angeführt, und da angeblich „überall das gleiche zu verspüren ist, wo nur Deutsche wohnen“, ist nach Meinung der Parteileitung „die nachsichtige, doch häufig helfende Politik der ungarischen Regierung unverständlich und erschütternd, da ja letztendlich dies zu einer erneuten Verstümmelung, wenn nicht zur vollständigen Annexion Ungarns führen wird“. Die Redner betonten, daß die ungarndeutsche und die ungarische nationalsozialistische Bewegung zusammenhängen und gleichermaßen gefährlich seien: „Jede ultrarechte Agitation, so sehr sie auch in ein nationales Gewand gekleidet ist, hilft den pangermanischen Bestrebungen.“ Anhand der Diskussion im Verlauf der Sitzung wurde der folgende Beschluß gefaßt: „Es ist die entschiedene Absicht der Parteileitung, in der zwölften Stunde das Volk und die Regierung auf die drohende Gefahr aufmerksam zu machen, die Ungarn zu verschlingen droht, und sie versucht, wenn es sein muß, auch um den Preis grundsätzlicher Opfer, eine Kampffront

²²⁰ Siehe Anm. 215.

²²¹ Népszava, 8. Februar 1938.

mit all jenen herzustellen, die um die Zukunft Ungarns vor dem deutschen Imperialismus bangen.“²²²

Die Sozialdemokratische Partei setzte sich mutig für die Nationalitätenrechte ein und arbeitete zäh für deren Durchsetzung und kämpfte dabei gleichermaßen gegen die ungarischen Chauvinisten und die volksdeutschen Übertreiber. Doch ihr Deutsches Landeskomitee hielt die Zusammenarbeit mit der gemäßigten und staatsreuen Gratzschen Richtung des Ungarndeutschtums für unvorstellbar, da sie in ihr den Einfluß der Regierung und des Klerus zu stark zur Geltung kommen sah. Aber auch die Gratzsche Richtung reichte den Sozialdemokraten nicht die Hand zur Zusammenarbeit, sondern war bestrebt, sie zu isolieren, ihren Einfluß zu vermindern, wenn nicht ganz und gar zu eliminieren.

²²² PI Archiv, Fond 651, Bündel 4, Posten 452, Bericht über die außerordentliche Sitzung der Parteileitung der Sozialdemokratischen Partei am 11. März 1938.

DAS AUFTRETEN GEGEN DIE DURCHSETZUNG
DES VOLKSGRUPPENPRINZIPS IN DER UNGARISCHEN
NATIONALITÄTENPOLITIK
(1938—1939)

Gegen die zu erwartende Verstärkung der pangermanischen Agitation nach dem Anschluß unternahm die Sozialdemokratische Partei — im Gegensatz zu den untätigen Behörden — ernste Schritte. József Tolnai, Parteisekretär von Pécs, und die Abgeordneten Árpád Szakasits und János Esztergályos besuchten bereits in den ersten Apriltagen die durch den Anschluß in deutsches Eigentum übergegangenen Bergwerksanlagen der österreichischen Donaudampfschiffahrtsgesellschaft im Gebiet von Pécs, weil sie damit rechneten und später auch darüber informiert wurden, daß die deutschen Nazis hier eine wichtige Basis für die nationalsozialistische Agitation in Baranya und Tolna ausbauen.²²³ Es herrschte allgemein die Überzeugung, daß sich die Wirkung des Anschlusses und die geheime Unterstützung Nazideutschlands in erster Linie in der Stärkung der Pfeilkreuzler zeigen wird.

Sekretär Ferenc Szeder richtete seitens der Zentrale der Sozialdemokratischen Partei am 4. Mai in einem Rundbrief an alle Parteiorganisationen die Frage: „Gibt es bei Ihnen eine Pfeilkreuzlerbewegung?“ Aus den eingegangenen Antworten ergab sich ein beunruhigendes Bild vom großen Vordringen der verschiedenen Parteien der Pfeilkreuzlerbewegung und zugleich von der Schwächung der sozialdemokratischen Organisationen landesweit. Dabei stellte sich heraus, daß im Zeichen des Pfeilkreuzes in den Dörfern mit deutscher Bevölkerung eigentlich eine nazistische pangermanische Hetze durchgeführt wurde. So sind Elek und Nagykomarás im Komitat Csanád, Mezőberény im Komitat Békés, Budakalász und Csobánka im Komitat Pest, Dorog und Nyergesújfalu im Komitat Esztergom, die Gemeinde Hosszúhetény im Komitat Baranya und in Westungarn besonders Sopron und Umgebung (Bánfalva, Ágfalva, Harka, Balf, Fertőrákos) sowie Magyaróvár Schauplatz völlig offener Agitation im Zeichen des Hakenkreuzes — im Interesse des Anschlusses dieser Gebiete an Deutschland. Diesen Antworten zufolge unternahmen die Behörden — abgesehen davon, daß sie die Gendarmerieposten verstärkten — nichts; in mehreren Orten erwogen sie, ob sie die Pfeilkreuzler zu Ungunsten der Hakenkreuzler, doch vor allem gegen die Sozialdemokraten unterstützen sollen. In den Antwortschreiben wurde hervorgehoben, daß die sozialdemokratischen Parteiorganisationen, um ihre Arbeit unter der

²²³ Ebd., Fond 651, Bündel 6, 8. April 1938.

deutschen Bevölkerung leisten zu können, deutschsprachige Flugblätter und deutschsprechende Redner benötigen.²²⁴

In der von der Partei herausgegebenen „Sillabus zur Maiagitation“ wurde die Aufmerksamkeit auf die Tatsache gelenkt, daß die Pfeilkreuzler und die Hakenkreuzler „mit fremdem Geld für ein bis zum Plattensee reichendes Imperium agitierten, also eigentlich Landesverräter seien. Ihre demagogischen Führer wollten anstelle des Parlamentarismus eine Diktatur. Sie konspirieren mit Deutschland. Die Regierung ist durch den Druck aus Deutschland ihnen gegenüber ohnmächtig.“²²⁵ In den von Deutschen bewohnten Gebieten verbreitete die Partei kostenlos eine Aufklärungsbroschüre mit dem Titel „Was ist Faschismus oder Nationalsozialismus?“ (redigiert von Wilhelm Huber und herausgegeben vom Abgeordneten István Farkas) in tausend Exemplaren. Der deutschsprechende Redner der Versammlung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns Ende Mai in Brennberg war der Delegierte der Parteizentrale, Wilhelm Zuschlag, der die soziale Demagogie des Nationalsozialismus entlarvte.²²⁶

Im Mai 1938 kam es zu einer Begegnung zwischen dem ungarndeutschen und dem ungarischen nationalsozialistischen Führer, Franz Basch und Ferenc Szálasi. Im Verlauf dieses Treffens konnte sich Basch davon überzeugen, daß der ungarische Nationalsozialismus in der Nationalitätenfrage zumeist für die Assimilation eintrat und in dieser Beziehung den Bestrebungen des deutschen Nationalsozialismus in Ungarn zur Dissimilation und Regermanisierung ablehnend gegenüberstand. Deshalb hielt er es für immer dringlicher, daß anhand des schon im gleichen Monat in ihrer Zeitung, im „Deutschen Volksboten“, veröffentlichten selbständigen deutschen Volksprogramms die Organisation der bis dahin vor allem von den ungarischen nationalsozialistischen Parteien angezogenen Ungarndeutschen zu einer „deutschen Volksgruppe“ erfolgen soll. In diesem ungarndeutschen „Volksprogramm“ wurden die deutsche Selbstverwaltung in den Bereichen Unterricht und kirchliche Angelegenheit, der Ausbau der volksdeutschen Presse, die Schaffung von deutschen Institutionen in den Bereichen Jugend, Wirtschaft und Volkswohlfahrt getrennt von den ungarischen Organen, die Möglichkeit der Gründung einer selbständigen deutschen Partei und die Genehmigung, daß das Führungsorgan für diese Zwecke von der „Volksgruppe“ Steuern erheben darf, gefordert.²²⁷

Nicht nur die reichsdeutschen gesellschaftlichen Verbände, die sich mit dem Auslandsdeutschtum beschäftigen, sondern auch die offizielle deutsche Diplomatie setzten sich seit Mitte Mai 1938 bei der von Béla Imrédy geleiteten ungarischen Regierung immer energischer dafür ein, die vom Ungarländischen Deutschen Volksbildungsverein vertretene gemäßigte Gratzsche Richtung fallen zu lassen und die vorgesehene Volksgruppenorganisation von Basch und seinen Anhän-

²²⁴ Ebd., Fond 658, Bündel 5, Posten 198, Antworten auf Ferenc Szeders Rundbrief vom 4. Mai 1938.

²²⁵ Ebd., Fond 651, Bündel 6, 13. Mai 1938.

²²⁶ Ebd., Fond 658, Bündel 5, Bericht aus Sopron und Umgebung (ohne Datum).

²²⁷ *Loránt Tilkovszky: Ungarn und die deutsche Volksgruppenpolitik (1938—1945). Akadémiai Kiadó — Böhlau Verlag, Budapest—Köln—Wien 1981.*

gern zuzulassen. Als Horthy und Imrédy im August 1938 in Deutschland weilten, betonten sie erneut die Bereitschaft seitens Ungarns, die Lage der deutschen Minderheit angemessen zu regeln, verlangten aber, die Volksdeutsche Kameradschaft soll ihre heftige Agitation mäßigen, die sie im Zeichen des „Volksprogramms“ betrieb. Ermutigt vom Verhalten der sudetendeutschen Partei Henleins traten Basch und seine Anhänger im Mai des Jahres 1938 und dann vor allem während der „tschechoslowakischen Krise“ im September immer herausfordernder auf. Nach dem Münchener Abkommen konnte der Naziführer der Deutschen in der Slowakei, Franz Karmasin, als er in der slowakischen autonomen Regierung den Status eines Staatssekretärs erhielt, ungehindert mit dem Ausbau seiner Volksgruppenorganisation beginnen. Basch beanspruchte danach für sich und für seine Volksgruppe eine ähnliche Position in Ungarn. Als Vorbild hielten sie der ungarischen Regierung das slowakische Beispiel vor Augen, das ihrer Ansicht nach die einzig befriedigende Lösung in bezug auf die Rechte der Volksgruppe sein konnte. Am 2. November wurde im Wiener Schiedsspruch die Abrechnung bestimmter, von Deutschen bewohnter Gebiete an Ungarn verweigert, obwohl sich die ungarische Regierung Hoffnungen gemacht hatte. Auch dadurch wurde zu verstehen gegeben, daß die Ungarn das Nachsehen haben würden, falls sie auf diesem Gebiet keine Konzessionen machen. Und als die deutsche Regierung (im Einvernehmen mit ihrem italienischen Verbündeten) die geplante Besetzung des Karpatenlandes anhand einer selbständigen militärischen Aktion untersagte und die ungarische Regierung im Zusammenhang damit in eine schwere Krise geriet, gab Imrédy im November 1938 seine Zustimmung zur Gründung der als umfassende deutsche „Volksgruppenorganisation“ von Basch und seinen Anhängern geplanten neuen Organisation unter dem Namen „Volksbund der Deutschen in Ungarn“. Diese Entwicklung führte dazu, daß Gratz von seiner Funktion im Vorstand des Volksbildungsvereins zurücktrat.²²⁸

Die Imrédy-Regierung wollte die Organisierung der Nationalitäten nach dem Volksgruppenprinzip für die infolge des ersten Wiener Schiedsspruchs zahlenmäßig angewachsenen und anhand einer national selbstbewußten Bevölkerung gestärkten Ungarnslowaken erlauben, wobei sie sich bestimmte Vorteile davon erhoffte, wenn sich auch die ungarischen Minderheiten in den Nachbarländern auf solcher Grundlage organisieren können. Und sogar bei den vorbereitenden Beratungen zum zweiten Judengesetz experimentierte Imrédy mit der Vorstellung, auch das ungarische Judentum zu einer „Volksgruppe“ erklären zu lassen, sie „aus dem Körper der Nation auszuschließen“, ihr aber bestimmte „Volksgruppenrechte“ zu sichern. In den sozialdemokratischen Parteiorganisationen wurden diese Vorstellungen heftig diskutiert und dagegen protestiert, daß durch Einschmuggeln des Volksgruppenprinzips in die ungarische Verfassung, die „Bevölkerung des Landes in Rassen und Gruppen geteilt wird“.²²⁹ Dagegen sprachen sich die sozialdemokratischen Abgeordneten Károly Peyer und Ferenc Reisinger auch im Parlament aus.²³⁰

²²⁸ Ebd., S. 26—35.

²²⁹ PI Archiv, Fond 651, Bündel 6, 27. Januar 1939.

²³⁰ KN 1935, Bd. XXII, S. 63—64.

Die Führung der Sozialdemokratischen Partei glaubte im Sommer des Jahres 1939, sie kann sich der politischen Organisierung anschließen, die sich den Sturz Imrédys zur Aufgabe gemacht hatte, weil er in den letzten Monaten in der Außen- und Innenpolitik auf beängstigende Weise von der traditionellen Linie des konterrevolutionären Systems abgewichen war. In der Reihe der gegen Imrédy angeführten schweren und berechtigten Beschuldigungen nahm die Nachgiebigkeit gegenüber den Forderungen der volksdeutschen Richtung einen entscheidenden Platz ein. Basch und seine Anhänger erhielten, nachdem sie den Volksbund hatten gründen können, auch die Erlaubnis, ab Januar 1939 den „Deutschen Volksboten“ als landesweite Wochenzeitung herauszugeben, ja sie durften sogar mit dem Titel „Jungkamerad“ eine Jugendzeitung herausgeben. Letztere wurde in einem so „offenen und mutigen“ Ton vorgestellt, daß sie unter den Ungarn allgemeines Befremden hervorrief. In der Sozialdemokratischen Partei verstärkte sich auch die Empörung und Verbitterung über die Konzessionen an die Volksbundpresse dadurch, daß der Pressechef der Imrédy-Regierung, Mihály Kolosváry-Borcsa, die „Népszava“ gerade in jenen Tagen mit einem vorübergehenden Verbot belegte. Auf der Sitzung des Exekutivkomitees am 24. Januar 1939 in Pécs spielte Parteisekretär József Tolnai in seiner Rede auf die Organisierung der von den Forderungen Baschs und seiner Anhänger sowie der Nachgiebigkeit der Imrédy-Regierung bestürzten bürgerlichen Parteien an, die vielleicht auch für die Sozialdemokratische Partei und ihr Deutsches Landeskomitee gewisse Anschlußmöglichkeiten böte.²³¹

Die Opposition gegen Imrédy schloß sich im Zeichen des Unabhängigkeitsgedankens zusammen, und auch Károly Peyer stellte in seinem Referat auf dem XXXII. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei am 29. Januar 1939 diesen Gedanken in den Mittelpunkt, um die Isolierung der Partei zu durchbrechen und dadurch freien Raum für ihre Tätigkeit zu gewinnen. Er wandte sich gegen die vorgesehene Regelung der Nationalitätenfrage nach dem Volksgruppenprinzip. Im Namen des Deutschen Landeskomitees sprach Wilhelm Zuschlag auf dem Parteitag und betonte, der gefährliche Feind der Unabhängigkeit des Landes sei der von Nazideutschland unterstützte Volksbund, dem jetzt mit geradezu „hexenartiger Schnelligkeit“ auch eine Presse genehmigt wurde. Er machte darauf aufmerksam, daß ein bedeutender Teil des Ungarndeutschtums diese Organisation zurückweise, die durch demagogische Ausnutzung der ungeklärten Nationalitätenprobleme eine nazistische Propaganda betreiben will. In bezug auf die Schulfrage lehnte er die Forderung des Volksbundes ab, die deutschen Kinder sollten überall einen rein muttersprachlichen Unterricht erhalten, denn dies sei unter den gegebenen Verhältnissen in Ungarn eine absolut übertriebene Forderung und entspreche den tatsächlichen Bedürfnissen der deutschen Bevölkerung nicht. Er stimmte der in der Verordnung von 1935 vorgeschriebenen Einführung des einheitlich gemischtsprachigen Unterrichts überall dort zu, wo dies die Bevölkerung wünsche und die Voraussetzungen dafür gegeben seien. Zugleich nannte er es

²³¹ PI Archiv, Fond 651, Bündel 6, 3. Februar 1939.

jedoch falsch, daß die Regierung nunmehr von der Befragung der Eltern, ebenso wie den Elternkonferenzen absehe.²³²

Das Landesjugendkomitee der Partei nahm in seinem, dem Kongreß vorgelegten Entschließungsentwurf²³³ zur Schulfrage der Minderheiten denselben Standpunkt ein wie Zuschlag, der seine Ansicht bald in der „Népszava“ dargelegt hat.²³⁴

Über die nazistische Propaganda und Hetze in den von Deutschen bewohnten Gebieten gingen beängstigende Berichte ein. Diese Entwicklungen wurden auf der Sitzung des Exekutivkomitees der Pécser Organisation der Sozialdemokratischen Partei am 17. Februar 1939 und auch auf der am gleichen Tage abgehaltenen Zusammenkunft der Jungarbeiter verhandelt, wobei immer nachdrücklicher die Notwendigkeit des Auftretens gegen den Volksbund betont wurde.²³⁵ Über die in Sopron und Umgebung herrschenden Zustände gaben Zuschlags Berichte ein ziemlich lebendiges Bild, der im Dezember 1938 und dann im Februar 1939 persönliche Erfahrungen gemacht hatte. Beide Male hatte er feststellen können, daß die äußerst agile Propaganda der Hakenkreuzler und die nationalsozialistische Demagogie aufgrund der schwierigen sozialen Bedingungen der Bevölkerung sowie der großen Arbeitslosigkeit auf fruchtbaren Boden fiel, und auch die getroffenen polizeilichen Maßnahmen konnten ohne die tiefgreifende Behandlung dieser sozialen Übel keinen Erfolg haben.²³⁶

Trotz der Hervorhebung des ungarischen Unabhängigkeitsgedankens, was auf dem Parteitag der Partei im Januar 1939 zum Ausdruck kam — ihr Name lautete nunmehr (unter Weglassung der Bezeichnung „Ungarns“) Sozialdemokratische Partei (SDP) —, legte die Opposition gegen Imrédy keinen Wert auf die Mitarbeit der Sozialdemokraten im Zeichen des Unabhängigkeitsgedankens und sie erreichte ohne die Sozialdemokraten Mitte Februar Imrédys Ablösung. Der neue Ministerpräsident Pál Teleki konnte Mitte März die Angliederung des Karpatenlandes verzeichnen und machte sich sogleich daran, diesen Erfolg in bezug auf die Revision auch innenpolitisch zu verwerten: Er ließ Parlamentswahlen aus schreiben. Im Hinblick auf diese Wahlen wurde im März 1939 eine Landeskonferenz der deutschsprechenden Sozialdemokraten abgehalten, auf der Zuschlag nach dem allgemeinen politischen Bericht von Manó Buchinger den deutschsprechenden Sozialdemokraten zu erledigende Aufgaben darlegte. Dabei kam dem Kampf gegen die demagogische Agitation des Volksbunds eine wichtige Rolle zu. In dem Beschluß zur Nationalitätenfrage, genauer über die Schulfrage, wurde der gleiche Standpunkt formuliert, den Zuschlag auf dem Parteitag im Januar vertreten hatte.²³⁷

²³² Népszava, 31. Januar 1939.

²³³ PI Archiv, Fond 658, Bündel 1, Posten 35, Beschlüßentwurf des Exekutivkomitees der Partei am 29. Januar 1939.

²³⁴ Népszava, 5. Februar 1939, *Vilmos Zuschlag: Kisebbségi problémák Magyarországon* (Minderheitenprobleme in Ungarn).

²³⁵ PI Archiv, Fond 651, Bündel 6, 24. Februar 1939.

²³⁶ Ebd., Fond 658, Bündel 5, Posten 197, Wilhelm Zuschlags Bericht, 20. Dezember 1938 und ebd., Posten 205, Zuschlags Bericht, 27. Februar 1939.

²³⁷ Népszava, 21. März 1939, Die deutschsprechende sozialdemokratische Arbeiterschaft für die Unabhängigkeit des Landes.

Im Zeichen der Vorbereitung auf die Parlamentswahlen im Jahr 1939 gab das Deutsche Landeskomitee der Sozialdemokratischen Partei die deutschsprachige Broschüre von Zuschlag „Die Ziele und Forderungen der deutschsprechenden Sozialdemokraten in Ungarn“ in 30 000 Exemplaren heraus. Anhand der Broschüre wurde der Standpunkt der Partei auch in der Nationalitätenfrage ausführlich dargelegt. Demzufolge forderte die Sozialdemokratische Partei das Recht der Völker auf Selbstbestimmung nicht nur hinsichtlich der zwischenstaatlichen Beziehungen, sondern auch für die nationalen Minderheiten in den einzelnen Ländern. Seitens der Sozialdemokratischen Partei ist der Schutz der Minderheitenrechte kein frommer Wunsch, sondern eine Forderung, für die sie — im Interesse der Bevölkerung, des Friedens und der Verständigung mit anderen Staaten — immer und mit allen Mitteln kämpfen wird. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Partei nie der Durchführung von Gebietsabtrennungen ohne Befragung der betroffenen Bevölkerung, also unter Verletzung ihres Rechts auf Selbstbestimmung, zugestimmt und sie sich immer für den Schutz der nationalen Minderheiten eingesetzt hat, dies auch in Zukunft tun wird, ganz gleich, ob es sich dabei um die Rechte der zur Minderheit gewordenen Ungarn in den abgetrennten Gebieten oder um die der in Ungarn verbliebenen Nationalitäten handelt. Es wurde daran erinnert: Der Sozialistischen Internationale ist zu verdanken, daß die Friedensverträge auch Verordnungen zum Schutz der Minderheiten enthielten und die Sozialistische Internationale die Grundprinzipien der Behandlung der Minderheiten bestimmt hat, denen zufolge die in geschlossenen Gebieten lebenden Minderheiten Anspruch auf eine territoriale und die verstreut lebenden auf eine kulturelle Autonomie erheben können. Laut Zuschlag hat die deutsche Bevölkerung unter den ungarischen Verhältnissen Anspruch auf letztere.

Im weiteren wird ausgeführt, daß die Sozialdemokratische Partei mit der Regelung der Schulfragen für Minderheiten im Jahr 1923, als drei verschiedene Schultypen eingeführt worden waren (der Schultyp A mit der Nationalitätensprache als Unterrichtssprache, der Schultyp B mit gemischter Unterrichtssprache und der Schultyp C mit der Nationalitätensprache als obligatorischem Schulfach), nicht zufrieden gewesen ist. Die Sozialdemokratische Partei hat die Verordnung von 1935, in der die Einführung des einheitlich gemischtsprachigen Unterrichts vorgesehen war, für richtig gehalten und hält sie nach wie vor für richtig. Den Bedürfnissen der in ihrer Mehrheit bäuerlichen deutschen Bevölkerung entspricht dies tatsächlich am besten. Ein Problem stellt dies aber für die in den Anziehungskreisen von Budapest und anderen Städten lebenden Handwerker und Industriearbeiter der deutschen Bevölkerung dar, die sich bereits stark assimiliert haben und deren Interessen auch weiterhin in diese Richtung weisen. Die Partei beanstandet, daß die Kinder dieser Schichten ohne Befragung der Eltern (was auch ansonsten zutiefst antidemokratisch und eine offensichtliche Verletzung des Rechts auf Selbstbestimmung ist) auch Schulen mit gemischter Unterrichtssprache zugeteilt werden. Nach der gemichtsprachigen Volksschule wird die Erlangung des zum Erlernen eines Handwerks erforderlichen Abschlusses einer Bürgerschule nicht ohne Schwierigkeiten sein, da ja in der Bürgerschule Ungarisch Unterrichtssprache ist. In Zuschlags Broschüre wird daran erinnert, daß die Sozialdemokratische Partei ständig gefordert hat, die Voraussetzungen für die Durchführung

der Schulverordnung für die Minderheiten zu schaffen, ohne die selbst die Durchführung auch in pädagogischer Hinsicht Schäden mit sich bringen und die Schüler am Weiterlernen hindern kann. Die Regierung hat aber versäumt, diese Voraussetzungen zu schaffen, es gibt weder Lehrkräfte in erforderlicher Zahl noch mit geeigneter Qualifikation, um die durch die Umorganisation quantitativ wie qualitativ angewachsenen Aufgaben versehen zu können. Da diese Voraussetzungen fehlen, würde es die Partei für notwendig halten, wenn die Umstellung auf das neue System nur schrittweise vorgenommen werden würde, je nachdem, wo die notwendigen Voraussetzungen bereits vorhanden sind. Außerdem müßte, wie Zuschlag darlegte, die Einführung der gemischten Unterrichtssprache in der ersten Klasse beginnen, schrittweise von Klasse zu Klasse ausgedehnt und nicht von einem auf den anderen Tag auch den Schülern in höheren Klassen vorgeschrieben werden, die bisher zumeist nur im Umfang und in der Art und Weise des Schultyps C in ihrer Muttersprache gelernt hatten.²³⁸

Während der Vorbereitungen zu den Wahlen erhielt das Deutsche Landeskomitee niederschmetternde Berichte über die Lage in den vornehmlich von Deutschen bewohnten Wahlbezirken. Die Regierung hatte — auf Wunsch der deutschen Regierung — ermöglicht, daß sich die Kandidaten des Volksbundes der Deutschen in Ungarn bei den Wahlen um Mandate der Regierungspartei bewerben konnten, und auf diese Weise gelangten zwei ihrer Kandidaten auch ins Parlament.

Die Führung des Volksbundes nahm zugleich notgedrungen zur Kenntnis, daß Deutschland seinen Einfluß in der Angelegenheit des Ungarndeutschtums bei der ungarischen Regierung nur zum Teil durchsetzen konnte. Teleki ließ zwar vor den Wahlen am 13. April 1939 das Statut des Volksbundes genehmigen, doch ähnelte dies kaum dem eingereichten Entwurf: Anstelle einer das gesamte Ungarndeutschtum und alle Lebensbereiche und Tätigkeitssphären umfassenden Volksgruppenorganisation wurde in Wirklichkeit ein zweiter Kulturverein genehmigt, unabhängig von dem der Ungarländische Deutsche Volksbildungsverein auch weiterhin bestehen blieb und eine etwas höhere staatliche Unterstützung als bisher erhielt.²³⁹

Die Sozialdemokratische Partei nahm mit Genugtuung zur Kenntnis, daß Teleki der Organisierung der Nationalitäten auf volksgruppenrechtlicher Grundlage den Riegel vorschob. Zugleich mußte sie aber auch die fortdauernde Behinderung der Organisierung der Sozialdemokraten unter den Nationalitäten, vor allem in den wieder angegliederten Gebieten Oberungarns und des Karpatenlandes zur Kenntnis nehmen. Nur einige slowakischsprachige Parteiorganisationen versuchten sich neu zu organisieren. Der Parteisekretär von Kaschau, Géza Borovszky, verfaßte ein Flugblatt in slowakischer Sprache und gab es in 5 000 Exemplaren heraus. Auf seinem Flugblatt „Das Ziel und die Forderungen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in Ungarn“, mit dem er sich im Geiste des

²³⁸ Wilhelm Zuschlag: Ziele und Forderungen der deutschsprechenden Sozialdemokraten in Ungarn. Budapest 1939, S. 8—13.

²³⁹ Loránt Tilkovszky: Ungarn und die deutsche Volksgruppenpolitik...

Parteitag vom Januar 1939 für die Notwendigkeit der Unabhängigkeit des Landes und demokratischer Reformen einsetzte, widmete Borovszky der „Lösung der Nationalitätenfrage“ einen besonderen Abschnitt. Darin hieß es, der Partei, die sich konsequent für die Interessen der in den Nachfolgestaaten lebenden ungarischen Minderheiten eingesetzt hat, kommt voll und ganz die moralische Berechtigung zu, ihre Stimme auch im Interesse der Minderheiten in Ungarn zu erheben. Während aber in der erwähnten Broschüre von Zuschlag, in der nur die Bedingungen und Bedürfnisse der deutschen Minderheit berücksichtigt wurden, der auf der Schulverordnung für die Minderheiten von 1935 basierende Versuch einer Regelung aufgrund der schlecht vorbereiteten Durchführung kritisiert und die Ausschaltung der Willensäußerung der Eltern bemängelt wurde, richtete sich die Kritik von Borovszky, der sich aus slowakischer Perspektive mit dieser Frage beschäftigte, darauf, daß anhand der Verordnung aus dem Jahr 1935 der Muttersprache der Minderheiten im Unterricht entsprechender Raum von vornherein nur auf die Volksschule beschränkt gewährt wird, wobei doch auch slowakische Ober-, Hoch- und Fachschulen notwendig wären, in denen mit Ausnahme der ungarischen Sprache und Geschichte alle Fächer auf slowakisch unterrichtet würden. Außerdem wurden die Einrichtung einer staatlichen slowakischen Lehrerbildungsanstalt sowie die Einrichtung slowakischer Lehrstühle an den ungarischen Hochschulen für notwendig erklärt.²⁴⁰

Die Parlamentswahlen Ende Mai erstreckten sich nicht auf die wieder angegliederten Landesteile Oberungarn und das Karpatenland. Borovszky ging in seiner slowakischsprachigen Flugschrift davon aus, daß in diesen Gebieten Nachwahlen mit einer Verspätung von einigen Monaten stattfinden würden. Doch Borovszky konnte nicht einmal mit dem Verteilen seiner Flugschriften beginnen, weil die Behörden alle gedruckten Exemplare schon in der Druckerei beschlagnahmten.²⁴¹

²⁴⁰ PI Archív, FBS, III/2/1937/3483; *Gejza Borovszky: Ciel' a požiadavky slovenského sociálnedemokratického robotníctva v Uhorsku* (Irrtümlich in das Jahr 1937 eingereiht).

²⁴¹ PI Archív, Fond 651, Bündel 2, 1940—7—5048.

DIE REAKTION AUF HITLERS UMSIEDLUNGSPLAN
UND DIE NATIONALITÄTENPOLITISCHEN FOLGEN
DER REVISIONISTISCHEN GEBIETSZUNAHME
(1939—1941)

Die im Zusammenhang mit dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges getroffenen außerordentlichen Maßnahmen versuchte die Teleki-Regierung sowohl zur Eindämmung der linken als auch der ultrarechten Kräfte zu nutzen. Sie behinderte den organisatorischen Ausbau des Volksbundes und die unter dem slowakischen faschistischen Einfluß begonnene Organisierung unter den Slowaken, doch geschah dies bei weitem nicht so unnachgiebig und konsequent wie die Verhinderung der Tätigkeit der Sozialdemokraten in den Nationalitätengebieten. Zuschlag führte in seinem Lagebericht von Mitte Oktober 1939 aus Oberungarn aus, daß die Art und Weise, wie die ungarischen Behörden die Rechte der slowakischen Minderheit mißachteten, diese in die Arme des slowakischen Faschismus treibt. In dem an die Sowjetunion grenzenden Karpatenland gibt es — und er hielt dies für ein Warnzeichen — „ein äußerst großes Warten auf die Russen“: von den von der polnischen Herrschaft befreiten ukrainischen Gebieten her „weht jetzt der dynamische Wind der Bodenreform aus der Nähe!“²⁴² Der slowakische Faschismus versuchte bald auch unter den „Volksgenossen“ in Békéscsaba Fuß zu fassen, Ferenc Szeders Aufmerksamkeit erregte dort aber eine andere „besorgniserregende Erscheinung“. Ein anhand der Nationalität allein nicht ausreichend erklärbarer Stimmungsumschwung hat sich in der bisher sehr disziplinierten Seele der Menschen vollzogen: „Sie blicken nach Moskau, von wo sie die Verwirklichung ihrer Hoffnungen erwarten.“²⁴³

Die Sozialdemokratische Partei wollte die Regierung auf die Gefahren aufmerksam machen und hoffte, diese wird sie früher oder später als nützlichen Helfer in ihre Aktionen zur Beseitigung der allgemeinen Schwierigkeiten miteinbeziehen. Eine außergewöhnliche Gelegenheit bot sich zur Schwächung der aus Volksbund und Pfeilkreuzlern bestehenden „fünften Kolonne“ durch die Wirkung, die das von Hitler im Oktober 1939 verkündete großangelegte Umsiedlungsprogramm auch in Ungarn hervorrief, die Ankündigung, er werde die in verschiedenen Ländern verstreut lebenden, der Assimilation ausgesetzten deutschen „Volksplitter“ vor diesem Schicksal bewahren, indem er sie in die durch das Deutsche Reich von Polen eroberten Gebiete umsiedeln werden wird. Das schockierte die

²⁴² PI Archiv, Fond 658, Bündel 5, Posten 205, Wilhelm Zuschlags Bericht, 14. Oktober 1939.

— Die Rote Armee hat den Landnahmebewegungen des Agrarproletariats und des armen Bauerntums gegenüber den polnischen und ukrainischen Großgrundbesitzern den Weg gebahnt.

²⁴³ Ebd., Ferenc Szeders Bericht, 2. Januar 1940.

Betroffenen und das Erinnern an das Hitlerische Programm konnte ein wirksames Mittel zur Abbremsung der nazistisch-pangermanischen Agitation werden.²⁴⁴

Im Verlauf des Monats November 1939 wurde in der Zentrale der Sozialdemokratischen Partei darüber beraten, die eingetretene Lage zur aktiven Propaganda in den von Deutschen bewohnten Gebieten Ungarns zu nutzen. Aufgrund einer Vereinbarung mit Árpád Szakasits teilte Parteisekretär József Tolnai auf der Sitzung des Exekutivkomitees der Parteiorganisation von Pécs am 22. November „als äußerst interessante Sache mit, daß die Parteizentrale die in den Gebieten mit ungarndeutscher Minderheit lebenden Parteimitglieder zum Weihnachtsfest zu einer Beratung nach Budapest einlädt. Laut Plan wird das Zentralsekretariat die Nachteile der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland schildern und ihr Schicksal in den düstersten Farben darstellen, falls sie etwa nach Deutschland umsiedeln müßten. Das Ziel ist, daß sich unsere Schwaben gegen Hitlerdeutschland wenden und jeden pangermanischen Hetzer aus ihren Gemeinden vertreiben.“ Tolnai kündigte an, dieser Budapester Beratung würden Bezirkskonferenzen vorangehen, auf den Wilhelm Zuschlag und Péter Bechtler, der Nationalitätensekretär der Partei, die Referenten sein werden.²⁴⁵

Aus den Berichten über die am 10. Dezember in Pécs und Bátaszék abgehaltenen Bezirkskonferenzen geht in erster Linie hervor, daß die Teilnahme weit hinter den Erwartungen zurückblieb, worin sich die äußerst geschwächten Positionen der Partei und ihre große Isolierung in den von Deutschen bewohnten Gebieten, die in den Bannkreis des Hitlerismus geraten waren, wahrheitsgetreu widerspiegelt. Nur sechs von den eingeladenen 70 Sozialdemokraten aus der Umgebung von Pécs erschienen zu der Konferenz in Pécs (in Vertretung von Nagyárpád, Pécsbányatelep, Püspöknádasd, Pécsudvard und Pécsvárad). Diese „meldeten übereinstimmend, daß das Deutschtum in der Umgebung von Pécs ausnahmslos aus Hitlerverehrern besteht“, und die wenigen Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, die in den von Deutschen bewohnten Gebieten zu finden seien, benötigen eher selbst Schutz, als daß sie die Bevölkerung auffordern könnten, „wenn ein pangermanischer Agitator zu ihnen kommt, sie ihn dann vertreiben sollen“. Sie hielten es aber für möglich, aufklärende Flugblätter zu verteilen, wobei sie sich auch dafür einsetzten, daß die Partei solche herausgeben soll. Die 35 Teilnehmer der in Bátaszék durchgeführten Bezirkskonferenz waren Bauindustriearbeiter aus der verhältnismäßig stärkeren örtlichen Organisation der SDP. Sie konnten vor allem über das Verhalten dieser Schicht berichten, innerhalb der volksdeutschen bäuerlichen Schicht besaß die Sozialdemokratische Partei auch dort keinen Einfluß.²⁴⁶

In seinem deutschsprachigen Referat deutete Zuschlag sowohl in Pécs als auch in Bátaszék Hitlers Umsiedlungsaktion als geschäftliches Unternehmen, das durch den Schadenersatz, den der Staat für die Güter der aussiedelnden deut-

²⁴⁴ Loránt Tilkovszky: Ungarn und die deutsche Volksgruppenpolitik ..., S. 60.

²⁴⁵ PI Archiv, Fond 651, Bündel 2, 1940—7—5048, Bericht der Polizeioberrhauptmannschaft der Provinz, 29. November 1939.

²⁴⁶ Ebd., Fond 658, Bündel 5, Posten 205, Wilhelm Zuschlags Bericht, 14. Dezember 1939.

schen Bauern in Gold und Naturalien zahlen muß, großen Gewinn bringen wird, zugleich aber die Umsiedler in den besetzten polnischen Gebieten in ungewisse Verhältnisse bringt, wo im Grunde „jeder sein Leben von vorn beginnen muß“. Seiner Meinung nach wolle Hitler nur die „reichen und begüterten Schwaben umsiedeln“, die bereits am eigenen Leibe verspüren können, was das System der deutschen Befehlsherrschaft bedeutet: „Das würde unseren, an die individuellen Freiheitsrechte gewöhnten Schwaben kaum gefallen.“ Zuschlag führte in seinem Referat auch aus, daß „die ungarische Regierung ... diese Aktion mit einem ungu- ten Gefühl (beobachtet), denn die Entschädigung für die Ausgesiedelten stellt eine riesige Belastung für die staatliche Schatzkammer dar. Demgegenüber stimmt die Klasse der Grundbesitzer dem Aussiedlungsplan zu, weil sie hofft, daß die Besitzlosen die zurückgelassenen Höfe erhalten werden und ihr eigener Grund- besitz so von der Bodenreform verschont bleibt.“²⁴⁷

Die Umsiedlungsaktion der Nazis als eine gewinnbringende geschäftliche Unternehmung hinzustellen, kann eher als Propaganda denn als begründet be- trachtet werden: Zu diesem Zeitpunkt war es noch nicht möglich, sich ein Bild vom tatsächlichen Ausmaß der Umsiedlungskosten (inklusive Schaffung der neuen Lebensbedingungen) und der Entschädigung zu machen. Zuschlag behaup- tete, daß die ungarische Regierung es für unvorteilhaft halte, in dieses Geschäft einzusteigen, dem jedoch Horthys Brief an Hitler vom 3. November 1939 deutlich widersprach, in dem Horthy — da die deutsche Regierung bis dahin noch kein offizielles Angebot gemacht hatte — die Frage der Umsiedlung im Zusammen- hang mit den Ungarndeutschen selbst aufwarf. Zuschlag irrte sich darin, daß die Größenordnung der als Entschädigung für die zurückbleibenden Güter zu zahlenden Beträge die ungarische Regierung von vornherein vor dem Abschluß eines Umsiedlungsabkommens zurückschrecken ließ. Als sicher war anzunehmen, daß sich die ärmeren Schichten zur freiwilligen Umsiedlung melden würden. Daran konnte auch die Klasse der Grundbesitzer nicht zweifeln, als sie dem Ge- danken der Umsiedlung (also nicht im Gegensatz, sondern in Übereinstimmung mit der Regierung) zustimmte, sie konnte sich die Stillung des für ihren Groß- grundbesitz gefährlichen Landhungers nicht so vorgestellt haben, daß infolge der Umsiedlung sehr viele deutsche Bauerngrundstücke für die Zwecke einer ungarischen Ansiedlung frei werden würden, sondern der Landhunger der deut- schen Armenschicht in den eroberten polnischen Gebieten vom Deutschen Reich befriedigt werden könnte. So wahr es auch sein mag, daß Hitler den erfahrenen Bauern am ehesten Siedlertugenden beimaß, doch konnte er in Wirklichkeit nicht darauf hoffen, nur mit ihrer Hilfe die eroberten polnischen Gebiete zu bevölkern und einzudeutschen. In seinem Referat vernachlässigte Zuschlag, indem er die begüterten Schichten des Ungarndeutchtums vor Augen hatte, für die ein „Alles- von-vorn-beginnen-müssen“ in der Tat abschreckend war, vollkommen die Sorgen der deutschen Armenschicht. Die sich zu Wort Meldenden machten (wenn offen- sichtlich auch stark übertrieben) darauf aufmerksam, daß die Zahl derer, die sich für die Umsiedlung interessierten, weil sie sich Land und eine gesicherte Zukunft

²⁴⁷ Ebd., Fond 651, Bündel 6, 22. Dezember 1939.

davon erhofften, ungefähr ein Drittel des Ungarndeutschtums ausmache. Auf diese Schicht traf Zuschlags Feststellung, ihr werde das deutsche System der Befehlsherrschaft nicht gefallen, überhaupt nicht zu. Diese Schicht war schon ziemlich stark Opfer der deutschen nationalsozialistischen Demagogie geworden. Unter ihnen befanden sich die eifrigsten Hitleranhänger und zu jener Zeit bildete diese Schicht noch überwiegend die Basis für den Volksbund. Das besitzende Bauertum war entschieden gegen die Umsiedlung, doch wie die Redner nachdrücklich betonten, seien sie etwa zur Hälfte, laut der offensichtlich übertriebenen Meinung anderer, zur Gänze bereits vom Hitlerismus infiziert. Die in der Umgebung von Pécs zu dieser Schicht gehören, „haben sehr große Angst vor einer Umsiedlungsaktion beziehungsweise protestieren dagegen, dennoch sind sie Hitleranhänger, weil sie möchten, daß Hitler hierherkommt, besser gesagt, dieses Gebiet Deutschland angegliedert wird“.²⁴⁸ Die „Volksgruppenführung“ selbst war gegen die Umsiedlung, vor allem insofern sie über die Schicht der Besitzlosen hinausgehen würde; sie wollte dem Ungarndeutschtum die Durchsetzung des deutschen Nationalsozialismus auf dem Heimatboden sichern.

Die Durchführung der Bezirkskonferenzen der „deutschsprechenden Genossen“ und dann die Anberaumung ihrer Landeskonferenz stellte die Reaktivierung der in den vergangenen Jahren verflachenden Tätigkeit des Deutschen Landeskomitee der Partei dar. Die Landeskonferenz fand auch jetzt außerplanmäßig statt. Der eigentlich dem Charakter einer Delegiertenkonferenz zukommenden Konferenz sollte die Form einer demonstrativen Protestkundgebung gegeben werden und den zu fassenden Beschluß „gegen die pangermanische Bewegung und den Aussiedlungsplan“ hätte eine achtköpfige Delegation dem Innenminister übergeben sollen.²⁴⁹ Bei diesen Überlegungen kam offensichtlich der Hoffnung eine Rolle zu, daß die Organisations-, die Agitations- und Propagandaarbeit der Partei, zumindest ihre gegen den Volksbund und gegen die Pfeilkreuzler gerichtete Tätigkeit seitens der Regierung eher toleriert, sie eventuell sogar unterstützt wird. Doch bereits während der Vorbereitungen mußten die Organisatoren erfahren, daß die Regierung die Demonstration gegen die Umsiedlung nicht für wünschenswert hielt. Während die Sozialdemokratische Partei Hitlers Umsiedlungsplan mit der gleichen Zurückweisung wie dem gesamten Nationalsozialismus begegnete, sah die Regierung in ihm eine Möglichkeit, sich gerade anhand eines Abkommens mit Hitlerdeutschland von dem aktivsten, „pangermanisch eingestellten“ Teil des Ungarndeutschtums zu befreien. Die Führer der Sozialdemokratischen Partei nahmen das Nein der Regierung zur Kenntnis und der Protest gegen den Umsiedlungsplan blieb aus. Die Landeskonferenz vom 17. Dezember sprengte weder in ihren Äußerlichkeiten noch ihrem Inhalt nach den gewohnten Rahmen, die gefaßten Beschlüsse wiederholten nur die früheren Entscheidungen: Es muß danach gestrebt werden, daß auch von der ungarndeutschen Bevölkerung so viele Personen wie möglich der Sozialdemokratischen Partei beitreten.²⁵⁰

²⁴⁸ Ebd., Fond 658, Bündel 5, Posten 205, Wilhelm Zuschlags Bericht, 14. Dezember 1939.

²⁴⁹ Ebd., Fond 651, Bündel 2, 1940—7—5048, Bericht der Polizeioberhauptmannschaft der Provinz, 20. Dezember 1939.

²⁵⁰ Ebd., Fond 651, Bündel 6, 5. Januar 1940.

Zum Ausbleiben des Protests gegen die Umsiedlung trug neben der sich als unbegründet erweisenden Hoffnung auf die Unterstützung der Regierung auch die aus den Erfahrungen der Bezirkskonferenzen gewonnene Erkenntnis bei, daß die Konzeption falsch war: Die Gegner des Umsiedlungsplans waren nicht unbedingt gegen Hitler und die Gefahr stellten in Wirklichkeit auch gar nicht die Hitleranhänger dar, die zu gehen bereit waren, sondern jene, die den Nationalsozialismus Hitlers auf ungarischem Boden durchsetzen wollten — die Propaganda und Stellungnahme gegen die Umsiedlung würde also die Positionen des Volksbundes nicht schwächen, sondern stärken. Diese Erkenntnis war aber an sich nicht ausreichend. Der Verzicht auf den Protest gegen die Umsiedlung hatte in der Praxis zur Folge, daß sich die Sozialdemokratische Partei in vielem der Regierungspolitik anpaßte, die statt anhand von positiven Taten zumeist durch Drohung mit der Umsiedlung den Einfluß des Volksbundes zu mindern suchte. Lajos Jandls (ein Abgeordneter der Pfeilkreuzler) denunzierende Interpellation in dieser Sache und der daraus entstandene Skandal wurde in den sozialdemokratischen Organisationen, besonders unter den Jungarbeitern heftig diskutiert.²⁵¹

Die Sozialdemokratische Partei sah den Parlamentswahlen in Oberungarn und dem Karpatenland, die bis zum 30. Juni 1940 hätten durchgeführt werden sollen, mit Erwartung entgegen. Sie erhoffte sich von der Wiedererweckung der aus der Zeit der tschechoslowakischen Herrschaft stammenden dortigen, relativ starken sozialdemokratischen Organisationen, unter ihnen auch die slowakischsprachigen Organisationen, eine Basis, anhand deren Unterstützung die Partei im Parlament stärker werden konnte. Zugleich hoffte sie auch, die vorübergehend einberufenen Abgeordneten aus Oberungarn und dem Karpatenland (jene, die als Abgeordnete slowakischer bzw. ruthenischer Nationalität auftraten) zum Teil durch die Wahl sozialdemokratischer Nationalitäten-Abgeordneter abzulösen. Im Geiste des Landesparteiausschusses der Sozialdemokratischen Partei vom Januar 1940 und der im Einklang damit herausgegebenen, sich mit den nationalen Zielen der Regierung identifizierenden Erklärung des Gewerkschaftsrates, betonten die leitenden Funktionäre der Partei, in den wieder angegliederten Gebieten Oberungarns und des Karpatenlandes, wo aufgrund der nichtkonsolidierten Verhältnisse der aus der Nachbarschaft einwirkende slowakische Faschismus und der ukrainisch-russische Bolschewismus eine besonders bedrohliche Gefahr darstellen, könnten die Sozialdemokraten dem ungarischen Staats- und Unabhängigkeitsgedanken den größten Dienst erweisen.²⁵² Teleki wußte aber das Angebot nicht zu schätzen. Die Zentrale der Sozialdemokratischen Partei stieß auch weiterhin bei dem Versuch, einen engeren Kontakt zu den sozialdemokratischen Organisationen in den wieder angegliederten Gebieten herzustellen, auf die größten Schwierigkeiten. Zur Diskussion des Entwurfs des Autonomiegesetzes für das Karpatenland, dessen Erstellung Monate gedauert hatte, wurde Bakys Pfeil-

²⁵¹ Ebd.

²⁵² OL BM res. Bündel 195, Posten 8, Nr. 5911, Polizeioberrat József Sombors Bericht: Oberungarische und karpatoukrainische Probleme, 29. Januar 1940.

kreuzlerfraktion eingeladen, die Sozialdemokratische Partei dagegen bezeichnenderweise nicht.²⁵³

Obwohl es immer neue Anzeichen dafür gab, daß die Sozialdemokraten übersehen wurden, setzte die Partei ihre Wahlvorbereitungen beharrlich fort. Sie wollte eine achtseitige Flugschrift in 50 000 slowakischsprachigen und in 30 000 ruthenischsprachigen Exemplaren herausgeben sowie ein Plakat mit Losungen, ein anderes mit einem kurzen Text drucken lassen. Anhand letzterem sollte in 12 Punkten zusammengefaßt werden, wofür die Sozialdemokratische Partei kämpft. 20 000 Plakate sollten in slowakischer Sprache und 30 000 in ruthenischer Sprache herausgegeben werden. József Büchler, Zentralsekretär der Sozialdemokratischen Partei, achtete darauf, daß die Übersetzungen von Personen gemacht wurden, die das Slowakische oder Ruthenische vollkommen beherrschten und die Plakate von der Druckerei in Kaschau bzw. in Uschgorod in großen, gut lesbaren Buchstaben gedruckt wurden. Das ruthenischsprachige Plakat sollte in blauen Buchstaben auf weißem Grund, also in den Nationalfarben, gedruckt werden.²⁵⁴

Zu den Parlamentswahlen in Oberungarn und in dem Karpatenland kam es aber schließlich nicht: Unter Berufung auf störende Umstände erklärte Teleki, sie werden auf unbestimmte Zeit verschoben. Eingegangenen Berichten zufolge hätten die Wahlen den Ultrarechten genützt. Darüberhinaus reichten die sich im geheimen mit dem Volksbund konsultierenden Pfeilkreuzler am 7. Juni 1940 im Parlament (als Geste der Anbiederung in Hinsicht auf das Deutsche Reich) zeitlich gut abgestimmt einen Gesetzesentwurf über die Regelung der Nationalitätenfrage in Ungarn nach dem Volksgruppenprinzip ein.²⁵⁵ Die Sozialdemokratische Partei meldete sofort ihren Protest an. Manó Buchinger, Mitglied der Parteileitung, erklärte in seiner Rede am 11. Juni in Pécs, mit der Einreichung des Hubay-Vágó-Gesetzesentwurfs sei die Pfeilkreuzlerpartei in der Rolle der fünften Kolonne der Deutschen aufgetreten. Er forderte die entsprechende Bestrafung der Landesverräter und rief die Sozialdemokraten zur Verstärkung der politischen Aufklärungsarbeit unter den Arbeitermassen auf.²⁵⁶ Seitens der Sozialdemokratischen Partei gehörte Géza Malasits der sogenannten Inkompatibilitätskommission des Abgeordnetenhauses an, die den Personen, die den Pfeilkreuzler-Gesetzesentwurf eingereicht hatten, das Mandat absprach. Im Zusammenhang mit diesem Fall beobachtete Malasits mit großem Unbehagen das Auflodern des ungarischen Nationalismus, der ja selbst auch ein Hindernis für die Regelung der Nationalitätenfrage war.²⁵⁷

²⁵³ Loránt Tilkovszky: *Revízió és nemzetiségpolitika Magyarországon, 1938—1941* (Revision und Nationalitätenpolitik in Ungarn, 1938—1941). Akadémiai Kiadó, Budapest 1967, S. 211, 216.

²⁵⁴ PI Archiv, Fond 658, Bündel 5, Posten 210, József Büchlers Brief an Árpád Juhász nach Kassa und an Mór Preusz nach Ungvár.

²⁵⁵ Loránt Tilkovszky: *A nyilasok törvényjavaslata a nemzetiségi kérdés rendezéséről* (Der Gesetzesvorschlag der Pfeilkreuzler zur Regelung der Nationalitätenfrage). Századok 1965, Nr. 6, S. 1247—1258.

²⁵⁶ PI Archiv, Fond 651, Bündel 6, 21. Juni 1940.

²⁵⁷ BM Archiv, Material des Kálmán-Hubay-Prozesses vor dem Volksgericht. Hubays Aufzeichnungen zu seiner Rechtfertigung. 30. Juni 1945.

Als Gegenleistung für den Zweiten Wiener Schiedsspruch (30. August 1940), der Ungarn einen weiteren Gebietszuwachs brachte — Nordsiebenbürgen und das Szeklerland —, zwang die deutsche Diplomatie der ungarischen Regierung das sog. Wiener Deutsche Volksgruppenabkommen auf, das den Ungarndeutschen ermöglichte, sich nach dem nazistischen Volksgruppenprinzip zu organisieren und offen für die nationalsozialistische Weltanschauung einzutreten. Danach fand, zu Szálasis großem Ärger, ein großer Teil der deutschstämmigen Pfeilkreuzler seinen Platz im Volksbund. Die Volksbündler, die seitens der sich nun einschaltenden nationalsozialistischen Siebenbürger Sachsen große Unterstützung erhielten, setzten sich immer mehr über das Statut des Kulturvereins hinweg und begannen nach den vom Reichsführer-SS Himmler erhaltenen Anweisungen mit dem tatsächlichen Ausbau der nazistisch-deutschen Volksgruppenorganisation. Im Herbst 1940 war der Ungarländische Deutsche Volksbildungsverein gezwungen, seine Tätigkeit einzustellen. Der Volksbund besaß nunmehr eine Monopolstellung in bezug auf das Ungarndeutschtum, dem Teleki durch einen, die Aktionen der ungarischen nationalistischen Organisationen zusammenfassenden, sog. Nationalpolitischen Dienst eine gewisse, gegen Volksbund und Pfeilkreuzler gerichtete politische Stütze zu geben versuchte.²⁵⁸

Auf den Treffen der sozialdemokratischen Parteiorganisationen im September 1940 wurde anhand einer zentralen politischen Instruktion hervorgehoben, daß die Annahme des Wiener Deutschen Volksgruppenabkommens, das der nazistischen Organisation der deutschen Minderheit Tür und Tor geöffnet hat, unter Zwang erfolgt sei. Jede nationalitätenpolitische Diskriminierung vermeidend lenkten die Anwesenden die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß die nicht-ungarische Bevölkerung des Landes wiederum um neue Nationalitäten zugenommen hat, vor allem um Rumänen.²⁵⁹ Auch József Büchler beschäftigte sich am 7. Oktober in der Zentrale der Sozialdemokratischen Partei mit dieser Frage, wo eine Konferenz für leitende Funktionäre und Sekretäre abgehalten wurde.²⁶⁰ Diejenigen Parteiorganisationen außerhalb Budapest, die nach dem Wiener Abkommen die Zunahme der Agitation der Volksbündler und der mit ihnen wetteifernden Pfeilkreuzler unmittelbar spürten, übten nachhaltigen Druck auf die Parteizentrale aus und drängten auf wirksame Gegenaktionen der Partei. Der Parteisekretär von Pécs, József Tolnai, vertrat die Meinung, daß es „angesichts der schrankenlosen pangermanischen und pfeilkreuzlerischen Aufwiegelei ... für uns nur eine Aufgabe geben“ kann: „Wir müssen unverzüglich den gesamten Parteiapparat in Gang setzen. Wir müssen die Agitatorengruppe der ‚Népszava‘ und das Frauenkomitee zusammenrufen; wir müssen die Jungarbeitergruppe wiedererwecken. Wir müssen Schulungen und Seminare beginnen. Diese müssen wir vollkommen gegen die pangermanische und pfeilkreuzlerische Aufwiegelei einstellen.“ Tolnai erfuhr von József Heim, Vorsitzender des Landesverbandes der

²⁵⁸ Loránt Tilkovszky: Ungarn und die deutsche Volksgruppenpolitik..., S. 88—117.

²⁵⁹ PI Archiv, Fond 651, Bündel 2, 1940—7—5048, Bericht der Polizeiobermannschaft der Provinz, 24. September 1940.

²⁶⁰ Ebd., Bericht der Zentralermittlungsabteilung der Gendarmerie, 16. Oktober 1940.

Bergleute, von den zunehmend schwieriger werdenden Zuständen in dem im Besitz der Deutschen Donaudampfschiffahrtsgesellschaft befindlichen Bergwerksgebiet in der Umgebung von Pécs. Laut ihrer übereinstimmenden Ansicht „könnte nur die Sozialdemokratische Partei dieser furchtbaren pangermanischen Aufwiegelei in dem Fall entgegenwirken, wenn die Behörden der gewerkschaftlichen Organisation der Bergleute keine Hindernisse in den Weg stellten“. Tolnai entschloß sich, bei den Obergespanen in dieser Richtung vorzuführen, und sollte ihm Bewegungsfreiheit zugesagt werden, dann wird er über seine Vertrauensleute sofort die Organisation einleiten.²⁶¹

Die Behörden und die Regierung waren jedoch der Ansicht, die linke anstelle der ultrarechten Organisation zu genehmigen, wäre Öl ins Feuer zu gießen. So konnte die Sozialdemokratische Partei ihre inaktiv gewordenen Organisationen nicht entsprechend neuorganisieren. Auch die Parteizentrale leistete nicht die erforderliche Unterstützung. Auf der vorab erwähnten Konferenz teilte Büchler mit, er habe die sozialdemokratischen Organisationen in den von Deutschen bewohnten Gebieten aufgerufen, im Kampf gegen den Volksbund dieselbe Taktik anzuwenden, die die Regierungspartei vermittels des führenden Notars von Soroksár angewandt hat. Der Notar habe nämlich, als sich der Volksbund auch dort auf seine konstituierende Versammlung vorbereitete, die Abhaltung der Gründungsversammlung dadurch vereitelt, daß er die führenden Volksbündler in aufklärender Form wissen ließ: Eine eventuelle Umsiedlung wird in erster Linie die Mitglieder des Volksbundes betreffen. Als Zentralsekretär Rudolf Pajor am 19. Oktober die Pécs-Organisation besuchte, empfahl er ebenfalls das bewährte Rezept aus Soroksár gegen das Vordringen des Volksbundes: „Es gäbe nur eine einzige Möglichkeit, sie von dort zurückzuhalten, wenn wir durch Flüsterpropaganda verbreiten würden, daß die Mitglieder des Volksbunds diejenigen sind, die Deutschland beim ersten Bevölkerungsaustausch austauscht.“²⁶²

Anstatt kraftvoller Aktionen und wirkungsvoller Aufklärungsarbeit der aktiven sozialdemokratischen Organisationen galt die mit der Ungarischen Partei des Lebens (MÉP) gemeinsam unternommene Angstmacherei mit der Aussiedlung als einziges Rezept, das aber offensichtlich die Sozialdemokraten nicht zu befriedigen schien, die auf dem Schauplatz der Hetze der Volksbündler lebten und sich für Gegenaktionen einsetzten. Auf der Konferenz für leitende sozialdemokratische Funktionäre und Sekretäre der Umgebung von Budapest am 4. November 1940 in der Parteizentrale antwortete Rudolf Pajor auf einen Diskussionsbeitrag in diesem Sinn von Ádám Mészler aus Budakalász, daß „ähnliche Sorgen aus allen deutschsprachigen Gemeinden zu hören sind. Das dauert aber nur solange, bis die Deutschen die erste größere Niederlage erleiden.“²⁶³ Die von vornherein auf Abwarten aufbauende Taktik, deren Einschlagen aufgrund der damaligen Lage des deutschen Aggressors nicht sonderlich berechtigt war, trug dazu bei, daß die

²⁶¹ PI Archiv, Fond 651, Bündel 6, 11, 18. Oktober 1940.

²⁶² Ebd., Fond 651, Bündel 2, 1940—7—5048, Bericht des Polizeibezirkshauptmannes, Pécs, 28. Oktober 1940.

²⁶³ Ebd., Fond 651, Bündel 6, 15. November 1940.

aus der Mitgliedschaft kommenden Initiativen zum Widerstand in der Partei abgeblockt wurden. Ohne Aktionen waren, wie die Parteiorganisation von Budakalász berichtete, in der unter Einfluß der Volksbündler geratenen deutschen Bevölkerung „wenig Erfolge zu erzielen, können als so gut wie gleich Null angesehen werden“.²⁶⁴

Natürlich verfolgte die Sozialdemokratische Partei die Entwicklung hinsichtlich der Nationalitätenfrage aufmerksam. So, daß Anfang Februar 1941 eine neue Verordnung erlassen wurde, anhand deren die Schulverordnung aus dem Jahre 1935 außer Kraft gesetzt und vom einheitlich gemischtsprachigen Unterricht zu den in der Verordnung vom Jahre 1923 ausgewiesenen 3 Typen der Minderheitenvolksschule zurückgekehrt wurde, die den Elternkonferenzen wieder die Möglichkeit der Wahl sicherten. Hinsichtlich der in den wieder angegliederten Gebieten lebenden slowakischen, rumänischen und deutschen Minderheiten trat zu Recht das Bedürfnis auf, die Muttersprache der Minderheiten im gleichen Umfang wie im Rahmen des Schultyps A als Unterrichtssprache zu verwenden, anhand des Schultyps B und C konnten aber gleichzeitig die Bedürfnisse der Schichten befriedigt werden, die der ungarischen Sprache in ungarischer Umgebung größeres Gewicht beimaßen, schon stärker magyarisiert waren und sich weiter assimilierten (z. B. die Arbeiterschichten). Die Sozialdemokratische Partei, die auf die in der Tat differenzierten Ansprüche hingewiesen und die Befragung der Eltern aus dem Aspekt der Demokratie und der Selbstbestimmung für unerlässlich gehalten hatte, war mit der Verordnung zufrieden. In bezug auf die nazistische Volksgruppenorganisationen verhielt es sich nicht so: Der Volksbund und die Slowakische Einheitspartei (*Strana Slovenskej Narodnej Jednoty*) in Ungarn protestierten gegen den Schultyp B, vor allem aber gegen den Typ C und waren auch gegen die freie Willensäußerung der Eltern. Doch ihnen ging es nicht nur um die Frage der Unterrichtssprache, sondern viel mehr um den Geist des Unterrichts. In den staatlichen, konfessionellen und Gemeindevolksschulen vom Typ A, B und C für die Minderheiten wurde im traditionell nationalistischen „ungarisch-patriotischen Geist“ erzogen, der selbst auch die Charakteristika des ungarischen konterrevolutionären Geistes aufwies und in den wieder angegliederten Gebieten in den schnell ausgleichenden früheren entnationalisierenden Einflüssen seine Berechtigung fand. Diesen standen die Sozialdemokraten selbstverständlich kritisch gegenüber, während der Volksbund in den Schulen, die er gestützt auf das Wiener Volksgruppenabkommen gegründet hatte und unterhielt, mit deutschem Rassenstolz Erziehungsarbeit leisten konnte.²⁶⁵ Die Sozialdemokratische Partei griff nur deshalb nicht offen und scharf an, weil sie sich davor hütete, die „außenpolitischen Interessen“ der ungarischen Regierung zu verletzen, und ihrer Meinung nach nur abgewartet werden mußte, daß dieses in einer „Zwangslage“ abgeschlossene Abkommen und seine Konsequenzen ihre Gültigkeit verloren.

²⁶⁴ Ebd., Fond 658, Bündel 9, Posten 7, Bericht über die Sitzung des Exekutivkomitees der Parteiorganisation Budakalász (ohne Datum).

²⁶⁵ *Loránt Tilkovszky: Ungarn und die deutsche Volksgruppenpolitik...*, S. 130—132.

In diesem Konflikt, der sich zwischen den Anhängern der traditionell politischen Idee von der ungarischen Nation und den Propagandisten der deutschen (und slowakischen) völkischen Auffassung von der Nation besonders anlässlich der Volkszählung im Februar 1941 zuspitzte, blieb die Sozialdemokratische Partei im Hintergrund. Hinsichtlich ihres Standpunkts ließ sie aber, der bisher vertretenen Auffassung zufolge, keinen Zweifel aufkommen: Die Ungarn nichtungarischer Muttersprache sollen bei der Volkszählung frei zu ihrer Muttersprache und Nationalität — anhand dessen sie auch ihren Rechten nach der Muttersprache Geltung verschaffen können — bekennen können. Bei der Erklärung der Nationalität aber darf ihre Volkszugehörigkeit nicht bestimmend sein, im politischen (staatsrechtlichen) Sinn sind auch sie Teil der einheitlichen ungarischen Nation. In Hinsicht auf die beiden Grundtypen des damaligen Begriffs von der Nation (nach dem französischen bzw. deutschen Modell) wäre gleichermaßen eine kritische Analyse und Bewertung notwendig, dennoch konnte unter den gegebenen Umständen die Stellungnahme gegen das Vordringen der deutschen Auffassung von der Nation in bezug auf die Verteidigung der Unabhängigkeit des Landes und gegen das Eindringen ebenso wie die Ausbreitung des Nazismus als ausgesprochen positive Erscheinung bewertet werden. Zugleich war es eine später mit schwerwiegenden Konsequenzen einhergehende, grobe Vereinfachung (von der auch die Sozialdemokraten nicht frei waren), alle Deutschsprechenden, die sich auch zur deutschen Nationalität bekannten, als ausgesprochene Vaterlandsverräter und der ungarischen Staatsbürgerschaft für unwürdig zu erklären. Denn die Ungeklärtheit der Begriffe und der Umstand, daß der Art und Weise der Erklärung keine Bedeutung beigemessen und die sich darauf beziehende ungarische nationalistische Propaganda nicht ernst genommen wurde oder sie geradezu abstoß, dürfte bei der Entscheidung der Ungarndeutschen eine weit größere Rolle gespielt haben als irgendein bewußtes Bekenntnis zu Deutschland und zur deutschen „Volksgruppenorganisation“ in Ungarn, für den Volksbund, obgleich die deutschen „Erfolge“ und die Propaganda der Volksbündler ihre Wirkung taten.²⁶⁶

Die Sozialdemokraten waren sich darin einig, diejenigen in Schutz zu nehmen, die sich zu ihrer nicht ungarischen Muttersprache bekannten. Dies war desto höher einzuschätzen, da die von extremen Übertreibungen nicht freie ungarische nationalistische Propaganda hier und dort auch schon diese angriff. Doch ein großer Teil der Sozialdemokraten vertrat auch selbst die Meinung, wenn Hitler im Rahmen des von ihm verkündeten Programms der „deutschvölkischen Flurbereinigung“ Ungarn ein konkretes Angebot zur Umsiedlung der Ungarndeutschen macht, dann seien in das zwischenstaatliche Abkommen nicht nur die Angehörigen des Volksbundes samt ihren Familien aufzunehmen, sondern alle, die sich bei der Volkszählung im Jahr 1941 zur deutschen Nationalität bekannt haben. Anhand dieser, sich unter den Verhältnissen der Volkszählung von 1941 herausgebildeten Ansicht wurde der Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei in der Nationalitätenfrage mehr oder weniger dahingehend modifiziert, daß das

²⁶⁶ Ebd., S. 133—139 u. 150—151.

Ungarndeutschtum nunmehr auch selbst als in zwei, scharf voneinander abgeordnete Lager zerfallen zu betrachten ist: Mit dem Lager derjenigen, die sich zur deutschen Nationalität bekannten — von denen sich das Land ohnehin bei der ersten sich bietenden Gelegenheit befreien würde — beschäftigte sie sich nicht in konstruktiver ernsthafter Form. Sie interessierten sich nur für den Teil der Ungarndeutschen, der „dem Vaterland treu war“, und den wollten sie vor dem Einfluß der Volksbündler schützen. Und diese wollte die Sozialdemokratische Partei anhand des Einsatzes für ihre Rechte auf die Muttersprache — gemeinsam mit den anderen Nationalitäten des Landes — für den Kampf um Demokratie und Freiheitsrechte (darunter den um die Nationalitätenrechte) im Rahmen des ungarischen Staates gewinnen. Die prinzipiell gleiche Behandlung der Nationalitäten des Landes kam weder in der praktischen Nationalitätenpolitik der Regierung noch in der Politik der Sozialdemokratischen Partei zur Geltung: Die deutsche Volksgruppenpolitik, anhand deren der ungarndeutschen Minderheit eine besondere und außergewöhnliche Stellung versprochen und gesichert werden konnte, bot zugleich vermittels Hitlers Umsiedlungsplans eine besondere und außergewöhnliche „Lösungs“-Möglichkeit der Spannungen. Die Rumänen, Slowaken und anderen nicht ungarischsprachigen Minderheiten, die sich bei der Volkszählung im Jahr 1941 zur rumänischen, slowakischen oder zu einer anderen Nationalität bekannt hatten, wurden weder allgemein noch in der Beurteilung der Sozialdemokraten zu auszusiedelnden Vaterlandsverrätern, allein schon deshalb, weil zu erwarten war, daß die ungarischen Minderheiten in den Nachbarländern aufgrund der Gegenseitigkeit das gleiche Los ereilen würde.

Trotzdem war der Standpunkt der Sozialdemokraten in der Nationalitätenfrage — auch in bezug auf die deutsche Nationalität — nicht einheitlich. In der „Népszava“ wurden Artikel abgedruckt, in denen die Aussiedlung als Lösung überhaupt nicht in Betracht gezogen wurde. Noch am Tag der Volkszählung, am 13. Februar 1941, war József Jungers Artikel über die Minderheitenfrage abgedruckt worden. Darin stellte er unter anderem fest, daß das Beharren auf der Behandlung der Nationalitätenprobleme als souveräne innere Angelegenheiten in der Zwischenkriegszeit durch die Schwäche der zur Kontrolle berufenen internationalen Organe zunehmend zu einem Hindernis für die Lösung geworden ist. Die nationalen Minderheiten versuchen deshalb nach der Unterstützung äußerer Mächte gleichen Volkstums auf die Führung ihres eigenen Staates einzuwirken, woraus sich neue, noch schwerwiegendere Probleme und Möglichkeiten für die Einmischung von außen ergaben. Nach diesem Krieg müssen seiner Meinung nach „die Staaten... vor allem selbst die Minderheitenfrage nach ihren eigenen Gegebenheiten regeln“, doch unter unerläßlicher wichtiger und wirksamer internationaler Garantierung der Nationalitätenrechte. Diese beiden Bedingungen sind nicht nur miteinander vereinbar, sondern bildeten zusammen die wirkliche Lösung. In bezug auf die Lösung der Frage in Ungarn hält es der Autor des Artikels für erwägenswert, das Grundgesetz XLIII aus dem Jahr 1868 von Ferenc Deák und József Eötvös so weiterzuentwickeln, daß nicht nur individuelle, sondern auch kollektive Nationalitätenrechte anerkannt und in konkreter Form

in die Verfassung aufgenommen werden.²⁶⁷ Mehrere ungarische Experten für internationales Recht sondierten in jener Zeit die Minderheitenfrage bereits in dieser Hinsicht, wobei sie ganz offensichtlich der Umstand behinderte, daß die Deutschen (und die Slowaken) das „Volksgruppenrecht“ zur zeitgemäßen und allein befriedigenden Form der Garantierung der kollektiven Nationalitätenrechte erklärten, das im Rahmen der unter dem Einfluß des deutschen bzw. des slowakischen Staates ausgebauten „Volksgruppen-Autonomie“ eine weitgehende „völkische Absonderung“ ermöglichte, das Gastland der Minderheiten aber kaum Macht über sie ausüben konnte.

Infolge des neuen Gebietszuwachses in Südungarn im April 1941, der — unter anderem auch trotz des Protestes der Sozialdemokratischen Partei — unter Verletzung des erst kurz davor abgeschlossenen ungarisch-jugoslawischen Vertrages über „ewige Freundschaft“ im Zusammenhang mit der deutschen militärischen Aggression erfolgt war, nahm der Anteil der Nationalitäten in Ungarn um Massen von Südslawen zu. Durch die Einbeziehung der gut organisierten Batschka-Deutschen wurde der Volksbund, damals die Volksgruppenorganisation des zur größten deutschen Minderheit in Europa gewordenen Ungarndeutschtums, noch stärker und erhielt einen entschiedeneren nazistischen Charakter.

Lajos Jordáky, ein Sozialdemokrat aus Klausenburg, betonte auf das nachdrücklichste, daß die Bedeutung der Nationalitätenfrage im größer gewordenen Ungarn zugenommen habe, und setzte sich gegenüber denjenigen, die abzuwarten vorschlugen, für eine richtig verstandene, den ungarischen nationalen Interessen in keiner Weise widersprechende Lösung ein. In seinem, im Mai 1941 in der „Népszava“ veröffentlichten Artikel rief er die Nationalitäten in Ungarn dazu auf, sich nicht aufgrund ihres über die Grenzen hinweg ausbreitenden Volkstums unter fremden und in Wirklichkeit volksfeindlichen Einflüssen zu organisieren, sondern im Zusammenschluß mit den fortschrittlichen Kräften Ungarns ihre Rechte und ihr Wohlergehen zu suchen.²⁶⁸

In deutscher Hinsicht versuchte das Deutsche Landeskomitee der Sozialdemokratischen Partei auch weiterhin, zumindest dort, wohin sein Einfluß reichte, vor allem in den deutschen Dörfern in der Umgebung der Hauptstadt seine Mitglieder, die deutsch sprachen oder deutscher Abstammung waren, gegen die Volksbündler zusammenzufassen. Zu diesem Zweck führte es am 18. Mai 1941 in Budaoörs mit den aus den Gemeinden um Budapest Erschienenen eine **Besprechung** durch. Die Positionen der Sozialdemokratischen Partei waren jedoch auch in Soroksár, wo sie früher noch über eine relativ starke sozialdemokratische **Organisation** verfügt hatten, aussichtslos geworden, dort wo laut Bericht des örtlichen Exekutivkomitees der Partei nun „Volksbund, Pfeilkreuzler und alles mögliche

²⁶⁷ Népszava, 13. Februar 1941, József Junger: A kisebbségi kérdés (Die Minderheitenfrage).

²⁶⁸ Népszava, 25. Mai 1941, Lajos Jordáky: Népi egységet! (Volkseinheit!). — Vgl. **Dániel Csatári**: Forgószeiben (Magyar—román viszony 1940—1945) (Im Wirbelwind [Ungarisch-rumänisches Verhältnis 1940—1945]). Akadémiai Kiadó, Budapest 1969, S. 76.

politische Gezücht toben“, so daß es im Einverständnis mit der Parteizentrale bei den in Kürze auszuschreibenden Gemeindewahlen nicht antreten will.²⁶⁹

József Junger schrieb in seinem Artikel „Arbeiterschaft und Nationalitätenfrage“ in der „Népszava“, in der ungarischen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung mangelt es den ungarischen Arbeitern in bezug auf die Nationalitätenfrage an Gefühl und sie zeigen Gleichgültigkeit. Sie erkennen deren Bedeutung nicht und sehen die mit der Nationalitätenfrage zusammenhängenden Aufgaben nicht. Junger wies darauf hin, daß der Arbeiter, der zu den nationalen Minderheiten gehört, neben der Klassenunterdrückung auch der nationalen Unterdrückung unterliegt und „so um seine Befreiung auch Forderungen stellt, anhand deren er auch seine Benachteiligung aufgrund seiner Nationalität aufheben will“. Wenn die ungarische Arbeiterschaft den Kampf um die gemeinsame Lösung der miteinander verflochtenen Aufgaben der sozialen und nationalen Befreiung — was geradezu ihre Mission ist — nicht auf sich nehmen will, sondern den Standpunkt eines „sich im luftleeren Raum bewegenden, unproduktiven Antinationalismus“ einnehmen würde, hätte sie das Feld der rumänischen, slowakischen usw. Bourgeoisie zu überlassen, was zur Folge haben würde, daß die nationalen Minderheiten in Ungarn „in die durch die einseitigen Klassenaspekte bestimmten Nationalitätenkämpfe des Bürgertums hineingerissen und zum Schleppenträger dieser Klassen werden“. Mit Recht berief sich der Verfasser darauf, „daß die ungarische Arbeiterschaft in dieser Hinsicht sehr schöne Traditionen“ hat, was die Nationalitätenkomitees der Sozialdemokratischen Partei bezeugen können, von denen das Deutsche Landeskomitee auch unter den veränderten Verhältnissen nach dem Ersten Weltkrieg erhalten geblieben ist und sachdienliche Aufgaben erfüllt hat.²⁷⁰

²⁶⁹ PI Archiv, Fond 658, Bündel 9, Posten 34, Die Korrespondenz des Sekretariats der SDP mit der Parteiorganisation Soroksár, 12. Mai, 9. Juni, 1. Juli 1941.

²⁷⁰ Népszava, 3. Juli 1941, József Junger: Munkásság és nemzetiségi kérdés (Arbeiterschaft und Nationalitätenfrage).

DAS DILEMMA VON ABWARTEN ODER INITIATIVE
IN DER NATIONALITÄTENPOLITIK DER PARTEI
(1941—1943)

Der letztgenannte Artikel der „Népszava“ erschien erst, nachdem die im Interesse ihrer revisionistischen Gebietsansprüche Deutschland zunehmend verpflichtete ungarische Regierung das Land nun auch in den Angriff auf die Sowjetunion hineingedrängt hatte. Dieser Schritt brachte innenpolitisch einen ungeheueren Vorstoß der extremen Rechten und ihre wilden Attacken für ein Verbot der Sozialdemokratischen Partei mit sich.

Die Versammlung des Volksbundes in der Pester Redoute im Oktober 1941 fand in einem Ton statt, der eine allgemeine Empörung zur Folge hatte. Der Sekretär des Landeskomitees der Jugend der Sozialdemokratischen Partei, Endre Ságvári, zog — wie in dem Polizeibericht über seinen Rechenschaftsbericht in Budakalász festgehalten wurde — daraus die Schlußfolgerung, daß die Zeit reif ist für die sozialdemokratische Parteiagitation in den von Deutschen bewohnten Gebieten im Zeichen des ungarischen Unabhängigkeitsgedankens.²⁷¹ Die in der Sozialdemokratischen Partei illegal tätigen Kommunisten traten am aktivsten für die Unabhängigkeitsagitation ein und schlugen vor, bei der Agitation auch Tibor Eckhardts Proklamation, des inzwischen nach Amerika gegangenen, ehemaligen Vorsitzenden der Unabhängigen Partei der Kleinen Landwirte, heranzuziehen. In Reaktion auf Roosevelts und Churchills sog. Atlantik-Charta hatte er eine bestimmte ungarische Unabhängigkeitsbewegung angeregt. Neben den wichtigen, im Geiste des Unabhängigkeitsgedankens, an den Gräbern von Kossuth und Táncsics durchgeführten Novemberdemonstrationen auf dem Budapester Kerepes-Friedhof, wurde auch der gegen den Volksbund gerichteten Tätigkeit unter der deutschen Bevölkerung Bedeutung beigemessen, wobei angenommen wurde, daß dies „auch der Regierung ... angenehm sein“ wird „und die Gendarmen ... dem kein Hindernis in den Weg legen werden“.²⁷² In Pécs, wo die Parole der Volksbündler, die Stadt ist einmal deutsch gewesen und muß es wieder werden, größte Empörung ausgelöst hatte, hoffte die Bezirksorganisation der Sozialdemokratischen Partei (nicht zum ersten und letzten Mal), die Regierung wird schließlich einsehen: „Gegen die pfeilkreuzlerische und die pangermanische Aufwiegelei kann sich die ungarische Regierung allein auf die Sozialdemokratische Partei und auf die Gewerkschaften stützen.“²⁷³ Auch Bárdossy — der neue Ministerpräsident — erlaubte jedoch nicht, daß die Sozialdemokraten ihren Einfluß

²⁷¹ PI Archiv, Fond 651, Bündel 6, 31. Oktober 1941.

²⁷² Ebd., 7., 21. November 1941.

²⁷³ Ebd., 28. November 1941.

in den von Deutschen bewohnten Gebieten durch den Kampf gegen den Volksbund ausdehnten und unter dem Vorwand des Kampfes gegen die äußerste Rechte dort eine linke, vielleicht eine extrem linke Gefahr verursachten. Anhand der Verurteilung von Eckhardts Ungarischer Unabhängigkeitsbewegung durch die gelenkte Presse wurde auch der Möglichkeit der Boden entzogen, daß die Unabhängige Partei der Kleinen Landwirte und die Sozialdemokraten Eckhardts Proklamation in Kenntnis seiner Verbindungen zur Regierung als „Schutzbrief für ihre Umtriebe benutzen können“.²⁷⁴

Seit sich Ungarn in den Krieg gegen die Sowjetunion eingeschaltet hatte, konnte sich der Volksbund ungehinderter organisieren. Unterstützt von inständigen Auftritten seitens der reichsdeutschen Regierung konnte er seine Jugendorganisation, die Deutsche Jugend, gründen, deren Statut erst acht Monate später bereits von der Kállay-Regierung genehmigt wurde. Außerdem gründete er das Sozialwerk der Volksgruppe, die Deutsche Volkshilfe, und den selbständigen Wirtschaftlichen Kriegsdienst der Heimat, die zwar ohne Genehmigung ihrer Statuten, aber frei tätig sein konnten. Wie sich sehr bald herausstellte, diente der immer stärkere Ausbau der autonomen Volksgruppenorganisation vor allem dem Zweck, die deutsche Minderheit in den Dienst der Kriegsanstrengungen des Deutschen Reiches zu stellen. Die illegale Rekrutierungsaktion, die die Waffen-SS mit Hilfe des Volksbundes schon seit dem Frühjahr 1941 durchführte, wurde im Februar 1942 in dem mit der ungarischen Regierung geschlossenen Abkommen legalisiert: Die Bárdossy-Regierung trug dazu bei, daß ein bestimmter Teil der ungarndeutschen Jugend (zunächst 20 000 Mann) im Zeichen der „deutschvölkischen Absonderung“ seinen Militärdienst nicht in der ungarischen Armee, sondern als Freiwillige bei der SS ableisten, wobei sie die ungarische Staatsangehörigkeit verloren und ihre Familienangehörigen nach dem Krieg die Möglichkeit zur Umsiedlung haben sollten.²⁷⁵ So sehr in der Sozialdemokratischen Partei auch die Ansicht verbreitet war, daß es besser ist, sich von dem Teil des deutschen Volkstums, der seinem Vaterland untreu geworden war, zu befreien, so waren doch die meisten Sozialdemokraten derselben Meinung wie Zoltán Schuller, der im Pécsér Parteilokal sagte: „Es ist für den ungarischen Staat ein Schlag ins Gesicht, daß die Deutschen in Ungarn Musterungen durchführen“.²⁷⁶ Mit großer Antipathie verfolgten die Sozialdemokraten die demagogische Propaganda des Volksbundes, anhand deren den Familienangehörigen aller zur SS Eingerückten umfangreiche soziale Unterstützung versprochen und auf diese Weise die Ergänzung für die Waffen-SS angeworben wurde. Und wenn sich nicht genügend Anwärter meldeten, dann setzte der Volksbund seine Terrortruppe, die Deutsche Mannschaft, ein. Doch die Sozialdemokraten hüteten sich — schon im Hinblick auf ihre heikle Lage — davor, sich in der Angelegenheit der Werbung für die Waffen-SS zu exponieren. Im übrigen boten sich ihnen auch immer weniger

²⁷⁴ Loránt Tilkovszky: Bajcsy-Zsilinszky és az Eckhardt-ügy (Bajcsy-Zsilinszky und die Eckhardt-Affaire). Békési Élet 1983, Nr. 2, S. 217—288.

²⁷⁵ Loránt Tilkovszky: SS-toborzás Magyarországon (SS-Rekrutierung in Ungarn). Kossuth Könyvkiadó, Budapest 1974, S. 35—72.

²⁷⁶ PI Archiv, Fond 651, Bündel 6, 10. April 1942.

Gelegenheiten, mit den ungarndeutschen Massen in Kontakt zu kommen. Ein Teil der deutschsprechenden sozialdemokratischen Parteimitglieder war sogar, wie aus Berichten hervorgeht, unter den Einfluß des Volksbundes geraten²⁷⁷ oder anhand der unaufhörlichen Belästigungen durch die Gendarmerie in die Schutz versprechenden Arme des Volksbundes getrieben worden.²⁷⁸

In einer Artikelserie, vermittels der der Versuch unternommen wurde, die in bezug auf das Land und die Partei akuten Probleme aufzudecken und die Aufgaben abzustecken, ist in der „Népszava“ im Mai 1942 ein zweiteiliger Artikel unter dem Titel „Die Nationalitätenfrage und der Sozialismus“ veröffentlicht worden. Mit dem ersten Teil wurde, indem sich der Autor allgemein mit der Nationalitätenfrage beschäftigte, beabsichtigt, Möglichkeiten zur Beseitigung der Rechtslosigkeit oder zumindest der Rechtsbeschränkung, die die Lage der Minderheiten charakterisierte, und für die Garantien zur Bewahrung der Sprache und der Kultur der Nationalitäten, aufzuzeigen. Unter Betonung des Zusammenhanges zwischen der „allgemeinen Volksfreiheit und der Freiheit der Nationalitäten“ wurde in dem Artikel erklärt, daß keine einzige nationale Minderheit von außen ihre Befreiung erwarten darf, sondern ihre Rechte im Rahmen der allgemeinen Freiheitsrechte in der einheitlichen Front der inneren Freiheit erzwingen soll. Im zweiten Teil, in dem sich der Autor bereits ausdrücklich mit der Lage der Nationalitäten in Ungarn beschäftigte, wurde die Grundthese wiederholt, daß es „keine gesonderte soziale und gesonderte nationale Gerechtigkeit der Minderheiten gibt“ und „auch die Nationalitäten ... ihre politische und kulturelle Geltung im Rahmen der allgemeinen Volksfreiheit suchen und finden (müssen)“ ebenso wie, daß „die Einschaltung außenpolitischer Faktoren vor allem gerade für die Nationalitäten schädlich ist“. Entsprechend der ungarischen politischen Auffassung von der Nation, aber statt von Nation vom Volk (im demokratisch-gesellschaftlichen Sinne) sprechend, wurde festgestellt, daß „auch die ungarischen Nationalitäten ... Mitglieder des ungarischen Volkes“ sind, so „...die Nationalitätenfrage eine innere Angelegenheit des ungarischen Volkes“ ist und sie „...immer eine innenpolitische Frage sein“ muß. Nachdem im ersten Teil bereits über die Bewahrung der Sprache und der Kultur geschrieben wurde, so ist auch im zweiten Teil darauf eingegangen worden, welche wichtige Rolle die natürliche Assimilation in der ungarischen Geschichte gespielt hat und wohl auch in Zukunft spielen wird. Die Forcierung der Assimilation wurde in dem Artikel ebenso abgelehnt wie die Bestrebungen, durch Grenzkorrekturen und Umsiedlungen das als ideal betrachtete, ethnisch homogene Land erreichen zu wollen. Gegenüber der Gliederung des Donaubeckens in kleine Nationalstaaten (was — worauf auch angespielt wird — offensichtlich den machtpolitischen Interessen Deutschlands entsprach), vertritt auch der Autor in seinem Artikel den Standpunkt des ersten Königs Ungarns, des Heiligen Stephans, den „Gedanken von der mehrsprachigen Staatseinheit“, wobei er aber betont, daß darin „das freie gleichberechtigte Zusammenleben der Nationalitäten“ verwirklicht werden muß. Die Verwirklichung

²⁷⁷ Ebd., Fond 651, Bündel 2, 1942—7—6006, Lagebericht des Soproner Polizeibezirks-hauptmannes vom Mai 1942.

²⁷⁸ *István Pintér: A szociáldemokrata párt története ...*, S. 308.

dieser „Lebensform“ läßt sich nur anhand eines sozialistischen Herangehens erreichen. Wie in dem Artikel festgestellt wurde, macht die soziale Lage der Nationalitäten in Ungarn, die schwieriger als durchschnittlich im Land (mit Ausnahme der unter Führung von Basch auch ansonsten vollkommen eigene Wege gehenden deutschen „Volksgruppe“) ist, diese „an den allgemeinen Bestrebungen der Volksfreiheit interessiert und sie werden erkennen, daß sie über die Lösung ihrer sozialen Probleme hinaus ihren politischen und kulturellen Aufstieg und das Aufblühen ihres Volkstums nur davon erwarten können“.²⁷⁹

Als sich Ministerpräsident Kállay im Juni 1942 in Hitlers Hauptquartier aufhielt, wurden ihm dort schon Wünsche für eine weitere SS-Werbeaktion vorgelegt. Kállay gab seine prinzipielle Zustimmung dazu, bat aber zugleich darum, die seiner Meinung nach die gemeinsamen Anstrengungen für den Krieg nur störende Volksbundagitation aus Berlin zu bremsen, wobei er Hitler an seinen Plan erinnerte, das Ungarndeutschtum nach dem Krieg ohnehin umzusiedeln.²⁸⁰ Im Verlauf der sich lange hinziehenden Vorbereitungen für die zweite SS-Werbeaktion in Ungarn entstand die sog. Treuebewegung, die gegen diejenigen auftrat, die statt bei der ungarischen Honvéd in der SS dienen wollten. Diese Bewegung genoß die geheime Unterstützung des Ministerpräsidiums, des Innenministeriums und des Propagandaministeriums für die Nationale Verteidigung. Sie wurde von der ungarischen beziehungsweise von der magyarisierten deutschen Intelligenz (zum großen Teil der katholischen Geistlichkeit) beeinflusst. Sie war vor allem der Regierungspartei und der Christlichen Partei verbunden, und so antinazistisch und volksbundfeindlich sie auch eingestellt war, ebenso antimarxistisch und antisozialdemokratisch war sie. Sie machte, wenn auch nicht prinzipiell, so doch praktisch, die Magyarisierung und den Verzicht auf den Unterricht in der Muttersprache zum Kriterium der Treue. Damit versperrte sie sich von vornherein die Möglichkeit, daß auch die Massen der deutschen Minderheit diese Bewegung als die ihre empfinden konnten, die ihrem ungarischen Vaterland auch so treu waren, indem sie auf ihren Nationalitätenrechten bestanden.²⁸¹ Diejenigen, die unter dem Einfluß der Propaganda der Treuebewegung — zeitlich und örtlich massenweise — aus dem Volksbund austraten, wurden größtenteils weder zu dem Zeitpunkt noch später aktive Anhänger der Treuebewegung, sondern zogen sich in die Passivität zurück.

Obwohl der Volksbund und seine durch die SS-Werbeaktion besonders betroffene Jugendorganisation, die Deutsche Jugend, vor allem die Gefährlichkeit der Treuepropaganda beschäftigte, vergaßen sie jedoch keinen Augenblick die auch von der Treuebewegung ferngehaltenen und unterdrückten Sozialdemokraten, die zwar vorerst passiv waren, potentiell aber eine Gefahr darstellen konnten. Sie behielten sie vor allem in den Bergbaugebieten und in den städtischen Betrie-

²⁷⁹ Népszava, 17., 24. Mai 1942, A nemzetiségi kérdés és a szocializmus. I. Népszabadság és nemzetiségi szabadság, II. A nemzetiségi helyzet Magyarországon (Die Nationalitätenfrage und der Sozialismus, I. Volksfreiheit und Nationalitätenfreiheit, II. Die Lage der Nationalitäten in Ungarn).

²⁸⁰ Loránt Tilkovszky: Ungarn und die deutsche Volksgruppenpolitik..., S. 203—206.

²⁸¹ Ebd. S. 227—234.

ben der von Deutschen bewohnten Gebieten im Auge, wo der Volksbund schon plante, die „volksdeutschen“ Arbeiter in einer im geeigneten Augenblick aufzustellenden deutschen Arbeiterorganisation zusammenzufassen.²⁸²

Die Sozialdemokratische Partei hielt am 13. Dezember 1942 ihren XXXIII. Parteitag ab, dessen Einberufung die Regierung unter Einfluß der Kriegereignisse (die anglo-amerikanischen Truppen waren im November in Nordafrika gelandet, die deutschen und rumänischen Truppen, die Stalingrad belagerten, waren eingeschlossen worden) unter der Bedingung genehmigt hatte, daß die Beratungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden. Im Verlauf dieses Parteitages stellte sich heraus, wie unterschiedlich die Meinungen darüber waren, ob hinsichtlich der Nationalitätenfrage weiter abgewartet werden soll oder eine möglichst baldige Initiative erforderlich ist. Wie aus dem erhalten gebliebenen Protokoll hervorgeht²⁸³, enthielt der Bericht des Generalsekretärs Ferenc Szeder zwar kein einziges Wort über die Nationalitätenfrage, aber der sich in der Diskussion zu Wort meldende Lajos Jordáky setzte sich im Namen der siebenbürgischen Sozialdemokraten in einem Beschlußentwurf über den öffentlichen Standpunkt der Partei dafür ein, daß sie die sozialistische Lösung der Nationalitätenfrage trotz des Mißbrauchs des Ausdruckes Nationalismus im Sinne eines „wahren“, „konstruktiven“ Nationalismus, der „stets bereit ist, die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes zu verteidigen, ohne andere Nationen zu unterdrücken“ als ihre Aufgabe betrachtet. Zugleich ist, wie Jordáky sagte, „die Voraussetzung der Schaffung eines demokratischen und sozialen Ungarn“..., die Gleichberechtigung der mit uns lebenden Nationalitäten und die Abschaffung des Begriffes „Minderheit“ sowie der mit diesem Begriff einhergehenden Nachteile. Auf diese „einzige ehrenhafte, annehmbare und endgültige“ Lösung müsse sich die Sozialdemokratische Partei vorbereiten.

Mehrere Delegierte schlossen sich Jordákys Wortmeldung an. Rezső Schiff aus dem Budapester Stadtbezirk Józsefváros erklärte, „in der Nationalitätenfrage gab es keine klarere Stellungnahme als die der Sozialdemokratischen Partei: Wir kämpfen für eine Staatsform, die es allen Völkern ermöglicht, ihre Kultur und Sprache frei zu pflegen“. András Szobek aus Békéscsaba sagte: „Ich bin selbst ein Angehöriger einer Nationalität, ein Slowake aus Békéscsaba, sage jedoch aufrichtig, ich fühle mich als Ungar, weil ich in der ungarischen Kultur aufgewachsen bin, bekenne mich jedoch stolz zu meiner slowakischen Herkunft. Die Nationalitätenfrage kann nur so interpretiert werden, daß jeder frei — wie er es selbst fühlt — seine Kultur pflegen darf, doch muß darauf geachtet werden, daß vom Ausland aus mit Geld keine Nationalitätenbewegung gemacht werden darf.“ Antal Klie aus dem Budapester Stadtbezirk Kispest, sprach darüber, daß der in den von Deutschen bewohnten Gebieten frei agitierende Volksbund für die Arbeiterschaft und das gesamte Ungarntum eine große Gefahr darstelle und ersuchte die Parteileitung, Mittel und Wege zu finden, damit die Sozialdemokra-

²⁸² BA (Bundesarchiv Koblenz), R 18/3334, Bericht über die Arbeit der Deutschen Jugend in Ungarn vom 1. 1. bis 1. 4. 1942.

²⁸³ PI Archiv, Fond 658, Bündel 1, Posten 36. III, Schreibmaschinenprotokoll des XXXIII. Parteitages der SDP am 13. Dezember 1942.

ten die so notwendige Aufklärungsarbeit bei den Ungarndeutschen durchführen könnten. Der auf dem Parteitag die Transportarbeiter vertretende Péter Bechtler (früher sehr aktiver Sekretär des Deutschen Landeskomitees der Partei) nahm, wie das Protokoll aussagt, „mit Genugtuung zur Kenntnis, daß die Nationalitätenfrage auf die Tagesordnung gesetzt worden ist“. Er berichtete, daß in den Gebieten, „wo Nationalitäten leben, die Beschäftigung mit dieser Frage gewünscht wird“. Er machte verständlich, daß das Ungarndeutschtum in zwei Teile zerfallen sei: Der eine Teil sind die Volksbündler, der andere ist seinem ungarischen Vaterland treu ergeben. Er bat darum, daß „die Parteiführung die Nationalitätenfrage nicht auf einen späteren Zeitpunkt verschiebt. Diese Frage steht auf der Tagesordnung und muß auf der Tagesordnung bleiben.“

Im Namen der Parteileitung brachte Manó Buchinger seine Freude darüber zum Ausdruck, daß sich Jordáky und die Sozialdemokraten aus Klausenburg der Bedeutung entsprechend mit der Nationalitätenfrage beschäftigten. „Die Nationalitätenproblematik ist in der Tat eine der Schicksalsfragen des Landes, war jedoch immer auch ein zentrales Problem des Sozialismus, denn sie hängt eng mit der Frage der Freiheit, des Rechtes und der Selbständigkeit zusammen.“

Peyer jedoch sprach offen aus, was er dachte: „Der Parteitag hat sich viel mit der Nationalitätenfrage beschäftigt. Meiner Meinung nach ist dies nun nicht das wichtigste Problem. Die Nationalitätenfrage hat zwei Teile: Der eine kann anhand der Demokratie, der andere mit Waggons gelöst werden. Denn wir haben Nationalitäten, mit denen wir keine Sorgen hatten und haben, aber auch solche, denen nicht solche Rechte gewährt werden dürfen, die sie nun genießen. Wir werden keine Differenzen mit den Rumänen, Slowaken, Serben und anderen Nationalitäten haben, aber mit den Deutschen nicht deshalb, weil wir es wollen, sondern weil sie diese Streitigkeiten ausgelöst haben und auch hier ein ‚Herrenvolk‘ sein wollen. Nach dem Krieg kommen bestimmt stürmische Zeiten, solange müssen unsere Sachen in Ordnung gebracht werden, damit wir mit den Nationalitäten zusammenleben können, von denen ich genau weiß, daß wir mit ihnen die Art und Weise der Übereinkunft finden können. Es wird jedoch eine Schicht geben, mit der nichts anderes getan werden kann, als sie aus dem Land hinauszutransportieren, so wie sie es nun überall in Europa machen.“

In seiner Zusammenfassung der Diskussion reagierte Ferenc Szeder überhaupt nicht auf das, was zur Nationalitätenfrage gesagt worden war, und Jordákys Entschließungsentwurf wurde nicht zur Abstimmung vorgelegt. In der Nationalitätenfrage blieb die Richtlinie der Parteileitung auch weiterhin abwarten anstatt Initiativen zu ergreifen. In Hinsicht auf die Politik des Abwartens wurde seitens der Deutschen, entsprechend der veränderten Kriegslage, nicht mehr mit der Möglichkeit der Umsiedlung nach Hitlers Plänen, sondern mit deren Scheitern und mit der Vergeltung der deutschen Volksgruppenpolitik gerechnet.

Viele Parteimitglieder konnten sich mit der Abwartepolitik der Parteileitung nicht abfinden. József Tolnai zum Beispiel ging im Januar 1943 zweimal von Pécs nach Bátorfő, um mit den dortigen Sozialdemokraten über den Kampf gegen den Volksbund im Rahmen der Unabhängigkeitsbewegung zu verhandeln. Bezeichnend war jedoch, daß die mit Ausweis und Abzeichen ausgestatteten Leute

von der Treuebewegung selbst ihm nachspürten: mit wem er sprach und ob er keine bolschewistische Propaganda betrieb.²⁸⁴ In der Nummer vom 10. Januar richtete das Zentralorgan des Volksbundes, die „Deutsche Zeitung“, einen Angriff gegen Aktivitäten der Unabhängigkeitsbewegung und der Sozialdemokraten, und als in einem Artikel in der „Népszava“ vom 14. Februar im Zusammenhang mit der Agrarfrage das im Jahr 1930 angenommene Agrarprogramm der Partei wieder in Erinnerung gebracht wurde, reagierte die Presse des Volksbundes noch gereizter. Vilmos Zentai (Wilhelm Zuschlag) wies in der Nummer der „Népszava“ vom 7. März die Behauptung der Volksbündler zurück, die Sozialdemokratische Partei ist in Wirklichkeit „dorffindlich“ und ebenso die Drohung, daß „das vom völkischen Geist erfaßte Bauerntum und die Landarbeiterschaft ... die Sozialdemokratie von einem Tag zum anderen hinwegfegen“ kann.²⁸⁵

In den Geheimberichten des Volksbundes, die der Bund den „zuständigen Stellen“ in Deutschland regelmäßig zur Information schickte, wurden auch solche sozialdemokratische Aktionen erwähnt, die der Volksbund besonders bestürzend und empörend fand. So wurde z. B. am 19. März 1943 über die Entlarvung sechs junger Sozialdemokraten mit deutschen Namen berichtet, die sich in die Budapester Organisation der Deutschen Jugend eingeschlichen hatten und dort Flugblätter mit der Unterschrift „Antinazi-Klub“ verteilten. Auf diesen Flugblättern mit den Parolen „Keine Gnade für Nazis!“ und „Nieder mit Hitler!“ wurde der ungarische Freiheitskampf und Partisanenkampf verkündet, ebenso wie zum Austritt aus der Deutschen Jugend aufgefordert. Unter der Überschrift: „Was will die ungarische Nation?“ wurden in sechs Punkten die Forderungen der „demokratischen ungarischen Volksfront“ angeführt: 1. Vollkommener Bruch mit der Achse, 2. Sonderfrieden, 3. Demokratische Verfassung, 4. Auflösung des Volksbundes, 5. Aussiedlung der nazistischen Schwaben und 6. Freiheit.²⁸⁶

Die Wende im Kriegsverlauf durch die katastrophale Niederlage der ungarischen Armee bei Woronesch und der deutschen Armee bei Stalingrad wirkte sich ermutigend auf die Sozialdemokratische Partei aus. Selbst die Anhänger des Abwartens kamen immer mehr zu der Überzeugung, die Partei müsse in der Nationalitätenfrage aktiv werden. Sie verfolgten aufmerksam und unterstützten die Aktion, anhand deren durch die Untersuchung der Umstände des Massenblutbades im südungarischen Gebiet im Vorjahr, durch die Forderung nach der Verurteilung der Schuldigen und dem Einsetzen für die Entschädigung der Hinterbliebenen der Opfer das Verhältnis zur serbischen Minderheit verbessert und die durch die furchtbare Tat verhängnisvoll belastete ungarische Nationalitätenpolitik wieder entlastet werden sollte. Laut der am 6. März in der „Népszava“ erschienenen, mit „Ungar und Serbe“ beginnenden Glosse, war die Nationalitätenfrage „für die

²⁸⁴ Ebd., Fond 658, Bündel 6, Posten 277, Bericht des SDP-Sekretariats Pécs vom Februar 1943.

²⁸⁵ Népszava, 7. März 1943, Vilmos Zentai: A szociáldemokrata agrárprogram (Das sozialdemokratische Agrarprogramm).

²⁸⁶ PA AA Inland II. C. 50, Hugo Binders Bericht, 19. März 1943.

Nation ein Problem von Leben und Tod“, sie müsse gelöst werden, „damit das ganze und unversehrte, in allen seinen Gliedern gesunde, erneuerte Ungarn fest im Europa von morgen steht und seine historische Aufgabe erfüllen kann“. Auch die Sozialdemokraten dachten in der Vorstellung „vom ganzen und unversehrten Ungarn“, dem oft erwähnten multinationalen Staat des „Hl. Stephan“, der jedoch eine gesellschaftliche Erneuerung durchmachen muß: „die Gültigkeit des sozialen Gedankens, die völlige Gleichberechtigung, das Verständnis, die Solidarität und die Menschlichkeit sind die Faktoren, mit denen die Nation die Nationalitäten an sich binden kann“ und allein durch sie kann sie erreichen, daß „die Nationalitäten dieses Land als ihr Vaterland betrachten“. Der Verfasser meinte, „die Nationalitäten handeln dann im Geiste der Verantwortung für die Zukunft, wenn sie schon jetzt mit den Kräften ein Bündnis schließen, die daran arbeiten, die Voraussetzungen für den Fortschritt zu schaffen“. Sie rufen die Nationalitäten des Landes auf, mit den gesellschaftlichen Kräften des Ungarntums, die sich zum „aufrichtigen Nationalismus“ bekennen, also keine Nationalität ihrer verfassungsmäßigen Rechte berauben und sogar nicht aus der Führung des Landes ausschließen wollten, ein Bündnis zu schließen und „im Verein mit den große nationale Aufgaben übernehmenden fortschrittlichen Klassen für den inneren Aufschwung des Landes, aber auch für seine Stärkung und für die Zunahme seiner Widerstandsfähigkeit einzutreten“. In Kenntnis dessen, daß sich nicht nur die in den an Ungarn angegliederten Gebieten lebenden Nationalitäten ihre unter faschistischem Einfluß als Marionettenstaaten des Deutschen Reiches (Slowakei, Serbien, Kroatien) existierenden oder als starker Vasall (Rumänien) geltenden Nationalstaaten, sondern auch die fortschrittlichen Kräfte dieser Länder die Zukunft und die Befreiung der in den genannten ungarischen Gebieten lebenden slowakischen, rumänischen und südslawischen Bevölkerung von der gesellschaftlichen und nationalen Unterdrückung nicht im Rahmen Ungarns vorstellten, wurden in der „Népszava“ Kossuths Gedanken vom Zusammenschluß der Donauländer aufgegriffen. In Anbetracht der zahlreichen, im Westen entstandenen verschiedenen Vorstellungen über eine Konföderation wurde in der „Népszava“ vorgeschlagen, die Nationalitäten in Ungarn könnten in Hinblick auf die, durch die fortschrittlichen Kräfte der betreffenden Länder nach dem Krieg zu schaffende Donaukonföderation beruhigt sein, „wenn sie Ungarn stärken, begehen sie keinen Verrat an ihren eigenen Völkern und wenden sich nicht gegen deren Länder“.²⁸⁷

Bald erschien, versehen mit Árpád Szakasits' Einleitung vom März 1943 und herausgegeben von der Sozialdemokratischen Partei ein kleines Heft unter dem Titel „Kossuths Demokratie“. In dem Heft wurde, von Tivadar Ács zusammengestellt und mit Anmerkungen versehen, der vollständige Text von drei wichtigen Werken Kossuths, die 1850/51 in der Türkei, wo sich Kossuth nach der Niedererschlagung des Freiheitskampfes aufhielt, entstanden waren, veröffentlicht: 1. Aufruf an Amerikas freies Volk, 2. Die Donaustaaten-Konföderation und die Natio-

²⁸⁷ Népszava, 6. März 1943, Magyar és szerb (Ungar und Serbe).

nalitätenfrage (Brief an László Teleki) und 3. Ungarns Verfassung (Vorschlag für Ungarns politische Organisation unter Berücksichtigung der Lösung der Nationalitätenfrage). Szakasits hob in seiner Einleitung die Bedeutung der Schriften von Kossuth für die Entwicklung der ungarischen politischen Ideologie hervor, die er anhand der selbstkritischen Untersuchung der ungarischen Nationalitätenpolitik und den konzeptionell angelegten Zielen der notwendigen Schlußfolgerungen herausarbeitete. Szakasits wies darauf hin, daß Kossuths Darlegungen, obwohl in ihren Details veraltet, in ihrer Gänze aktueller denn je zuvor sind. Seiner Ansicht nach lohnt es sich, sich damit zu beschäftigen, „anhand welcher Organisation Kossuth die Nationalitätenfrage lösen und nach welchen Grundprinzipien er neben dem Schicksal des Ungarntums auch das freie Leben der Nationalitäten sichern wollte: auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes“. Szakasits erklärte, Kossuths Konzeption, mit der er sich zur vollen Gleichberechtigung der Nationalitäten bekennt und diese durch die völlig freie Selbstverwaltung der Gemeinden und Komitate verwirklichen will, kann sich „die Sozialdemokratische Partei grundsätzlich und in großen Zügen zu eigen machen.“ Und was den Konföderationsplan betrifft, hält er ihn „dafür geeignet, allen Völkern als Werk des ungarischen politischen Genius und als weit herausragenden Beweis der staatsbildenden Fähigkeit des ungarischen Volkes“ aufzuzeigen. Als Zentrum der von den durch die Einflüsse und Einverleibungsbestrebungen der Großmächte bedrohten kleinen Donaustaaten freiwillig zu bildenden Konföderation betrachtete Kossuth selbstverständlich Ungarn, das seinen Nationalitäten weitgehende kollektive Nationalitätenrechte in Form der Autonomie in Verwaltung und Unterricht auf Ebene der Gemeinden und Komitate garantiert. Außerdem garantiert es die Interessen und die Rechte auf die eigene Sprache der dort in der Minderheit lebenden Völker und dabei auch die nicht nach Nationalitäten aufzulösende (in ein ungarisches, slowakisches, rumänisches, serbisches, deutsches und ruthenisches Land), auch Siebenbürgen umfassende Staatseinheit, die ihrem Charakter nach die ungarische Leitung des Staates bewahrt, ebenso wie auch die ungarische Sprache — in einer, die Sprachen der Nationalitäten nicht verletzenden Form — als Staatssprache beibehält. Nach dieser Kossuthschen Konzeption können einerseits die Nationalitätenkämpfe aus der Welt geschafft werden, andererseits die Mitgliedsstaaten der Konföderation der Erhaltung und Entwicklung von Nationalitäten in anderen Mitgliedsstaaten konfliktfreie Hilfe leisten.²⁸⁸

Wie in der „Népszava“ vom 14. März, in der Nachricht über die Sitzung des Landesausschusses der Sozialdemokratischen Partei zu lesen war, hatte sich auch Károly Peyer in seinem Bericht mit der Nationalitätenfrage beschäftigt. Auf der Sitzung (wie auf dem Parteitag des Vorjahres) wurde darauf hingewiesen, daß die einzelnen Nationalitäten ein unterschiedliches Verhalten zeigten, so daß auch die Politik gegenüber den Minderheiten notwendigerweise differenziert werden muß. In der Zeitung wurde selbstverständlich nur über die Lösung der Nationalitätenfrage auf demokratischem Weg geschrieben, die Waggon-Lösung, die im Zusam-

²⁸⁸ Kossuth demokráciája (Kossuths Demokratie). Budapest 1943.

menhang mit den unter Nazieinfluß geratenen Deutschen angesprochen worden war, blieb unerwähnt. Die Sitzung des Landesausschusses war vom Gesichtspunkt der Nationalitäten aus insofern wichtig, als Franz Bruder aus Klausenburg in der Diskussion den Vorschlag machte, innerhalb der Partei ein Komitee für die nationalen Minderheiten zu bilden, das sich mit allen Nationalitäten des Landes beschäftigen soll. Peyer antwortete darauf, daß dies im Aktionsprogramm der Partei enthalten sei.²⁸⁹

Wilhelm Zuschlag, der sich bescheiden nur als „die Fragen und Aufgaben der nationalen Minderheiten betrachtendes Mitglied unserer Partei“ apostrophierte, obwohl er der wirkliche Motor der Aktivitäten der Partei in bezug auf die deutsche Minderheit war und sich Jahre hindurch beträchtliche Verdienste erworben hatte, wandte sich am 26. März 1943 selbst mit einer Eingabe an die Parteileitung, derzufolge das Deutsche Landeskomitee auf dem Weg der Delegation oder der Wahl auf einer Nationalitätenkonferenz in ein Komitee für Nationale Minderheiten umgestaltet werden soll, das im Interesse aller Nationalitäten des durch Gebietszuwachs zum Vielvölkerstaat gewordenen Landes tätig sein soll. Dabei berief er sich darauf, daß die bei der Modifizierung des Statuts der Partei im Jahre 1929 vorausschauende Formulierung des Abschnitts über die Arbeit unter den Nationalitäten die Möglichkeit dazu bietet. Er wies auch darauf hin, daß seitens der Regierung großes Aufsehen um die Nationalitäten gemacht wird, als würde es Fortschritte geben, in Wirklichkeit können sie Zeugen des Aufeinanderprallens der ungarischen nationalistischen Übertreibungen und der Übertreibungen der Nationalitäten sein. In diesem Zusammenhang hat die Partei nicht nur kritische Aufgaben, sondern die Anregung von Aktivitäten ist vonnöten. Dazu muß natürlich auch festgelegt werden, was unter Nation zu verstehen ist (er empfahl, die Auffassung der österreichischen Sozialdemokraten zu beachten, vor allem die Otto Bauers, wonach die Nation eine durch das gemeinsame Schicksal geformte Kultur- und Charaktergemeinschaft ist), und daß im Rahmen der Nation die Rechte der Nationalitäten allein durch eine sozialistische demokratische Selbstregierung zu gewährleisten sind. Seiner Ansicht nach ist das Parteiprogramm von übertrieben lakonischer Kürze. In Punkt 4 werde die „volle Gleichberechtigung aller im Lande lebenden Nationen“ verlangt, seiner Meinung nach muß so bald wie möglich ein Aktionsprogramm ausgearbeitet werden, in dem auch die Unterschiede berücksichtigt werden, die sich zwischen den Bedürfnissen der Nationalitäten in den wieder angegliederten Gebieten und jenen dem Gebiet des ehemaligen Trianon-Ungarn zeigen. Laut Zuschlag gibt es auch in Hinsicht auf die wieder angegliederten Gebiete keine Berechtigung für territoriale Autonomie in Ungarn, denn das würde zur Uneinigkeit führen; im übrigen „ist das Programm unserer Partei in Richtung auf einen zentralistischen Aufbau und allein auf eine demokratische Umgestaltung des Systems von Staat, Komitat, Stadt und Gemeinde fixiert“, erklärte er in seiner Angabe. Besonders beachtenswert schien ihm, daß die Partei in ihren allgemeinen Forderungen nach politischen Freiheitsrechten den

²⁸⁹ Népszava, 14. März 1943.

Bedürfnissen der Nationalitäten besondere Beachtung schenkt und im Rahmen der Gemeinde-, Stadt- und Komitatsverwaltung für deren Durchsetzung kämpft. Hinsichtlich der Schulausbildung in der Muttersprache setzte er sich jetzt bereits für einen weiteren Schritt ein: Sie darf nicht nur auf die Volksschule beschränkt, sondern sie muß auch in der Oberschule und im Hochschulunterricht durchgesetzt werden. Die prinzipielle und praktische Ausarbeitung aller dieser Fragen verwies er in den Aufgabenbereich des zu bildenden Landeskomitees für Nationale Minderheiten, um die Regelung der Nationalitätenfrage nach dem Krieg vorzubereiten. Unter diesem Aspekt maß er auch der in Europa wünschenswerten Bildung der Union der freien und demokratischen Völker große Bedeutung bei.²⁹⁰

²⁹⁰ PI Archiv, Fond 658, Bündel 5, Posten 240, Wilhelm Zuschlags Eingabe an die Leitung der SDP, 26. März 1943.

DEBATTE MIT DER PRESSE DES VOLKSBUNDES.
VORBEREITUNG DER NATIONALITÄTENPOLITIK
FÜR DIE ZEIT NACH DEM KRIEG
(1943—1944)

Während sich Zentai (Zuschlag) mit seiner Eingabe an die Parteileitung wandte, übernahm er in der „Népszava“ den Kampf in der Pressedebatte, die der Angriff des Zentralorgans des Volksbundes, die „Deutsche Zeitung“, ausgelöst hatte. Der Chefredakteur der Zeitung, Georg Goldschmidt, Stellvertreter von Franz Basch in der Führung der „Volksgruppe“, griff in seinem Leitartikel vom 25. März 1943 die Sozialdemokratische Partei wegen der Passagen über die Nationalitätenfrage in Peyers Rede vor dem Landesausschuß in einem wütenden Ausfall an. So behauptete Goldschmidt, die Sozialdemokratische Partei hat „...sich über ein Vierteljahrhundert überhaupt nicht um die Interessen der Nationalitäten des Landes gekümmert“, und nehme nun, auf einen sowjetischen Sieg spekulierend, eine fieberhafte Tätigkeit auf, um ihre frevlerische Rolle von 1919 zu wiederholen. Zuschlag überließ in seinem offenen Brief vom 28. März die Beurteilung der Rolle von 1919 der Geschichte, wobei er unter Hinweis auf die damals noch aktive, wenn auch aufgrund der Umstände — die dem Volksbund eine privilegierte Stellung sicherten — beschränkten Tätigkeit des Deutschen Landeskomitees bewies, daß sich die Partei ohne Unterbrechungen und konsequent mit der Nationalitätenfrage beschäftigt hat, indem sie selbstverständlich eine demokratische Lösung dafür suchte und den „Volksgruppengedanken“ zurückwies, dessen Anwendung in Ungarn einen so großen Sturm entfacht hatte. Mit seiner Feststellung, was der Volksbund sagt, das kann er nur im Besitz eines guten „Blitzableiters“ behaupten, spielte Zuschlag auf die reichsdeutsche Unterstützung der deutschen Volksgruppenorganisation in Ungarn an. Im weiteren wies er darauf hin, daß auf der letzten Sitzung des Parteiausschusses sich nichts Überraschendes ereignet hat: Es besteht ganz einfach der Wunsch — in dem zur Kenntnis genommen wird, daß das Land wieder ein Vielvölkerstaat wurde — sich mit allen Nationalitäten zu beschäftigen.²⁹¹

Laut Goldschmidts Antwort vom 31. März 1943, hat die Sozialdemokratische Partei die Nationalitätenfrage schon immer nur als politisches Lockmittel benutzt und den Juden Béla Fábíán seinerzeit im Parlament zum Angriff gegen den echten deutschen Volksführer, Bleyer, auftreten lassen. Zentai (Zuschlag) machte in seiner Erwiderung vom 3. April dagegen darauf aufmerksam, daß gerade Bleyer aus dem Ungarländischen Deutschen Volksbildungsverein ein politisches

²⁹¹ Népszava, 28. März 1943, *Vilmos Zentai*: Nyílt levél dr. Goldschmidt György úrhoz (Offener Brief an Herrn Dr. Georg Goldschmidt).

Instrument gemacht hat, Fábíán kein sozialdemokratischer, sondern ein liberaler Abgeordneter ist, im Parlament solche sozialdemokratische Abgeordnete mit Nationalitätenabstammung für die Rechte der Nationalitäten wie Viktor Knaller und Géza Malasits aufgetreten waren und auf jenem Gebiet „zumindest soweit wie Jakob Bleyer gingen“. Auf das wesentliche hinweisend, stellte er fest: „Ihnen und dem Volksbund schmerzt, daß die Arbeiter des Landes eine selbständige Auffassung in der Nationalitätenfrage haben“ und der schrittweisen, natürlichen Assimilation in dieser Auffassung ein positiver Rang zukommt.²⁹²

„Die Népszava ruht nicht. Herr Vilmos Zentai klügelt weiter“, schrieb Goldschmidt am 4. April, und attackierte im Leitartikel vom 7. April in seiner Zeitung, der „Deutschen Zeitung“, die Sozialdemokratische Partei damit, daß sie nicht ungarische, sondern internationalistische Ziele verfolge, wenn sie bestimmte gesellschaftliche Kräfte des Landes und auch die Nationalitäten „in einer bestimmten Art von Volksfront“ zu vereinigen versucht. Auf diesen Angriff hin wurde in der Ausgabe der „Népszava“ vom 10. April mit dem Artikel „Das ungarische Beispiel“ geantwortet. In ihm wurde die Beschuldigung zurückgewiesen, daß die ungarische Arbeiterschaft, die tatsächlich mit der Arbeiterschaft der anderen Staaten voranschreiten will, unmagyarisch und der Nation feindlich gesinnt ist, im Gegenteil, das Verhalten und das patriotische Auftreten dieser sich aus vielen Elementen fremder Herkunft zusammensetzenden, dennoch ungarisches Selbstbewußtsein besitzenden und ungarische Ziele verfolgenden Klasse ist geradezu vorbildlich. „Wir stehen auf den Grundlagen der ungarischen Gegebenheiten“, wurde darauf hinweisend hervorgehoben, daß „die Arbeiterschaft die edelsten ungarischen Traditionen verfolgt, wenn sie alle schöpferischen gesellschaftlichen Schichten im Interesse der anfallenden gesellschaftlichen Umgestaltung mobilisieren will“. Zugleich wurde erklärt, daß „eine selbständige, unabhängige, spezifisch ungarische und völkische Politik ... nicht in besseren Händen sein“ kann, „als in den fleißigen Händen der arbeitenden Klassen und im für die Freiheitsideale eintretenden, mutigen Verhalten der freien Intellektuellen“. Danach ist gegenüber der Zeitung des Volksbundes, in der in dieser Bestrebung eine „auffallende Gefahr“ gesehen wurde, klar festgestellt worden: „Wir stehen auf keiner rassistischen Grundlage, sondern auf der Grundlage des Aufbaus der Zukunft Ungarns, und zu dieser Arbeit rufen wir nicht nur die fortschrittlichen Klassen und Schichten des Ungarntums auf, sondern wir suchen auch die friedliche Zustimmung aller im Lande lebenden Nationalitäten.“²⁹³

In der Ausgabe vom 18. April 1943 stellte Goldschmidt in der „Deutschen Zeitung“ den Patriotismus der Sozialdemokraten in Frage und behauptete, sie machen nur aus der Not eine Tugend. Außerdem ist er nicht bereit, als ein patriotisches Verdienst anzusehen, daß die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften den Teil der Arbeiterschaft, der nicht ungarischer Abstammung war, zu einem guten Teil „magyarisiert“ und „seiner Nationalität beraubt“ haben, und dies auch heute noch tun. Seiner Äußerung zufolge bedarf das Ungarndeutschtum

²⁹² Népszava, 3. April 1943, Vilmos Zentai: Válasz dr. Goldschmidt György úr válaszára (Antwort auf die Antwort des Herrn Dr. Georg Goldschmidt).

²⁹³ Népszava, 10. April 1943, A magyar példa (Das ungarische Beispiel).

des Nationalitätenkomitees der Sozialdemokratischen Partei und dessen Aktionsprogramms nicht. Darauf antwortete Vilmos Zentai (Wilhelm Zuschlag) in der „Népszava“ vom 23. April, wobei er ausführte, daß es übertriebene Selbstgefälligkeit der Zeitung des Volksbundes ist, sich im Namen des gesamten Ungarndeutschtums zu äußern, da „in diesem Lande viele Deutsche leben, die dem Volksbund und der ‚Deutschen Zeitung‘ nicht folgen“. Außerdem leben, wie Zuschlag darauf aufmerksam machte, „...in diesem Land außer den Deutschen noch einige, das Deutschtum zahlenmäßig weit übertreffende Nationalitäten, und wir stellen unser Aktionsprogramm für alle im Lande selbsthaften Nationalitäten zusammen, von denen wir unser Nationalitätenkomitee wählen lassen“. Er stellte erneut klar, daß die in bezug auf das „Volkstum“ und den Schutz der Nationalität gebildete Auffassung der Sozialdemokraten selbstverständlich eine ganz andere ist als die der auf rassistischer Grundlage stehenden Volksbündler. Er hält die Rechte der Nationalitäten nicht für einen Selbstzweck, sondern betrachtet sie im Zusammenhang mit der sozialen Befreiung, wenn er für ihre Durchsetzung kämpft. Er bewertet die ruhige, gewaltlose Assimilierung, die zum wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Aufstieg der daran interessierten Arbeiterschichten führt, als positiv, doch „ändert dies gar nichts am Schutz der Nationalitäten, die sich zu ihrer ursprünglichen Nationalität bekennen. Für die Rechte der Nationalitäten trat unsere Partei immer energisch ein und wir tun dies auch zukünftig.“²⁹⁴

In Goldschmidts Augen war dies alles selbstverständlich nur ein Ausweichmanöver der „Népszava“. Seine Zeitung, die „Deutsche Zeitung“, griff auch weiterhin die Sozialdemokraten an. In der Nummer vom 12. Mai 1943 schrieb Bruno Klein einen Artikel darüber, daß deutsche Arbeiter nicht zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften Ungarns gehören dürften, da sie in ihnen magyarisiert werden. Die deutschen Arbeiter müssen von den ungarischen Arbeitern getrennt werden: Nur so können sie ihren deutschvölkischen Charakter vor ihrer Entnationalisierung bewahren. Laut dem Artikel „muß der Volksbund dafür bereitstehen, die deutschen Arbeiter in seine Reihen aufzunehmen, wenn die Zeit dafür gekommen ist“. Am 16. Mai wurde in der „Népszava“ die Antwort eines ungarndeutschen sozialdemokratischen Arbeiters auf den Artikel in der „Deutschen Zeitung“ veröffentlicht: In den Organisationen für den Interessenschutz der Arbeiter sprechen die auch das Ungarische beherrschenden deutschen, rumänischen, ruthenischen, slowakischen und serbischen Arbeiter zwar ungarisch, doch ist in den Bibliotheken der gemeinsamen Organisationen — besonders in deutscher Hinsicht — muttersprachliche Lektüre in recht beachtlichem Umfang zu finden. Es handelt sich nicht um „Entnationalisierung“ sondern um Arbeitersolidarität, die sich unter völkischem Gesichtspunkt nicht erklären läßt. In der Anmerkung der Redaktion zu diesem Arbeiterbrief wurde diese Zusammenarbeit vieler Nationalitäten als die Verwirklichung des Gedankens des Heiligen Stephans in der ungarischen Arbeiterbewegung charakterisiert.²⁹⁵

²⁹⁴ Népszava, 23. April 1943, Vilmos Zentai: Amikor a lelkiismeret megszólal. Avagy: ami a Deutsche Zeitungnak nem tetszik (Wenn sich das Gewissen regt. Oder: was der „Deutschen Zeitung“ nicht gefällt).

²⁹⁵ Népszava, 16. Mai 1943 (Ein deutscher Arbeiter antwortet der „Deutschen Zeitung“).

Klein reagierte am 1. Juni auf den Brief des deutschen Arbeiters und tat ihm damit ab, daß er „voller jüdischer Dialektik“ ist. Er attackierte die Losung von der Arbeitersolidarität, die ungefährlich zu sein scheint, in Wirklichkeit aber auf die Solidarität mit dem Weltproletariat hinweist. Danach setzte er sich ausführlich mit der von der deutschen „Volksgruppenorganisation“ breit durchgeführten, ziemlich attraktiv dargestellten sozialen Tätigkeit auseinander. Die Antwort darauf mit der Unterschrift „Ein deutscher Arbeiter“ erschien am 17. Juni in der „Népszava“. In ihr wurde darauf hingewiesen, daß auf die Arbeiter, die in sozialdemokratischen Organisationen denken und diskutieren gelernt haben, die summarische Feststellung, derzufolge die sozialdemokratische Argumentation „jüdisches Geschwätz“ ist, nicht den Eindruck eines überzeugenden Gegenarguments machen wird. Und wenn die „Deutsche Zeitung“ die Losung von der Arbeitersolidarität mit allergrößtem Argwohn aufnimmt, wie ist es dann wohl um die von ihr verkündete Losung von der deutschen „Volksgemeinschaft“ bestellt? Die Propagierung der auf völkischer Grundlage durchgeführten Sozialpolitik kann niemanden darüber hinwegtäuschen, daß in ihr nicht die sozialen Gesichtspunkte die primären und bestimmenden sind. In der Antwort wurde auch angesprochen, daß Klein „seinen Artikel stellenweise in einem schrecklichen Deutsch geschrieben hat“ womit anhand konkreter Beweise zu einem Gegenschlag gegen die Volksbündler ausgeholt werden konnte, die ihr Deutschtum mit hochmütiger Vorliebe dem der magyarisierten und „ihres Volkstums beraubten“ Sozialdemokraten gegenüberstellten. Auch in der Ausgabe der Zeitung vom 2. Juli war „Eine kleine Sprachlektion für Herrn Klein“ zu finden.²⁹⁶

Zwei Wochen später, am 17. Juni 1943, ging Zoltán Gáspár in der „Népszava“ auf die Tätigkeit der „volkswissenschaftlichen“ Zeitschrift des Volksbundes, der „Deutschen Forschungen in Ungarn“, ein, ungarische Ortsnamen künstlich einzudeutschen. Wie er unterstrich, beanstandet er nicht den vollkommen natürlichen Gebrauch der historisch entstandenen deutschen Ortsnamen durch die deutschsprechende Bevölkerung, sondern die — offensichtlich nach einer klanglichen Übereinstimmung strebenden — künstlich erdachten Benennungen. „So wird aus Gyönk Jink, aus Gyömöre Jemmering und aus Máriagyúd — anhand des von bestimmten Beachtungen der Völkerpsychologie her gut bekannten charakteristischen Takts — Mariajud.“ Gáspár macht sich in seinem Artikel geistreich darüber lustig, wohin die „Fata-Morgana-Jagd des Wissenschaftlerkreises von Dr. Franz Basch“ im weiteren noch führen kann.²⁹⁷

Das Streben der Sozialdemokratischen Partei, sich auf die Lage nach dem Krieg vorzubereiten, auf die Aufgaben, die von ihr beim Aufbau „des Ungarns von morgen“ zu bewältigen waren, führte im Frühjahr 1943 unter Leitung von Illés Mónus zur Ausarbeitung eines Entwurfs, der den Titel „Das praktische Programm der Sozialdemokratischen Partei“ trug. In seinem ersten Kapitel (Staatsform

²⁹⁶ Népszava, 17. Juni 1943, *Ein deutscher Arbeiter*: Volksgemeinschaft und die Deutsche Zeitung, Népszava, 2. Juli 1943; *Ein deutscher Arbeiter*: Eine kleine Sprachlektion für Herrn Klein.

²⁹⁷ Népszava, 17. Juli 1943, *Zoltán Gáspár*: Jahrmarkt.

— Verfassung — staatliche Einrichtung) beschäftigten sich die Verfasser in zwei Punkten mit der Nationalitätenfrage:

„4. Es muß sowohl öffentlich-rechtlich als auch privatrechtlich den Angehörigen jeder Volksschicht, Rasse und Religion die vollkommene staatsbürgerliche Gleichheit gesichert werden.

5. Die Rechte der nationalen Minderheiten, der Gebrauch der Muttersprache der Minderheit in den Schulen, in den öffentlichen Ämtern, bei den Gerichten und im allgemeinen in allen Bereichen der staatlichen Verwaltung in den überwiegend von nationalen Minderheiten bewohnten Gebieten müssen garantiert werden.“

Auch das dritte Kapitel des Entwurfs (Außenpolitik) enthielt weiterhin zwei Punkte, die (sich mit dem Verhältnis zu den Nachbarvölkern beschäftigend) auch hinsichtlich der Regelung der Nationalitätenfrage in Ungarn von Bedeutung waren.

„1. Das ungarische Volk will in ständigem Frieden, guter Freundschaft und in Sicherheit mit allen seinen Nachbarn leben.

2. Das friedliche Zusammenleben der im Donaubecken lebenden Völker muß auf der Grundlage eines Staatenbündnisses, unter Beibehaltung ihrer Selbständigkeit, Freiheit und ihres nationalen Charakters gesichert werden...“

Die nummerierten Exemplare des Entwurfs wurden den leitenden Funktionären der Partei zugesandt, damit sie ihre Bemerkungen dazu machen konnten. In mehreren von den im Verlauf des Jahres 1943 eingegangenen etwa 25 schriftlichen Anmerkungen wurde auf die Punkte eingegangen, die sich auf die Nationalitätenfrage bezogen bzw. jene nahe berührten. In einigen wurde das darin Enthaltene als zuviel beurteilt, in anderen zur Vorsicht gemahnt, in den meisten kam aber eine Unzufriedenheit zum Ausdruck, indem betont wurde, daß der Entwurf nur sehr wenig aussagt, wobei die Kritik sehr nachdrucksvoll zum Ausdruck kam.²⁹⁸

Daniel Várnai vertrat die Aussicht, daß „es viel, zuviel, gefährlich viel“ ist, was im Punkt 5 des ersten Kapitels enthalten ist, und er schlug vor, es soll gestrichen werden, daß der Gebrauch der Muttersprache der Minderheiten „bei den Gerichten und im allgemeinen in allen Bereichen der staatlichen Verwaltung“ gesichert werden muß. Károly Peyer äußerte sich dahingehend, daß „in der Nationalitätenfrage weniger gesagt und keine taxative Aufzählung angewendet werden muß“. Seiner Ansicht nach „muß in der Nationalitätenfrage das Nationalitätengesetz von Eötvös angewendet werden“. Damit stimmte die Meinung von Mihály Révész überein, derzufolge „die Maßnahmen des alten Nationalitätengesetzes von Eötvös ... ruhig übernommen werden“ können.

Vorsichtig zeigte sich auch Sándor Szerdahelyi, der zwar dem einschlägigen Punkt des Entwurfs zustimmte, jedoch in seinen Anmerkungen vorschlug, es soll

²⁹⁸ PI Archiv, Fond 658, Bündel 5, Posten 239, Der Entwurf des praktischen Programms der Sozialdemokratischen Partei und die schriftlich eingereichten Bemerkungen, — Vgl. *István Pintér: A Szociáldemokrata Párt politikai arculata, 1943* (Das politische Antlitz der Sozialdemokratischen Partei, 1943). *Tudományos Szocializmus Füzetek* 49 (1978).

mit entsprechender Akzentuierung hineingeschrieben werden, daß die Partei selbstverständlich „neben der ungarischen Staatssprache“ den Gebrauch der Minderheitenmutter Sprachen sichern will. Nach Géza Malasits müßte der fünfte Punkt über die Rechte der nationalen Minderheiten direkt damit anfangen, daß „die offizielle Sprache des Staates ... die ungarische“ ist. Dies hielt er „in praktischer, emotionaler, vor allem aber in traditioneller Hinsicht“ für empfehlenswert, und meinte, „die Suprematie der ungarischen Sprache müssen auch wir beachten“. Er wies auf die Empfindlichkeit der ungarischen Öffentlichkeit in dieser „sehr heiklen Frage“ hin und in praktischer Hinsicht darauf, daß die Nationalitäten in Ungarn „...nicht in geschlossenen Blöcken wohnen wie zum Beispiel in der Schweiz“, eine Staatssprache also nötig ist.

Heftige Kritik wurde aber in mehreren Bemerkungen daran geübt, daß anhand des fünften Punktes die Rechte der Nationalitäten auf die Benutzung der Muttersprache in den Schulen, Ämtern usw. nur „in den überwiegend von nationalen Minderheiten bewohnten Gebieten durchgesetzt werden sollen“. Gegen diese Einschränkung, die sowohl der in Punkt 4 festgehaltenen Rechtsgleichheit der Nationalitäten als auch dem Prinzip der Selbstverwaltung widerspricht, sprachen sich György Markos und besonders heftig István Száva aus. Száva vertrat die Ansicht, daß diese Festlegung „bestürzend reaktionär“ ist, da es ja Länder gibt, in denen die in Frage stehenden Minderheitenrechte auch solche Nationalitäten ausüben dürfen, die nur zwanzig oder gar nur zehn Prozent der Bevölkerung ausmachen. József Hirman schlug die Formulierung vor, in den von nationalen Minderheiten „dicht bewohnten“ Gebieten soll der Gebrauch der Muttersprache in den Schulen und so weiter gesichert werden. In dem infolge der Anmerkungen umgearbeiteten Text des Entwurfs wurde diese vorgeschlagene Modifizierung — als einzige Veränderung im Zusammenhang mit den Nationalitäten — auch eingearbeitet. Es wurde auch der Vorschlag von Wilhelm Zuschlag über die weitere Konkretisierung der Nationalitätenrechte nicht berücksichtigt, so die Ausweitung des muttersprachlichen Unterrichts von der Volksschule bis auf die Universität.

Zuschlags sehr beachtenswerter Wunsch war es, aus dem Text des praktischen Programms der Sozialdemokratischen Partei den auch mehrmals vorkommenden Ausdruck „Rasse“ herauszulassen. Wie er ausführte, ist es ein biologischer Begriff, der in gesellschafts- und staatspolitischer Hinsicht nicht benutzt werden kann. Wenn es dennoch versucht wird, dann kann es nur mit den Konsequenzen einhergehen, die der Nazismus und Faschismus produzierte.

Wenn im Entwurf im allgemeinen zum Ausdruck kam, daß die Demokratie Selbstbestimmung bedeutet und im Zusammenhang damit der Selbstverwaltung große Bedeutung beigemessen wurde, war Zurückhaltung geübt worden, diese Frage in Hinsicht auf die Selbstverwaltung der Nationalitäten abzuhandeln. Ein Teil derjenigen, die sich zum Entwurf zu Wort meldeten, vertrat die Ansicht, daß das auch gar nicht notwendig ist, da ja „die lokalen Selbstverwaltungen auch die Selbstverwaltung der nationalen Minderheiten beinhalten“. Im Zusammenhang mit der Nationalitätenfrage führte Sándor Propper an, „ist die Forderung nach Selbstverwaltung eine heikle Frage, dennoch ist überlegenswert, ob sie nicht in irgendeiner Form zum Ausdruck gebracht werden müßte“. Die Nationalitätenfrage als ein in seinen ungarischen und europäischen Bezugspunkten gleichermaßen

Ben auf eine demokratische Lösung wartendes und schwieriges Problem charakterisierend, schlug auch Peter Bechtler vor, die Selbstverwaltung der Nationalitäten auch innerhalb der Einrichtung des demokratischen Staates zur Geltung bringen zu müssen. Laut Zoltán Gáspár „müßte neben entsprechender programmatischer Vorsicht anstatt der allgemein gehaltenen Versprechungen (in dieser Form schrecken auch die hartnäckigsten Nationalisten nicht vor Versprechungen zurück) bis zum Gedanken der territorialen Selbstverwaltung der Nationalitäten vorgedrungen werden“. Er vertrat die Ansicht, „diese territoriale Selbstverwaltung würde sich aufgrund der Gemischtheit der Nationalitäten des Landes nicht auf die gesamte Nationalität, sondern nur auf kleinere Einheiten ausdehnen, dort wo die betreffende Nationalität in einer reinen Siedlung oder in überwiegender Mehrheit lebt“. Seiner Meinung nach „könnte die Entwicklung von Gebieten mit solcher überwiegender Mehrheit auch durch Besiedlung gefördert werden; bei diesem Programmpunkt muß aber sehr darauf aufgepaßt werden, damit keine Anregung zu einem zwischenstaatlichen Lösungsversuch eines Bevölkerungsaustausches gegeben wird, der in ungarischer und mitteleuropäischer Relation undurchführbar ist“. Nach Gáspárs Vorstellung muß nach einem Kantonsystem gestrebt werden, und wo aufgrund der Gemischtheit kein Kanton geschaffen werden kann, „muß das System der Rechte der Minderheiten dem größeren oder kleineren Zahlenverhältnis angepaßt ausgearbeitet werden“.

Am schärfsten formulierte Sándor Szalai seine Kritik am Entwurf: „Die Nationalitätenfrage, die eine lebenswichtige Frage ist, blieb abgesehen von einigen Zeilen vollkommen ausgespart, die konkrete Proposition ist gleich null, weniger als das, was Kállay gesagt hat.“ Nach Szalai kann die Nationalitätenfrage in dem Programm nicht in einem einzigen Punkt abgetan werden, für sie bedarf es unbedingt eines gesonderten Kapitels und der fragliche Punkt 5 ist „eine vollkommen unbefriedigende Formulierung“. Noch mehr als das verspricht selbst die jeweilige Regierung, schrieb er unter Hinweis auf die durch Pál Teleki in Aussicht gestellte Autonomie der Ruthenen. Seiner Ansicht nach wird mit diesem Punkt „in seiner gegenwärtigen Form nur der jetzige Zustand verdorben, wo die Partei de facto keine Nationalitätenpolitik hat und zugleich auf jedem ausländischen Forum, aber auch vor den eigenen Minderheiten die Zusammenarbeit diskreditiert“.

Szalai schenkte auch den mit der Nationalitätenfrage Ungarns verbundenen außenpolitischen Aufgaben große Aufmerksamkeit. Damit die Nationalitätenfrage seitens der benachbarten Länder in den Debatten untereinander nicht mehr als Instrument der Pression genutzt werden kann, muß eine Verpflichtung zu ihrer kooperativen Regelung eingegangen werden. Es wäre notwendig, im praktischen Programm „zu betonen, daß eine endgültige Lösung nur auf konföderativer Grundlage zwischen sozialen und demokratischen Staaten vorstellbar ist, wobei wir auch sagen sollten, was wir dafür tun. Anhand einer solchen Formulierung läßt sich zugleich auch die heikle Grenzfrage erledigen“, führte Szalai in seinen Anmerkungen aus und setzte sich dafür ein, „sobald sich Möglichkeiten dafür ergeben, sofort Verhandlungen mit unseren Nachbarn zur endgültigen Regelung der aus der Vergangenheit stammenden Streitfragen zu beginnen“, was das gemeinsame Interesse aller Völker im Donaubecken ist. Im Zusammenhang mit den die ungarische Lösung der Nationalitätenfrage berührenden Punkten 1 und 2 des

dritten Kapitels (Außenpolitik) im Entwurf merkte er als Korrektur an, daß das ungarische Volk nicht nur mit seinen Nachbarn, sondern mit allen Völkern in Frieden und Freundschaft leben will. Hinsichtlich des Zusammenlebens der Völker des Donaubeckens ist der „Staatenbund“ eine „zu starke formelle Bindung“; besser wäre das Zusammenleben „auf einer Grundlage, die die gemeinsame Sicherheit dieser Völker ebenso wie ihre politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung sichert“. Szalai machte auch darauf aufmerksam, daß der Gebrauch des Ausdrucks „Selbständigkeit“ — ganz gleich, ob es sich um einen Staatenbund oder eine Konföderation handelt — nicht am Platz ist, statt dessen ist der Ausdruck „Unabhängigkeit“ zu gebrauchen. Auch Hirman vertrat die Ansicht, daß im Falle konföderierter Staaten nicht im gewohnten alten Sinn von Selbständigkeit gesprochen werden kann.

Anhand seiner Anmerkungen machte István Száva deutlich, daß durch die bestehende Unsicherheit in bezug auf die Entwicklungen in der Zukunft in dem praktischen Parteiprogramm bei der Lösung der Nationalitätenfrage von unterschiedlichen Voraussetzungen ausgegangen wird, obwohl es offensichtlich ist, daß anders vorgegangen werden muß, wenn Ungarn ein selbständiger Staat, und wiederum anders, wenn Ungarn Teil einer Donaukonföderation oder gar Mitglied von Vereinigten Staaten von Europa ist, was in Punkt 10 des dritten Kapitels als wünschenswerte Entwicklung erwähnt wird. In den letzten Fällen ist die Rolle und das Gewicht des Ungarntums unvergleichlich geringer als in einem selbständigen Ungarn, in dem die nationalen Minderheiten selbst auch „staatsbildende“ Völker werden.

Für den Gedanken der Donaukonföderation („freies Bündnis freier Donau-republiken“) setzte sich am deutlichsten Pál Justus ein. Seiner Ansicht nach wäre im praktischen Programm der Partei im Zusammenhang damit folgendes zu unterstreichen, daß a. sich an diesem Bund nur Volksrepubliken mit demokratischem Aufbau beteiligen können, b. ihre Verwirklichung Aufgabe der arbeitenden Klassen ist, c. die Sozialdemokratische Partei für ihre Vorbereitung mit den Schwesterparteien der Nachbarländer zusammenarbeitet, d. der Donaubund ein nicht zu überspringender Abschnitt der internationalen Verwirklichung des Sozialismus ist und e. die Probleme des Donautals nur im Rahmen des Sozialismus sowie die Probleme des Sozialismus nur im Rahmen des Donautals dauerhaft, endgültig, radikal gelöst werden können.

Innerhalb oppositioneller politischer Kreise waren bereits im Frühjahr 1943 bestimmte Pläne zur Zusammenarbeit in ernsthafterer Form diskutiert worden. Unter der Führung von Generalmajor Rudolf Andorka, dem ehemaligen ungarischen Gesandten in Madrid, der mit diesen Kreisen Kontakt hielt, wurde das Ungarische Komitee zur Zusammenarbeit, „zur geistigen Leitung der Zusammenarbeit von Arbeiterschaft, Bauernschaft und fortschrittlicher Intelligenz“ gebildet, dessen Mitglieder Beauftragte der Unabhängigen Partei der Kleinen Landwirte und der Sozialdemokratischen Partei sowie „eventuell Führer anderer bürgerlicher Parteien, die das Komitee in seine Reihen einlädt“, waren, da es aber „jedes revolutionäre Ziel und Instrument von sich weist, weist es zugleich auch die Zusammenarbeit mit Parteien, Gruppen oder Individuen zurück, die auf revolutionärer Grundlage stehen und revolutionäre Ziele vertreten“. Laut Punkt 14

des aus 18 Punkten bestehenden Programms des Komitees „macht sich das Komitee in der Nationalitätenfrage die Politik von Deák und Eötvös zu eigen. Nämlich: keine Nationalität darf mehr Rechte als die anderen in diesem Land haben. Keine Nationalität darf einen Staat im Staat bilden und politische Anleitung und finanzielle Unterstützung aus dem Ausland annehmen. In dieser Hinsicht ist die gegenwärtige Lage und die Tätigkeit des deutschen Volksbundes dringend einer Revision zu unterziehen.“²⁹⁹

Als Anfang August 1943 das Bündnis zwischen der Unabhängigen Partei der Kleinen Landwirte und der Sozialdemokratischen Partei verwirklicht wurde, beschäftigte sich Árpád Szakasits in der Ausgabe der „Népszava“ vom 15. August in dem Leitartikel „Einheit der Völker“ mit der Nationalitätenfrage in Ungarn, die anhand der tatsächlichen Rechtsgleichheit und eines harmonischen Zusammenlebens zu lösen ist. Als Beweis dafür, daß auf ungarischer Seite die Bereitschaft hierzu traditionell vorhanden ist, „... könnten [wir] uns auf Kossuth und seinen glänzenden Konföderationsplan ebenso wie auf seine in bezug auf die Nationalitätenfrage insgesamt auf hoher ethnischer Grundlage stehende Auffassung berufen und wir könnten uns zu Recht sowohl auf Széchenyi als auch auf Eötvös, Ferenc Deák und die anderen großen ungarischen Staatsmänner und auf das Heer der Dichter, an ihrer Spitze Petőfi, Ady, Attila József berufen“, schrieb er und führte weiter aus, „doch wir können uns auch auf die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Ungarn berufen, die breite Schichten der Arbeiter der Nationalitäten in brüderlicher Beziehung mit den ungarischen Arbeitern verbindet und ein Beispiel für die richtige Lösung der Nationalitätenfrage aufgezeigt hat“. Die soziale, kulturelle und politische Lage der Arbeiter der Nationalitäten — abgesehen von den immer eine besondere Stellung einnehmenden Deutschen — war immer der der ungarischen Werktätigen verwandt gewesen und auch jetzt „können wir nur gemeinsam und mit einem Willen eine bessere und glücklichere Zukunft schaffen“. Wie Szakasits schrieb, „bedeutet dies, daß sie fest auf dieser Erde stehen und merken sollen: auch ihr Schicksal ist mit dem Schicksal der ungarischen Demokratie verschmolzen“. Sie sollten nicht auf Hetzer hören, die neuen Haß schüren, nicht auf die falschen Propheten, die neue Grenzveränderungen voraussagen, und das Bündnis der ungarischen arbeitenden Gesellschaftsschichten suchen. In Ungarn, in dem gemeinsamen Vaterland soll ihr Schicksal auf der Grundlage einer allgemeinen Vereinbarung und im Geist der Selbstverwaltung geregelt werden.“³⁰⁰

Über die deutsche Volksgruppe, unter der Basch und seine Anhänger das gesamte Ungarndeutschtum verstanden, die Ungarn aber zumeist nur die Volksbündler und deren Anhänger, wurde in der Öffentlichkeit kaum gesprochen, doch galt es innerhalb linker oppositioneller Kreise, so auch unter den Sozialdemokraten als entschieden, daß diese nach der früher oder später eintretenden Niederlage

²⁹⁹ Ebd., Fond 658, Bündel 5, Posten 250, Programm des Ungarischen Komitees zur Zusammenarbeit (ohne Datum).

³⁰⁰ Népszava, 15. August 1943, Árpád Szakasits: Népek egysége (Einheit der Völker).

Deutschlands im Zweiten Weltkrieg das Land verlassen werden müssen. Übrigens hatte Hitler, sich selbst und auch Horthy noch mit der Illusion des Sieges täuschend, die Aussiedlung des gesamten Ungarndeutschtums angeboten, als er am 17. April 1943 in Kleßheim die Zustimmung des Reichsverwesers zur Ausdehnung der zweiten Werbeaktion der Waffen-SS in Ungarn auf die zum nicht aktiven Personalbestand der ungarischen Armee gehörenden Ungarndeutschen erhielt. Die in der nach Woronesch veränderten Stimmung sehr schwer in Gang gekommene Aktion, die auch durch die Gegenpropaganda der Treuebewegung gestört wurde, konnte erst im Februar des Jahres 1944 abgeschlossen werden, und wie in der ersten Aktion, traten weitere 20 000 „volksdeutsche Freiwillige“ der SS bei.³⁰¹ Zum Kampf gegen „die jüdischen Liberalen, Marxisten und anderen destruktiven Elemente“ verbündete sich der Volksbund „zur Festigung der inneren Front“ auch mit Szálasi und seiner Partei, als wichtigster Partner wurde seitens des Volksbundes aber das Imrédy—Pálffy'sche Nationalsozialistische Parteienbündnis im Gegensatz zum Parteienbündnis zwischen der Unabhängigen Partei der Kleinen Landwirte und den Sozialdemokraten betrachtet.³⁰²

Zu den Themen der im Herbst des Jahres 1943 von der Sozialdemokratischen Partei in 58 Ortschaften durchgeführten Kurse gehörte auch die „Die Bedeutung der Nationalitätenfrage“.³⁰³ In der „Népszava“ wurde begonnen, Reportagen aus den Nationalitätengebieten zu veröffentlichen. Aus der Feder von István Andreánszky erschienen zahlreiche Artikel über das Karpatenland.³⁰⁴ Zu der bereits im März vorgeschlagenen Aufstellung des Landeskomitees für Nationale Minderheiten der Partei, wofür sich besonders die Sozialdemokraten aus Siebenbürgen unablässig einsetzten, kam es infolge des vorsichtigen Zauderns der zentralen Parteileitung vorerst nicht. Die Parteiorganisation von Klausenburg ließ die Angelegenheit nicht auf sich beruhen. Sie stellte aus ihren Mitgliedern rumänischer Nationalität ein neunköpfiges Organisationskomitee für die Arbeit innerhalb der rumänischen Bevölkerung auf, und unter Beachtung der Meinung dieses rumänischen Organisationskomitees sowie mit Unterstützung von Árpád Szakasits erarbeitete sie ein Memorandum über die Nationalitätenprobleme in Siebenbürgen, wobei das nationalitätenfeindliche Verhalten der Behörden reichhaltig dokumentiert wurde. Aufgrund des ihm von der sozialdemokratischen Organisation Klausenburg direkt zugesandten Memorandums verfügte Innenminister Keresztes-Fischer — trotz des Protestes der örtlichen Behörden — eine Untersuchung und gab der Sozialdemokratischen Partei die Möglichkeit, sich in Nord-siebenbürgen freier zu betätigen.³⁰⁵ Die Partei konnte am 7. November 1943 in Klausenburg eine erweiterte Ausschußsitzung abhalten, an der auch die sozialdemokratischen Vertreter der größeren Städte Nordsiebenbürgens teilnahmen.

³⁰¹ Loránt Tilkovszky: SS-toborzás Magyarországon..., S. 121—144.

³⁰² Loránt Tilkovszky: Ungarn und die deutsche Volksgruppenpolitik..., S. 293—294.

³⁰³ PI Archiv, A. XVII, 1/1943/129.

³⁰⁴ Népszava, 27., 28. Oktober, 3. November 1943 usw.

³⁰⁵ PI Archiv, Fond 651, Bündel 2, 1943—7—10767. — István Pintér: Magyar kommunisták a Hitler-ellenes nemzeti egységért (Ungarische Kommunisten für die nationale Einheit gegen Hitler). Kossuth könyvkiadó, Budapest 1968, S. 199.

Von der zentralen Parteileitung waren Károly Peyer, Ferenc Szeder und Árpád Szakasits zugegen. Sie sprachen auch zu den Teilnehmern.

„Niemand kann wissen, wann der Krieg zu Ende geht, doch scheint es dennoch so zu sein, daß wir uns im fünften Jahr des Krieges befinden, beim letzten Akt angelangt sind“, sagte Peyer. Er trat gegen die nationale Ungeduld und rief die Völker Siebenbürgens zur Brüderlichkeit auf, wobei er die Regelung der Nationalitätenfrage auf der Grundlage des Prinzips einer allgemeinen Vereinbarung, im Geiste der Selbstverwaltung als Ziel angab. Er bezeichnete es als ziemlich positiv, daß die Sozialdemokratische Partei im Bündnis mit der Unabhängigen Partei der Kleinen Landwirte für die Unabhängigkeit und die Demokratie des Landes eintrete. Danach sprach im Namen der rumänischen Sozialdemokraten aus Klausenburg Viktor Pocol — in seiner Muttersprache. Er versicherte die ungarischen Sozialdemokraten, die mit ihren Vorschlägen bei der Lösung der Nationalitätenfrage helfen wollen, seiner Solidarität und betonte, wenn in Ungarn dem Prinzip der gleichen Behandlung gegenüber den Nationalitäten keine Geltung verschafft werden könne, dann sei der Zerfall nicht zu verhindern. Auch der Rede von Árpád Szakasits zufolge sei das Gegengewicht zur Anziehungskraft von außen in einer entsprechenden Nationalitätenpolitik zu finden, anhand deren „ermöglicht wird, daß die nationalen Minderheiten in den Selbstverwaltungskörperschaften, im wirtschaftlichen und politischen Leben ihre der Mehrheit entsprechenden Rechte frei zur Geltung bringen können“. Das Ungarntum mahnte er zu großer Geduld gegenüber den Nationalitäten, denn für die in den Beziehungen zu den Nachbarländern entstandene Atmosphäre seien nicht die Nationalitäten verantwortlich. Diese machte er dagegen darauf aufmerksam, daß zur Durchsetzung der Demokratie und eingeschlossen darin der Nationalitätenrechte die Aussichten in Ungarn günstiger als in den benachbarten Ländern seien, und „sie auch in geographisch-psychologischer Hinsicht in einem engeren Kontakt mit den ungarischen Werktätigen stehen, mit denen auch ihre wirtschaftlichen Interessen identisch sind, also gemeinsam mit ihnen kämpfen müssen“. Auch das Motto der Rede von Ferenc Szeder war, daß die Nationalitäten, so auch die Siebenbürger Rumänen, „hier bei uns bleiben müssen“, und unter dem Aspekt, daß „auch das Bauerntum der Nationalitätenvölker hier Wurzeln fassen wird, hier glücklich werden und hier auf dieser Erde seine Heimat aufbauen kann“, maß er der richtigen Lösung der Bodenfrage besonders große Bedeutung bei. Auch in dieser Hinsicht, sagte er, „stehen wir in einem offenen und ehrlichen Bündnis mit der Unabhängigen Partei der Kleinen Landwirte“.³⁰⁶

Nach dieser Sitzung des Klausenburger Ausschusses der Sozialdemokratischen Partei, die wütende Angriffe der Pfeilkreuzler und des Volksbundes gegen die Tatsache hervorrief, daß sich die Sozialdemokraten in die Nationalitätenfragen „einmischten“³⁰⁷, kam es Ende November 1943 endlich zur Einberufung

³⁰⁶ Népszava, 10. November 1943, Éljen az erdélyi népek testvérisége! (Es lebe die Brüderlichkeit der siebenbürgischen Völker!)

³⁰⁷ KN 1939, Bd. XVII, 238, Wortmeldungen des Pfeilkreuzlers Károly Maróthy und des Volksbundisten Eduard Keintzel.

der Landeskonferenz der Minderheiten der Partei und zur Wahl des Landeskomitees der Nationalen Minderheiten.³⁰⁸ Über den Ablauf der Konferenz und die personelle Zusammensetzung des Komitees stehen leider keine Quellen zur Verfügung. Es ist aber anzunehmen, daß die Ankündigung von Generalsekretär Ferenc Szeder auf der am 21. Januar 1944 stattgefundenen Sitzung des Landesausschusses der Sozialdemokratischen Partei, derzufolge „wir in der Angelegenheit der Nationalitäten ein Memorandum anfertigen und dieses den Zuständigen zukommen lassen“, darauf hinweist, daß das Landeskomitee der Nationalen Minderheiten der Partei seine Tätigkeit aufgenommen hatte.³⁰⁹

In der Reihe der Sitzungen der Parteiausschüsse im Land folgte Kaschau am 30. Januar 1944. Dort erwähnte Lajos Weis die Nationalitätenfrage in seiner Rede vor allem in bezug auf ihre slowakischen Aspekte und sagte, die nationalen Minderheiten wüßten, daß nur ein freies und unabhängiges Ungarn ihnen ihre Minderheitenrechte garantieren kann.³¹⁰

In der Ausgabe der „Népszava“ vom 11. März 1944 wurde in dem unter der Überschrift „Die Nationalitätenfrage“ abgedruckten Leitartikel unterstrichen, daß „jeder ... es [spürt] und niemand ... es [leugnet]: Es gibt ein Nationalitätenproblem“, wobei jedoch zugefügt war, daß „dies ... ein für Ungarn leicht lösbarer Problembereich“ ist. Nach diesem Artikel war der Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei in dieser Frage konsequent und ihre innerparteiliche Praxis konnte der landesweiten Regelung der Nationalitätenfrage als Vorbild dienen: „Die organisierte Arbeiterschaft hat innerhalb ihrer Reihen nie einen Unterschied nach Nation, Rasse oder Konfession gemacht. Um so mehr hat sie das Bewußtsein der natürlichen Brüderlichkeit der Arbeiter bei den Werkträgern Ungarns ohne Unterschiede vertieft. Als die organisierte Arbeiterschaft um mehr Rechte, mehr Freiheit und mehr Brot kämpfte, da tat sie dies Schulter an Schulter mit allen Werkträgern, sie focht für alle, und was sie erkämpft hat, das wurde zum Allgemeingut aller. Als sie das Recht der Arbeiter jeder Nationalität auf ihre sprachliche Kultur anerkannte und unterstützte, gab sie zu diesem Zweck Zeitungen und Bücher für die Arbeiter der Nationalitäten heraus, trug in ihren Kreis all die Schätze und die Kultur, die der ungarische Geist geschaffen hat, und brachte ihre Kulturwerte den ungarischen Werkträgern.“ In dem Leitartikel wurde die Stellungnahme der seit dem Sommer des vergangenen Jahres mit den Sozialdemokraten verbündeten Unabhängigen Partei der Kleinen Landwirte zur Nationalitätenfrage mit Genugtuung zitiert, die Zoltán Tildy kurz zuvor auf der Sitzung des Landesausschusses seiner Partei vorgelegt und dabei unterstrichen hatte, daß es „in der Nationalitätenfrage ... unser Ziel“ ist, „die seelischen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Grundlagen der brüderlichen Zusammenarbeit zwischen dem Ungarntum und den mit ihm, in einem Staat lebenden Völkern zu entwickeln, und im Interesse dessen dem Nationalitätengesetz aus dem

³⁰⁸ PI Archiv, Fond 651, Bündel 2, 1943—7—10767.

³⁰⁹ Népszava, 23. Januar 1944.

³¹⁰ Népszava, 1. Februar 1944.

Jahr 1868 vollständig Geltung verschaffen und es organisch weiterentwickeln sollen“.³¹¹

Das Landeskomitee der Nationalen Minderheiten der Sozialdemokratischen Partei hatte inzwischen das Memorandum der Partei „zu der Frage der Verfolgung und Belästigung der Minderheiten“ angefertigt, und im Auftrag der Sekretärskonferenz brachten Ferenc Szeder, Antal Bán und Franz Bruder es am 18. März 1944 zu Keresztes-Fischer. Obwohl die Parteileitung zu diesem Zeitpunkt bereits über deutsche Truppenbewegungen an der Grenze informiert war, „zeigte der Innenminister, wie jemand, der von nichts weiß und keinerlei Gefahr verspürt, kein einziges Anzeichen dafür, daß die Gefahr der deutschen Besetzung drohen kann“.³¹²

Zur Besetzung kam es jedoch am 19. März. Zahlreiche führende Personen der Sozialdemokratischen Partei wurden von der Gestapo verhaftet, unter ihnen solche, die an der Nationalitätenarbeit teilgenommen hatten: so Géza Malasits, Péter Bechtler (die später freigelassen wurden), Géza Borovszky aus Kaschau und József Tolnai aus Pécs. Der Sekretär der Organisation der Sozialdemokratischen Partei in Mezőberény, András Eiler, wurde interniert.³¹³ Der Innenminister der Sztójay-Marionettenregierung, Andor Jaross, ließ die Sozialdemokratische Partei und die Unabhängige Partei der Kleinen Landwirte am 28. März 1944 aus „Gründen der Staatssicherheit“ auflösen. Dieses Schicksal ereilte auch die Treuebewegung, als die Waffen-SS ihre dritte Anwerbeaktion in Ungarn begann, die in Wirklichkeit schon eine Zwangsrekrutierung war und infolge deren allein die Zahl der im Verlauf der ersten beiden Aktionen zumeist freiwillig SS-Soldaten gewordenen ungarndeutschen Jugendlichen um 60 000 bis 80 000 Personen vergrößerte.³¹⁴ Ein sozialdemokratischer, ab 1941 kommunistischer Aktivist ungarndeutscher Abstammung, Lajos Muck, begann zu dieser Zeit im Auftrag der Friedenspartei, in die sich die Kommunistische Partei umbenannt hatte, den Widerstand unter den Deutschen zu organisieren und gründete dabei die Demokratische Freiheitsbewegung der Volksdeutschen in Ungarn, um dem Begriff „volksdeutsch“ einen demokratischen Sinn zu geben. Er redigierte deutschsprachige Flugschriften, die teils in der Umgebung der Hauptstadt, teils in der Bergbaugegend von Dorog und Mecsek verbreitet wurden. Ende Oktober 1944 jedoch, bereits unter der Herrschaft der Pfeilkreuzler, wurde er gefangen genommen. Lajos Muck starb im Konzentrationslager Dachau.³¹⁵

Die ungarische Sozialdemokratie, die ihre Bündnispolitik folgerichtig auch auf die Nationalitäten ausbreiten wollte, maß in ihrer Argumentation — derzufolge sich die Nationalitäten die Durchsetzung nur innerhalb des staatlichen Rahmens von Ungarn erhoffen können, insofern sie im Bündnis mit den fort-

³¹¹ Népszava, 11. März 1944, Die Nationalitätenfrage.

³¹² Bericht der Leitung der SDP über die Jahre 1943—1945 für den XXXIV. Parteitag, S. 15.

³¹³ István Pintér: A szociáldemokrata párt története..., S. 361—364.

³¹⁴ Loránt Tilkovszky: SS-toborzás Magyarországon..., S. 145—177.

³¹⁵ Magyar Nemzet, 20. Juli 1971, Piroska Döme: Emlékezés Muck Lajosra (Erinnerung an Lajos Muck).

schrittlichen Kräften der ungarischen Gesellschaft für die demokratische Veränderung des Landes kämpfen — dem selbstverständlich bei weitem nicht unwesentlichen, aber dennoch relativen und infolge der deutschen Besetzung schnell geringer werdenden Unterschied eine zu große Bedeutung bei, der sich zwischen den Verhältnissen in Ungarn und denen der benachbarten Marionettenstaaten im allgemeinen — am wenigsten aber gerade auf dem Gebiet der Behandlung der Nationalitätenfrage — zeigte. In der Argumentation der Sozialdemokratischen Partei fehlte — sich notwendigerweise aus der Lage der Partei ergebend — die Beachtung der ansonsten gut bekannten Tatsache, daß sich die fortschrittlichen Kräfte nicht nur in Ungarn, sondern auch in den benachbarten Ländern organisierten und nun darauf vorbereiteten, die Macht für die demokratische Umgestaltung des Landes zu erringen, und zwar im Verhältnis zum größeren Gewicht der dortigen faschistischen Unterdrückung mit einer gesteigerten Intensität und Opferbereitschaft, wobei diese selbstverständlich ihre eigenen nationalen Ziele verfolgten. Dabei wurde nicht beachtet, daß die fortschrittlichen Kräfte der Muttervölker für die Befreiung vom faschistischen Joch auf die Nationalitäten in Ungarn eine viel größere Anziehungskraft hinsichtlich der Befreiung vom Einfluß der „eigenen“ Faschisten ausüben konnten. Diese Kräfte boten den Minderheiten mit der Rückforderung der an Ungarn angeschlossenen Gebiete einen einfacheren und sicheren Weg der Befreiung aus dem Minderheitenschicksal als die ungarischen Sozialdemokraten (und Kleinen Landwirte) an, die eine die Benachteiligung der Minderheiten aufhebende Nationalitätenregelung versprachen, ohne für sich selbst ausreichend geklärt zu haben, wie weit sie gehen können und welche Lösungsform sie wählen werden. Die große Wirkung des seit Jahren andauernden jugoslawischen Befreiungskampfes, der im August 1944 eingetretenen rumänischen Wende und auch des trotz seiner Niederlage bedeutenden slowakischen antifaschistischen Aufstandes auf die südslawischen, rumänischen und slowakischen Nationalitäten in Ungarn, besonders in den angeschlossenen Gebieten, die Errichtung der faschistischen Diktatur von Szálasi in dem sich von Hitler nicht lösen könnenden Ungarn und das Verbot der Sozialdemokratischen Partei machten die Vorstellung endgültig unreal: Die im Verlauf der revisionistischen Gebiets-erweiterung zu Ungarn gekommenen Massen von Nationalitäten können davon überzeugt werden, daß sich ihre wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen Interessen allein durch ihr Verbleiben im Staatsrahmen Ungarns und ihr Integrieren in die gesellschaftliche Entwicklung in Ungarn garantieren lassen.

Es ist lehrreich, den Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei in der Nationalitätenfrage mit dem der Kommunistischen Partei zu vergleichen.³¹⁶ Die un-nachsichtig verfolgte Kommunistische Partei — deren Betätigungsmöglichkeiten durch die Illegalität äußerst eingeschränkt waren, zugleich aber das kompromißlose, offene, bestimmte und konsequente Vertreten ihres prinzipiellen Stand-

³¹⁶ László Kővágó: A magyar kommunista párt nemzetiségpolitikája a Tanácsköztársaság megdöntésétől a felszabadulásig (Die Nationalitätenpolitik der Kommunistischen Partei Ungarns vom Sturz der Räterepublik bis zur Befreiung). Párttörténeti Közlemények 1977, Nr. 2, S. 77—102.

punktes erleichterte — setzte sich neben der allgemeinen Forderung nach Gleichberechtigung der Nationalitäten nicht nur für die Selbstverwaltung der Nationalitäten in bezug auf die Gemeinden, Städte, Bezirke und vielleicht auch auf die Komitate vor allem in der lokalen Verwaltung der Kultur- und der Schulangelegenheiten ein. Sie trat auch (im Gegensatz zu der auf diesem Gebiet bereits ziemlich mutlosen Sozialdemokratischen Partei) in den dafür geeigneten Bereichen für eine Autonomie der ruthenischen, slowakischen und südslawischen Nationalitäten beziehungsweise auch für die einheitliche territoriale Autonomie des siebenbürgischen Gebietes ein, die die freie, demokratische Entwicklung der seit Jahrhunderten zusammenlebenden und aufeinander angewiesenen Völker des künstlich geteilten Siebenbürgens sichern kann. Die Kommunistische Partei vertrat entschieden den Standpunkt, daß die seitens Achsenmächte durchgesetzten und ihr Eindringen ins Donaubecken fördernden Revisionen des Friedensvertrages von Trianon das allen zustehende Prinzip der nationalen Selbstbestimmung ebenso nicht beachtet hatten wie Trianon selbst, und sie erkannte die Schranken übertretend, die die Sozialdemokratische Partei als legale Partei nicht überschreiten durfte, auch das Recht an, daß die Nationalitäten der umstrittenen Gebiete selbst über ihre staatliche Zugehörigkeit entscheiden sollten. Sie betonte zu Recht, daß die Voraussetzung für die Aussöhnung zwischen den gemeinsam an der Abschüttelung des faschistischen Joches interessierten Länder und Völker des Donaubeckens, der gegenseitig befriedigenden Lösung der Nationalitätenfrage — was auch das Ziel der Sozialdemokratischen Partei war — die vollwertige, zugleich auch die Entscheidung über die staatliche Zugehörigkeit beinhaltende Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts ist. Die Nichtanerkennung des Wiener Schiedspruchs durch die Kommunistische Partei bedeutete bei weitem nicht, daß sie etwa kein Gespür für ungarische Probleme ethnischen Charakters gehabt hat; richtig wies sie in ihren auf Flugblättern verbreiteten Stellungnahmen darauf hin, daß auf eine gewisse Berücksichtigung dieser Probleme von den Mächten der Anti-Hitlerkoalition — die sich übrigens ganz allgemein bereits für die Wiederherstellung der Grenzen von vor dem Kriege erklärt hatten — überhaupt nur dann zu erhoffen ist, wenn Ungarn beträchtlichen Widerstand leistet, aus dem Bündnis der faschistischen Mächte ausscheidet und seinen Teil zum antifaschistischen Kampf beiträgt.

Das „Ungarn von morgen“ konnte im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Vorstellungen die zwischen 1938—1941 wieder angegliederten Gebiete nicht behalten; es kam um die Aufgabe nicht herum, dieser Nationalitätenbevölkerung selbst demokratische Rechte zu sichern, und sogar auf die Demokratien der benachbarten Länder vertrauend, mußte es erneut die ungarische Bevölkerung jener Gebiete dem Schicksal einer Minderheit überlassen. Auch das Verhältnis zwischen dem demokratischen Ungarn und seinen demokratischen Nachbarn gestaltete sich nicht so, wie sich dies die fortschrittlichen Kräfte in Ungarn, nicht zuletzt die Sozialdemokraten, früher vorgestellt hatten: Ein gewisses Fortleben der Gegensätze aus der Zwischenkriegszeit und aus dem Zweiten Weltkrieg, die nahe Erinnerung der Nationalitäten an das Unrecht, Versuche der Lösung der Nationalitätenfrage, das neue Unrecht gegenüber den Nationalitäten hervorrief — belastete dieses Verhältnis auf Jahre hinaus schwer. Eine gesonderte Studie wäre notwen-

dig, um zu untersuchen, wie sich die Sozialdemokratische Partei, die in den ersten Jahren nach dem Krieg ein bedeutender Faktor in Ungarn wurde, diesen Problemen stellte, und inwieweit in der international und innenpolitisch grundlegend beeinflussten Frage des Ungarndeutschtums die früheren, aufgrund der schlechten Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges entstandenen (unter anderem sozialdemokratischen) Anschauungen eine Rolle spielten.

Unsere Forschungen über das Thema der ungarischen Sozialdemokratie und der Nationalitätenfrage im Zeitraum zwischen den beiden Weltkriegen und in den Jahren des Zweiten Weltkrieges ergeben ein an Problemen reiches Bild, das eine gründliche kritische Analyse erfordert. Theoretische Anstrengungen und praktische Schritte wurden zur demokratischen Lösung einer derart komplizierten Frage unternommen, die auch im Hinblick auf die gesellschaftlichen Kämpfe der Epoche von großer Bedeutung war und mit der soviel Mißbrauch getrieben wurde.

PERSONENREGISTER

- Ács, Tivadar 115
 Ady, Edre 127
 Ákos, László (siehe: Ascher, László)
 Andorka, Rudolf 126
 Andreánszky, István 128
 Ascher, László 85
- Bajcsy-Zsilinszky, Endre 72, 80, 109
 Baký, László 99
 Bán, Antal 131
 Bánóczy, László 47
 Bárdossy, László 109
 Basch, Franz 63 f., 69 f., 73 f., 80, 82, 84 f.,
 88—90, 111, 119, 122, 127
 Bauer, Otto 117
 Bechtler, Péter 40, 43 f., 47 f., 51 f., 54, 57, 59,
 65 f., 74 f., 83, 96, 113, 125, 131
 Bellér, Béla 8, 14—16, 17, 29
 Benzler, Felix 55
 Berán-Nemes, Éva 81
 Bethlen, István 19, 22 f., 26, 28, 33, 37 f., 42,
 45, 51—53, 56—59, 62
 Binder, Hugo 114
 Biwo, János 47
 Bleyer, Jakob 13, 15 f., 18 f., 21, 29, 33 f.,
 38—40, 44 f., 53, 57, 62 f., 65—68, 70, 119 f.
 Bohle, Wilhelm 85
 Borovszky, Géza 93 f., 131
 Braun, Adolf 22
 Bresztovszky, Vilma 48
 Bruder, Franz 117, 131
 Buchinger, Manó 59, 65, 77, 91, 100, 113
 Büchler, József 29 f., 68, 100—102
- Calice, Felix 55, 62
 Churchill, Winston 108
 Csatári, Dániel 106
 Csernoch, János 24
 Csilléry, András 25
- Danneberg, Robert 41
 Darányi, Kálmán 80, 82, 84 f.
 Deák, Ferenc 105, 127
- Deutsch, Julius 60
 Döme, Piroska 131
- Eberhardt, Anton 15
 Eckhardt, Tibor 80, 108 f.
 Eiler, András 79, 131
 Ellenbogen, Wilhelm 31
 Engels, Friedrich 22
 Eötvös, József 105, 123, 127
 Esztergályos, János 87
- Fábíán, Béla 119 f.
 Faragó, László 79
 Farkas, István 25, 33, 51, 88
 Faul-Farkas, Johann 33
 Fehér, András 15
 Feiler, Andreas 47
 Ferenczy, János 41, 44
 Festetics, Sándor 70
 Fitz, Artur 57
 Friedrich, István 23
 Frühwirth, Matthias 15
 Fürstenberg, Franz Egon 19, 21
- Gáspár, Zoltán 122, 125
 Gerstner, Franz 15
 Goldschmidt, Georg 84, 119—121
 Gömbös, Gyula 65—68, 70, 72—74, 80
 Gonda, Béla 20
 Góra, Lajos (siehe: Faragó, László)
 Gratz, Gustav 57, 70—72, 74, 77 f., 80 f.,
 84, 86, 89
 Griger, Miklós 71
 Gündisch, Guido 15, 21, 32
 Günther, Péter 14 f.
 Gyurnik, Andreas 31
- Hébelt, Ede 20, 25
 Heckenberger, Konrad 70
 Heim, József 101
 Henlein, Konrad 89
 Heppert, Josef 17
 Heß, Rudolf 67, 82, 84

- Hildenbrand, Konrad 60
 Hiller, Josef 85
 Himmler, Heinrich 101
 Hirman, József 124, 126
 Hitler, Adolf 67 f., 70, 73 f., 79 f., 95—99, 105,
 111, 114, 128, 133
 Hoher, Franz 17
 Hollós, Ervin 81
 Horthy, Miklós 81, 89, 97, 128
 Hubay, Kálmán 100
 Huber, Johannes 13
 Huber, Wilhelm 88
 Hufnagel, Johann 41
 Hunth, Franz 20
 Huß, Richard 80, 84 f.
 Imrédy, Béla 88—91, 128
 Jaksch, Wenzel 75
 Jandl, Lajos 99
 Jaross, Andor 131
 Jelinek, Ferenc 56
 Jordáky, Lajos 106, 112—113
 József, Attila 127
 Juhász, Árpád 100
 Junger, József 105—107
 Justus, Pál 126
 Kabók, Lajos 20, 42
 Kállay, Miklós 109, 111, 125
 Kalmár, I. György 7
 Kánya, Kálmán 84
 Karmasin, Franz 89
 Károlyi, Gyula 59, 61 f.
 Keintzel, Eduard 129
 Kende, János 7
 Keresztes-Fischer, Ferenc 65 f., 128, 131
 Kertész, Miklós 41, 47
 Kéthly, Anna 39, 47, 78
 Kiep, Otto 21
 Kirchner, Franz 47, 79
 Kirschner, Béla 12
 Kittel, Franz 19—21, 25 f., 30 f., 47, 60
 Klebelsberg, Kuno 38
 Klein, Antal 73, 85
 Klein, Bruno 121 f.
 Klie, Antal 112
 Knaller, Viktor 12—15, 17, 19—22, 24—26,
 28—30, 32—35, 40, 64, 120
 Kolosváry-Borcsa, Mihály 90
 König, Anton 77
 Kossuth, Lajos 108, 116, 127
 Kővágó, László 8, 132
 Kozma, Miklós 80 f.
 Kreka, Béla 71
 Kußbach, Franz 63, 70, 73 f.
 Lang, Lénárd 73
 Lassalle, Ferdinand 22, 47
 Linhardt, Anton 72, 81, 83 f.
 Madzsar, József 47
 Malasits, Géza 32, 35—42, 48, 50—52, 69,
 100, 120, 124, 131
 Mándy, Sámuel 39
 Markos, György 124
 Maróthy, Károly 129
 Marx, Karl 22
 Meskó, Zoltán 70
 Mihályi, Ferenc 69
 Milotay, István 77
 Miszler, Ádám 102
 Mónus, Illés 25, 54, 122
 Muck, Lajos 131
 Nagy, Valér 64, 65
 Neurath, Konstantin 74
 Och, Josef 64
 Ottlik, László 45
 Pajor, Rudolf 41, 102
 Pálffy, Fidél 128
 Pataky, Tibor 66
 Paulus, Róbert 14 f.
 Peidl, Gyula 12
 Petöfi, Sándor 127
 Petrovits, Johann 20
 Peyer, Károly 19 f., 24, 90, 113, 117, 119,
 123, 129
 Pintér, István 11, 110, 123, 128, 131
 Pintér (Binder), László 36 f., 77
 Pocol, Viktor 129
 Pohl, Adolf 30, 48
 Preszly, Elemér 83
 Preusz, Mór 100
 Proper, Sándor 25, 124
 Radaceanu, Lotar 75
 Rády, Sándor 20
 Rajniss, Ferenc 77
 Rák (Rack), Josef 30
 Redlinger, Adolf 29
 Reichel, Johann 30
 Reisinger, Ferenc 89
 Révész, Mihály 123
 Riesz, Ádám 73
 Riesz, Josef 20, 26, 47
 Rónai, Zoltán 76
 Roosevelt, F. Delano 108
 Rothen, Franz 63, 70, 80, 82
 Rothenstein, Mór 18 f., 22, 26, 42, 48
 Rupert, Rezső 78

Ságvári, Endre 108
 Schäffer, Anton 26
 Schiessl, Heinrich 15
 Schiff, Rezső 112
 Schoen, Hans 33, 52
 Schubert, Andreas 47, 54
 Schuller, Zoltán 109
 Schultz, Josef 79
 Senefelder, Aloys 64
 Serfőző, Lajos 20
 Sever, Albert 64
 Simon, András 51
 Skaret, Ferdinand 48
 Sombor, József 99
 Steinherz, Simon 47
 Stephan, der Heilige 110, 115, 121
 Steuer, Georg 52 f.
 Stier, Miklós 48
 Straitmann, Ferenc 47
 Szabó, Ervin 19
 Szakasits, Árpád 12, 20, 87, 96, 116, 127—129
 Szalai, Sándor 125 f.
 Szálasi, Ferenc 78, 82, 88, 101, 128, 132
 Száva, István 124, 126
 Széchenyi, István 127
 Zeder, Ferenc 79, 82 f., 87 f., 95, 112 f.,
 129—131
 Széll, József 81 f.
 Szerdahelyi, Sándor 123

Szobek, András 112
 Sztójay, Döme 131

Táncsics, Mihály 108
 Teleki, László 116
 Teleki, Pál 91, 93, 95, 100 f., 125
 Teszársz, Kálmán 56
 Tildy, Zoltán 130
 Tilkovszky, Loránt 11, 28, 34, 46, 53, 57, 62,
 64, 70, 73, 78, 80, 83, 88, 93, 96, 100 f.,
 103, 109, 111, 127, 131
 Tolnai, József 87, 90, 96, 102, 113, 131

Vágó, Pál 100
 Vándor, Zoltán (siehe: Rónai, Zoltán)
 Várnai, Dániel 123
 Vázsonyi, János 78

Weicher, Miklós 33, 39
 Weis, Lajos 130
 Wolff, Károly 25
 Wollák, Jenő 47

Zentai, Vilmos (siehe: Zuschlag, Wilhelm)
 Zielbauer, Georg 81
 Zuschlag, Wilhelm 41, 44—49, 53, 56—58,
 60—62, 63—65, 67—69, 74, 81 f., 83, 88,
 90—98, 114, 117—121, 124

ORTSREGISTER

D=Deutschland, F=Frankreich, GB=Großbritannien, J=Jugoslawien, Ö=Österreich, R=Rumänien, S=Spanien, SU=Sowjetunion, Tsch.=Tschechoslowakei, U= [Ungarn]

Ágfalva (dt. Agendorf, U) 87
 Almáskamarás (U) 62
 Bácsalmás (U) 73
 Baja (U) 34, 55
 Balf (dt. Wolfs, U) 87
 Bánfalva (siehe: Sopronbánfalva)
 Bátaszék (U) 47, 60, 72 f., 79, 96, 113
 Békásmegyer (U) 25
 Békéscsaba (U) 55, 95, 112
 Békésgyula (siehe: Gyula)
 Berlin (D) 21, 80, 84, 111
 Bia (U) 14 f., 34, 43
 Bonn (D) 19
 Bonyhád (dt. Bonhard, U) 20 f., 23, 34, 41, 73, 84
 Brennberg (ung. Brennbergbánya, U) 88
 Budafok (U) 55
 Budakalász (U) 83, 87, 102 f., 108
 Budaörs (U) 14, 80, 83, 106
 Budapest (U) 9, 13, 17, 19—23, 25, 27, 31—35, 41, 43, 47, 52, 55, 60, 64, 69, 83, 85, 92, 96, 101 f., 106, 108, 112, 114
 Bukarest (rum. Bukureşti, R) 54
 Csobánka (U) 69, 80, 83, 87
 Csolnok (U) 25, 60
 Dachau (D) 131
 Dág (U) 24
 Dárda (J) 73
 Debrecen (dt. Debreczin, U) 80
 Dorog (U) 20, 22, 24, 34, 43, 87, 131
 Dunabogdány (U) 17, 25
 Dunaharaszti (U) 14
 Elek (U) 32, 81 f., 87
 Esztergom (dt. Gran, U) 24

Felsőgalla (dt. Obergalla, U) 25, 56, 69
 Fertőrákos (dt. Kroisbach, U) 87

Gyömöre (U) 122
 Gyönk (U) 122
 Gyula (U) 55

Hamburg (D) 49
 Harka (ung. offz. Magyarfalva, dt. Harkau, U) 62

Hegyeshalom (dt. Straßommerein, U) 20
 Hosszúhetény (U) 87

Ipolyszalka (U) 34, 43

Jánoshalma (U) 81

Kaschau (ung. Kassa, Košice, Tsch.) 93, 100, 130 f.
 Klausenburg (ung. Kolozsvár, Cluj, R) 106, 113, 117, 128
 Kleßheim (Ö) 128
 Koblenz (D) 112
 Kronstadt (ung. Brassó, Braşov, R) 20

Leányvár (U) 15
 Lippó (U) 24
 London (GB) 49, 52

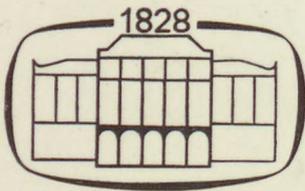
Madrid (S) 126
 Magyaróvár (siehe: Mosonmagyaróvár)
 Máriagyűd (U) 122
 Marseille (F) 49
 Mezőberény (U) 79, 87, 131
 Mór (dt. Moor, U) 17, 73
 Moskau (SU) 62, 95
 Moson (siehe: Mosonmagyaróvár) 32, 55
 Mosonmagyaróvár (dt. Wieselburg-Ungarisch-Altenburg, U) 24, 87
 München (D) 67, 73

Nagyárpád (U) 96
 Nagykamarás (U) 87
 Nagykovácsi (U) 82

- Nagymányok (U) 20
 Nagymaros (dt. Großmaros, U) 20, 25, 85
 Nyergesújfaló (dt. Sattelneudorf, U) 87
- Pécs (dt. Fünfkirchen, U) 44, 55, 80, 87,
 90 f., 96, 98, 100, 102, 108 f., 113, 131
 Pécsbányatelep (U) 96
 Pécsudvard (U) 96
 Pécsvárad (U) 96
 Perpál (U) 60
 Pesthidegkút (U) 80
 Pestszentlőrinc (U) 14
 Pilisborosjenő (U) 83
 Piliscsaba (U) 69, 80, 83
 Pilisvörösvár (U) 20, 33 f., 39
 Pomáz (U) 14 f., 20, 34, 43
 Prag (Praha, Tsch.) 79
 Püspöknádasd (U) 96
- Ráckeve (U) 34
 Rómaifürdő (U) 83
- Sárisáp (U) 51
 Solymár (dt. Schaumar, U) 14, 25
 Sopron (dt. Ödenburg, U) 16, 20 f., 23—25, 32,
 34, 41, 43 f., 57, 59, 71, 79, 87 f., 91, 110
- Sopronbánfalva (dt. Wandorf, U) 47, 55, 62,
 87
 Soroksár (U) 14 f., 20 f., 31 f., 34, 43, 48,
 57, 73, 80, 82 f., 102, 107
 Stalingrad (SU) 112, 114
 Szalánta (U) 73
 Szeged (dt. Szegedin, U) 81
 Székesfehérvár (dt. Stuhlweißenburg, U) 55
 Szentgotthárd (dt. Sankt Gotthard, U) 15
- Tatabánya (U) 20, 34
 Tolna (dt. Tolnau, U) 73
 Törökbálint (dt. Großturwal, U) 14, 20, 25, 34,
 83
 Uszgorod (ung. Ungvár, SU) 100
- Várdomb (U) 60
 Vecsés (U) 14, 25, 80
 Villány (U) 34, 57, 70, 73
- Wien (Ö) 55 f., 71, 79, 89, 101, 103
 Woronesch (SU) 114, 128
- Zurány (dt. Zurndorf, Ö) 73



330, —



Der Autor ist Professor für Geschichte an der Janus-Pannonius-Universität in Pécs und bekannter Forscher der Nationalitätenpolitik und der Frage der Minderheiten in Ungarn. In diesem Themenkreis erforscht er die markanteste unter den ungarischen oppositionellen nationalitätenpolitischen Richtungen zwischen den beiden Weltkriegen, die Auffassung sowie Tätigkeit der Sozialdemokraten. Diese Untersuchung führt er vor allem in bezug auf die größte und bedeutendste nationale Minderheit des Landes, das Ungarndeutschtum, durch. Solange es möglich war, genoß die Sozialdemokratische Partei Ungarns die Unterstützung der deutschen, österreichischen und tschechoslowakisch-deutschen Schwesterparteien, ihr Deutsches Landeskomitee kämpfte für die muttersprachlichen Rechte der deutschen Minderheit. Dabei wandte es sich gegen die eine Assimilation forciierende Politik der ungarischen Regierung und das intolerante Verhalten der ungarischen Gesellschaft, ebenso wie gegen jene Richtung des Ungarndeutschtums, die zu ihren Kämpfen von Hitlerdeutschland eine Hilfe beanspruchte und ganz unter dessen Einfluß geriet. Die Sozialdemokratische Partei betrachtete die Beschäftigung mit der Nationalitätenfrage als integralen Teil ihres Kampfes für die demokratischen Freiheitsrechte und betonte dabei, daß eine Voraussetzung zur Lösung der Nationalitätenfrage die Demokratisierung der Verhältnisse im Lande sei.

DIE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI UND DIE FRAGEN
L. TILKOVŠKÝ: DER DEUTSCHEN NATIONÄLITÄT IN UNGARN 1919—1945

5078988